Achtundvierziger Nassauer chronik

Christian Spielmann

Digitized by Google

Ger 2158.2

Harvard College
Library

FROM THE FUND BEQUEATHED BY
Archibald Cary Coolidge
Class of 1887
PROFESSOR OF HISTORY
1908–1928
DIRECTOR OF THE UNIVERSITY LIBRARY
1910–1928

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Herzog Adolf zu Nassau.

Digitized by Google

Digitized by Google

6

Achtundvierziger Nassauer Chronik.

Darstellung

der Ereignisse in Nassau im Jahre 1848

von

Dr. C. Spielmann.

Mit einem Titelbilde und zehn Textillustrationen.

Wiesbaden.
Druck und Verlag von P. Plaum.
1899.

Digitized by Google

Geo 2158.2

HARVARD COLLEGE LIBRARY
FROM THE
ARCHIBALD CARY COOLIDGE
FUND
Aug. 18, 1930

Digitized by Google

An den Leser.

Niemand zulieb und niemand zuleide, war mein Leitspruch, als ich die Aufsätze über die nassauische Revolution im „Wiesbadener Tagblatt“ erscheinen ließ.

Diesen Leitspruch kann ich auch vorliegendem Büchlein, das jene Aufsätze gesammelt, verbessert und ergänzt enthält, getrost voraufsetzen. Denn nicht als Parteimann habe ich die Thatsachen geschildert, sondern als objektiver Geschichtschreiber, der nach dem Beispiele und Wunsche Leopold Rankes auf Grund sorgfältigen Studiums erzählt: „bloß, was geschehen ist“.

Die Art und Weise meiner Darstellung hat bisan von allen Seiten Zustimmung erfahren, die ihr nun wohl auch seitens des erweiterten Leserkreises zu teil werden dürfte. Ich hoffe es wenigstens.

Es bleibt mir noch übrig, allen denjenigen, die mich bei der mühevollen und äußerst schwierigen Arbeit irgendwie unterstützten, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Wiesbaden.

Der Verfasser.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

	Seite.
I. Die Ursachen der Bewegung	1
II. Der 2. März	7
III. Der 3. März	13
IV. Der 4. März	19
V. Der letzte alte Landtag	27
VI. Die ersten neuen Erlasse	32
VII. Das Central-Sicherheitskomitee	38
VIII. Die freien Residenzler	44
IX. Die Freiheit auf dem Lande	50
X. Die Organisierung der Wiesbadener Bürgerwehr	57
XI. Die Republikaner und die Konstitutionellen	64
XII. Der nassauische Märzminister	71
XIII. Der erste badische Feldzug	77
XIV. Die Schülerbewegung	82
XV. Der neue Landtag (die Volkskammer)	87
XVI. Die Fahnenweihe der Wiesbadener Nationalgarde	92
XVII. Die schwülen Junitage	98
XVIII. Der republikanische Putsch zu Wiesbaden	103
XIX. Das Ende der Bewegung und der Ausgang der Führer	109
XX. Die Julitage auf dem Lande; Pfarrer und Lehrer	114
XXI. Die nordische Heerfahrt	121
XXII. Die erste Periode der Volkskammer	126
XXIII. Die Nassauer und der Frankfurter Aufstand	133
XXIV. Der zweite badische Feldzug	138
XXV. Die hassenheimischen Händel	143
XXVI. Die Wiesbadener Theaterfrage in der Volkskammer	149
XXVII. Die Herbstaffairen auf dem Lande	155
XXVIII. Die zweite Periode des Landtags	160
XXIX. Die Führer der Fortschrittspartei	166
XXX. Der Ausgang der Bewegung	173

Digitized by Google

I. Die Ursachen der Bewegung.

„Keine Wirkung ohne Ursache", heißt ein Naturgesetz, und dieses Gesetz wird angewandt gefunden bei der Betrachtung der Welt- und Naturentwicklung überhaupt, wie bei der sogenannten Welt-, richtiger Menschheitsgeschichte. Wer die letztere mit Urteil zu lesen versteht, der kann sich über die Katastrophen nicht wundern, der findet also auch, daß die großen Umwälzungen im staatlichen und sozialen Leben gewaltsame zwar, aber nur naturgemäße Vorstöße der Entwicklung gegen das sündliche Verfahren kurzsichtiger Reaktionäre sind, die jene natürliche Entwicklung hemmen oder eindämmen wollen. Je größer diese Sünden, desto schlimmer die Strafe: siehe Frankreich! Je geringer die Ursachen, desto weniger nachteilig die Folgen: siehe u. a. auch Nassau!

Das Herzogtum Nassau war, wie männiglich bekannt, ein aus einigen dreißig Fetzen und Fetzchen in den Jahren 1802—1816 zusammengeflickter Landlappen. Aber die Schneider, die aus diesem Lappen einen kleidsamen Rock zusammen- oder herauspraktizierten, die Marschall, Ibell u. a., sind sicherlich keine gewöhnlichen Schneidermeister, sondern, um beim Bilde zu bleiben und einen modernen terminus technicus zu gebrauchen, rechte und wahre akademische Bekleidungskünstler gewesen. Der umsichtigen, rastlosen Thätigkeit dieser Staatsmänner, insbesondere des genialen Ibell, des Trägers aller Organisationen, gelang es unter unsäglichen Mühen binnen verhältnismäßig kurzer Zeit, die Einheit auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete herzustellen. Daß als Grundlage dieser Einheit eine straffe Centralisation nach allen Seiten des öffentlichen Lebens hin diente, erscheint im Hinblick auf die früheren

Digitized by Google

Verhältnisse auch heute noch ganz natürlich. Und wenn man ferner aus den damaligen Anschauungen heraus die nassauischen Einrichtungen betrachtet, so kann man sie vom Standpunkte jener Zeit aus als sehr liberal bezeichnen.

Aber auch die liberalsten Verhältnisse bleiben nicht auf dieser oder jener Stufe stehen, sie entwickeln sich weiter; dieser Anschauung darf sich kein wahrer Staatsmann verschließen. Unglücklicherweise thaten das aber die nassauischen Staatslenker, ein einziger, Ibell, ausgenommen. Der Minister Marschall geriet in das Metternich'sche Stehwasser hinein: „Halt, genug! Bis hierher und nicht weiter!" Der Präsident Ibell dagegen wollte langsam im Fahrwasser der Stein'schen liberalen Fortentwicklung weiter schwimmen. Aber Marschalls Standpunkt siegte beim Landesherrn, und Ibell mußte weichen; in Nassau wurde gemäß den Karlsbader und Wiener Beschlüssen regiert, d. h. in der Meinung der Regierung patriarchalisch, in der des Volkes reaktionär. Die Regierung war und blieb der Vormund der Unterthanen; sie lebte und dachte für sie, und dafür hatten diese nichts weiter zu thun, als hübsch brav zu sein und Steuern zu zahlen. Sie brauchten keine Politik zu treiben, keine aufregenden Versammlungen zu besuchen, keine ebensolchen Blätter zu lesen, und selbst ihre Sprechorgane, die Landtagsabgeordneten, hatten eigentlich bloß zu dem, was Papa Landesherr und Mama Regierung vorschlugen, ja zu sagen. So mußte alles vortrefflich gehen, meinte man oben.

Das war die vormärzliche Lage im Herzogtume Nassau, und äußerlich betrachtet, erschien sie im Vergleiche zu derjenigen anderer Länder gar nicht so uneben. Denn daß die Regierung besonders tyrannisch verfahren wäre, hannoversche, kurhessische und andere Staatsstreiche versucht hätte, kann man nicht sagen; — „so 'was kam bei uns nicht vor". Und sogar der Steuerdruck erschien in Nassau nicht so übermäßig hart.

Und doch war, genauer zugesehen, im Lande vieles nicht in der Ordnung, und das kam daher, daß eben die fortschreitende Entwicklung eingeschnürt war. Es war, wie wenn Wasser im Kochtopfe durch einen Deckel fest zugedeckt ist. Wird nun Feuer unter dem Topfe angemacht, so fliegt der noch so fest eingepreßte Deckel durch die Kraft des entwickelten Dampfes in die Luft, wobei es für die Höhe des Luftsprunges darauf ankommt, wie viel Dampf

Digitized by Google

entwickelt wird. Nimmt man den Deckel bei Zeiten ab, so wird die Explosion nicht so gefährlich oder gar ganz verhütet.

Also nochmals, es war vieles nicht im reinen im Herzogtume. Sehen wir im einzelnen genauer zu.

Das nassauische Gemeindegesetz von 1816 gestattete den Gemeinden keine Selbstverwaltung. Die Regierung setzte ihnen einen ihr genehmen Mann, einerlei, ob er mit den Lokalverhältnissen vertraut war oder nicht, zum Schultheißen und mischte sich „von Rechtswegen" sogar in die intimsten Angelegenheiten der Verwaltung ein. Die Amtmänner handhabten in ihrem Amtsbezirke Verwaltung und Justiz in einer Person, und eine Appellation gegen ihr Verfahren war dem Kläger kaum vorteilhaft. Sie hatten die Gewalt und damit das Recht in den Händen.

Die straffe Centralisation auf allen Gebieten hatte überhaupt mit der Zeit eine herrische Bureaukratie erzeugt, namentlich in den oberen Regionen. Und in diese Stellen gelangten meist nur der Regierung angenehme Personen — d. h. solche, die wenig oder nicht widersprachen —, gleichviel, ob sie recht befähigt waren oder nicht, meist aus adeligen Kreisen und durch Protektion, wogegen man früher dem Talente die Wege offen gehalten hatte. Diese Bureaukratenkaste sah auf die mittleren und niederen Beamten, die die Arbeit thaten und unter denen viele recht fähige Leute waren, als auf Männer zweiter und dritter Güte herab. Das konnte nicht gut thun. Denn diese letzteren, meist früh verheirateten, aber schlecht besoldeten Beamten, die doch einen tieferen Blick in die internen Verhältnisse und in den Gang der Staatsmaschine besaßen als das „Volk", unzufrieden zu machen, das war gefährlich und sollte sich rächen.

Dazu kam weiter, daß die kirchlichen Gegensätze sich regten. Auf die schöne konfessionelle Einheit nach den Befreiungskriegen, welche die Simultanschule ermöglicht hatte, war, durch ultramontane Heißsporne zu Ende der dreißiger Jahre inscenirt, die Entzweiung gefolgt. Die katholische Kirche begann sich innerhalb des Staates zu einem Sonderwesen auszugestalten. Die evangelische Kirche sah demgegenüber ihr Heil in einem um so festeren Anschlusse an die Staatsgewalt und in der strengen Orthodoxie, die mit peinlicher Gewissenhaftigkeit jede freiere Regung im religiösen Leben unterdrückte. Auch auf den Unterricht hatte das seine Wir-

Digitized by Google

kung; die schlecht besoldeten Lehrer wurden mehr und mehr kirchlich bevormundet. Der Gewissenszwang drohte allgemein zu werden.

Schließlich kamen noch dazu die persönlichen Lasten, die auf den Unterthanen ruhten. Die waren aber, wie gesagt, weniger in den direkten Steuern zu suchen. Es waren vielmehr indirekte Leistungen, welche die Bevölkerung drückten. Es gehörten dahin die Salzsteuer, die Confirmationstaxen, die Zölle, das Chaussee- und Pflastergeld, endlich die Zehntabgaben. Von 416 000 Einwohnern, die das Herzogtum 1848 zählte, hatten 150 000, also mehr als ein Drittel, Zehntabgaben zu entrichten, und diese betrugen zusammen 3 150 000 Gulden. Zwar war 1840 mit der Zehntablösung begonnen und zu diesem Zwecke eine besondere Kommission eingesetzt worden; aber die Zehntpflichtigen klagten über willkürliches Verfahren. Da waren die Spannfronen, d. h. der Vorspann, den der Bauer zu leisten hatte, die Handfronen, die man besonders beim Wegebau verlangte (selbst die Kinder mußten Steine zum Ausfüllen der Löcher in den Straßen zusammentragen) und bei der herrschaftlichen Jagd, zu der die Bauern als Treiber zusammengefordert wurden, wogegen sie sich nicht einfallen lassen durften, den ihre Gärten und Aecker verwüstenden Herren Hirschen und Rehen ein Leid zuzufügen. Die Bürger empfanden besonders schwer die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die in ihrer buchstäblich genommenen Härte die Gewerbetreibenden drückte und der freien Entwicklung der Gewerbe selbst hinderlich war, da niemand mit besonderer Lust seiner Arbeit nachging. Das waren noch zum Teil oder völlig mittelalterliche Zustände, die ja übrigens auch in den meisten anderen deutschen Ländern bestanden, die aber z. B. in Frankreich die große Revolution längst hinweggefegt hatte.

Außerdem gab es noch zweierlei, was die allgemeine Unzufriedenheit wach erhielt. Da war zunächst der unheilvolle Domänenstreit — dessen Darlegung in kurzen Worten auch dem begnadetsten Historiker ein Ding der Unmöglichkeit sein würde —, welcher die Gemüter erregte, trotzdem um die Mitte der dreißiger Jahre scheinbar ein Ausgleich erfolgt war. Um es kurz zu sagen: der Landesherr beanspruchte sämtliche Domänen und die Einkünfte daraus als sein Eigentum; das Volk hinwiederum behauptete, alle Domänen gehörten dem Lande. Die Extreme platzten oft genug im Landtage aufeinander, und der Ausgleich glich verzweifelt

Digitized by Google

einem Waffenstillstande, der den Kampf nur unterbrochen hatte. Aber klar, was denn in und mit dem Streite eigentlich zu erlangen sei, wußten die wenigsten im Volke. Der andere Grund zur Unzufriedenheit war die Opposition und die Mißgunst der einzelnen Landesteile und der kleineren altnassauischen Residenzen gegen die neue Hauptstadt Wiesbaden, die als Regierungs-Centralstelle und Fürstensitz ihnen, d. h. Usingen, Idstein, Weilburg, Diez, Dillenburg, Hachenburg u. a. m., alles von früherer Herrlichkeit genommen hatte. Von den Landesteilen waren der früher kurmainzische Rheingau und der einst meist oranische Westerwald am oppositionslustigsten gegen die „drunne in Wißbade", welche die ehemalige größere Freiheit jener nicht mehr würdigten.

Allerletztlich kam dann noch, freilich ohne Schuld der Regierung, die große Hungersnot und Teuerung in der Mitte der vierziger Jahre hinzu, um die Drangsale des Volkes zu vollenden. Es war ein Abbild der französischen Zustände vor der großen Revolution en miniature, allerdings beileibe nicht in jener fürchterlichen Abgrundlosigkeit.

Da, mit einem Male, zeigten sich die Vorboten der kommenden Umwälzung, ein Jahr etwa, bevor die letztere selbst eintrat. Man begann im Volke, was bisher für unmöglich gehalten worden war, zu lesen, politische Zeitungen zu lesen. Es hatte nämlich außer dem Verordnungsblatt und den zahmen Intelligenzblättern mit ihren Ernennungsanzeigen und Holzversteigerungen keine Zeitung im ganzen Herzogtum gegeben, und aus den Frankfurter Blättern war geflissentlich jeder Nassau betreffende Artikel „regierungsseitig" ferngehalten worden. Und Vereine kannte man außer Künstler-, Litteraten- und Gewerbe-Vereinigungen mit sanftmütigen Programmen ebenfalls nicht. Wo also und wie hätte der nassauische Unterthan Politik treiben sollen, auch wenn er wirklich gewollt hätte? Nun wurde das anders. Die auswärtigen freisinnigen Blätter fingen an, Artikel aus dem Nassauer Ländchen zu bringen, so die „Deutsche Zeitung", die „Frankfurter Oberpostamtszeitung", die „Mannheimer Abendzeitung" und der „Deutsche Zuschauer". Letzterer, redigiert von Dr. Gustav v. Struve, brachte eine Reihe von Aufsätzen, welche schonungslos, zum Entsetzen der Regierung wie nicht minder der Menge —, die anfangs nämlich über ein solches Wagnis staunte —, die inneren Schäden des

Digitized by Google

Staates bloßlegten, daneben auch mit der scharfen Sauce des Skandals das ganze Gericht mundgerechter machten. Nun lag, was niemand auszusprechen gewagt hatte, aus Furcht, einen väterlichen Backenstreich zu empfangen, gedruckt, schwarz auf weiß da und wurde gelesen —, gelesen von allen und jedem. Denn der „Zuschauer" war, wie es heißt, in jedem Boudoir und auf jeder Bierbank zu finden; er lief durchs ganze Land, und die Regierung konnte es nicht verhindern und keine Mittel finden, ihn zu unterdrücken.

Aber weit entfernt davon der Gedanke, daß das Lesen allein die Revolution gemacht hätte! Es klärte nur auf; doch das wollte noch nicht viel heißen. Die große Menge ist und bleibt, um mit einem großen Manne zu reden, canaille; der Erleuchteten, die sie leiten, sind nur wenige. Die Erleuchteten von damals gingen aus dem gebildeten Stande hervor; einen stellte die Schule: den Konrektor Friedrich Schulz zu Weilburg, und einen die Rechtspflege: August Hergenhahn, Prokurator (Rechtsanwalt) zu Wiesbaden. An letzteren schlossen sich noch an: Franz Bertram, Reutner, und Dr. Ernst Leisler, Prokurator zu Wiesbaden; alle drei waren Landesdeputierte. Schulz enthusiasmierte, soviel ihm das unter den bestehenden Verhältnissen möglich war, die Gymnasialjugend für freiheitliche Ideen und ermunterte sonst zum Zeitungslesen und zur Vereinsthätigkeit; Hergenhahn wußte indirekt auf dieselben Ziele hinzuwirken. Beide Männer besaßen zweierlei, was sie bald volksbeliebt machte, ein wirklich warmes Herz fürs Volk und eine unübertreffliche Suade, die bekanntlich unter solchen Verhältnissen nicht zu unterschätzen ist. Bertram und Leisler konnten ein Ähnliches für sich in Anspruch nehmen.

So war es denn ein gewissermaßen stillschweigend vom ganzen Lande erteiltes Votum, das August Hergenhahn mitnahm, als er im Oktober von 1847 sich zu dem Kongreß preußischer, württembergischer, badischer, hessischer und nassauischer liberaler Abgeordneten begab, der sich entgegen demjenigen radikaler Volksmänner, welcher kurz zuvor zu Offenburg abgehalten worden war, zu Heppenheim an der Bergstraße versammelte. Was Hergenhahn von da mitbrachte, waren die Mitgliedschaft an einer Kommission zur Sammlung von Material zur Erleichterung der Volkslasten, ferner die bekannten Forderungen des Volkes: deutsche Einheit, Freiheit der

Digitized by Google

Presse, Reform der Rechtspflege, Verminderung der Feudal-, Steuer- und Militärlasten. Die Forderungen waren sehr zahm, und das Volk war mit ihnen zufrieden. Man wollte Reformen in Nassau, keine Revolution. Allerdings: der Topf saß auf dem Feuer; es lag an der Regierung, den Deckel zeitig abzunehmen.

Das that sie nicht. Da brachte die Pariser Februar-Revolution von 1848 die Explosion.

II. Der 2. März.

Die Erfolge der französischen Revolution versetzten bald das deutsche Volk in Aufregung. Namentlich in Süddeutschland gärte es. Man befürchtete, wie nach der großen Revolution so auch jetzt, einen Angriff von Westen her und wollte, um der Gefahr begegnen zu können, die innere Einheit hergestellt wissen, um jeden Preis. Der alte Bundestag sollte beseitigt, dafür ein einiges deutsches Parlament eingesetzt werden, das die Centralgewalt zu bilden hätte; daneben wurden noch andere freisinnige Forderungen erhoben, überall die gleichen. Als die Bewegung in Baiern, Württemberg und Baden Fortschritte zu machen anfing, schlugen die Nassauer ebenfalls los.

Am 1. März früh gab sich zu Wiesbaden eine außergewöhnliche Erregung kund. Es sei vorausgeschickt, daß die Stadt damals den Umfang des charakteristischen Fünfecks der Altstadt, das von Rhein-, Wilhelm-, Taunus-, Röder- und Schwalbacher Straße umschlossen wurde, noch nicht überschritten und erst 14,000 Einwohner hatte. Sie war also nur zum sechsten Teil so bevölkert als heute, und von den gegenwärtigen Einrichtungen, die sie so elegant und aufsuchenswert machen, war wenig die Rede. Meist zweistöckige Häuser, eine Kirche, die alte Mauritiuskirche, das Schloß, der Kursaal, das Theater, der Uhrturm, eine Anzahl von Wassermühlen, schlechtes Straßenpflaster und schlechte Beleuchtung mit Rüböllampen, die Taunusbahn — das war ja vorhanden, der Nachtwächter blies die Stunden ab, der Polizeidiener schellte die Versteigerungen aus, und die Hirten trieben das Vieh auf die Weide;

Digitized by Google

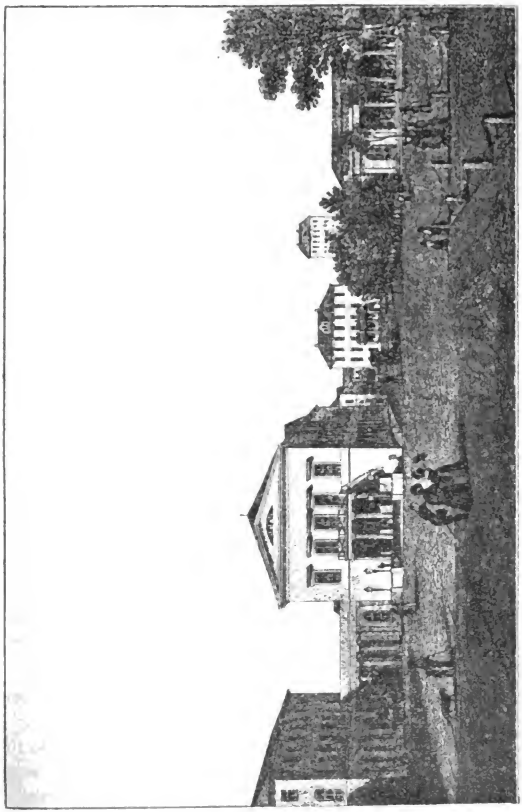
aber von den vielen Landhäusern, den schönen Anlagen vorm Kurhause, auf dem Warmen Damm und von so vielem andern war noch nichts zu sehen. Doch, wie gesagt, was da war, das belebte sich alsbald. Die herzoglichen Behörden, der Stadtamtmann Winter, der Polizeidirektor Reichmann und der Stadtschultheiß Lauterbach, mögen große Augen gemacht haben, als sie die guten Wiesbadener so männiglich auf den Beinen sahen. Nicht minder erstaunt war man im Ministerium an der Bahnhofstraße, wo der Freiherr von Dungern als oberster Beamter die Geschäfte leitete, und endlich im Schlosse, wo die Herzogin-Witwe Pauline mit ihren Kindern weilte, während Herzog Adolf ahnungslos sich seit dem 27. Februar in Berlin zum Besuche aufhielt.

Die Menge, meist mit den deutschen Farben, schwarz-rot-goldenen Kokarden geschmückt, drängte sich durch die Straßen und zog zur „Stadt Frankfurt". Hergenhahn, Leisler und Bertram begannen hier die Leute aufzuklären über den Zweck der einzuleitenden Bewegung, zugleich aber ermahnten sie zu einträchtigem, ruhigem und ordnungsmäßigem Betragen. Auch der volksbeliebte Arzt Dr. Graefe bestieg ein Billard und hielt eine seiner so viel bewunderten und beifällig aufgenommenen Reden. Andere Volksmänner redeten in anderen Wirtschaften, und lauter Zuruf belohnte sie. Dann begab man sich in hellen Haufen — „Sarche, mach' der Lade zu, der Revolution kommt der Owwerwewergaß erunner!" rief damals ein besorgter Hebräer seiner Frau zu — nach den „Vier Jahreszeiten", wo die Beratungen begannen und die Forderungen an den Herzog und den Landtag, der nach acht Tagen zusammentreten sollte, formuliert wurden. Auf morgen wurde eine große Volksversammlung auf den Theaterplatz (damals noch ohne Schiller-Denkmal) und die Kursaalwiese (heute Bowlinggreen) einberufen. Auch ließen die Führer der Bewegung Eilboten ausgehen ins ganze Land und zur Unterstützung auffordern. Darauf zerstreuten sich die Scharen langsam; Ordnung und Ruhe wurden nirgends gestört.

Am 2. März, nachmittags, war der ganze Theaterplatz und seine Umgebung von Menschen, an viertausend Köpfe stark, dicht gefüllt. Die Hälfte davon war von den Nachbarorten hereingekommen. Niemand hinderte sie daran; die staatlichen Behörden waren völlig konsterniert, und auch das Militär blieb ruhig in den Kasernen;

Digitized by Google

viele Soldaten bemerkte sogar man als Zuschauer in der Menge. Ein endloser Jubel begrüßte den Prokurator Hergenhahn, dem man bereits den ehrenden Titel „Vater“ und „Volksfreund“ — ami du



Der Theaterplatz zu Wiesbaden im Jahre 1848.
Standpunkt der großen Volksversammlungen.

peuple der französischen Revolution — beigelegt hatte. Er bestieg die Theatertreppe, seinen gewöhnlichen Standpunkt, und verlas

Digitized by Google

mit weithin schallender Stimme die „Forderungen der Nassauer", die Petition, die man übergeben wollte, folgenden Inhalts:

„Die neueste französische Revolution, hervorgerufen durch die Treulosigkeit und Korruption der Regierung, hat in (!) Europa erschüttert. Sie klopft an die Pforten von Deutschland.

Es ist Zeit, daß alles, was von nationaler Kraft, was von Freiheitsgefühl in der deutschen Nation ruht, zur schleunigsten Entfaltung gerufen werde.

Es ist vieles, was die Deutschen, was namentlich der Stamm der Nassauer zu fordern berechtigt ist.

Aber die Zeit drängt, sie gestattet nicht, alles, was seit dreiunddreißig Jahren versäumt ist worden, auf einmal zu ordnen.

Folgende Forderungen sind es, welche sofort erfüllt werden müssen:

1. Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl seiner (!) Anführer, namentlich sofortige Abgabe von zweitausend Flinten und Munition an die Stadtbehörde von Wiesbaden.

2. Unbedingte Preßfreiheit.

3. Sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments.

4. Sofortige Vereidigung des Militärs auf die Verfassung.

5. Recht der freien Vereinigung.

6. Oeffentlichkeit, öffentliches, mündliches Verfahren mit Schwurgerichten.

7. Erklärung der Domänen zum Staatseigentum unter Kontrolle der Verwaltung durch die Stände.

8. Sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist. (D. h. allgemeines, direktes Wahlrecht. D. V.)

9. Beseitigung aller Beengungen der uns verfassungsmäßig zustehenden Religionsfreiheit."

Betrachten wir einen Augenblick diese Forderungen näher, so bemerken wir folgendes. Die Führer der Bewegung und wohl auch die meisten in der Menge wußten sehr wohl, was sie wollten, und nur der Unverstand reaktionärer Kritikaster kann darüber spötteln. Man wollte den Einbruch und Ausbruch der Revolution verhüten durch Einführung von Reformen auf gesetzlicher Grund-

Digitized by Google

lage. Reform, nicht Revolution! das war die Losung der nassauischen, durchaus monarchentreuen Märzbewegung.

Und waren die Forderungen unberechtigt? Das Verfassungsedikt von 1814 hatte den Inhalt der meisten von ihnen dem nassauischen Volke freiwillig verheißen; aber die Regierung hatte das Versprechen nicht erfüllt. Heute sind sie nicht nur in Nassau, sondern in ganz Deutschland verwirklicht, und Mutter Geschichte hat's gut geheißen. Da aber Mutter Geschichte alleinige Richterin in derlei Sachen ist, so muß es auch mit jenen Forderungen seine Richtigkeit gehabt haben. Quod erat demonstrandum!

Unter donnerndem Beifall der Tausende schloß der „Volksfreund". Und um alsbald öffentlich zu bekunden, daß Volk und Staatsgewalt keinen Gegensatz zu einander bilden sollten, umarmte er einen Soldaten vor allen Anwesenden und küßte ihn. Das waren erhebende Augenblicke, als das Volk unter freiem Himmel und ohne weitere Vermittelung seinen Staatsvertrag abschloß mit dem Regenten und Landesvater; es erinnerte dies an die Zeiten der alten Griechen und Römer, an den Schwur im Ballsaale beim unblutigen Beginn der großen französischen Revolution.

Prokurator Hergenhahn — den Beinamen (auf deutsch Fürsorger) verdiente der Volkstribun nun wohl auch in politischem Sinne vollständig — und sechs Gesinnungsgenossen (Bertram, Käsebier, Krempel, Krieger, Dr. Leisler sen. und Oeffner) wurden als Deputation der Versammlung abgesandt, um dem Minister von Dungern die Petition zu überreichen. Die Menge harrte unterdes in strömendem Regen auf dem Platze aus; abwechselnd wurden Reden gehalten und patriotische Lieder gesungen. Daß dabei auch heitere Episoden mit unterliefen, that der Großartigkeit des Ganzen keinen Abtrag. Du sublime au ridicule n'est qu'un pas (vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt) hat schon Napoleon Bonaparte gesagt. So wird erzählt, der eine habe sich kindlich gefreut, daß er nun von den „Angestellten" mit Sie statt mit Er angeredet werden müsse, ein anderer, daß ihm nun sein Mieter, der Ministerialrat, zu danken habe, wenn er ihn grüße. Ein dritter umarmte und küßte jeden, der ihm vorkam, ein vierter stellte noch tolleres Zeug im Freudentaumel an. Endlich erschien unter endlosem Hurrarufen die Deputation, und man erfuhr, daß der Staatsminister die beiden ersten Forderungen sans façon zuge-

Digitized by Google

standen habe, die übrigen, deren Bewilligung nicht in seiner Macht liege, bei dem Herzog mit allen Kräften unterstützen wolle. Die Menge wollte aufbrausen; allein Hergenhahn gelang es, sie zu beschwichtigen und zum ruhigen Auseinandergehen zu veranlassen. Auf Samstag, den 4. März, sollte eine zweite Volksversammlung einberufen werden, wozu man Einladung an das ganze Nassauer Land ergehen lassen wollte. Nachdem noch eine andere Deputation dem Minister das Zugeständnis der sofortigen Einberufung des Landtags durch Stafetten abgedrungen hatte, verliefen sich die Massen.

Ein einziger Jubel erfüllte die ganze Stadt. Die Scharen strömten nach dem Stadthause (dem heutigen alten Rathause), wohin seit den Abendstunden ununterbrochen Gewehre gebracht und unter der Aufsicht von Oeffner verteilt wurden. Listen wurden aufgelegt, und schnell bedeckten sie sich mit den Namen derer, die sich als Nationalgardisten einschrieben. Aber all das verlief in guter Ordnung und Ruhe. Der alte, würdige General von Preen, einer der Kämpfer bei Waterloo, überwachte im Zeughause (in der Artilleriekaserne) die Auslieferung der Waffen durch die Soldaten an die Bürger. Die Regierung bewilligte 2000 Gulden zur Beschaffung von Piken. Keine unangenehmen Vorfälle ereigneten sich; Militär und Bürger fraternisierten sogar.

Fragen wir aber, warum das Volk, warum die Wiesbadener ihre Bewaffnung begehrten, so finden wir leicht die Antwort. Man war an die Verwendung des Militärs in den Zeiten der Reaktion zu gewöhnt; man fürchtete die österreichischen und preußischen Besatzungstruppen in Mainz, die in ein paar Stunden hüben sein konnten. Da man aber die Forderungen mit seinem Blute zu verteidigen gesonnen war — in den Märztagen ganz gewiß —, so wollte man eben gewaffnet sein. Freilich bedachte man nicht, daß eine Verteidigung des offenen Wiesbaden sehr schwer gewesen sein würde; allein man würde ohne Zweifel gekämpft haben.

Die Bürgerwehr, die unter das Kommando des provisorischen „Obersten" Böhning, eines alten Freischärlers, dem wir noch begegnen werden, gestellt wurde, teilte sich vorläufig in sechsunddreißig Züge, die sich ihre Führer selbst wählten. Die Hauptwache befand sich in dem jetzt niedergelegten Schulhause am Marktplatz; acht Züge wurden zur ständigen Verfügung des Kommandierenden gehalten,

Digitized by Google

die anderen mußten Wachtdienst thun. Die Nacht verlief ruhig, die Bürgerpatrouillen durchzogen die Stadt; gegen Morgen war die Zugeinteilung nahezu vollendet, und man besetzte nun auch die Posten beim Zeughause und bei den Regierungsgebäuden. Die Soldaten im Zeughause ließen sich leicht und gern ablösen, besonders als man ihnen zwei Ohm Bier und eine Menge Cigarren zur Verteilung überwies.

So vollzogen sich die Ereignisse in der Residenz. Unterdes aber war die Kunde von den Vorgängen wie ein Lauffeuer durchs ganze Land geflogen. Und nun machte das Land sich auf. Schon in der Nacht trafen die Vortrupps der Massen ein, und im Laufe des folgenden Tages kam das Gros nach. Sie kamen von Morgen und Abend, von Mittag und Mitternacht. Ganze Gemeinden rückten in geschlossenen Kolonnen an, Trommler und Musikanten voraus. Ganze Gemeinden auch von „über der Höh'" erschienen, die Holzaxt auf der Schulter — sie wollten's „dene drunne" einmal einträuken —, andere vom Westerwald mit Säcken voll Brot, das wollten sie verzehren und dann die Säcke voll von Domänengeldern wieder mitnehmen. Denen mußte man nun allerdings erst klar machen, um was es sich handle, und da hatte die Bürgerwehr natürlich alle Hände voll zu thun, um ihre Nützlichkeit zu beweisen. Dies geschah in redlicher Weise, und die Gefährlichkeit der Bewegung wurde dadurch beschworen.

Das Herzogtum hatte damals, wie bemerkt, 416000 Einwohner. Von diesen rechnete man etwa 80 000 erwachsene Männer. Da nun am Haupterhebungstage nahezu 40 000 Mann zu Wiesbaden versammelt waren, so kann man sagen, daß fast die gesamte wehrfähige Mannschaft des Nassauer Landes in der Hauptstadt vertreten war.

III. Der 3. März.

Am Morgen des 3. März wurde mit der Verteilung der Waffen fortgefahren und gleichzeitig den herbeigeströmten Massen eine freundliche Aufnahme bereitet. Da die Bewegung immer mehr anschwoll und die Regierung macht-, rat- und that-

Digitized by Google

los war, so konstituierte sich in den „Vier Jahreszeiten“ eine Volksregierung; das Sicherheitskomitee, nach der Weise des französischen Heilausschusses (comité de salut), eine revolutionäre Behörde zwar, aber doch immerhin eine Behörde; denn ein Oberhaupt mußte sein. Durch eine Proklamation verkündete das Komitee, daß es sich auf dem Rathause in Permanenz befinde und jederzeit für die öffentliche Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen werde; es forderte auf, ihm zu vertrauen, d. h. seinen Anordnungen Folge zu leisten, und es hat seine Obliegenheiten in der schweren Zeit voll erfüllt, trotz der gegenteiligen Behauptungen der Reaktionäre, die es nur bewitzelten. So sorgte es u. a. dafür, daß nur gegen Bescheinigung Gewehre verabfolgt wurden, damit keine zweifelhafte Person eine Waffe in die Hand bekam.

Die Mitglieder des Komitees, kenntlich durch eine weiße Schärpe, waren in der Reihenfolge, wie sie die Proklamation unterzeichnet hatten: A. Hergenhahn, F. Bertram, F. W. Käsebier, R. Weil, Dr. Graefe, Dr. Leisler, G. Krieger, Dr. Zais, G. Thon, H. Born, W. Oeffner, H. Thon, W. Poths, G. Bücher, L. Krempel, Ph. Schütz. Sie sind nun alle verstorben.

Die Aufregung begann zu wachsen, auf allen Seiten. Die Behörde schwebte in Angst vor der Revolution, da die hereinströmenden Massen, die alle zur Stadt führenden Landstraßen bedeckten, stündlich wuchsen. Die Bürger fürchteten, daß die Regierung heimlich Militär von außen kommen lassen werde. Unnütze Schreier hatten das Gerücht verbreitet, daß von Frankfurt her zwei Regimenter Baiern im Anmarsche seien, und schon war man zur Demolierung der Eisenbahn und zum Bau von Barrikaden bereit, als der Telegraph das Gerücht widerlegte. Die Regierung trat klugerweise den ferneren Alarmnachrichten auf angemessene Art dadurch entgegen, daß sie offizielle Flugblätter, „Nassauische Zeitung“ genannt, ausgeben ließ, um den wahren Sachverhalt der Dinge kund zu thun. Durch das erste, das um 10 Uhr morgens erschien, gab sie die beruhigende Versicherung, daß die Mobilisierung des nassauischen Bundestruppen-Kontingents, die zum „Wohle Deutschlands“ beschlossen gewesen wäre, sistiert worden sei, damit „sich nicht das falsche Gerücht verbreite, als sei diese Maßregel gegen die gesetzliche Bewegung unter den treuen Bürgern gerichtet“. So erkannte man also „regierungsseitig“ die Gesetzmäßigkeit der Bewegung an, und

Digitized by Google

mehr konnten die Bürger wohl nicht verlangen. Auch der Polizeiamtmann Reichmann ließ es an Beruhigungen nicht fehlen und ermahnte nebenbei recht patriarchalisch die Eltern, ihre Kinder und die Meister, ihre Lehrbuben daheim zu halten.

Doch ließ sich die Menge nicht so leicht beruhigen. Der Verdacht, daß der Herzog mit seiner Wiederkehr nur deshalb zögere, um an der Spitze einer größeren Truppenmacht anrücken zu können, erhielt sich. Man fürchtete vor allem die Kanonen. „Die Kanonen heraus!“ ging der Ruf durch die Straßen. General von Preen beschwichtigte die Aufgeregten dadurch, daß er ihnen zwei Wagen mit Munition auslieferte, die aber nicht verteilt, sondern im Schützenhof verwahrt und von einem Bürgerwehrposten bewacht wurden. Die Besonnenen hielten selbst die Verteilung der Munition für gefährlich. In Massen strömten dann die bewaffneten Bürger nach dem Kurhausplatze, wo die Organisation der Wehr vollendet wurde; man war stets in Aufregung darüber, daß der Landesherr nicht kam.

Plötzlich, gegen 11 Uhr, erschien mit einigen Begleitern der Bruder des Herzogs, der junge, sechzehnjährige Prinz Nicolas, mitten in der Menge. „Bürger,“ redete er die Umstehenden an, „ich kann nicht glauben, daß mein Bruder mit fremden Truppen hierherkommt; dazu ist er viel zu gut und edelmütig. Sollte es aber doch möglich sein, so haben andere ihn dazu verleitet. Seid aber versichert, daß wir alles aufbieten werden, damit die Truppen die Stadt nicht betreten. Er läßt auf seine Bürger nicht schießen; glaubt mir, ich bleibe mitten unter euch!“ — „Ja, ja — der Herzog ist gut, nur übel beraten!“ rief man ihm entgegen, und: „Hoch, Prinz Nicolas!“ „Es lebe Nassau!“ erschallte es ringsum. Der fürstliche Jüngling hatte es verstanden, das Vertrauen wieder herzustellen; er dankte einem der Bürger durch einen warmen Händedruck. Allein trotzdem fürchtete man immer noch die Kanonen. Der Prinz erschien vielen als die rechte Person, die Sache zu vermitteln. Man verlangte dringend die Auslieferung. Aber hier blieb Prinz Nicolas fest. „Ich bin nicht Herzog; das steht nicht in meiner Macht,“ sagte er. Er wurde aufgefordert, den Minister von Dungern von der Forderung in Kenntnis zu setzen, was er versprach und worauf er sich entfernte.

Digitized by Google

Alsbald aber kam schon die Kunde, die Kanonen seien von vierzig Mann Bürgerwehr besetzt worden. Nicht lange darauf erschien General von Preen selbst. Er erklärte es für eine Lüge, daß er die Truppen in den Kasernen konsigniert habe; die Bürger sähen sie ja mitten unter sich. Nur am Abend vorher sei es der nötigen Ordnung halber geschehen. Er selbst habe die Bürger aufgefordert, Wachen ans Zeughaus zu stellen, wo nun auch die Kanonen bewacht würden, er habe Gewehre und Munition verteilt; mehr könne er nicht thun. Man solle nun von weiterer Forderung abstehen und seine Soldatenehre nicht unverdienterweise kränken. Die geraden, schlichten Worte des alten, tapferen Kämpfers verfehlten ihren Eindruck nicht; die Bürger vergalten ihm mit einem lauten Lebehoch.

Kurz darauf wurden hintereinander zwei neue offizielle Flugblätter verteilt. Das eine widersprach der falschen Nachricht, daß der Herzog in Frankfurt angekommen sei, und versicherte, daß seine Ankunft sofort bekannt gemacht werden solle. Zugleich wurde mitgeteilt, daß die Landstände durch Verordnung — sie erschien noch am selben Tage im Verordnungsblatt gedruckt — sofort einberufen worden seien. Das andere Flugblatt gab bekannt, daß dem Herzoge über Eisenach wie über Köln Kuriere entgegengesandt worden seien, um ihn zu benachrichtigen, damit er, „sobald es nur möglich, in der Mitte seiner getreuen Nassauer erscheinen könne".

So war die Aufregung wieder einigermaßen beschwichtigt worden. Das Sicherheitskomitee hatte sich unterdes auf dem Rathause völlig eingerichtet, den mißliebigen Stadtschultheißen Lauterbach abgesetzt und die Adjunkten Weychardt und Coulin (später zweiter Bürgermeister) mit der Leitung der Geschäfte betraut. Die Erregung der Bürger gegen Lauterbach war groß; doch hielt man von Gewaltmaßregeln gegen ihn zurück. Die Bürgerwehr exerzierte und patrouillierte fleißig und nahm nach wie vor die Visitation der den Tag über von draußen Hereinströmenden vor. Der 8. Zug hielt die Eingänge der Dotzheimer und Schierstein Chaussee, der 9. den Bahnhof (Taunusbahnhof, damals der einzige in Wiesbaden) und die Mündungen der Biebricher und Erbenheimer Chaussee, der 11. denjenigen der Sonnenberger, der 12. jenen der Schwalbacher Chaussee, der 13. und 14. das Schulhaus (am Markte) und das Rathaus besetzt; die Züge 15 bis 21 waren zur Ablösung,

Digitized by Google

22 bis 32 zum Nachtdienst bestimmt; 33 bis 36 bewachten abwechselnd die Munition (im Schützenhofe) und die Kanonen (in der Artilleriekaserne).

Die vom Minister von Dungern bewilligte Preßfreiheit hatte bereits am 3. März eine politische Zeitung entstehen lassen. Es erschien nämlich an diesem Tage die erste Nummer der „Freien Zeitung", von welcher Diepenbrock und Dr. Möller die Redaktion übernahmen. Als Verleger zeichneten H. Fischer (der spätere Bürgermeister) und C. Ritter (der kürzlich verstorbene Verleger des heutigen „Rheinischen Kurier"); gedruckt wurde das Blatt in der Ritter'schen Offizin. Die erste Nummer hatte vier Seiten Kleinfolioformat, von denen aber nur zwei bedruckt waren, da auch die Setzer die allgemeine Begeisterung angesteckt hatte. (Man setzte den Abonnementspreis bis zum 1. Juli auf zwei Gulden, doch trug auch der Verkauf aus der Hand viel ein.) Den Inhalt bildeten ein „Ruf und Gruß an alle Bewohner Nassaus und Brudergruß an alle Deutsche", ferner die bekannten „Forderungen der Nassauer" und eine kurze Darstellung der Vorgänge am 2. März zu Wiesbaden. „Der Ruf und Brudergruß" war durchaus maßvoll und nicht revolutionär; der Lapidarstil in politischer Beziehung machte sich erst später breit. Der Artikel schloß mit dem Jubelrufe: „Deutschland ist wiedergeboren, Deutschland ist frei! Ein großes, einiges, freies Volk wird von nun an erscheinen auf dem Schauplatze der Welt. Es wird die Geltung wiederfinden und behaupten, durch deren Entbehrung es zum Gespött wurde aller Nationen! Eintreten wird es in seinen hohen Rang unter die ersten Völker der Erde, und es wird von nun an keine Schmach, sondern ein Ruhm sein, zu sagen: Ich bin ein Deutscher! Mit Gott denn für Volk und Vaterland!" — Doch ganz schön gesagt?!

Gegen Abend lief abermals das Gerücht um, die Mainzer Garnison würde, und zwar in der Nacht, die Stadt überfallen. Ein nach sechs Uhr gedrucktes (viertes) Flugblatt wurde deshalb unter das Volk verteilt, worin der Staatsminister aufs heiligste versicherte, jene Nachricht sei eine Lüge; er selbst stehe dafür ein, daß das Gerücht nicht wahr sei. Zur größeren Beruhigung habe er die Anordnung getroffen, daß an der Landesgrenze (bei der Kurve) die Schienen der Eisenbahn aufgebrochen würden. Das war nun ein bischen übereifrige Unnützlichkeit; denn wenn die

Digitized by Google

Oesterreicher und Preußen von Mainz hätten herüber kommen wollen oder sollen, so würden sie auch ohne chemin de fer, einfach zu Fuß binnen zwei Stunden in Wiesbaden gewesen sein. Allein ein großer Teil der guten Bürger ist doch gewiß in dem Bewußtsein schlafen gegangen: die Schienen sind aufgerissen, wir können ruhig sein. Uebrigens scheint die Maßregel gar nicht ausgeführt worden zu sein; denn andern Tages war das Geleise doch fahrbar.

Im Schlosse blieb alles still. Aus den Fenstern konnte man in die des Rathauses hineinsehen, von ihnen aus das bunte Gewimmel auf den Straßen und dem Marktplatz beobachten. Drüben tagte die neue Regierung, das Sicherheitskomitee; hüben saß die Herzogin-Witwe bei ihren Kindern, sehnlichst die Ankunft ihres Stiefsohnes erwartend. Herzogin Pauline, achtunddreißig Jahre alt, war noch eine schöne, hoheitsvolle Erscheinung, beim Volke sehr beliebt; ihr Sohn, Prinz Nicolas, war schon damals ein stattlicher junger Herr; ihre Töchter, die Prinzessinnen Helene (verstorbene Fürstin von Waldeck) und Sophie (heute Königin von Schweden und Norwegen), standen im Alter von siebzehn bezw. zwölf Jahren. Minister von Dungern und sein Vorgänger im Amte, Graf Walderdorff, jetzt Präsident der Herrenbank, der von seinem Schlosse Molsberg herbeigeeilt war, unterstützten die Fürstin in der Bedrängnis. Man überwand, um der eigenen Sicherheit willen, die Abscheu vor einem Pakt mit der Revolution, indem man den Regierungsrat von Gagern aufs Rathaus sandte und um eine Wache von Bürgern bitten ließ. Diese wurde bereitwilligst gewährt, und drei Mann Bürgerwehr lösten die militärischen Posten vor den Gemächern der Herzogin und ihrer Kinder ab. Der Stallmeister Freiherr von Breidbach-Bürresheim, der sich der Bewegung anschloß, nahm dem Komitee das Versprechen ab, dem Herzoge kein Leid zuzufügen, was übrigens kein Mensch beabsichtigte.

Die Gefahr wuchs; immer neue Massen kamen unter Fackelbeleuchtung den Michelsberg herab, unter dem Uhrturme her. Die Bürgerhäuser konnten die unfreiwillige Einquartierung längst nicht mehr fassen. Man bivouakierte auf Straßen und Plätzen. Selbst dem Vater Hergenhahn und denen, die um ihn waren, wurde die Sache beinahe bedenklich. Wenn nur der Herzog käme, dann wäre alles gut! Aber der kam nicht und kam nicht. So

Digitized by Google

verging die Nacht vom 3. zum 4. März unter „Langen und Bangen in schwebender Pein".

IV. Der 4. März.

„Der Tauwind kam von Westen her
Und schnob durch Deutschland trüb und feucht",

konnte man sagen, als der 4. März anbrach, der eigentliche Geburtstag der nassauischen Freiheit. Es war ein lindes, aber doch lösendes Märzstürmchen, welches das Eis der Reaktion sänftiglich wegschmolz.

Bereits in der Frühe war alles auf den Beinen. Heute mußte es werden, so oder so, sagte man sich. Auf 3 Uhr nachmittags hatten Hergenhahn und die übrigen Führer bekanntlich die große Volksversammlung auf dem Theaterplatze anberaumt. Die jetzigen Machthaber auf dem Rathause wünschten ebensosehr die Entscheidung wie die früheren im Schlosse, denen jene die Macht aus den Händen gewunden hatten. Es hatten sich nämlich unter die Massen, die sich am Vormittag immer noch vermehrten, auch viele unsaubere Elemente gemischt, wie dies bei einer jeden Volkserhebung leider der Fall ist. Verbummelte und verkrachte Existenzen, die nichts zu verlieren hatten, aber beim allgemeinen Drunter-und-Drüber zu gewinnen hofften, zumeist aus Mainz und dem Rheingau, setzten der Menge mit ihrem Hetz! Hetz! zu und schürten die unlauteren Triebe, ohne daß man ihren heimlichen Machinationen entgegenwirken konnte. Von diesem Gesindel, von dem ein Augenzeuge sagt, man wisse gar nicht, woher im Handumdrehen so viele Galgenphysiognomieen und konfiszierte Gesichter hergekommen seien, und es habe ausgesehen, als ob alle Vagabundenherbergen und Gefängnisse sich auf einmal nach Wiesbaden entleert hätten, gingen auch die Gewaltstreiche aus. Die Strolche lärmten in den Wirtshäusern, die bis auf den letzten Mann besetzt waren, der Herzog sei gar nicht fort, er sei im Schlosse, und man führe das Volk nur an der Nase herum. Sie redeten auch von Plünderung und vom „Teilen", sogar von Brand und Mord.

Und nun kamen von außen allerhand Nachrichten, die es dringend empfahlen, daß die Sache der Freiheit auch in Nassau

Digitized by Google

siegreich durchdringen möge. Es wurde der „Offizielle Artikel" des Bundesrats bekannt — die „Freie Zeitung" druckte ihn ab —, worin diese Unglücksbehörde einen ebenso verunglückten Versuch machte, durch ein paar wässerige Phrasen die Bewegung zu beschwichtigen. Diesem ersten Artikel folgte bald ein zweiter, durch welchen es jedem Bundesstaate freigestellt wurde, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen. Mit endlosem Jubel wurde diese erste moralische Niederlage der alten verhaßten und verbrauchten Regierungsbehörde begrüßt. Bald danach lief die Nachricht ein, daß der König Wilhelm von Württemberg die Forderungen seines Volkes bewilligt habe.

Nun war kein Halten mehr in den Massen. Es war gegen 10 Uhr, da flutete und brandete ein Kopf an Kopf gedrängter, nach Tausenden zählender Menschenquirl um das Residenzschloß, unter Murren und Drohen. „Heraus, heraus! Bewilligen, bewilligen!" hallte es zu den Fenstern empor. Die Führer der Bewegung, Hergenhahn an der Spitze, fühlten, daß mit oder ohne den Herzog, der immer noch nicht erschien, die Forderungen bewilligt werden müßten, und zwar sogleich. Der „Volksfreund" und zwölf Bürger begaben sich daher ins Schloß. Den dringlichen Vorstellungen gaben die Herzogin und der Minister sofort nach. Bald verkündete Hergenhahn, daß die Forderungen erfüllt würden.

Die Proklamation hatte folgenden Wortlaut: „Treue Nassauer, Bürger von Wiesbaden! Der Herzog ist bis jetzt nicht hier eingetroffen. Ich will daher nicht länger zurückhalten, Euch zu erklären: Ich meinerseits bewillige Euch die mir vorgebrachten Forderungen unbedingt und spreche auch die feste Ueberzeugung aus, daß der Herzog sie Euch bewilligen wird. Ihre K. H. die Frau Herzogin begiebt sich mit ihrem Sohne, Prinz Nicolas, dem allein hier anwesenden Bruder des Herzogs, mitten unter Euch und leistet mit ihrer Person dafür Sicherheit und Bürgschaft. Wenn der Herzog Eure Forderungen nicht genehmigen sollte, so lege ich, der Minister, wie ich bereits erklärt, bereitwillig meine Stelle ohne Pension nieder. Nassauer, bleibt treu! Bürger, schützet unsere Stadt! Seid deutsch! Seid einig! v. Dungern." — Darunter hatten Herzogin und Prinz hinzugefügt:

„Daß ich mit obigem ganz einverstanden bin, bezeuge ich durch meine Unterschrift: Pauline, Herzogin von Nassau.
Nicolas von Nassau."

Digitized by Google

Hierauf unterschrieben die Bürger:

„Die unterzeichneten Bürger von Nassau beglaubigen hierdurch, daß Ihre K. H. die Herzogin Pauline von Nassau und der herzogliche Staatsminister von Dungern die vorstehenden Namensunterschriften in unserer Gegenwart eigenhändig vollzogen haben. Wiesbaden, den 4. März 1848, morgens 10 Uhr. Hergenhahn, Krieger, F. W. Käsebier, Dr. Leisler, C. Müller, M. Mathes, B. May, Joh. Kindlinger, Franz Bertram, C. Bücher, Bücher jr., Reinhard Weil, Breidbach-Bürresheim."

Gleich dahinter erließ das Sicherheitskomitee von sich aus einen Aufruf, der besagte, daß alles, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen hätte geschehen können, geschehen sei, daß die Forderungen garantiert seien, und daß das Militär auf die Verfassung vereidigt werden sollte. Es versicherte zugleich, daß es dafür sorgen werde, daß die Volksbewegung in immer kräftigerer Entwicklung erhalten werde, bis die vollständige Erfüllung der Forderungen verwirklicht sei. Organisation der Volksbewaffnung auch auf dem Lande sollte dazu verhelfen; jedermann habe die Pflicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der Staatsminister gab durch ein weiteres Flugblatt überdies bekannt, daß keine Steuern im Lande bezahlt werden sollten, bis der Herzog die Zugeständnisse bewilligt habe.

Aber der Herzog kam nicht und kam nicht.

Und die Menge schwoll immer mehr an, und man sah, wie sie sich allmählich mit allen Arten von Waffen versehen hatte: Sensen, Heugabeln, Aexten, Dreschflegeln, Gewehren. Jetzt auch wurden die unlauteren Elemente lebendiger, jetzt kamen Rufe wie: „Nieder mit allem, fort mit dem Herzog!" vereinzelt vor. Die Männer mit der weißen Schärpe, in Frack und Cylinder, die sich durch die Massen drängten, wurden schon hie und da verlacht. Sogar Hergenhahn mußte die Worte: „Nieder mit dem Herzog!" vernehmen. Aber da richtete sich der Volksfreund hoch auf und erwiderte: „Nur über meine Leiche kämet Ihr dort hinauf!"

Bleichen Antlitzes lugten hinter den Gardinen der Fenster des Schlosses dessen Bewohner hinab auf die quirlende, tobende Menge. Der Minister erschien verschiedene Male auf dem Balkon, um zu sprechen; er wurde überschrieen. Graf Walderdorff, der zu beruhigen versuchen wollte, kam kaum mit seiner Anrede: „Ihr

Digitized by Google

lieben Leute, kennt Ihr mich?“ zu Ende, als ihm auch schon in bekannter Weise entgegnet wurde: „Ja, wir kennen Dich, halt's Maul (Schimpfwort folgte)!“ Als dann der Exminister entrüstet versetzte: „Das hat kein Nassauer gesagt,“ erfolgte unter Gelächter die Antwort: „Naa, es wor e Meenzer (Mainzer)“. Vor den auf ihn gerichteten Flintenläufen mußte sich der Graf schleunigst salviren.

Und nun gelangte aufs Rathaus, wo die Demonstranten das Komitee unaufhörlich bestürmten, die Forderungen in die That umzusetzen, vor allem das Militär vereidigen zu lassen, die Nachricht, man dränge gegen das Zeughaus, um es zu stürmen, und die Wache sei zu schwach, zu widerstehen. Auch vom „Schützenhof“, wo die Munition sich befand, kamen Hilferufe, ebenso vom Pfandhause.

Es war in der That ein wilder Haufe aufgebrochen und hatte sich gegen das Zeughaus gewandt. Die Bürgerwehr aber trat geschlossen den Aufrührern entgegen. Mit Kolben und Bajonetten wurden die Stürmer zurückgetrieben, Stiche und Beulen gab es dabei; wieder drängten die Wildesten an, und wieder mußten sie zurück, ohne ihren Zweck erreicht zu haben. Ein anderer Haufe drang um dieselbe Zeit gegen das Theater vor, um dessen Waffenkammer zu stürmen. An den Säulen des Altans kletterten die verwegensten Kerle empor; andere stiegen durch die eingeschlagenen Fenster ein. Aber auch hier waren die Bürgerwachen bei der Hand, gebrauchten die Waffen rücksichtslos und warfen die Eingedrungenen kopfüber zum Fenster hinaus und die Treppe hinab. Die Rasenden riefen, man solle Feuer in das „Affenhaus“ werfen, und da das doch nicht erfolgte, ließen sie ihre Wut an der nassauischen Fahne aus, die auf dem benachbarten „Nassauer Hofe“ aufgezogen war. Ein Hotelbediener holte sie in der Angst herunter und warf sie unter die Menge, die sie sofort in tausend Fetzen zerriß.

Nun wandten sich die Haufen vom Zeughause durch die Kirchgasse und vom Theater durch die Burgstraße dem Schlosse zu. Man wollte in der Mauritiuskirche Sturm läuten, doch besonnene Hände hatten die Glockenseile abgeschnitten. Kirchenrat Schulz, der erste evangelische Stadtpfarrer, ein braver Mann und Seelsorger, wurde, als er an der Schulgassenecke zur Menge reden wollte, vom Prellsteine herabgezogen und insultiert. Man stieß ihn mit den Worten: „Fort, schlechter Paff!“ hinweg. An der

Digitized by Google

Thorfahrt des Schlosses an der Marktseite trafen sich die Haufen: „Schwefelt das Nest an, dann kommen die Dachse 'raus!" brüllten die rohesten Kerle. Die Gymnasiasten der oberen Klassen, die man Tags zuvor auch bewaffnet und jetzt am Thore aufgestellt hatte, hielten die Gewehre gefällt und trieben mit den Bajonetten, deren Spitzen die Brust der vordersten Angreifer berührten, die Massen zurück. Aber immer und immer wieder drängten diese gegen das Schloß an; selbst die vier Kanonen, die auf dem Platze der heutigen Marktkirche vor der damaligen Zehntscheuer standen und mit Kartätschen geladen waren, schreckten sie nicht. Die Artilleristen, hieß es, würden nicht feuern. Nebenbei begann man in den Läden um den Marktplatz herum zu plündern.

Es war gegen $^1/_2 5$ Uhr des Nachmittags, als alle Macht den Händen der Ordnungspartei entglitten schien.

Da, plötzlich — als die Not allorts am größten war —, drang ein lautes Geschrei die Burgstraße herauf, und wie ein elektrischer Strahl zuckte es durch die Massen vorm Schlosse:

„Der Herzog, — der Herzog kommt!"

Und er kam! Der Kurier hatte ihn in Eisenach erreicht. Daraufhin war der Herzog eilfertig nach Frankfurt gereist, wo ihm ein unliebsamer Empfang seitens einer rohen Bande zu teil wurde. Er bestieg sofort den Zug nach Wiesbaden. Als die Kunde seines Eintreffens auf dem Taunusbahnhofe einlief, drängten sich Tausende nach der Wilhelmstraße, welche die Bürgergarde beiderseits besetzt hielt. Oberst Böhning, hoch zu Roß, sandte die 4. Compagnie zum Bahnhofe, wo schon eine Deputation von Bürgern unter Führung des Gastwirts Düringer den Landesherrn empfangen hatte. Auch Militär war anwesend; aber ruhig dessen Begleitung ablehnend, schritt der dreißigjährige Fürst, nachdem er den Mantel dem jungen Lieutenant v. Rößler zugeworfen hatte, den Federhut fest aufgedrückt, die Bürgercompagnie zur Seite, vom Bahnhofe durch die breite Wilhelm- und die Burgstraße. Die drohenden und lärmenden Massen umbrandeten seinen Weg, aber fest und unerschrocken — wie er sich als Reiter, Jäger und Krieger allzeit bewies — bewegte er sich vorwärts, zeitweise freundlich nach allen Seiten grüßend. Er wußte, daß seine Nassauer trotz aller Erregung ihm nichts anhaben wollten, und deshalb hatte er auch nicht Roß oder Wagen bestiegen, sondern schritt vertrauend durch ihre

Digitized by Google

Mitte dahin, als primus inter pares. Und seine Brillengläser dürften sich nur vielleicht beschlagen haben, als er seine Mutter und seinen Bruder vom Schloßbalkon freudig bewegt mit den Taschentüchern winken sah.

Die Menge machte Platz; der Herzog verschwand durchs Thor im Schlosse, um sofort auf dem Balkon zu erscheinen. Ein Schwenken seines Federhuts, und Grabesstille folgte auf den wüsten, tobenden Lärm, der bis dahin geherrscht hatte. Und nun rief der Fürst mit lauter, über den weiten Platz und über die Tausende hinschallender Stimme:

„Nassauer! Die Forderungen, die Ihr an mich gestellt habt, deren Gewährung Euch mein Minister versprochen und meine Mutter und mein Bruder mit ihrem Namen verbürgt haben, genehmige ich und werde ich halten."

Brausender Jubel erhob sich, — dann fuhr der Herzog fort:

„Habt Vertrauen auf mich, wie ich Vertrauen habe auf Eure Treue und Mut, wenn das Vaterland bedroht ist und Eurer bedürfen sollte."

Hoch- und Heilrufe erfüllten von neuem die Luft, — und dann folgten die ruhigen Schlußworte:

„Nun geht mit Gott nach Haus und habt Vertrauen zu mir, wie ich auf Euch!"

Das Jubelgeschrei und die Hochrufe ließen erst nach, als der Herzog mit dem Hute anhaltend beschwichtigend abwinkte. Er befahl dem Offizier der Schloßwache, die Soldaten zur Kasernenabrücken zu lassen, und blieb dann mit seiner Mutter, seinen Geschwistern und dem Minister noch eine Zeit lang auf dem Balkon.

Und die Menge?

Unter den Ausbrüchen tiefinnerster Freude, die sich mitunter in excentrischer Weise kundgaben, trennte sie sich, und binnen kurzem war der große Platz in Ruhe und Ordnung entleert. Die Skandalmacher verschwanden; der friedliche Bürgersinn erhielt die Oberhand wie zuvor.

Wer wollte die Großartigkeit dieses historischen Momentes leugnen? War er nicht einzig in seiner Art? Zu Wiesbaden, in der Hauptstadt des Nassauer Landes, unter freiem Himmel traten Volk und Fürst einander gegenüber, kein Staatsmann und kein Stück Papier standen zwischen ihnen. Aus sich heraus stellte das

Digitized by Google

Am 4. März 1848 vor dem Schlosse zu Wiesbaden.
(Herzog Adolf: „Habt Vertrauen zu mir, wie ich auf Euch!") O. J. v. F. Nitzsche.

Digitized by Google

Volk seine Forderungen, und der Fürst bewilligte sie durch seinen Mund. Das hat sich im Sturmjahre 1848 in Deutschland nirgends sonst zugetragen; deshalb aber schlug es auch hier durch und verhütete eine blutige Umwälzung. „Ich will Frieden haben mit meinem Volke," so hat Herzog Adolf von Nassau gedacht, ehe König Max von Bayern jenes geflügelte Wort wirklich sprach.

Welcher Art die Gesinnungen waren, die damals die Brust der Redlichen erfüllten, geben die Worte der „Freien Zeitung" wieder: „Herzog Adolf hat uns alles bewilligt, was noch vor acht Tagen der kühnste Wunsch nicht leise vorzusagen getraut hätte. Heil jener großen Stunde, mit der eine neue Epoche in unserer Geschichte beginnt! Der Fürst wird heilig halten, was er versprochen hat. Der Charakter unseres Herzogs ist der männliche, geradeste; er wird mit seinem Worte stehen und fallen! Bewahren denn auch wir ihm die heilige Treue, ohne die wir aufhören würden, Deutsche zu sein."

Am folgenden Tage — Fastnacht-Sonntag — erschienen die Worte des Herzogs gedruckt auch im Verordnungsblatte. Zugleich wurde eine neue Proklamation verbreitet, in welche die neuen Forderungen aufgenommen und mit jenen Worten für bewilligt erklärt wurden. Sie schloß dann: „Die erste dieser Forderungen, die Volksbewaffnung, hat sich bereits gestern bewährt durch die mutige und treue Haltung der Bürgergarde von Wiesbaden, und ich rechne darauf, daß sie auch überall im Lande mit Ordnung in Ausführung gebracht wird. Getreue Nassauer! Jetzt gilt es, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten; dies ist um so notwendiger in einer selbständigen, freien Gemeindeverfassung, die ich Euch gern geben werde. Nassauer! Wie ich mich auf Euch verlasse, so verlaßt Euch fest auf Euern Herzog!"

Am Sonntagnachmittage zogen Militär und Bürgerwehr, vereinigt und begleitet von einer unabsehbaren Menschenmenge, vors Schloß, wo der Herzog auf dem Balkon erschien. Die Züge grüßten nicht militärisch, sondern mit einem einfachen Hoch, auf das der Herzog jedesmal dankte. Noch einmal rief er den Versammelten zu: „Vertraut auf mich, ich halte mein Wort!" — dann zogen unter brausendem Hoch Soldaten und Bürgergarde in guter Ordnung wieder ab.

Digitized by Google

Am Abend war die Stadt prachtvoll illuminiert; das Verbrüderungsfest zwischen Fürst und Volk wurde gefeiert. Man vergaß, daß man nahe vor Fastnacht war; die Maskenbälle und Aufzüge wurden abbestellt, und man widmete sich ganz dem freudigen, aber ernsten Gefühl der unblutig errungenen Freiheit.

V. Der letzte alte Landtag.

Am 6. März, also bereits zwei Tage nach der nassauischen „glorious revolution", am Rosenmontag, versammelten sich die durch Stafetten einberufenen Landstände zu Wiesbaden. Um 12 Uhr holte eine Deputation den Herzog in feierlicher Weise ab, der den Landtag in eigener Person eröffnen wollte. Daß die Sitzungen seit langen Jahren wieder öffentlich sein sollten, rief größte Befriedigung hervor. Nachdem der Jubel des Empfanges sich gelegt hatte, sprach der Herzog, vorm Throne stehend, folgendermaßen:

„Meine Herren und lieben Stände! Ich bin gekommen, diese Versammlung selbst zu eröffnen, und gebe Ihnen den Beweis, daß ich mich offen und strenge an den Gang der Bestimmungen halte, welche gestern durch meine Proklamation dem Lande verkündet worden sind. Ihre gegenwärtigen Sitzungen haben nur das versprochene neue Wahlgesetz zum Gegenstand. Ich empfehle diese wichtige Angelegenheit Ihrer sorgfältigen Erwägung. Auf Ihre Treue und Einsicht muß ich mich in diesen schwierigen Zeitverhältnissen mehr als je verlassen können; ich verlasse mich darauf. Ihre Sitzungen werden öffentlich sein. Meine Herren und lieben Stände! Ich hoffe und vertraue zu Gott, daß die Institutionen unserem Lande und dem ganzen deutschen Vaterlande Segen bringen werden."

Die Zusammensetzung der Stände war damals noch die alte. Sie bestanden aus Herrenbank und Landesdeputierten. Zur Herrenbank gehörten die geborenen Mitglieder, d. h. die majorennen Prinzen des herzoglichen Hauses, die erblichen, d. h. die mediatisierten Fürsten und Grafen, die ernannten, sowie endlich die von

Digitized by Google

den adeligen Großgrundbesitzern unter sich gewählten. Zur Landesdeputiertenversammlung wählten die Vorsteher der Geistlichkeit und der höheren Lehranstalten, ferner die begütertsten Grundeigentümer und die Inhaber größerer Gewerbe. Die Herrenbank zählte meist etwa 18, die Deputierten-Versammlung immer 22 Mitglieder; beide hielten ihre Sitzungen getrennt ab. Präsident der Herrenbank war Graf Walderdorff, derjenige der Landesdeputierten-Versammlung Kirchenrath Dr. Otto, Seminardirektor zu Herborn.

Am Nachmittage noch versammelte sich die letztere. Direktor Otto eröffnete sie mit folgender Rede:

„Meine Herren! Der Zeitpunkt, in welchem wir zusammengetreten sind, ist ein hochernster und ungemein wichtiger. Nicht Worte sind es, sondern Thaten, welche er fordert. Darum sind es nur wenige Worte, mit denen ich, vorläufig noch mit der Geschäftsleitung dieser Versammlung beauftragt, unsere Verhandlungen eröffne. Neue Ordnungen hat unser Volk zu seiner Wohlfahrt verlangt. Wir haben in einer großen Stunde, deren Andenken nimmer erlöschen wird, mit Tausenden unserer Mitbürger das Wort des Herzogs vernommen, der diese Forderungen seinen Nassauern zugesichert hat. Zum Teil sind sie schon ins Leben getreten, sie sollen alle zur Verwirklichung kommen. Aus dem Munde des Herzogs ist darum heute dieser Versammlung die Aufgabe geworden, ein neues Wahlgesetz zu beraten, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist. Meine Herren! Wir fühlen das Gewicht dieser Aufgabe. Unsere Herzen sind erfüllt von dem Verlangen, sie nach Kräften zu lösen. Reichen wir uns die Hände zu dem Werke. Möge es gelingen, dasselbe nach den Anforderungen unserer Mitbürger, welche auch diejenigen unseres Fürsten sind, zustande zu bringen. Ein freies und durch Freiheit starkes und glückliches Nassau! — Das sei unser Wahlspruch. Und nun mit Gott ans Werk, das ein Segenswerk werden soll!"

Sogleich wurde zur Präsidentenwahl geschritten; alle Stimmen vereinigten sich auf Prokurator Hergenhahn, seine eigene ausgenommen. Ein ungeheurer Jubel erhob sich unter der draußen harrenden Menge, als das Resultat bekannt wurde. Der Herzog bestätigte die Wahl unverzüglich.

Digitized by Google

Am 7. März hielt Hergenhahn seine Antrittsrede: „Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen; es wird mein ernstes Bestreben sein, es zu rechtfertigen. Die Zeiten sind ernst, sehr ernst, wie sie die Geschichte kaum weiter aufzuweisen hat. Auch in dem Leben der deutschen Nation ist ein Wendepunkt eingetreten, so plötzlich und in so wunderbarer Schnelligkeit, daß sich der überraschte Blick in den ganz umgestalteten Verhältnissen kaum zurechtzufinden weiß und wir alle unsere Geisteskraft zusammennehmen müssen, um die Besonnenheit und Beharrlichkeit zu behaupten, die gerade in so ernsten Zeiten doppelt nötig ist und die rechte Mannhaftigkeit beweist. Von diesem Gedanken sei jeder, der es mit dem Vaterlande wohl will, durchdrungen; jeder selbstsüchtige Gedanke, jede ehrgeizige Absicht trete zurück! Dann werden die Nassauer imstande sein, auf dem Fundamente, welches das Wort unseres Fürsten gegründet, einen Bau aufzuführen, in welchem, geleitet von den höchsten Prinzipien der Menschheit, von Recht und Sittlichkeit, alle Klassen der Bevölkerung eine wohnliche Stätte finden."

Darauf wurden F. Bertram und J. C. Siebert zu Sekretären erwählt und die von fünf Mitgliedern entworfene Adresse an den Herzog ohne Diskussion angenommen. Zum Entwurfe des neuen Wahlgesetzes wurde eine Kommission, bestehend aus Hergenhahn, Bertram, Kratz, Zais, Dresel und Heß, gewählt. Durchs Los wurden außer dem Präsidenten und den Sekretären Dresel, Heeser, Haas und Höchst zur Ueberbringung der Adresse an den Herzog bestimmt. In dieser Sitzung machte auch der Regierungskommissar Vollpracht die Mitteilung, daß der Herzog sich an die Spitze der deutschen Fürsten gestellt habe, um die schnelle Bildung eines deutschen Parlaments zu bewirken, und daß zu diesem Zwecke bereits ein Gesandter (Regierungsrat von Gagern) an verschiedene Höfe abgeschickt worden sei. Mit großer Freude wurde diese Erklärung hingenommen und dafür vom Präsidenten der gebührende Dank ausgesprochen.

Die Herrenbank, unter dem Vorsitz des auf lebenslänglich ernannten Grafen Walderdorff, faßte sich kürzer. Sie nahm gleichfalls einstimmig ihre Adresse an.

Die Deputationen überreichten die Schriftstücke am 8. März im Schlosse. Wir geben sie hier als charakteristisch wieder.

Digitized by Google

Die Adresse der Herrenbank lautete:

„Durchlauchtigster Herzog,

gnädigster Herzog und Herr!

Durchdrungen von den Gefühlen der innigsten Dankbarkeit haben wir gestern durch Eure Hoheit in höchster Person die Stände eröffnen gesehen. Wir wollen nicht säumen, diesen Gefühlen Worte zu geben und E. H. für die in der Proklamation vom 5. März dem Lande verkündeten Bestimmungen unsern ehrfurchtsvollen Dank auszusprechen. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, nach allen Kräften, welche Gott uns verliehen hat, mit dahin zu wirken, daß jene Institutionen, die Förderung der wichtigsten Interessen unserer nassauischen Mitbürger und teilweise aller Bewohner des gemeinsamen deutschen Vaterlandes bezweckend, in Verbindung mit der von E. H. zugesicherten freien Gemeindeverfassung zum allgemeinen Wohl und zum Glück aller Bewohner des Landes baldigst in das Leben treten. Wir sind von der Überzeugung durchdrungen, daß das zu erlassende neue Wahlgesetz zur wirksameren Ausbildung der ständischen Verfassung wesentlich mit beitragen werde. Möge es vor allem gelingen — und es wird gelingen — unserem großen deutschen Vaterland in einer einsichtsvollen, den veränderten Zuständen der Nation angemessenen starken Gesamtvertretung denjenigen Mittelpunkt zu geben, welcher erforderlich ist, damit es in neu entstehender Form seine uralte Macht und diejenigen Gesinnungen verjüngen kann, welche „deutsche Treue" und „deutsches Wort" zum Sprichworte der Jahrhunderte werden und von den Vätern auf die heutigen Tage vererben ließen. Gleichwie wir mit Freude die Freiheit der Presse begrüßt haben, so sehen wir mit dem ganzen Lande in dessen Bürgergarden ein neues Pfand der Ordnung und Gesetzlichkeit, dieser einzigen Grundlage einer gedeihlichen, sicheren Zukunft. Auf unsere wie auf aller Nassauer Treue können E. H. bauen, und werden die dermaligen schwierigen Zeitverhältnisse die Bande der Liebe und Anhänglichkeit zwischen Fürst und Volk nur noch mehr stärken und befestigen. Auch wir hoffen und vertrauen zu Gott, daß die Zukunft unserem Lande und dem ganzen deutschen Vaterlande Segen bringen werde. Wir ersterben in der tiefsten Verehrung: E. H. unterthänigste Präsident und Mitglieder der Herrenbank.

Graf v. Walderdorff, Präsident."

Digitized by Google

Die Adresse der Deputiertenkammer lautete:

„Durchlauchtigster Herzog! Die hochherzigen Worte, die E. H. vor den versammelten Tausenden an einem ewig denkwürdigen Tage gesprochen haben, sind mit unauslöschlicher Schrift in die Herzen des Volkes geschrieben. Wem ein deutsches Herz im Busen schlägt, der muß es empfinden und darf keinen Zweifel darüber hegen, daß sie offen und treu erfüllt werden müssen. Wir, die gegenwärtigen Deputierten des Landes, schließen uns dieser allgemeinen Empfindung freudig an. Wir werden uns deshalb gleichfalls streng an die Bestimmungen halten, welche E. H. Proklamation dem Lande verkündet hat, und uns nur mit dem neuen Wahlgesetz beschäftigen. Die Öffentlichkeit unserer Verhandlungen — eine neue thatsächliche Erfüllung des Wortes E. H. — wird dazu beitragen, unserem ernsten Streben Glauben zu verschaffen, daß wir das neue Wahlgesetz, dem gewaltigen Umschwung der Zeit gemäß, aber mit all der ernsten, besonnenen Erwägung beraten werden, welche die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert. Für unsere Treue, E. H., stehen wir ein! Die großen Augenblicke, welche das Volk mit E. H. durchlebt hat, sind ein neues Band dieser Treue, das Band einer festen Vereinigung! Gottes starke Hand hat in diesen letzten Tagen sichtbar über unserem Lande gewaltet; er wird uns die Einsicht und Kraft gewähren, die Grundlagen zu einer wahren Repräsentation des Volkes zu legen und dadurch die Institution immer fester zu gründen, welche über Nassau und das ganze deutsche Vaterland reichen Segen ausgießen werden. In tiefster Ehrerbietung beharren wir E. H. treu unterthänigste Deputiertenversammlung. — Hergenhahn, Bertram, Siebert."

Man sieht, der Inhalt beider Schriftstücke lief ziemlich auf dasselbe hinaus; nur die Überschrift und die Unterschrift der Adressen unterschieden sich. Während die Herrenbank nach altem Kurialstil in tiefster Verehrung erstarb, gestattete sich die Deputiertenversammlung nach neuem Vernunftstil das Leben weiter. Monarchentreu aber sind beide Körperschaften gewesen.

Die Antwort des Herzogs war kurz und bündig: er freue sich, in den Adressen den Ausdruck treuer Ergebenheit und Übereinstimmung in den Gesinnungen mit den seinigen erneuert zu finden, und fordere auf, mit Zuversicht der Zukunft entgegenzugehen.

Digitized by Google

Die Stände blieben zur Beratung des Wahlgesetzes den März über versammelt. Dieses gelangte den Verhältnissen nach rasch zur Verabschiedung und erhielt die Genehmigung des Herzogs. Am 5. April wurde es unterzeichnet, und am 10. April im Verordnungsblatte verkündigt. Die Teilung des Landtags in zwei Kammern wurde aufgehoben, die Herrenbank abgeschafft; jeder volljährige Gemeindebürger ohne Unterschied der Religion und diejenigen staatsbürgerlichen Einwohner, die bisher nach den Bestimmungen des Gemeinde-Edikts von der Verbindlichkeit des persönlichen Eintritts in die Gemeindebürgerschaft ausgenommen waren, wählten die Wahlmänner, welche ihrerseits wieder die Abgeordneten zu der nur aus einer Kammer bestehenden Ständeversammlung wählten. Also doch allgemeines indirektes Wahlrecht, womit man aber für damals sehr zufrieden war.

Die Urwahlen wurden auf den 18. April, die Deputiertenwahlen auf den 1. Mai festgesetzt.

VI. Die ersten neuen Erlasse.

Der Herzog und die Regierung fühlten sich nach den Ereignissen des 4. März verpflichtet, nicht nur das, was sie mündlich zugestanden hatten, sondern noch mehr, so viel als an ihnen lag, schon jetzt durch öffentliche Erlasse, Edikte, wie man noch mit altnassauischem Kanzleiausdruck sagte, und Verordnungen dem Lande bekannt zu geben. Schon am 7. März erschienen gleichzeitig ein solches Edikt und zwei ministerielle Verordnungen im Verordnungsblatte. Sie waren alle kurz. Die Verordnungen lauteten:

1. Höchster Entschließung zufolge werden die herzoglichen Beamten angewiesen, dahin zu wirken, daß sich in allen größeren Orten des Herzogtums Sicherheitskomitees zur Aufrechterhaltung der Ordnung, wie solches in der Stadt Wiesbaden bereits geschehen ist, aus den Bürgern nach freier Wahl derselben bilden.

2. Es werden alle wegen Forst-, Jagd- und Feldpolizeivergehen bis zum heutigen Tage erkannten Strafen erlassen und die wegen solcher Vergehen dermalen anhängigen Untersuchungen nieder-

Digitized by Google

geschlagen werden. Die herzogliche Landesregierung und die herzoglichen Beamten werden angewiesen, diese Verfügung sofort in Vollzug zu setzen.

Das Edikt verfügte:

Unter Vorbehalt der Zustimmung „der getreuen Stände" wird beordnet: 1. Die Censur ist aufgehoben und unbeschränkte Preßfreiheit eingeführt. 2. Vergehen, welche durch das Mittel der Presse begangen worden, unterliegen den allgemeinen Strafgesetzen. 3. Solche Vergehen werden von den Hof- und Appellationsgerichten abgeurteilt.

Man hat, wie schon früher gemeldet, von Seiten der Gegner der Volksbewegung die Thätigkeit der Sicherheitskomitees herabsetzen wollen, indem man behauptete, diese Behörden hätten nichts geleistet, sondern im Gegenteil die Verwirrung vermehren helfen. Das ist nicht wahr; — wir kommen in einem folgenden Artikel auf dieses Thema besonders zu sprechen und sagen deshalb hier nur, daß ohne Sicherheitskomitees überhaupt wohl keine geordneten Zustände herzustellen gewesen wären. Die andere Verordnung, den Straferlaß betreffend, war eine Konzession des sich bedrückt fühlenden Gewissens. Die unnachsichtige Strenge, mit der das Jagdregal gehandhabt, mit der man gegen die armen Holzleser und in den Teuerungsjahren gegen diejenigen eingeschritten war, die, um nicht zu verhungern, notwendigerweise Felddiebe geworden waren, sie erschien den Machthabern plötzlich als Sünde. So hatten, wie selbst konservative Darsteller sagen, die Hirsche, Rehe und Hasen einen nicht unwesentlichen Anteil wie am Beginn der nassauischen Revolution, so auch an deren Resultaten.

Zwei Wochen später, um dies im Anschlusse gleich vorauszunehmen, am 21. bezw. 22. März, erfuhr diese Verordnung Ergänzungen. Die Landesregierung brachte zur allgemeinen Kenntnis, daß weiter „alle Amtsgefängnis-, Arbeits- und Geldstrafen, die wegen Forst-, Feld- oder Jagdvergehen irgend welcher Art bis zum 7. März d. J. erkannt worden und noch nicht vollzogen oder bezahlt waren, sowie in denselben Fällen die noch nicht bezahlten Untersuchungskosten, vorbehaltlich des Schadenersatzes und der Anzeigegebühren, gnädigst erlassen und die sämtlichen noch nicht untersuchten und noch nicht abgeurteilten Anzeigen wegen aller bis zum 7. März d. J. begangenen Forst-, Feld- und Jagdvergehen nieder-

Digitized by Google

geschlagen worden seien". Gleichzeitig wurden die Wehrmannschaften aufgefordert, die Behörden kräftig zu unterstützen; es wurden dazu Vergeltungsmaßregeln denen angedroht, die aus Rachsucht oder Mutwillen den Angestellten an ihrem Vermögen Schaden zufügen würden. Der Landesherr verfügte ferner unterm 22. März ediktal, daß „die Naturaldienstleistung oder Arbeitspflichtigkeit der Unterthanen bei dem Bau neuer Landstraßen oder solcher Reparaturen an diesen, die einem Neubau gleichzuachten wären, aufgehoben und die Kosten für Erbauung, Reparatur und Unterhaltung der Landstraßen künftig von der Staatskasse zu tragen, daß ferner die Jagdfronen inbezug auf die Domanialjagden gänzlich aufzuheben seien". Damit sank der letzte Rest der mittelalterlichen feudalen sogenannten „Rechte", der Frondienst, der die Leute noch in halber Unfreiheit erhalten hatte.

Wie das vorläufige Preßgesetz vom 7. März die zweite Forderung des Volkes erfüllte — der Entwurf eines ausführlicheren wurde vorbereitet und bald veröffentlicht —, so befriedigte das Volkswehrgesetz vom 11. März die erste. Bei der Betrachtung über die Organisation der Wiesbadener Bürgerwehr kommen wir näher darauf zu sprechen. Die dritte Forderung, die Einberufung eines deutschen Parlaments, ohne weiteres zu erfüllen, stand natürlich nicht allein in Herzog Adolfs Macht; aber er that, was er thun konnte. Er war der erste deutsche Fürst, der, wie wir schon hörten, auf Einberufung eines deutschen Parlaments hinwirkte. Bereits am 6. März sandte er den Regierungsrat von Gagern (jüngeren Sohn des alten weilburgischen, dann holländischen Ministers, Bruder des späteren Präsidenten der Nationalversammlung und des Reichsgenerals) an die Höfe von Darmstadt, Karlsruhe und Stuttgart, um dort für den Gedanken Stimmung zu machen. Und auch in der Folgezeit ist die einheitlichere Gestaltung der Bundesverfassung sein aufrichtiger Wunsch geblieben.

Der vierte Punkt, Vereidigung der Truppen auf die Verfassung, wurde ebenso prompt erledigt, und zwar geschah dies in den vier Garnisonen des Herzogtums (Wiesbaden, Weilburg, Diez und Biebrich). Am 7. März erließ Generalmajor von Preen im Auftrage des Herzogs einen Generalbefehl, wonach die Vereidigung aller im Lande befindlichen Beurlaubten, der Feldwebel des Reservebataillons und von dessen Mannschaften sofort vorzunehmen war,

Digitized by Google

und zwar öffentlich durch die Reservecompagnie-Chefs in deren Bezirk, am Amtssitze. Über diesen sogenannten Konstitutionseid entstanden aber im Publikum, wie nicht minder beim Militär selbst, Zweifel, ob er wirklich Wert habe. General von Preen verkündigte deshalb auf höhere Verordnung hin in einem zweiten Generalbefehle vom 18. März, daß in der Eidesleistung die Verpflichtung enthalten sei, die Bestimmungen der Verfassung des Herzogtums (und hiermit konnte zunächst doch nur die bestehende gemeint sein) und die dieser gemäß erlassenen Gesetze getreulich zu beobachten und zu verteidigen. Ausdrücklich wurde dann noch bekannt gegeben, „daß unter den Gesetzen auch diejenigen begriffen seien, die vom Landesherrn unter der verfassungsmäßigen Mitwirkung der Stände zur Ausführung seiner Versprechungen noch erlassen würden."

Der Konstitutionseid lautete: Vorspruch: „Ihr sollt Euch durch eidliche Angelobung verpflichten, dem durchlauchtigsten Herzog und Herrn, Herrn Adolf, Herzog zu Nassau, sowie höchstdessen Nachfolgern in der Regierung treu und gehorsam zu sein und die Verfassung des Herzogtums Nassau getreulich zu beobachten, demgemäß dem Befehl Sr. Hoheit des Herzogs willige Folge zu leisten, die Kriegsgesetze zu halten, Euern Vorgesetzten zu gehorchen, Eure Truppe und Fahne bis in den Tod nicht zu verlassen und unter allen Umständen als tapferer und ehrliebender Soldat zu leben und zu sterben." Bestätigungsworte: „Daß ich allem denjenigen, was mir eben ist vorgelesen worden und ich wohl verstanden habe, getreulich nachkommen will, schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Man sieht, daß von der Verfassung in der Formel fast nur ein bißchen implicite die Rede war. Diejenigen hatten also nicht so ganz unrecht, die da meinten, der Eid sei zwar ein vollkommener Fahnen-, aber kein Verfassungseid. Vielmehr müßten beide getrennt werden, letzterer müßte der übergeordnete und in ihm gesagt sein, daß „auch den Befehlen der höchsten und obersten Militärpersonen nicht Folge geleistet werden dürfe, wenn sie etwas verlangten, das die Verfassung verletze", und man müsse die Eidesformel den Landständen zur Genehmigung vorlegen. Doch scheint die erwähnte Erläuterung durch genannten Generalbefehl, der den Reservisten und Beurlaubten vorgetragen wurde, beruhigt zu haben. Man kannte die Empfindlichkeit in Militärsachen und lenkte ein.

Digitized by Google

Recht freudig begrüßte man es, als am 23. März ein dritter Generalbefehl verkündete, der Herzog habe befohlen, daß die Stockschläge auch in der sogenannten zweiten Soldatenklasse als Strafart gänzlich abzuschaffen seien und an deren Stelle entsprechende Freiheitsstrafen zu treten hätten. Auch damit fiel das letzte Ende eines — hier militärischen — alten Zopfes.

Abschaffung von Frondienst und Leibesstrafe, — ein ganz bedeutender Fortschritt in der Humanität!

Die Erfüllung der weiteren fünf Forderungen behielt sich der Herzog in Gemeinschaft mit den Ständen vor.

Die freudigste Ueberraschung aber wurde dem nassauischen Volke zu teil, als am 17. März ein anderes landesherrliches Edikt erschien.

Darin sagte der Herzog, daß er „in Anerkennung des auf die Ausbildung der Verfassung und die Verbesserung der öffentlichen Zustände nach den Forderungen der Zeit gerichteten allgemeinen Strebens, dem Zuge seines Herzens folgend, sich gnädigst bewogen gefunden habe, wegen aller politischen Vergehen, wegen deren noch unvollzogene Strafen erkannt und Untersuchungen eingeleitet worden wären oder noch werden könnten, eine allgemeine und unbeschränkte Amnestie und Vergessenheit eintreten zu lassen, und daher verordne, alle etwa von den Behörden erkannten und dermalen noch unvollzogenen Strafen wegen politischer Vergehen hiermit gänzlich zu erlassen, alle bereits anhängigen oder nach der bestehenden Gesetzgebung begründet erscheinenden Untersuchungen wegen bis zu dem Tage dieses Edikts begangener politischer Vergehen niederzuschlagen und weder fortzusetzen noch anzufangen". Behörden und Bürger wurden aufgefordert, zusammenzuwirken „in der pflichtmäßigen Bemühung zur Sicherung der gesetzlichen Freiheit für alle, welche neben einer schrankenlosen Willkür des Einzelnen nicht bestehen könne".

Also politische Amnestie! Die Nachricht, daß eine solche vorbereitet werde, lag schon einige Tage in der Luft. Bei sehr vielen war auch der Wunsch Vater des Gedankens. Nun wurde dieser Wunsch also verwirklicht, und ein allgemeiner Jubel erhob sich im ganzen Lande. Es waren da so manche arme Teufel, die, oft nur ein paar unüberlegter Worte halber, zu Gefängnis, Zuchthaus oder Landesverweisung verknurrt worden waren; vielfach war Kummer und Elend durch die politischen Prozesse verbreitet worden. All

Digitized by Google

das war unnötig gewesen, der Regierung sogar nur nachteilig geworden; man hatte eben Märtyrer der Freiheit geschaffen. Mit welchen Gefühlen werden die so hart Betroffenen den Frühling von 1848 begrüßt haben, der ihnen die Kerkerzellen öffnete und die Rückkehr in die Menschheit und die Heimat zeigte!

Es wurde wirklich anders, gründlich anders; das System wechselte. Das bemerkte man auch an dem allgemeinen Beamtenverschub in den höheren Regionen, den der Herzog jetzt gleichfalls eintreten ließ. Der Staatsminister von Dungern, der den Sprung

Adolf Raht.

aus der alten in die neue Zeit, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, mitgemacht hatte, blieb zwar einstweilen noch im Amte. Aber schon wurde der Hofgerichtspräsident Raht von Dillenburg berufen, um die neuen Gesetzentwürfe vorzubereiten. Der alte Regierungspräsident Möller wurde in den Ruhestand versetzt und an seine Stelle der Domanialpräsident Vollpracht befördert. Die Regierungsdirektoren Faber und von Wintzingerode kamen in gleicher Eigenschaft an die Rechnungskammer, und ihr bisheriges Amt erhielten die Regierungsräte Schepp und Hehner. Letztere Ernen-

Digitized by Google

nungen waren wie diejenige Rahts und Vollprachts zunächst provisorisch. Später wurden auch noch der Regierungsrat Graf von Bismarck und der Zolldirektionsassessor von Lemberg entlassen. Dem Schub in den oberen Verwaltungsstellen folgte dann ein solcher in den mittleren und niederen. Bedauerlich war nur der Abgang des Steuerpräsidenten Magdeburg, der sich mit den neuen Verhältnissen nicht zurecht finden konnte. Der Abschluß des Zollvertrags mit dem Deutschen Zollverein wird des begabten Staatsmannes unvergessenes Verdienst bleiben.

Die vormärzliche Bureaukratie war beseitigt; die mittleren und niederen Beamten atmeten auf, denn der Druck von oben, der in letzter Zeit zum Hochdruck geworden war, hörte auf. Man war nunmehr in den höheren Kreisen merkwürdig rasch geneigt, die Untergebenen als liebe deutsche Brüder anzusehen.

All diese Wunder wurden durch das linde Märzstürmchen bewirkt. Es muß dieses doch eine merkwürdige Kraft in sich besessen haben.

VII. Das Central-Sicherheitskomitee.

Bereits in einem früheren Artikel haben wir gehört, daß die Einrichtung des Sicherheitskomitees zu Wiesbaden vielfach dem Gespötte der Konservativen ausgesetzt war, was sie durchaus nicht verdiente. Ebenso wenig verdiente sie das Mißtrauen, das ihr nachher ein Teil der Bürgerschaft entgegenbrachte und das von der Gegner Seite natürlich nur geschürt wurde, weil dort die ursprünglich revolutionäre Behörde ein Gegenstand des Abscheus war, trotzdem der Herzog sie als gesetzlich anerkannt hatte.

Das Sicherheitskomitee hatte sich konstituiert, da, wie schon erwähnt, alle staatlichen Behörden nicht mehr fungierten, teils weil sie selbst ratlos waren, teils weil die Bürger ihren Anordnungen einfach nicht mehr gehorchten. Man hatte mehr Zutrauen zu den Männern, die aus dem Volke heraus sich als dessen Vertreter und Leiter zusammengethan hatten, — und es waren ja lauter volksbeliebte Personen — als zu den Vertretern des monarchischen

Digitized by Google

Elements der vormärzlichen Zeit. Es war nun aber klar, daß das Komitee, auch nachdem der Herzog die Forderungen des Volkes bewilligt hatte, fortexistieren mußte, weil eben sein Bestehen die Gewähr in sich barg, daß jene Forderungen nicht nur auf dem Papier, sondern nach dem Beschlusse des Landtags wirklich erfüllt würden. Dann erst konnte es resignieren. So haben die Männer der Volksregierung zu Wiesbaden, an deren Spitze fortdauernd Hergenhahn stand, ihre Aufgabe aufgefaßt und durchgeführt.

Selbstverständlich war das Ansehen des Sicherheitskomitees ureigentlich nur ein moralisches. Das Komitee hatte allerdings die Bürgergarde zur Verfügung; aber wenn es aus sich heraus wirken wollte, so mußte dies hauptsächlich durchs Wort an sich geschehen. Die Proklamationen waren deshalb seine Hauptwaffe, und es hat sich ihrer mehr oder minder wirksam bedient. Da aber Moralvorschriften am wenigsten beliebt und am meisten Mißdeutungen ausgesetzt sind, so hatte auch das Wiesbadener Sicherheitskomitee zu kämpfen, namentlich gegen den Wahn, als ob es versuche, sich eine Oberherrschaft über die anderen Komitees im Lande anzumaßen.

Aus den Proklamationen geht genügend hervor, wie das Komitee wirkte und wie es sich benahm, um seiner schwierigen Aufgabe gerecht zu werden. Selbstverständlich können wir nicht alle diese Aufrufe im Wortlaut bringen; doch sollen die Kernstellen herausgehoben werden. Bereits in den ersten Tagen des März häuften sich die Arbeiten derart, daß eine Vermehrung der Mitgliederzahl und eine Geschäftsverteilung nötig wurde. Alle diese Abteilungen, sowie die permanente Versammlung, welche die Arbeiten verteilte, hatten ihr Lokal fortab im „Schützenhof". Für diejenigen, die es nicht wissen, sei bemerkt, daß das alte „Badhaus zum Schützenhof" ein langgestrecktes Gebäude war, das vom Gemeindebadgäßchen die Langgasse entlang ununterbrochen bis zum Hertzschen Laden reichte.

Die erste Abteilung, bestehend aus Hergenhahn, Bertram, Dr. Zais, Kreupel, G. Thon, B. May, Dr. Leisler sen. und Dr. Graefe, besorgte die Kommunikation mit den Behörden. Die 2.: Odernheimer, Lotichius, Zollmann, Oeffner, J. Weiß, R. Wolff und G. Querfeld, überwachte die Bewaffnung und die Angelegenheiten, welche die öffentliche Sicherheit betrafen. Die 3., welcher

Digitized by Google

Horstmann, Dr. Großmann, G. Böhning, Dr. Leisler jun., G. Ruß, G. Käsebier, J. Heimerdinger, H. Born angehörten, sorgte für die Presse und die öffentlichen Bekanntmachungen. Die 4., gebildet von Tölke, R. Weil, G. Bücher, F. Thon, H. Thon, A. Krieger, C. Barth und G. Ritzel, verwaltete Geldangelegenheiten und materielle Interessen überhaupt. Die Erstgenannten jeder Abteilung waren deren Vorsteher, die an zweiter Stelle stehenden die Sekretäre.

Die erste Proklamation nach den Ereignissen des 4. März erschien gleichzeitig mit der herzoglichen am Sonntag, den 5. März, und zwar an die „Bewohner von Nassau" gerichtet. Sie sagte etwa folgendes. Das Zusammenwirken von Volk und Landesherrn hat der Freiheit ohne Gewaltthätigkeit eine neue Bahn eröffnet. Die Forderungen sind bewilligt worden; ihrer Erfüllung darf vertraut werden. Es hat das Komitee bereits erklärt, daß es fortwirken wird, bis die Versprechungen zur That geworden sind. Die Aufgabe der Nassauer bleibt es, mitzuwirken, zunächst, damit die allgemeine Volksbewaffnung durchgeführt werde, von der erwartet wird, daß sie die Sicherheit der Person und des Eigentums im Innern überwache, gegen außen kräftigen Schutz gewähre und die Volkskraft erhalte. Die Waffen werden vom Gouvernement verteilt werden. Ueberall sollen sich Hilfskomitees bilden, die unter Mitwirkung der Behörden für die Bildung der Volkswehr und die Handhabung der Ordnung zu sorgen haben. Die Hilfskomitees sollen sich mit dem allgemeinen Komitee zu Wiesbaden in Verbindung setzen, das seinerseits es sich zur höchsten Aufgabe machen wird, die Forderungen der Nassauer zur Erfüllung zu bringen, Einheit zu bewahren und das Vertrauen aller zu begründen. Mit dem Danke gegen das Volk und den Herzog, mit der Mahnung, allzeit treu zu letzterem zu stehen und ebenso auf dem betretenen Wege zur Begründung der inneren Freiheit und zur Freiheit und politischen Selbständigkeit Deutschlands zu beharren, schloß die Proklamation.

Es waren noch keine zwei Tage vergangen, als — auf Fastnacht, den 7. März — das Komitee sich wiederum an die „Nassauer" wandte. Auf das Gerücht hin, als ob man nicht in allen Teilen des Landes volles Vertrauen zu ihm habe, forderte es dringend auf zur Eintracht und zum festen Zusammenhalten.

Digitized by Google

Kein Mißtrauen, keine Aufreizung zur Unordnung und Gewaltthat dürfe Gehör finden; nur mit Kraft und Ruhe könne die Reform ohne Blutvergießen gelöst werden. Die Bewegung sei allgemein; sogar die Staatsbeamten und Militär hätten sich ihr angeschlossen; die Kammern seien in Thätigkeit; Komitees bildeten sich rasch. Das Sicherheitskomitee zu Wiesbaden werde mit allen Fühlung behalten; als Veröffentlichungen von ihm seien nur diejenigen zu betrachten, welche die Unterschrift des Vorsitzenden oder von wenigstens drei Mitgliedern trügen. Am gleichen Tage erfolgte die Veröffentlichung der „Vorläufigen Bestimmungen über die Bildung der Nationalgarde zu Wiesbaden".

Diese zweite Proklamation war die Antwort auf die laut gewordene Forderung gewesen, die sich jedenfalls aus konservativen Reihen erhoben hatte, das Sicherheitskomitee solle sich auflösen. Man wollte einen Widerspruch darin erkennen, daß das Komitee sein Vertrauen in das Wort des Herzogs ausspreche und doch bestehen bleiben wolle, bis die Versprechungen erfüllt seien. Ferner sei, sagte man, durch Errichtung der Bürgergarde die Funktion des Komitees erloschen, das ohnehin neben den herzoglichen Behörden überflüssig erscheine. Endlich müsse die definitive Organisation der Bürgergarde doch von den Ständen im Verein mit der Regierung ausgehen, wobei die Garde ihre Offiziere selbst zu wählen hätte. Die Volkswehr sei bisher auch auf Requisition der Polizei eingeschritten, sobald die gewöhnlichen Polizeikräfte nicht ausgereicht hätten. (Womit gesagt sein sollte, daß sie eine den herzoglichen Behörden untergeordnete Institution sei.)

So hatte also das Komitee fortdauernd einen schweren Stand. Am 10. März erließ es die dritte Proklamation. Sie gab einen Überblick über das, was schon geschehen war: Errichtung der Bürgerwehr, Aufhebung der Censur, Gewährung des Rechts der freien Vereinigung, Erklärung der Domänen als Staatseigentum und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses, ferner die Schritte zur Einberufung eines deutschen Parlaments, zur Einführung der Öffentlichkeit und des mündlichen Verfahrens bei den Gerichtsverhandlungen und endlich zum Entwurfe eines neuen Wahlgesetzes. Dazu habe der Herzog noch mehr gethan, er habe aus freier eigener Bewegung eine freie Gemeindeverfassung zugesichert. „Nassauer," so schloß das denkwürdige Schriftstück, „nicht alles kann in einem

Digitized by Google

Tage vollständig ins Leben eingeführt werden. So große Veränderungen, wie sie sich bei uns in wenig Tagen ereignet haben, so wichtige Gegenstände, welche ihrer Verwirklichung entgegensehen, erfordern Zeit, Umsicht und kenntnisreiche Prüfung. Laßt uns vor allem das Errungene in festes Besitztum verwandeln! Bei der Verwirklichung der uns gewährten Forderungen ist also kein Grund mehr zu Mißtrauen zwischen Fürst und Volk vorhanden, und wir empfehlen Euch daher dringend die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung; denn die errungene Freiheit kann bei Zügel- und Gesetzlosigkeit nicht gedeihen. Die freie neue Gemeindeordnung, welche sich vorbereitet, wird die Wünsche unserer Mitbürger erfüllen, indem sie die Wahl der Schultheißen und Vorsteher in die Hände der Gemeindemitglieder legt. Nassauer! Glaubt nicht, daß durch die Verheißung volkstümlicher neuer Institutionen die alten Gesetze sofort aufgehört haben! Die alten Gesetze bestehen noch so lange in Wirksamkeit, bis neue sie ersetzen. Gebt darum kein Gehör denen, die zu Unordnungen aufreizen, welche die erworbene Freiheit beflecken. Ihr dürft Eigentum und Personen nicht verletzen, Ihr dürft Euch keine Eingriffe in die Domänenwaldungen, welche jetzt Staatsgut sind, und in die Gemeindewaldungen erlauben, sondern Ihr müßt als Männer von Ehre alle Euere Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen und namentlich die Abgaben pünktlich entrichten. Vertraut auf das Sicherheitskomitee! Treu unserer Aufgabe, sind wir unermüdlich beschäftigt, die schleunige Verwirklichung der uns gewährten Forderungen bei der Regierung zu vermitteln. Unser Wahlspruch ist: Freiheit, Ordnung und Recht."

Gleich dahinter, am 12. März, wurde in einem neuen Aufrufe die Bezahlung des auf den 15. zur Erhebung kommenden Steuerzumpels dringend gefordert. „Ohne Steuern," hieß es, „kann der Staatshaushalt nicht bestehen, am wenigsten in schwieriger Lage, wie sie jetzt ist, wo die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, die rasche Ausführung so vieler notwendig gewordener Verbesserungen in größerem Maße die Staatskasse in Anspruch nimmt. Wir erwarten deshalb von allen Bewohnern des Landes, daß sie bei der bevorstehenden Steuererhebung ihrer Verpflichtung nachkommen, und fordern dringend dazu auf, daß die mit der Erhebung beauftragten Steuererheber in der Vollziehung ihres schwierigen Dienstes kräftig unterstützt, daß Unwissende, die vielleicht glauben

Digitized by Google

möchten, es sei eine Abgabefreiheit eingetreten, belehrt und übelwollenden Aufreizungen zu Steuerverweigerungen durch Wort und That allenthalben begegnet werde."

Von seiten der Regierung wurde die Aufforderung später zweimal wiederholt (3. Mai und 2. August) und im Weigerungsfalle die Eintreibung der Rückstände unter militärischem Schutze angedroht.

Das Sicherheitskomitee in Wiesbaden that aber auch praktisch Gutes. Es setzte sich vor allem die Besserung der Lage der ärmeren Klasse zur Aufgabe. Zweitausend Gulden, welche die Herzogin Pauline zur Verfügung stellte, kamen sofort zur Verteilung; dann eröffnete es am 14. März durch einen Aufruf eine allgemeine Subskription zu einer „Stiftung zum Gedächtnis des 4. März 1848 für das Wohl der arbeitenden Klassen".

Durch den engen Anschluß an die gesetzmäßigen Faktoren hörte das Komitee zwar nicht auf, eine Volks-, wohl aber eine revolutionäre Behörde zu sein. Dadurch, daß es „das Errungene in ein festes Besitztum verwandeln wollte", sprach es sogar direkt einen konservativen Satz aus. Doch war dieser Satz nicht so zu verstehen, als ob er für alle Zeit gelten sollte; vielmehr legten ihn die Männer im „Schützenhof" so aus: „Seid 'mal vorläufig zufrieden und wartet ab, was der Landtag bringt, nämlich die fernere freiheitliche Ausgestaltung der Verhältnisse." Aber dieser ganz richtige Grundsatz wurde von nur wenigen verstanden. Die Radikalen mochten ihn nicht verstehen; es erschien ihnen unbegreiflich, daß der Volksausschuß nicht drauf und drauf vorwärts dringe und treibe. So glaubten sie, das Komitee gerate ins Stehwasser, und betrachteten es am Ende gar als reaktionäre Behörde. Die Konservativen wollten jenen Grundsatz auch nicht verstehen; ihnen war, wie gesagt, das Sicherheitskomitee als ursprünglich revolutionäre Institution überhaupt ein Dorn im Auge. Allerhand kleinliche Machinationen versuchten sie, um es in Mißkredit zu bringen; sie scheuten sich sogar nicht, die Verwendung der Gelder als ungerecht zu bekritteln. Draußen im Lande aber ärgerten sich beide, Radikale und Konservative, darüber, daß das Komitee stets mit Ermahnungen kam; man empfand das als eine Art Bevormundung.

Allein die einsichtigen Leute auf beiden Seiten erkannten dennoch an, daß in der besonnenen Thätigkeit der Männer, die denn doch

Digitized by Google

in einem ganz anderen Tone zu ihren Mitbürgern sprachen als die Bureaukraten seligen vormärzlichen Andenkens, ein großer Segen liege. Und wir können auch nicht anstehen, wiederholt zu erklären, daß ohne das Central-Sicherheitskomitee die Anarchie, die zeitweise einzureißen drohte, zur vollkommenen Thatsache geworden wäre.

VIII. Die freien Residenzler.

Sehen wir uns nun einmal das Treiben in Wiesbaden an, in jenen denkwürdigen Märzwochen, die der freikonservative Darsteller W. H. Riehl die Flitterwochen der Freiheit genannt hat.

Es wird kein Mensch den guten Wiesbadenern übel nehmen, daß ihr Erfolg ihnen etwas stark zu Kopfe stieg und eine Stimmung hervorrief, die einem Rausche sehr ähnlich sah. Wie es einen Wein- und Bierrausch, einen Waffenrausch und noch andere Räusche giebt, so auch einen Freiheitsrausch. Und in diesem wurden, wie in jenen anderen Räuschen, auch Thorheiten begangen, — ganz natürlich. Wenn nur unsere Geschichtschreiber bei der Beurteilung des Ganzen nicht gar zu viel auf diese natürlichen Nebensächlichkeiten achten wollten, es würde dann eine ganz andere Darstellung des Thatsächlichen, des Dauernden entstehen.

Also die Wiesbadener freuten sich ihrer errungenen Freiheit; auf welche Weise, kann man sich denken. Der Deutsche, „bieder, fromm und stark", muß die Türkei begießen, wenn sie zu trocken wird, wie es im schönen Lied vom Beglerbeg Rambambo heißt. Also Biertrinken, Zeitungslesen, Kannegießern, dazwischen Bürgerwehr-Exerzitien, Paraden und Wachtdienst mitmachen, „Heil unserm Herzog, Heil" singen oder Katzenmusik bringen, das war so das Treiben der großen Menge, für welche die Woche nur noch sieben Feiertage zu haben schien. Diejenigen, die wußten, um was es sich handele, lebten freilich anders.

Eine besondere Stärke entwickelten die Wiesbadener nicht nur im Zeitungslesen, sondern auch im Zeitungsgründen. Es entstanden am Orte binnen vier Wochen fünf Zeitungen (im ganzen Lande dreizehn), die „Freie Zeitung" (Dr. Möller), die „Nassauische Zeitung" (Braun), die „Taunusblätter" (Friedrich), der „Volks-

freund" (Lippe) und die „Nassauische Allgemeine Zeitung" (Dr. Riehl). Sie waren anfangs alle freisinnig, d. h. mehr oder minder; als rein demokratisch kann man ursprünglich keine von ihnen bezeichnen. Die Stimmung war allgemein dem Republikanismus wenig günstig, so wenig, daß der erste Redakteur Diepenbrock von der „Freien Zeitung", der etwas rötlich gefärbt war, sich gezwungen sah, zurückzutreten, und fast von Wiesbaden verschubt wurde. Die Presse begann sich erst später in zwei Lager zu teilen; das Hauptorgan der Freisinnigen war die „Freie Zeitung" unter Dr. Möller, dasjenige der Freikonservativen die „Nassauische Allgemeine Zeitung" unter Dr. Riehl.*)

Ueber eines war man in den Märzwochen sehr ungehalten: über den Himmel, d. h. über das Wetter. Wenn es nicht mit Kübeln goß, dann wimdete es derart, daß sämtliche Oellampen, die gerade damals erst im Begriff waren, sich in Gaslaternen umzuwandeln, ausgingen. Und man wollte doch so gern großartig demonstrieren. Endlich, am Montag nach Fastnacht, am 13. März, kam die lang geplante Kundgebung zur Ausführung, und sie war wirklich großartig. Um 6½ Uhr Abends versammelten sich die Teilnehmer auf dem Friedrichsplatze (Schillerplatz) und ordneten sich zum Zuge. Voraus schritt eine Abteilung Fackelträger, dann kamen eine Compagnie bewaffneter Bürgerwehr, hierauf ein Militär-Musikcorps, sämtliche Gesangvereine, denen sich an zweitausend Fackelträger und endlich viele Mitläufer anschlossen. Der Zug ging zunächst zum Schlosse; hier trugen die Sänger unter Musikbegleitung mehrere patriotische und freiheitliche Lieder vor, darunter das nach der Landeshymne neu gedichtete:

Heil Dir im Bürgerkranz,
Vater des Vaterlandes,
Heil Herzog, Dir!

*) W. H. Riehl, ein geborener Biebricher (geb. 1823, gest. 1897), ist bekanntlich hernach Professor und Geheimer Rat in München geworden und hat den Adel erhalten. Als Kunstkenner, kulturhistorischer Schriftsteller und Novellist hat er sich einen bedeutenden Ruf erworben. Wir Nassauer haben nicht viel Ursache, ihm ein dankbares Andenken zu bewahren; denn er hat unser Land, seine Heimat (u. a. in seinem weitverbreiteten Werke „Land und Leute") einer teilweise ganz falschen Darstellung unterzogen, die es vielfach in den Augen von Fremden schädigte. Die Entwickelung Nassaus hat die Behauptungen Riehls indes längst Lügen gestraft.

Digitized by Google

Schließlich brachte die Menge ein oft wiederholtes Hoch auf den Herzog aus. Brausender noch wurde dieses, als der junge Landesvater mit mehreren Begleitern auf dem Balkon erschien und die Worte sprach: „Nassauer! Ich freue mich über diesen neuen Beweis Eurer Anhänglichkeit. Ich danke Euch. Alle treuen Nassauer leben hoch!“ Darauf schloß man mit dem Choral: „Nun danket Alle Gott!“

Dann ging's weiter durch die Burg-, Wilhelm- und Sonnenbergerstraße zum Palais Pauline, wo der Herzogin-Mutter eine Serenade gebracht wurde, und von da zur Villa Hergenhahn am Leberberg. Auf den Jubel hin erschien Vater Hergenhahn und antwortete auf die Huldigung mit den schlichten Worten: „Meine Freunde! Ich danke Euch für diesen Beweis der Anerkennung. Ich kann ihn aber nicht für mich hinnehmen, sondern für die Sache, für die wir alle muthig gekämpft haben, für die Freiheit, für die Ordnung und das Recht; diese leben hoch!“ Unter lautem Beifall wurde das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ angestimmt, und nachdem es verklungen war, ergriff Hergenhahn nochmals das Wort. „Meine Freunde,“ sprach er, „vor dreißig Jahren sang ich dasselbe Lied als Jüngling in voller jugendlicher Kraft aus voller Brust. Damals freilich lebte das freie Deutschland nur im Liede; allein heute sehen wir es vor uns als einiges, starkes Land mit seinen herrlichen Gauen, seinen wackeren Männern und schönen Frauen, und darum unserem gemeinschaftlichen Vaterland, unserem Deutschland ein donnerndes Hoch!“ Dieses wurde denn auch mit Begeisterung aufgenommen, worauf sich der Zug zur nahe gelegenen Villa des Ministers von Dungern wandte und auch diesen, der sich das Zutrauen der Bürger gewonnen hatte, hochleben ließ. Der Minister wies die Ovation bescheiden ab, da er nur seine Pflicht gethan habe, und brachte dem Herzoge, dem allein der Dank gebühre, ein Hoch aus. So verlief die Demonstration aufs glänzendste. Leider nicht ohne trauriges Nachspiel. Nachts weckte die Sturmglocke die Bürger; ein blutiger Schein rötete den Himmel im Nordwesten, dem Walde zu. Die Tuchfabrik von Löwenherz (heute Kaltwasserheilanstalt Nerothal) stand in hellen Flammen und brannte, da die Löschgeräte sehr mangelhaft waren, gründlich nieder. Mehr als hundert Arbeiter wurden dadurch für den Augenblick brotlos. So verlief der auf den 14. März angesetzte, vor acht

Digitized by Google

Tagen ausgefallene Maskenball in der „Rose“ nicht sehr stimmungsvoll.

Eine Nachfeier zum 13. März gestattete sich eine Anzahl von Vaterlandsfreunden am 19. durch ein Bankett in den „Vier Jahreszeiten“. Zu diesem war auch der alte, zweiundachtzigjährige Freiherr von Gagern erschienen, einer der freisinnigen Minister der alten Zeit, der die Ideen, die nunmehr verwirklicht wurden, bereits auf dem Wiener Kongreß vertreten hatte. Bemerkenswert ist auch, daß die Prägung einer Medaille zum Andenken an den 4. März beschlossen wurde, und daß die Regierung unterm 28. März die Erlaubnis gab, solche in der herzoglichen Münze (heute Realgymnasium) herzustellen.

Aber nicht nur Freudendemonstrationen fanden statt, sondern, wie angedeutet, auch Katzenmusiken. Die mißliebigen herzoglichen Beamten mußten sich so 'was nebenbei gefallen lassen, das übrigens gefährlich höchstens den Fensterscheiben werden konnte. Leidlich beliebt war nur der alte Polizeiamtmann Reichmann, während Justizamtmann Winter (der spätere, letzte nassauische Regierungspräsident), sowie der Schultheiß Lauterbach und sein Adjunkt Weychardt, die wieder fungierten, mißliebig blieben. Vor deren Wohnungen kam es wiederholt zu tumultuarischen Excessen, sodaß die Bürgerwehr einschreiten und sogar das Sicherheitskomitee zur Ordnung mahnen mußte. „Die Ehre der Stadt,“ hieß es in dem betreffenden Erlasse, „und die Sache der Freiheit leidet unter diesen ebenso unwürdigen als kleinlichen Racheübungen. Selbst die Erwerbsquellen unserer Stadt müssen unter solchen Störungen der nächtlichen Ruhe leiden. Sowohl unsere Ehre, als auch unser materielles Wohl verlangen daher die strengste Unterdrückung dieser Ruhestörungen, und wenn sich wenige Übelwollende nicht durch das Interesse der Ehre und durch die Liebe zu unserer Stadt von ihrem unwürdigen Treiben wollen abhalten lassen, dann wird und muß sie die ganze Strenge des Gesetzes treffen.“ Es scheinen indes damit die Ruhestörungen ein Ende genommen zu haben. Auch gegen die mißliebigen Hofbeamten ließ die Erregung allmählich nach, so gegen den Hofmarschall Grafen von Uexküll-Gyldenbrand, der deshalb unbeliebt war, weil man ihn beschuldigte, er lasse die meisten „Hofbedürfnisse“ außerhalb des Landes anfertigen, und gegen den Oberstallmeister Grafen von Castell, dem man vorwarf, den Herzog zu dem bekannten Texas-Unternehmen verleitet zu

Digitized by Google

haben. Sehr populär war dagegen der zu und unter den Volksmännern stehende Hofstallmeister „citoyen“ von Breidbach-Bürresheim, der am 4. März die Unterschrift der Herzogin mit garantiert hatte und auch sonst am politischen Leben regen Anteil nahm. Ebenso beliebt fast war Generalmajor von Preen, eine gerade Soldatennatur, mit seiner altertümlichen Redeweise. Es gebührt ihm das Verdienst, zumeist dazu beigetragen zu haben, daß die Märzbewegung unblutig verlief; doch konnte er sich mit der neuen Zwitterschaft im Militärwesen — Linie und Bürgerwehr — nicht abfinden und nahm deshalb am 25. März seinen Abschied.

So rückte man allmählich weiter in den März hinein. Es blieb, von den genannten kleineren Krawallen abgesehen, alles ruhig. Die Bürgerwehr exerzierte und paradierte nicht allein, sie nahm sich auch der Ordnung an. Militär war nicht zu fürchten. Man unterhielt sich darüber, daß die Landesväter in Württemberg, Baden und Hessen so willig nachgegeben hätten, und daß der bairische, dessen Liebschaft, die ebenso tapfer küssende wie mit der Reitpeitsche um sich hauende Lola Montez, das Land hatte verlassen müssen, wohl auch „bewilligen“ werde. Man freute sich auch der Beschlüsse der nationalen Versammlung zu Heidelberg, an der Dresel und Dr. Leisler sen. teilgenommen hatten. Jene Beschlüsse lauteten dahin, daß am 31. März ein Vorparlament zu Frankfurt zusammentreten sollte.

Da fiel wie eine Bombe mitten hinein in die Feststimmung die Nachricht vom Volksaufstande in Wien und von der Verjagung Metternichs, am 13. März. Ein neuer Freudenjubel entstand. Der aber wurde gedämpft durch die eine Woche später gebrachte Kunde von der Barrikadenschlacht in Berlin, am 18. März. Jetzt ergriff den ruhigen Philister ein plötzlicher studentischer Tollrausch, und die Vernunft schlug ein Rad. Am 29. März kursierte nach Feststellung in einer öffentlichen Volksversammlung unter den ehrsamen Bürgern der Stadt Wiesbaden ein Aktenstück zur Unterschrift, das sich in den gröbsten Schmähungen über den König von Preußen, an dessen Adresse es gerichtet war, erging. Wenn heute noch lebende Unterzeichner des wirklich nach Berlin abgesandten Schriftstücks dieses wieder lesen, dann werden sie wohl wie jener Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums sprechen, als ihm der

Digitized by Google

„rote Brief“ von Achtundvierzig vorgelesen wurde: „Sollte ich so 'was wirklich geschrieben, d. h. unterzeichnet haben? Und wenn wirklich, — heute würde ich's wohl nicht mehr unterzeichnen.“ Und das letztere glauben wir ihnen auch aufs Wort. Gut' Ding, was sich bessert. Wer übrigens den roten Lapidarstil in der Poesie jener Zeit kennen lernen will, dem setze ich auch davon einige Pröbchen hierher. Sie stammen nicht etwa von Karl Marx oder Friedrich Engels, sondern von Ferdinand Freiligrath, einem der gemütvollsten unserer Poeten.

Aus „Februar-Strophen“ (auf die Pariser Revolution):

Und nun ist denn auch abermals
Das Pflaster aufgerissen,
Aus der lumpigen Pracht des Königssaals
Zwei Könige schon geschmissen;
Einen von ihnen gar geköpft
Und drauf Du, der genug geschröpft
Dein Volk, o Julikönig! — — —
Ja, fest am Zorne halten wir,
Fest bis zur Freiheitsfrühe!
Die Thräne springt ins Auge mir,
In meinem Herzen singt's: „Mourir,
Mourir pour la patrie!“
Glückauf, das ist ein glorreich Jahr,
Das ist ein stolzer Februar,
„Allons enfants! Mourir, mourir,
Mourir pour la patrie!“

Aus „Schwarz-Rot-Gold“ (auf die Berliner Revolution):

Das ist noch lang die Freiheit nicht,
Wenn man, statt mit Patronen,
Mit keiner andern Waffe ficht
Als mit Petitionen.
Du lieber Gott: Petitioniert,
Parlamentiert, illuminiert!
Pulver ist schwarz, Blut ist rot,
Golden flackert die Flamme! —

Die Freiheit ist die Nation,
Ist aller gleich Gebieten,
Die Freiheit ist die Auktion
Von dreißig Fürstenhüten,
Die Freiheit ist die Republik
Und abermals die Republik.
Pulver ist schwarz, Blut ist rot,
Golden flackert die Flamme!

Digitized by Google

„Das hat Freiligrath geschrieben?“ wird der geneigte Leser sagen. Ja, das hat Freiligrath geschrieben, Ferdinand Freiligrath, der Dichter von „O lieb', so lang Du lieben kannst“ und anderem Schönen. Aber ihm, wie auch den Wiesbadenern von damals, wird man den momentanen Vernunftpurzelbaum heute gewiß nicht mehr nachtragen. —

Es waren auch Wiesbadener Bürger nicht allein, die den Schildbürgerstreich begingen; Bürger anderer namhafter Städte Deutschlands thaten das Gleiche. Ihnen gegenüber benahm sich höchst vernünftig das kleine Neuwied — damals etwa halb so groß als Wiesbaden —, dessen Einwohner in der „Frankfurter Oberpostamtszeitung“ vom 6. April sich einmütig geharnischt gegen jene Adresse erklärten.

Übrigens übte man sich aber anderseits auch wieder in lobenswerten Dingen, namentlich in werkthätiger Liebe für seine Mitmenschen und besonders für die bedrängten deutschen Brüder. Es bildete sich eine Vereinigung von Frauen und Jungfrauen zur Unterstützung deutscher Industrie und heimischer Gewerbe, und es wurde beschlossen, bei Bedarf deutsche und dann wiederum namentlich heimische Geschäftsleute zu bevorzugen. Zu gleicher Zeit eröffnete man Sammlungen für die Schleswig-Holsteiner, die damals ihren Freiheitskampf begannen, und für eine deutsche Flotte, die den Handel der schwarz-rot-goldenen Flagge beschützen sollte.

IX. Die Freiheit auf dem Lande.

Die achtundvierziger Revolution charakterisierte sich in Deutschland und also auch in Nassau vielfach anders als in den romanischen Ländern von Europa. Auch in Bezug auf die Ausschreitungen, die damit verbunden waren, war dies der Fall, und hierin speziell wieder hat Nassau eine rühmliche Ausnahme gemacht. Anderswo kam es vor, daß man Schlösser und Beamtenhäuser stürmte, die Schuldbücher verbrannte und schließlich auch die Gebäude anzündete, daß man jüdische und christliche Wucherer plünderte und mit mißliebigen Behörden recht übel umsprang, wie u. a. der berüchtigte

Digitized by Google

Freischarenzug gegen Braunfels am 15./16. April zeigte. Davon hören wir bei uns nichts; die Begleiterscheinungen der Revolution waren viel zahmerer Natur, auch auf dem Lande, wo nunmehr die letzten Fesseln des Zwanges gesprengt waren. Freilich hatten die Bauern von der Freiheit einen sehr vagen Begriff, ähnlich wie im Liede die Hammerschmiedsgesellen, „die thun können, was sie wölln". Das Beispiel hatten sie den Städtern am 2., 3. und 4. März abgesehen und zogen daraus ihre beliebigen Folgerungen.

Der ganze Grimm der Landbevölkerung richtete sich zunächst gegen die Schultheißen. Wie schon früher einmal erwähnt, war eine große Zahl dieser herzoglichen Beamten direkt aus dem Bureau auf ihre Stelle versetzt worden. Fremd standen sie der Gemeinde gegenüber, hatten kein Interesse an deren Wohl und Wehe, verfuhren gegen ihre Untergebenen, die Bauern, wie gegen sie verfahren worden war, von oben herab. So ein vormärzlicher nassauischer Schultheiß war ein kleiner Pascha von zwei Roßschweifen, wie der Amtmann ein solcher von vieren war. Schultheiß und Amtmann aber hielten zusammen. Appellierte ein Bauer an die letztere, höhere Instanz, so war das etwa, als ob er den Bösen bei Beelzebub verklagt hätte. Nicht allenthalben, aber im allgemeinen war's so, wie auch die mannigfachen Berichte in den Zeitungen es erkennen lassen.

Sobald nun die Bauern erfahren hatten, wie die Wiesbadener mit ihrem Lauterbach gethan, ahmten sie das Beispiel nach. Das Verfahren war aber zumeist gemütlich. Man zog dem Schultheißen in corpore vors Haus, ließ sich den Schrank mit den Gemeindepapieren ausliefern, wobei der geängstete Herr Pascha höchstens mit „Dorchhaage" bedroht oder in Einzelfällen wohl auch bedacht wurde. Den Schrank trug man dann jubelnd demjenigen ins Haus, den man zum Leiter der Gemeinde erwählt hatte, einem Einheimischen, und dieser übernahm nun die Geschäfte des grollend abseits hockenden Ex-Vorstehers. Ein großes Freudenfest mit Suff und Sang beschloß den Akt. Zur Feier des Tages gab dann mitunter noch einer, „der's konnte", ein Besonderes zu besten, mitunter recht verkehrt. So heißt es, daß in Dotzheim bei Wiesbaden ein Bürger den Armen ein Achtel Schnaps (!) ausgeteilt und die ganze Gesellschaft sich derart übernommen habe, daß mehrere sogar in Lebensgefahr kamen.

Das Verfahren im „Gouvernementswechsel" wurde durch eine Regierungsverordnung vom 16. März gewissermaßen sanktioniert,

Digitized by Google

indem es den Gemeinden gestattet wurde, das Schultheißenamt an Vertrauensmänner aus ihrer Mitte, nach deren Wahl durch Stimmenmehrheit zu übertragen. Auch zu gewissen Modifikationen des Gemeindeverwaltungsgesetzes bequemte man sich schon unterm 29. März, während durch die Auflösung der Zehntablösungskommission am 1. Mai die Aussicht auf eine andere Gestaltung dieser Angelegenheit eröffnet wurde.

Nur zwei Episoden aus jenen Tagen, wörtlich berichtet von solchen, die „mitgethatet" und die Erzählung dieser That dem Druck übergeben haben, sollen hier angeführt werden. Die eine spielte in Rambach am 9. März, und es heißt darüber: „Die frohe Stunde hat endlich geschlagen, welche uns aus der Knechtschaft unseres Schultheißen Simon befreite. Oftmals wurde herzogliches Amt auf manche Vergehungen des Schultheißen aufmerksam gemacht, aber — — —. Unser hochzuverehrendes Komitee hat das Gesuch des hiesigen Vorstandes nicht nur angehört, sondern auch hohe Landesregierung ersucht, unsern Wunsch zu befriedigen, und ohne Verzug wurde der Schultheiß seines Dienstes entlassen und ein Schultheißen-Verwalter ernannt. Der Vorstand und mehrere rechtliche Bürger ließen noch des Nachts eine Freiheitsfahne verfertigen, um des Morgens auf eine feierliche Art die Macht des Schultheißen zu nehmen. Des Morgens 7 Uhr versammelte sich der Vorstand und viele der rechtlichsten Bürger. Nun begann der Zug in geregelter Ordnung, woran sich allmählich die ganze Gemeinde anschloß, an das Haus des Schultheißen. Der Ortsvorstand und Feldgerichtsschöffen übernahmen alle zur Schultheißerei gehörigen Akten, und nun folgte der großartige Zug aller Einwohner nach dem Rathaus, wo die Akten in gute Verwahrung gebracht wurden. Mit Gesang und Jubel zog der sehr große Haufen Volkes durch alle Gassen des Dorfes, und der Fahnenträger, ein Bruder der Frau Schultheiß, Philipp Schwein, verstand die Fahne gut zu halten. Zum Beschluß wurde am Rathaus das hierher passende Lied: „Danket dem Herrn ꝛc." vom Sängerchor gesungen und von unserm geachteten Lehrer und Kirchenvorstand Kolb einige passende Worte ausgesprochen, in welchen er den Dank gegen die aussprach, welche uns befreiten von dem sehr drückenden Joch, daß mit Liebe und Eintracht sich die Einwohner begegnen sollten und Dem den größten Dank bringen möchten, ohne dessen Macht und Liebe nichts von

Digitized by Google

Menschen vollbracht werden könnte ꝛc. Die Fahne wurde an das Rathaus befestigt und wird zur Erinnerung eines so frohen Tages gut verwahrt. In der Wahl eines Schultheißen werden die Einwohner gewiß vorsichtig sein und mehr auf inneren als äußeren Reichtum sehen. Der festliche Tag wurde in der schönsten Eintracht verlebt, und unser gut gemachter Apfelwein schmeckte uns viel besser als vor acht Tagen."

Ein anderer Bericht aus Oberursel lautet folgendermaßen: „Schlecht vertreten war unsere abgelegene Stadt bei der allgemeinen Volksversammlung am 4. d. M. in Wiesbaden; aber nicht Mangel an Gemeinsinn, sondern Mangel an Kunde war die Ursache. Erst abends, 10 Uhr, am 3. März, brachten junge Männer von Höchst die Nachricht von der Versammlung hierher, wovon jedoch die Mehrzahl der Bürger nichts gewahr wurde. So kam's dann, daß nur wenige entschiedene Besucher der Versammlung von Oberursel eintrafen. Umso schöner feierte indes heute (6. März) Oberursel die Wiedergeburt des Bürgerthums. Heute Morgen, 8 Uhr, ertönte die große Sturmglocke (die alte, sagenberühmte. D. V.); die Bürger eilten zusammen und einten sich ebenso schnell zu einer Bürgerthat. Die Stadt hat ein reiches Spital; die gewaltübende Vormundschaft hatte die Papiere im Jahre 1830 gegen heftigen Widerspruch der Bürger nach Königstein bringen lassen und schaltete willkürlich mit dem Vermögen des Fonds. Bald hieß es, eine Gemeinde irgendwo, bald ein Fonds habe unverzinslichen Vorschuß aus dem Oberurieler Spitalfonds erhalten, während hiesige Bedürftige, welchen die Stiftung gilt, abgewiesen wurden. Der Wiedereroberung dieser Papiere, oder vielmehr des Fonds galt daher der heutige Bürgerzug. Nach 12 Uhr mittags ertönten abermals die Glocken, und die Nachricht: „Sie kommen!" wälzte sich wie Feuerlärm durch die Straßen der Stadt, und alles, wankende Greise und Weiber, Männer und Jünglinge, Frauen und Mädchen, zog, Freudenlieder singend, den kräftigen Bürgern entgegen. Fahnen wehten, Musik erklang, unter fortwährendem Glockengeläute. Und als die beiden Züge sich trafen, füllte ein donnerndes Hoch von beiden Seiten die Lüfte. Jetzt ging's nach der Stadt, die Jugend mit Tannenzweigen voran. In feierlichem Zuge wurde das eroberte Gut durch alle Straßen gefahren; die verschiedensten Lieder ertönten, bald: „Großer Gott, wir loben Dich!" bald: „Was ist des

Digitized by Google

Deutschen Vaterland?“ Aber keine Unordnung störte die feierliche Freude. Mit fröhlichem Ernste bewegte sich unaufhaltsam der Zug; nur vor dem Pfarrhause gab's einen Halt, um ein neues Hoch der Freiheit, der Religionsfreiheit (!) zu bringen, worauf in der schönsten Ordnung sich der Zug zum Rathause bewegte, wo man die Kiste mit den Papieren dem Stadtvorstande, der sich innerhalb der Stadt angeschlossen hatte, übergab. Noch ein Hoch der Freiheit und dem Recht ertönte, und jeder ging wieder an seine Geschäfte. Möchte die Stadt das wichtigste Palladium, ihre bürgerliche Freiheit, zugleich mit in ihre Mauern gebracht haben, dann würden ihr wohl auch die anderen Fonds wieder, die man ihr teilweise gewaltthätig hinweggenommen. Charakteristisch ist noch der Umstand, daß das Volk den Mann, der einst die Kiste fortgefahren, zwang, dieselbe auch zurück und im Triumphe durch die Stadt zu fahren.“

Solchergestalt verfuhr man nach dem Rechte der Freiheit; aber man handelte auch oft zu Unrecht. Die Bauern drehten dann einfach die Dinge, wie sie bisher gestanden hatten, um und stellten das Recht für eine Zeitlang auf den Kopf. Man glaubte vor allem, es sei nun in jedermanns Belieben gestellt, Abgaben zu entrichten oder nicht. „Die 's hunn, solle bleche,“ hieß es, „mir arme Bauern gewwe naut mihn.“ Zweitens verstand man den Satz, die Domänen, wozu die Waldungen gehörten, seien Staats- und Gemeinde-Eigentum, dahin, daß nun jeder „Gemaaneberjer“ in den Wald hinausziehen und Holz machen dürfe ad libitum. So hallten denn die Wälder von Wiesbaden bis Adelgift wider von den Axtschlägen der freien Bürger, und die Aufseher des Waldes, die Grünröcke, mußten von ihrer Amtsausübung absehen. Man kalkulierte im Volke sogar: „Da der Wald unser Eigentum ist, so sind jene Aufseher überflüssig, doppelt überflüssig, weil sie Geld kosten.“ Und weiter, drittens, zog man hieraus wieder die Konsequenz: „Was brauchen wir überhaupt noch Beamte, die Geld kosten! Fort mit ihnen, oder — sie müssen's wenigstens billiger thun.“ So schaffte man an manchen Orten die Hebammen ab; der freie Bürger sollte sich selbst helfen auf die Welt kommen. Anderwärts stellte man an den Herrn Pfarrer oder Lehrer die leise Anfrage, ob er geneigt wäre, zu akkordieren, wenn man ihn behalten wolle. Endlich, viertens, machte man sich auf den Rachezug, nicht gegen Menschen, sondern gegen die staatlich gehegten, grimmen vierfüßigen

Digitized by Google

Peiniger, die Herren von Wald und Flur, die Hirsche, Rehe und Hasen. Wie der Äxteschall tönte Büchsenknall durch das ganze Land und räumte gewaltig unter den Drängern auf. Wer aber kann hierin etwas Anderes als den gerechten Akt der Vergeltung für jahrhundertelangen Druck erkennen?

Das Praktische, zur Hand Liegende, das kapierten die Bauern, — nach ihrer Meinung und Auslegung; anderes, was in den bekannten Forderungen der Nassauer ausgesprochen wurde, lag ihnen ferner und blieb von ihnen, zu Anfang wenigstens, völlig unverstanden. So fragte einer, als die Rede vom deutschen Parlament war, ob das Dragoner oder Husaren wären. Ein anderer gab Auskunft über das Recht der freien Vereinigung dahin, daß darunter die Heiraten zwischen Christenburschen und Judenmädchen zu verstehen seien, d. h. wenn letztere reich wären. Ein dritter erklärte auf die Frage, was denn eigentlich Preßfreiheit bedeute, daß er das er nicht wisse; „awwer hunn misse mer sche," setzte er aufpochend hinzu. Ein vierter schwärmte für die deutsche oder nassauische Republik, „awwer merrem (mit dem) Hazzog an der Spetz". Es kam in einem Dorfe an der Lahn vor, daß die ganze Gemeinde dem Schultheißen vors Haus zog und Preßfreiheit und Censur verlangte. Der Mann wollte den Leuten begreiflich machen, daß sie Entgegengesetztes zugleich forderten. „Mauerlaa, mer wolle's awwer hunn!" hieß es. „Ei, krieh die Krätk," rief der Schultheiß in tragikomischem Anfluge, „meintwehe, do habt er baades!" — worauf sich die Petenten beruhigt von dannen hoben.

Der Unverstand verband sich vielfach mit dem Brotneid und dem Egoismus. Den Rheinschiffern und Hauderern waren die Dampfboote, namentlich die Schlepper, und die Eisenbahn ein Dorn im Auge. An verschiedenen Orten, besonders in Mainz und Rüdesheim, griff man die Schleppboote an, schoß auf die Mannschaft, beschädigte die Schiffe oder hielt sie fest, bis besonnenere Leute sich ins Mittel legten, oder die Boote militärisch besetzt wurden. Am 7. April begingen die Kutscher von Kastel und Umgebung den Geniestreich, unter Vorauszug von Musik die Schienen der Taunusbahn zwischen Kastel und Hochheim herauszureißen und im Triumphe über die Schiffbrücke nach Mainz zu tragen, wo sie sie vorm Gutenbergdenkmal niederlegten und zur Nachfeier das Haus eines mißliebigen Baumeisters stürmten und

Digitized by Google

alles kurz und klein schlugen. Unter militärischer Bewachung wurde das Geleise bald wiederhergestellt.

Die Rheinganer hatten es nebenbei auf den Johannisberg abgesehen. Das Schloß war Eigentum des verhaßten Fürsten Metternich, der mehr als dreißig Jahre hindurch sich der Besteuerung durch den nassauischen Staat entzogen, aber die umliegenden Gemeinden, teilweise mit Hilfe desselben Staates, zu ihren Verpflichtungen gegen seinen Besitz streng angehalten hatte. Kaum war er gestürzt, da brach die Einwohnerschaft los. Die Bürgerwehr zu Rüdesheim hatte die Geistesgegenwart, alles, auch die Weine in den Schloßkellern, rechtzeitig mit Beschlag zu belegen. Die rasch erbetenen Delegierten des Central-Sicherheitskomitees, Dietrich und Thon, ließen die nassauische Fahne auf dem Schlosse aufziehen, es damit als Staatsdomäne erklären und das metternichische Wappen blau und orange überpinseln. Zugleich wurde eine Wache von zwölf Mann aufgestellt, die achttägig wechselte, wobei den biederen Wehrmännern indes die Weinkellerschlüssel nicht vorenthalten blieben (Ende März). Leider ist, um dies vorauszunehmen, das Land hernach doch nicht völlig zu seinem Rechte gekommen; denn trotz aller langwierigen Kammerverhandlungen kam Fürst Metternich drei Jahre (!) später derart glücklich davon, daß sein ganzer Steuerrückstand niedergeschlagen und er nur angehalten wurde, vom genannten Zeitpunkte ab die Steuer zu entrichten.

Doch wäre es gänzlich falsch, zu glauben, dieser anarchische Zustand habe überall das ganze „tolle Jahr", ja nur Monate hindurch angedauert. Höchstens einige Wochen. Denn sobald die Sicherheitskomitees in den Gemeinden, besonders das Centralkomitee zu Wiesbaden, die Sache in die Hand nahmen und ihre Proklamationen — die wir teilweise schon in Kapitel VII kennen lernten — ins Land hinaus sandten, sobald ferner die einsichtigen Leute es übernahmen, ihre unabsichtlich oder absichtlich irregeleiteten Mitbürger aufzuklären, da wurde es anders. Die nassauischen Bauern waren keine solchen, die sich nicht aufklären lassen wollten, und nach der ersten Revanche am alten System kam ihnen die Besinnung. Sie verstanden es bald ganz gut, daß ohne Steuern kein Staat existieren könne, daß sie die Gemeinden selbst schädigten, wenn sie die Waldungen verwüsteten, und daß es mit der Ent-

Digitized by Google

fernung der Schultheißen allein nicht gethan sei, daß vielmehr die wahre gesetzliche Freiheit und die Neuregelung der Dinge erst durch ein vom Landtag zu erlassendes Gemeindegesetz zu erlangen sei. Nur in einzelnen Gegenden des Westerwaldes und in jenen nördlich des Feldberges gab man den Vernunftgründen lange Zeit hindurch kein Gehör. Auf die dortigen Vorfälle kommen wir später noch näher zurück.

X. Die Organisierung der Wiesbadener Bürgerwehr.

Bereits am 3. März hatte sich, wie wir wissen, die wehrfähige Mannschaft unserer Stadt zusammengeschart und sich darauf unter das Kommando Georg Böhnings, eines geborenen und mit militärischer Erfahrung begabten Wiesbadeners, gestellt. Die nächsten Tage vergingen mit fleißigen Übungen und Wachtdiensten. Nachdem dann die Errichtung der Bürgerwehr oder Nationalgarde vom Herzoge genehmigt worden war, erließ das Sicherheitskomitee behufs deren Organisation die nachfolgenden „provisorischen Bestimmungen“:

1. Ein jeder nassauischer, in Wiesbaden ansässiger Staatsbürger vom 20. bis zum 54. Lebensjahre ist verpflichtet, in die Nationalgarde einzutreten. Eine Stellvertretung findet unter keiner Bedingung statt. Befreit bleiben diejenigen, welche wegen Gebrechen oder Krankheit zum Dienste erwiesenermaßen nicht verwendet werden können. Ausgeschlossen sind diejenigen, die einen schlechten Leumund haben, worüber die Garde zu entscheiden hat. 2. Die Nationalgarde trägt zur Auszeichnung an der Kopfbedeckung die deutsche Nationalkokarde (schwarz-rot-gold) mit Schleife der Landesfarben (blau-orange). In der Mitte der Kokarde ist die Nummer der betreffenden Compagnie. Jeder Wehrmann ist mit einem Obergewehr und einem Bajonett, desgleichen Patrontasche bewaffnet, soweit solche nach und nach beschafft werden können. Die Offiziere tragen Schärpen und Säbel. 3. Es sollen Compagnieen gebildet werden, jede Compagnie zu 100 Mann, in vier Züge

Anmerkung. Die hier geschilderten Vorgänge sind typisch für diejenigen bei der Organisation der Volkswehr in anderen nassauischen Gemeinden.

Digitized by Google

geteilt, mit einem ersten und zweiten Hauptmann und vier Zugführern. 4. Die Compagnieen werden gebildet nach Altersklassen in drei Aufgeboten, und zwar das erste Aufgebot von 20 bis 30 Jahren, das zweite Aufgebot von 31 bis 45 Jahren, das dritte Aufgebot von 46 bis 54 Jahren. Die Aufgebote wurden nach dem Los in Compagnieen abgeteilt. 5. Jede Compagnie wählt ihren ersten und zweiten Hauptmann sowie die Zugführer aus ihrer Mitte. 6. Die Nationalgarde zu Wiesbaden soll aus zwei Bataillonen bestehen. Jeder Zugführer sammelt die Stimmen seines Zuges zur Wahl eines Bataillonsanführers und eines Obersten der ganzen Nationalgarde zu Wiesbaden. 7. Die Offiziere der Nationalgarde entwerfen die Dienstvorschriften unter Mitwirkung eines von der ganzen Garde erwählten Ausschusses, welcher aus zwei Mitgliedern jeder Compagnie gebildet wird. 8. Die bereits bestehende Schützengarde wird vorläufig der Nationalgarde einverleibt, jedoch mit den der letzteren zu Grunde liegenden Einteilungen. 9. Die Gymnasiasten der oberen Klassen können als freiwillige Züge der Nationalgarde beitreten. 10. Jede Compagnie wählt ihre Instruktoren zur möglichst raschen Einübung im Gebrauch der Waffen.

Bereits vier Tage später (11. März) verkündete der Herzog, „in Erwägung, daß nur ein wehrhaftes Volk seine teuersten Interessen gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen und den zur Wiedergeburt der Nation getroffenen Maßregeln einer volkstümlichen Regierung Kraft zu verleihen im stande ist, sowie daß Gesetzlichkeit und Ordnung die Grundbedingung der Wirksamkeit der bewaffneten Macht sind", mit Vorbehalt der Zustimmung des neuen Landtags ein landesherrliches Edikt über die Grundlagen der Volkswehr, das Gültigkeit im ganzen Lande haben sollte. Es basierte im großen und ganzen auf den Grundsätzen, die das Wiesbadener Sicherheitskomitee ausgesprochen hatte. Die Bürgerwehr war zur „Erhaltung der inneren Ordnung und zur Sicherheit der Person und des Eigenthums, sowie in nothwendigen Fällen zur Landesvertheidigung" bestimmt. Sie hatte auf Ersuchen der Behörden und der Sicherheitskomitees bewaffnet Hülfe zu leisten. Für Beschädigungen im Dienste wurde aus der Staatskasse Entschädigung gewährt; ebensolche sollten die Relikten gefallener Bürgerwehrleute empfangen. Obwohl der Wehrdienst Ehrendienst war,

Digitized by Google

wurde doch, da die Bürger nicht alle das Opfer ihrer Zeit umsonst bringen konnten, den weniger Bemittelten ein täglicher Sold von dreißig Kreuzern pro Kopf aus der Gemeindekasse bezahlt. Die Verbindlichkeit des Wehrdienstes wurde für alle Gesunden ohne Stellvertretung vom 16. bis zum 54. Jahre festgesetzt. Befreit waren nur die oberen Staats- und Hofbeamten, aktive Militärs, Geistliche, Lehrer an Volksschulen, unentbehrliche mittlere Beamte und Diener. Ausgeschlossen blieben Leute mit schlechtem Leumund. Die Einteilung blieb dieselbe, wie sie im provisorischen Entwurfe des Sicherheitskomitees angegeben war; vier Compagnieen bildeten ein Bataillon; an Orten, wo die Zahl der Wehrmannschaft fünfzig nicht erreichte, wurde nur ein Hauptmann erwählt. Die Wehrmänner jedes Ortes führten eine Fahne, auf welcher der Name des Ortes stand; der Fahnenträger wurde erwählt. Für die Wahlen wurde ein Ausschuß eingesetzt und die Art und Weise der Abstimmung geregelt. Die Ausrüstung blieb wie vom Komitee angegeben. Gewehre mit Bajonett, Jagdflinten und, in Ermangelung solcher, Piken bildeten die Waffen der Mannschaft, die sie sich aus eigenem Vermögen zu stellen hatte; Unbemittelten sollten die Waffen aus öffentlichen Mitteln besorgt werden. Sammelplätze waren bestimmt, wo die Versammlungen auf Signal zu erfolgen hatten; der gewöhnliche Dienst geschah in der Reihenfolge. Dienst- und Disziplinarvorschriften sollten von den Offizieren erlassen werden. Die Strafen bestanden in einfachem und öffentlichem Verweis, Geldbußen bis zu fünf Gulden und Freiheitsentziehung bis zu drei Tagen, sowie Ausstoßung aus der Reihe der Wehrmänner; die Einnahmen aus den Geldbußen flossen in die Gemeindekasse.

Noch bevor dieses Edikt erschien, hatte am 9. März der provisorische Chef der Nationalgarde, wie er sich nannte, G. Böhning, sein Amt niedergelegt, indem er zugleich eine Proklamation an die Bürger richtete, die ihrer Originalität halber hier mitgeteilt werden soll. Sie lautete: „Geliebte Brüder! Nach den Rechten freier Bürger, die wir — begeistert für die gerechte Sache — durch geistige und materielle Kraft, sowie durch den ritterlichen Sinn und die unbegrenzte Liebe des Herzogs zu Nassaus kräftigem, biedertreuem Völkerstamme ohne die geringste ungesetzliche Handlung, ohne Blutvergießen geworden sind, habt Ihr das Recht, Eure Führer zu wählen. Ich wurde am ersten Tage der errungenen

Digitized by Google

Freiheit durch Euer Vertrauen provisorisch zum Chef der Nationalgarde erwählt, trete jedoch mit dem innigsten Danke für die mir erwiesene Liebe in Eure Reihen zurück. Doch ruf' ich Euch vorher noch zu: Seid behutsam in Eurer Wahl! Lenkt den Sinn auf entschiedene Männer, denen Ihr in ernsten Momenten vertrauen könnt, die nicht gleich dem Chamäleon bei jeder Gelegenheit die Farbe wechseln. Entschiedenheit, Rechtlichkeit und Liebe seien die Grundbedingungen, nicht durchaus erforderliche militärische Kennt-

Georg Böhning.

nisse; diese erlernen sich umso schneller, wo Eifer zur Sache ist; ich kenne dies aus eigener Erfahrung zu Zeiten der Fremdherrschaft, wo ich als schlichter Bürger zum Offizier der Reserve ernannt wurde und später im griechischen Freiheitskampfe gegen den Erbfeind des Christentums. Nicht Stand, nicht Religion, nicht Jude darf eine Klippe für Euch sein; wir sind in einem freien Lande, von einem hochherzigen Fürsten regiert, alle, alle Brüder. Es lebe die Bürgergarde! Es lebe unser Herzog!"

Digitized by Google

Man kam nun einigermaßen in Verlegenheit, wen man denn zum Oberhaupte der bewaffneten Macht erwählen sollte. Als ein Beweis, wie sehr die Meinungen auseinandergingen, mag die Mitteilung gelten, daß von einer Seite allen Ernstes Prokurator Hergenhahn als Oberkommandant vorgeschlagen wurde, von der entgegengesetzten, ebenfalls allen Ernstes, Prinz Moritz von Nassau, der Bruder des Herzogs, der damals achtundzwanzig Jahre alt war und als schneidiger Husaren-Rittmeister in österreichischem Dienste stand. Der eine hätte allerdings die wenig nötige militärische Kenntnis, wie Böhning, meinte, der andere wohl das wenig entsprechende revolutionäre Verständnis mitgebracht. Man ließ sich denn auch nicht zur Thorheit verleiten, sondern wählte den Oberst Wilhelm Goedecke, der am 20. März an die Wehrmänner einen Aufruf erließ, in welchem er nach ausgesprochenem Danke für den ihm gewordenen ehrenvollen Auftrag versprach, „alle Kräfte der Erfüllung seiner hohen Aufgabe zu widmen", und aufforderte, „alles daranzusetzen, daß die Zeit der Gefahr und des Handelns die Bürgerwehr gerüstet und zu jeder Kraftentwickelung fähig finde, daß der hohe Beruf, ein Muster der Waffentüchtigkeit für die Volkswehr des ganzen Landes zu sein, erfüllt werde". Zu seinem Adjutanten wählte der neue Oberst den seitherigen Oberleutnant Robert Gräser, an dessen Stelle später Ernst Lotichius trat.

Am 29. April wurde die Kommission für Volksbewaffnung ernannt, bestehend aus Oberst Goedecke, Hauptmann Malm, Regierungsrat Hehner, den Bürgern Querfeld, Lotichius und Weiß von Wiesbaden und Jäger von Biebrich. Diese Ernennung fiel eigentümlicher Weise zusammen mit der Tags vorher, am 28. April, erfolgten Aufhebung der Militärschule und Lehrcompagnie. Die Mitglieder der Kadettenschule wurden von Volk und Soldaten als Bevorrechtete betrachtet und waren deshalb verhaßt; die Aufhebung konnte darum als eine Konzession an die öffentliche Meinung betrachtet werden. Es sei aber gleich bemerkt, daß die Schule bereits im folgenden Jahre wiederhergestellt wurde.

Alsbald wurden die Dienstvorschriften für die Wehrmänner verfaßt; sie bestanden eigentlich bloß in Disziplinarvorschriften. Das Disziplinargericht konstituierte sich aus dem Oberst, einem Offizier und aus einem Zugführer oder Führer und einem Wehrmann jeder Compagnie. Die angesetzten Strafen bezogen sich auf

Digitized by Google

Versagen der Hilfe, Ausrücken oder Versammeln ohne Erlaubnis, Dienstverspätung oder -Versäumnis, Unvorschriftsmäßigkeit der Kleidung, Beschädigung, Vernachlässigung, Mißbrauch der Waffen, Störung der Stille unterm Gewehr, Beleidigung der Kameraden im Dienst, Betrunkenheit im Dienst, Entfernung aus dem Dienst, Vernachlässigung der Wachtpflicht, Verlassen des Postens, Vergehen der Vorgesetzten gegen die Untergebenen, Widersetzlichkeit dieser gegen die Vorgesetzten (bemerkenswert ist, daß, echt demokratisch, die Vergehen der Vorgesetzten vor jenen der Untergebenen als ahndungswert erschienen), Erregung von Aufruhr im Dienste. Auch ein Exerzier-Reglement wurde erlassen.

Die Organisation und was dazu gehörte, ging aber nur langsam von statten. Die Wehrmannschaft wurde in vier Bataillone, und wurden diese in sechzehn Compagnieen eingeteilt (die 16. bildeten die Gymnasiasten). Die Alarmplätze waren: für die 1.—4. Compagnie der Friedrichsplatz (Schillerplatz), für die 5.—8. Compagnie der Theaterplatz, für die 9.—12. Compagnie der Kranzplatz, für die 13.—16. Compagnie der Schloßplatz. Dort fanden auch die Exerzierübungen statt; die Versammlungen der Führer wurden im „Schützenhof" abgehalten, der damals das eigentliche „Regierungsgebäude" für Wiesbaden gewesen ist.

Die Compagnieen sollten je hundert Mann zählen, kamen aber lange nicht alle auf diese Stärke. Mit der Uniformierung hatte es einstweilen noch gute Wege; es kam vorläufig jeder in seinem Bürgeranzuge, mit der Kokarde am Hute oder an der Kappe. Längere Zeit dauerte es auch, bis die Patrontaschen beschafft worden waren. Die Waffen bestanden, wie erwähnt, in Musketen, Büchsen und Piken. Schon unterm 17. März war seitens der Regierung erklärt worden, daß kein Zwang zur Anschaffung der Waffen eintreten sollte; nur die vermögenderen Wehrmänner möchten sich solche beschaffen, die übrigen würden sie vom Staate erhalten. Eine Abordnung, bestehend aus Oberstleutnant von Reichenau, Schlosser Weiß und Büchsenmacher Weygandt, begab sich gegen Ende des März nach Lüttich, um mit einer dortigen Waffenfirma zu vereinbaren, 1000 Stück Gewehre bis zum Juli zu liefern; dieselben Abgeordneten bestellten später noch einmal 2000 Stück ebendort. Es gelang allgemach, ein Drittel der Mannschaft der Compagnieen mit Büchsen zu bewaffnen und einheitlich

Digitized by Google

zu drillen; diese Büchsen- oder Scharfschützen, sogenannte gediente Leute, bildeten das dritte Glied und den Kern der Compagnie; sie sollten im Kriegsfalle als Tirailleure verwendet werden. Die „Pikeniere" hatten zur Waffe dritthalb Meter lange Piken, deren Eisenteile gerade gerichtete, scharfgeschliffene Sensen mit messerförmigen Widerhaken bildeten, besonders zur Abwehr der Kavallerie geeignet. (Exemplare davon bewahrt die städtische Sammlung im Archiv.) Die Musketiere führten Gewehre von verschiedenem Kaliber, die das uniforme Einschießen sehr erschwerten. Man denke auch daran, daß damals noch Patronenaufbeißen, Pulveraufschütten, Zündhütchenaufsetzen nebst Handhabung des Ladestockes nötig waren.

„Schneidig" ging es im Dienste nicht zu; im Anfang eher noch besser als später. Das that die allgemeine Begeisterung, die über alle Hindernisse jeglicher Art — und es waren viele solcher — siegte. Recht gemütlich klingt es, wenn es heißt, der Compagniediener — jede Compagnie hatte einen solchen — solle bei Überbringung einer Bestellung an Wehrmänner jene stets vom Wehrmann selbst oder von dessen nächsten Verwandten unterzeichnet zurückbringen. Ueber Disziplinarvergehen sind zwei Faszikel unter den Wehrakten im Stadtarchiv vorhanden. Die Vorfälle, welche Strafe bedingten, waren meist harmloser Art; nur einige seien mitgeteilt, ohne Namensnennung. Bürger X. wurde bestraft, weil er mit scharfgeladenem Gewehr antrat, Bürger Y., weil er sich nicht entschließen konnte, solches bei Schießübungen abzufeuern, Bürger Z., weil er es zu viel, d. h. im Walde auf Hirsche und Rehe, abbrannte; Bürger M. kam stets zu spät, Bürger N. konnte nicht ruhig im Gliede stehen, Bürger O. blieb öfter im Wirtshaus sitzen ꝛc.

Es war bald vorauszusehen, daß die Institution der Nationalgarde, so wie sie war, nicht von Bestand sein konnte. Einmal, weil die Regierung kein Interesse daran hatte, die Volksleiter nicht das richtige militärische Geschick besaßen und im Volke nicht das nötige Verständnis der Sache herrschte. Ferner, weil das Bestehen von Militär und Bürgerwehr nebeneinander, wie schon mehrfach gesagt, ein Unding bedeutete. Endlich, weil die Sache die Kommunen — Geld kostete. Die Bedeutung der Volkswehr war nur eine solche für den Augenblick, für die Zeit der Revolution, und lag in der Aufgabe, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Waren

Digitized by Google

alle rechtlichen Bürger Mitglieder der Garde, dann konnte logisch Unordnung nicht entstehen, da alle für einen standen und einer für alle. Ihre Aufgabe hat die Bürgerwehr nach Kräften erfüllt, — so lange ihre Mitglieder unter sich einig waren.

XI. Die Republikaner und die Konstitutionellen.

Die politische Stimmung in Wiesbaden und in ganz Nassau war, wie wir gehört haben, durchaus konstitutionell gewesen, als und auch nachdem die Umwälzung der Verhältnisse stattgefunden hatte. Das Wort Republik schien beinahe verpönt; niemand fast mochte sich Nassau anders als von dem Herzoge regiert denken. Erst der letzte Tag des März brachte einen großen Umschwung in manchen Geistern und Gemütern hervor.

Am genannten Tage wurde das sogenannte deutsche Vorparlament zu Frankfurt feierlich eröffnet. Mit der Taunusbahn fuhren und zu Fuß auf der Landstraße — die ewig lange Frankfurter Chaussee sah damals eine förmliche Völkerwanderung — pilgerten die Wiesbadener und die Bauern der Umgebung zu Hunderten nach der Mainstadt. Dort ergriff sie der Festesrausch der Revolution mit Flaggenschmuck, Illumination, Weihesängen und Freiheitsreden; dort auch hörten sie zum ersten Male Männer sprechen wie Robert Blum, Dr. Friedrich Hecker und Dr. Gustav v. Struve, und diese redeten von nichts Geringerem als von Errichtung eines großen deutschen Freistaats nach radikalem Umschwunge der bestehenden Verhältnisse. Die Ausführungen der demokratischen Führer im „Gasthaus zum Weidenbusch" wurden von einer Anzahl gleichgesinnter Nassauer mit Enthusiasmus aufgenommen, und das Resultat davon war der Entschluß, daß man daheim nicht auf halbem Wege stehen bleiben, nicht „versumpfen", sondern eine Partei bilden wolle, die rücksichtslos vorwärts drängen und mit dem alten System gründlich brechen sollte. Drei Männer gelobten sich hierin treue gegenseitige Unterstützung, ein Greis, ein Mann und ein Jüngling: Georg Böhning, Friedrich Graefe und Oswald Dietz, alle geborene Wiesbadener, erfüllt von freiheitlicher Begeisterung

Digitized by Google

und von hingebender Liebe zum Volke, keine egoistischen Demagogen, so sehr sie auch von gegnerischer Seite oft als solche verketzert wurden.*)

Georg Böhning war am 7. Januar 1788 zu Wiesbaden geboren, wo sein Vater und Großvater als geschickte Uhrmacher bekannt waren. Sein Vater, Johann Heinrich Böhning, erlangte sogar das Hofprädikat; er wohnte anfangs im „Rebstock" an der Marktstraße, baute aber dann ein Haus an der neuen Wilhelmstraße (heute Nr. 34). Die Mutter war eine geborene Feiler, eine Uhrmacherstochter, aus Neuwied. Der junge Böhning erlernte das Geschäft seines Vaters, allein er war einer von jenen, die wenig Sitzfleisch haben. Bereits 1810, zweiundzwanzig Jahre alt, verheiratete er sich mit Johanna Elise Zollmann von Wiesbaden und verzog mit ihr nach Duderstadt, wo er Uhrmacherei und Weinhandel betrieb; im Frühjahre von 1813 aber war er schon wieder in Wiesbaden. Zu Anfang von 1814 trat er in den nassauischen Landsturm und wurde bald darauf Oberlieutenant der Reserve. Sein Geschäft betrieb er nebenher weiter, bis er 1822 sich von einem wandernden Schausteller engagieren ließ und mit diesem nach vielen Kreuz- und Querzügen bis Marseille kam. Hier trennte er sich von letzterem und schloß sich einer Expedition Freiwilliger nach Griechenland an, das sich damals von der Türkenherrschaft losriß. Als Klephtenhäuptling kämpfte er dort eine Zeit lang, legte dann aber die Waffen nieder und gründete erst eine Buchdruckerei in Hydra, dann, 1824, eine Uhrmacherei in Smyrna, wodurch er bald so wohlhabend wurde, daß er seine Frau, die unterdes bei seinem Vater gelebt hatte, nachkommen lassen konnte. Doch sagte dieser das Klima nicht zu, und so kehrten beide 1827 heim, wo sie in dem väterlichen Hause — der alte Böhning war unterdes gestorben — ein Privathotel für Kurgäste (Aachener Hof) einrichteten. Böhning arbeitete selbst in der Uhrmacherei weiter, warf sich aber zugleich in den Strom des politischen Lebens, machte auch nach kurzer Zeit als Begleiter eines russischen Kurgastes eine Reise nach England, Spanien und Italien. Er beteiligte sich am Hambacher Fest und indirekt am Frankfurter Putsch, was ihn in Untersuchungs-

*) Den Herren Rentner A. Dieß und Dr. med. st. Graefe sage ich für die Mitteilung der Personalien ihrer Angehörigen besten Dank.

Digitized by Google

haft brachte, kam wiederholt mit der Polizei in Konflikt und mehrfach in Arrest. Dann trat er einer geheimen republikanischen Gesellschaft, dem „Bunde der Deutschen", bei, der 1840 entdeckt wurde. Ein kolossaler Prozeß begann damals in Frankfurt, Hessen und Nassau; auch Böhning saß ein halbes Jahr (Januar bis Juli 1841) im Kriminalgefängnisse zu Wiesbaden, doch konnte er nicht überführt werden. Die Erfahrung machte ihn indes vorsichtiger; er verhielt sich fortan ruhig, bis er im Revolutionsjahr 1848 aufs neue hervortrat. Er zählte jetzt 60 Jahre, hatte einen mächtigen Bart und dichtes, langwallendes Haar, beides silbergrau, pflegte einen großen Schlapphut, eine schwarze Bluse und einen Schleppsäbel zu tragen und rauchte beständig seine Cigarre.

Friedrich Graefe, geboren am 6. August 1815, war der Sohn des Hutmachers Karl Heinrich Gräfe (auch Gräff und Gräf geschrieben) zu Wiesbaden. Der Vater hatte den spanischen Feldzug mitgemacht und sich dann in Wiesbaden etabliert und verheiratet. Der aufgeweckte Knabe bezog das Pädagogium seiner Vaterstadt, dann das Gymnasium zu Mainz, machte aber 1835 sein Abgangsexamen zu Weilburg, am nassauischen Landesgymnasium. Er entschloß sich zum Studium der Medizin, besuchte von 1835 bis 1837 die Universität zu Heidelberg, wo er aber auch Philosophie, Geschichte (bei Schlosser) und Mathematik hörte, und von 1837 bis 1839 die zu Berlin. Privatim trieb er botanische Studien und galt als vorzüglicher Kenner der nassauischen Flora, wie er überhaupt in alle genannten Fächer gründlich eingedrungen war und ein universelles Wissen besaß. Im Februar von 1840 bestand er das nassauische Staatsexamen (V.-Bl. vom 11. IV. 1840), hätte also eine Anstellung im Staatsdienste — die nassauischen Ärzte waren bekanntlich Staatsbeamte — beanspruchen können. Er verzichtete indes darauf, weil er nach seinen eigenen, etwas scharfen Worten „in dem System der Gesetzlosigkeit, der Gewalt, des blinden Gehorsams, der Obrigkeit von Gottes Gnaden nicht Mithelfer sein wollte". Er ließ sich in Wiesbaden als praktischer Privatarzt nieder und gewann alsbald durch seine Liebenswürdigkeit und besonders durch die unentgeltliche Behandlung der Unbemittelten aller Herzen. Neben seinem großen Wissen besaß er eine glänzende Beredsamkeit und schrieb einen populären Stil; im Äußern war er eine stattliche Erscheinung mit freundlichen Augen, hoher Stirn und mächtigem Barte.

Digitized by Google

Oswald Dietz, der dritte und jüngste im Bunde, war der Sohn des Ratsfreundes (Stadtrats) Michael Konrad Dietz aus der Pfaffenmühle auf dem Michelsberg (neben dem Polizeigefängnisse); seine Mutter war eine geborene Mahr, also einer alten, angesehenen Wiesbadener Familie angehörig. Er kam am 27. Mai 1823 zur Welt, stand somit beim Beginne der Revolution im fünfundzwanzigsten Jahre. Auch er besuchte das Pädagogium zu Wiesbaden, dann das Gymnasium zu Weilburg, studierte zu Karlsruhe, München und Berlin als Architekt und Ingenieur. Mit vier Kollegen bestand er die staatliche theoretische Konkursprüfung und wurde (V.-Bl. vom 5. VII. 1848) unter die geprüften Kandidaten des Straßen-, Brücken- und Wasserbaus aufgenommen. Er hatte Aussicht, eine Staatsstelle bei der Rheinkorrektion zu erhalten; doch ging er dieser durch seine Beteiligung bei den Vorgängen im Juli, von denen wir seiner Zeit hören werden, verlustig. Dietz hatte auf der Weilburger Schule die ersten freiheitlichen Ideen in sich aufgenommen; wie Graefe in Heidelberg, so hatte er dann in Karlsruhe und München Umgang mit anderen begeisterten Freiheitsfreunden gehabt. Auch er war ein hochbegabter Mann, der noch dazu das ganze Feuer jugendlicher Leidenschaft sprühen ließ. Eine einnehmende äußere Erscheinung und angenehme Manieren vereinigten sich bei ihm mit echt warmherzigem Mitgefühl für das Wohl und Wehe des Volkes.

Das waren die drei tribuni plebis, die Volksführer, denen wir noch mehrfach begegnen werden. Durch ihre Bildung und Befähigung, durch die Lauterkeit und Reinheit ihrer Absichten erschienen sie zur Führerrolle wohl berufen. Aber es erging ihnen wie allen Ideologen, die der große Tyrann Napoleon Bonaparte bekanntlich einfach für Narren erklärt hat: sie wurden von der großen Menge der Ihrigen, die — heute noch wie vordem — am Äußeren, Sicht- und Greifbaren hängt, in ihren Ideen nicht verstanden. Der Sturm, den sie entfesselten, riß sie dahin, und das gab den Reaktionären Gelegenheit, sie gewöhnlichen Aufrührern gleichzuachten.

Sobald die Gesinnungsgenossen von Frankfurt zurückgekehrt waren, stand es, wie erwähnt, bei den dreien fest, ganze Arbeit zu machen. Am 4. April erschien ein Manifest, verfaßt in der Wirtschaft von G. Hahn im Nerothal (später Paulinenstift, damals

Digitized by Google

Hauptquartier der Radikalen) und unterzeichnet von dem „Komitee der republikanischen Gesellschaft“: Böhning, Dietz, Dr. Graefe, Krempel, G. Thon, Werren und Horlacher. Überschrieben war das Schriftstück, das alsbald als Flugblatt in die Stadt und ins Land hinausging: „Die wichtigsten Fragen der Gegenwart“. Recht harmlos; aber der Inhalt erwies sich alsbald als feuerrot. Das Komitee empfahl darin nichts mehr und weniger als die Abschaffung der Monarchie und die Verwandlung Deutschlands in eine Föderativrepublik, d. h. Republik aus vielen Einzelrepubliken zusammengesetzt. „Die Republik,“ hieß es, „ist die beste Staatsform, denn sie ist einfach, zweckmäßig und wohlfeil; einfach, weil die Volksregierung, das Parlament, die vielen Fürstenregierungen unnötig macht, zweckmäßig, weil das Volk sich selbst regiert, wohlfeil, weil keine Fürstenhöfe und keine Beamtenhierarchie zu unterhalten, keine Militärlasten im bisherigen Umfange zu tragen sind und damit jährlich etwa vierthalbhundert Millionen Gulden erspart bleiben. Außerdem steht in der Republik in Aussicht: Abschaffung drückender Abgaben verschiedenster Art, der Gerichtskosten, der Stempelsteuern (wofür eine Einkommensteuer eingeführt wird) sowie aller Vorrechte, Freiheit des Glaubens und der Presse, Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, Selbstverwaltung der Gemeinden, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Hebung des Berufs- und Erwerbslebens, Abhilfe des Notstandes. Die Republik will Ordnung und Recht nicht aufheben, sondern im Gegenteil beides erst herstellen; sie will das Volk glücklich machen.“

Dieses Manifest der volksbeliebten Männer zündete in den Massen und brachte eine große Bewegung hervor, wie sich bei der am 5. April erfolgten Volksversammlung in den „Vier Jahreszeiten“ zeigte. Recht heftig platzten hier die Geister aufeinander. Und sogleich begann die Scheidung der Parteien. Der republikanischen, bereits gebildeten, trat eine demokratisch-monarchische oder konstitutionelle, wie sie sich später nannte, gegenüber. Es zeigte sich dabei, daß die Republikaner doch sehr vielen zu weit gegangen waren. Selbst der Redakteur Dr. Möller von der „Freien Zeitung“, mit dessen Blatt jene Flugschrift wider seinen Willen zugleich ausgetragen worden war (weil in derselben Druckerei hergestellt), verwahrte sich gegen seine Übereinstimmung mit deren Inhalt, und auch die vier letzten Unterzeichner aus dem Komitee wurden

Digitized by Google

schwankend. Alsbald forderte der Redakteur der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung", Dr. Riehl, offen auf, sich gleichfalls zusammenzuscharen unter der Devise: Monarchie mit republikanischen Einrichtungen, vollständigste Freiheit aller Volksrechte, Wahrung und Förderung aller errungenen Freiheiten unter dem Schutze monarchischer Formen. Zugleich spielten die Konstitutionellen ihren Gegnern einen schlauen Streich.

Für den 7. April, auf abends 8 Uhr, war eine neue Versammlung in den „Vier Jahreszeiten" angesetzt worden.*) Allein schon um 5 Uhr vereinigten sich, auf Einladung in der „Nass. Allg. Zeitung" und in Plakaten hin, diejenigen, die sich zu einer demokratisch-monarchischen Partei zu verbinden willens waren. Den Vorsitz übernahm der Hauptmann Werren — nicht zu verwechseln weder mit dem obengenannten Republikaner noch dem späteren Regierungsdirektor gleichen Namens —, der dem Dr. Riehl das Wort erteilte. Riehl las ein politisches Glaubensbekenntnis vor, das in sechs Artikeln etwa folgendes besagte: „I. Diejenige Staatsreform ist die beste, die ohne gewaltsame Zerstörung der gegenwärtigen Verhältnisse dem Volke zu Recht, Freiheit, Steuererleichterung und Schutz der Person und des Eigentums verhilft. II. Die beste Staatsform ist für den gegenwärtigen Zeitpunkt, unter den gegebenen Verhältnissen, eine konstitutionelle, durchaus freisinnige und volkstümliche Monarchie. III. Die gewährten Forderungen der Nassauer sollen verwirklicht und in volkstümlichem Sinne weiter entwickelt und ausgebeutet werden, wobei dem Herzog treu Wort gehalten werden soll, so wie auch er sein Wort halten wird. IV. Die Hetzereien müssen aufhören, damit Handel und Gewerbe wieder zu Kraft und Gedeihen kommen. V. Die Armen sollen unterstützt und den Arbeitslosen soll zur Arbeit verholfen werden. VI. Freiheit für alle, also auch Ehre jeder redlichen Ueberzeugung, jeglichem Parteibekenntnisse. Kampf nur mit geistigen Waffen!" — Zugleich machte Schulinspektor Ebenau, der sich noch kurz zuvor in einer Schrift, „Die neuen politischen zehn Gebote der Nassauer" (die bekannten neun Forderungen und als

*) In den „Vier Jahreszeiten" fanden fast täglich Versammlungen statt. Am 6. April sahen die Turner Wiesbadens hier den greisen Vater Jahn in ihrer Mitte.

Digitized by Google

zehnte die freie Gemeindeverfassung), ziemlich rötlich gefärbt gezeigt hatte und dies auch zugestehen mußte, den Vorschlag zur Sammlung der „Gutgesinnten“ in einem Bürgerverein, was durch Handerheben beschlossen und auch sofort ins Werk gesetzt wurde. Dies galt zugleich als Manifestation unverbrüchlicher Treue gegen den Herzog. Eine lebhafte Debatte beschäftigte sich mit den Republikanern, die heftig angegriffen wurden; zum Schluß kam man überein, das von den Anwesenden unterschriebene Glaubensbekenntnis drucken und in Tausenden von Exemplaren im Lande verbreiten zu lassen. Ein provisorisches Komitee wurde gebildet, zu dessen Mitgliedern Dr. Riehl, Dr. F. Sandberger, Dr. Fresenius, Dr. Schirm, Dr. Großmann, Dr. Thomä, Dr. v. Franque, Professor Ebenau, Professor Schmidt, Schulrat Müller, von Breidbach-Bürresheim, Werren, Jahn, Heimerdinger, Faust, Bammann und Kreidel gehörten.

Der Herzog war von der Spaltung seiner Unterthanen betroffen. Er hielt es für nötig, in einer besonderen Proklamation am 9. April darauf hinzuweisen, daß er sein Wort gehalten und alle Versprechungen, soviel an ihm gelegen, erfüllt habe. Er forderte weiter auf zur Einheit und zur ruhigen Beratung der Gesetze. „Pflanzt unter die Fahne der Freiheit das Banner der gesetzlichen Ordnung, des ruhigen Vertrauens, der getrosten Hoffnung auf die Zukunft Deutschlands!“ rief er den Nassauern zu.

Aber die beiden Parteien blieben sich feindlich gegenüber, und alsbald auch begann der Kampf. Zu Wiesbaden hatten die Konstitutionellen die Oberhand, auf dem Lande die Republikaner. Die Erbitterung gegeneinander wurde heftiger und heftiger, und auf beiden Seiten gab der Haß den Kämpfenden erlaubte und unerlaubte Waffen in die Hand. Die Orangeblauen bezeichneten ihre Gegner mit dem Namen Wühler; die Roten nannten erstere Heuler, auch Heios, weil sie das Volk mit dem Heiopopeio (hübsch ruhig und artig sein!) einlullen wollten. Wühler und Heuler gaben einander in wechselseitiger Schmähung und Verleumdung nichts nach. Wer die Zeitungen damaliger Zeit liest, der staunt über den „Frakturstil“, in dem man hüben und drüben schrieb. „Kampf nur mit geistigen Waffen“, hatten die Orangeblauen auf ihr Programm gesetzt, — ja; aber welcher Art waren diese geistigen Waffen dort und hier! Man verdächtigte die Roten und besonders ihren

Digitized by Google

Tribun Dr. Graefe als Kommunisten, ja Anarchisten, trotz der mannigfachen Erklärungen und Versicherungen des letzteren, daß er auf dem Boden der Ordnung und des Rechtes stehe. Dafür schlugen dann die Roten ihrerseits auch wieder blindwütig um sich.

Und die große Menge? Nun, die lief eben dem nach, der die beste Suade hatte, mochte er orangeblau oder rot gefärbt sein. Und dann machten die Propheten und Messiasse jener Zeit mit der Menge dieselben Erfahrungen wie andere vor und nach ihnen.

XII. Der nassauische Märzminister.

Es war an demselben Tage, an dem sich die konstitutionelle Partei bildete, da brachte das Verordnungsblatt die Nachricht, daß der Herzog dem Staatsminister von Dungern, „unter dankbarer Anerkennung der Treue und Aufopferung, mit welcher er, namentlich noch in der neuesten Zeit, ihm und dem Lande seine Dienste gewidmet, auf wiederholtes Ansuchen den Rücktritt von seiner Dienststelle gestattet habe." Diese Kunde kam vielen überraschend, manchen nicht, rief aber im allgemeinen keinen besonderen Eindruck hervor. Vor vier Wochen hätte man den Sturz des „reaktionären" obersten Staatsleiters jedenfalls mit lautem Beifall begrüßt; aber gerade damals hatte es sich ja auch wiederum gezeigt, daß der Minister gar nicht so reaktionär gewesen war, wie es schien. Er hatte im Gegenteil alle Forderungen des Volkes bewilligt und war sozusagen mit beiden Füßen in die freiheitliche Bewegung hineingesprungen. Dadurch war er aus dem bestgehaßten ein sehr populärer Mann geworden, den man verschiedentlich sogar anhochte. Nun ging er, und noch im Gehen that er einen neuen populär erscheinenden Schritt: er trat als gewöhnlicher Wehrmann, Gewehr über, in die Nationalgarde ein. Das rechnete man ihm sehr hoch an.

Die Frage war nun selbstverständlich: „Wer wird sein Nachfolger?" In den anderen Staaten waren die reaktionären Minister alle durch den Märzsturm hinweggeweht, und freisinnige Männer der höheren Beamtenschaft waren an ihre Stelle erhoben worden. Aus deren Reihen erwartete man auch die Wahl des nassauischen

Digitized by Google

März-, hier wohl richtiger Aprilministers. Man riet hin und her; nur eine kleine Zahl von Leuten dachte an den Mann, der nach vernünftigem Urteil allein berufen sein konnte, an die Spitze der Staatsleitung zu treten. Und diese behielten Recht. Der Landesvater, unvoreingenommen und mit klarem Blicke die Sachlage, das Parteigetriebe namentlich, überschauend, that den richtigen Griff: er machte, obwohl dies unerhört schien, den Führer der Bewegung zum obersten Staatsbeamten. Am 16. April verkündete das Verordnungsblatt kurz und bündig, daß der Herzog den Prokurator Hergenhahn, „in der Ueberzeugung, daß dieser sich die Entwicklung der politischen Rechte des Volkes zur Aufgabe gesetzt habe und hierbei durch das Vertrauen des Landes unterstützt werde", zum Präsidenten ernannt und bis zur demnächstigen Neuordnung der Dinge mit der provisorischen Leitung des Staatsministeriums betraut habe.

Durch diesen kühnen Schachzug gewann der Landesherr, wie es schien, die konstitutionelle Partei für sich. Nur die Reaktionäre und die Roten machten saure Gesichter. Den ersteren war Hergenhahn verhaßt, weil er ihrem System feind war, das er als Haupt der Bewegung zu Falle gebracht hatte. Den letzteren war er nicht weit genug gegangen, und es war vorauszusehen, daß er in seiner neuen Stellung erst recht zunächst das „Errungene in ein festes Besitztum verwandeln" würde, wie er seinerzeit in einer Proklamation (s. Kapitel VII) empfohlen hatte; — so betrachteten sie ihn geringschätzig. Aber selbst in der Mitte seiner eigenen Partei gab es manche, die ihm nun plötzlich unfreund wurden, weil — sie ihn neideten. Namentlich waren dies steife Bureaukraten, die, trotzdem sie dem Fortschritt huldigten, doch in dem vormärzlichen Wahn befangen blieben, der Leiter des Staates müsse die gesamte Beamtenkarriere systematisch durchlaufen haben, und die den Saltomortale vom Prokurator-Schreibstuhl aufs Minister-Roß als höchst naturwidrig betrachteten. Ja wenn dieser Sprung in jenen Märztagen erfolgt wäre, wo noch andere Saltimortali stattgefunden hatten! So erschien denn der ehedem populärste Mann, der ami du peuple, der Vater Hergenhahn, als er Minister geworden, also in diejenige Stelle eingetreten war, in der er für das Volk recht eigentlich mit Erfolg wirken konnte, einem Teile dieses Volkes bereits mindestens gleichgültig; das „Vertrauen des

Digitized by Google

Landes", wie es in der herzoglichen Bekanntmachung hieß, unterstützte ihn nicht mehr völlig. Solches hatten sechs Wochen zu Wege gebracht! Und somit stand der neue Staatsminister allein mitten unter den ihm fremden höheren Beamten, ihren Intriguen ebenso ausgesetzt, wie den Angriffen der Republikaner. So wurde auch die Proklamation „An die Nassauer", die er an dem Tage seiner Ernennung erließ, und in der er darthat, daß er, nicht seiner persönlichen Neigung folgend, sondern in der Absicht, dem Volkswohle zu dienen, die neue Stelle übernommen habe, daß er ein Mann aus dem Volke bleiben wolle, und in der er bat, ihm das bisher bewiesene Vertrauen zu erhalten, alle Wünsche und Beschwerden an ihn gelangen zu lassen, aber nicht eigenmächtig sich zu helfen, — von vielen mit „gemischten Gefühlen" aufgenommen.

Es kamen aber noch zwei andere Umstände hinzu, die dem neuen Minister seine Stellung sehr erschwerten. Der erste war die Ueberhäufung mit Geschäften. Hergenhahn war eine Zeitlang dreifacher Präsident: des Sicherheits-Komitees, des Landtags und des Ministeriums; dazu kam noch, daß er — später — Abgeordneter fürs deutsche Parlament in Frankfurt wurde. Konnte er im „Schützenhof", im Ministerialgebäude zu Wiesbaden und in der Paulskirche zu Frankfurt zugleich sein? Er war also, wie ein zeitgenössischer Darsteller sagt, überall und nirgends. Hatte er einen entsprechenden Vertreter? Seiner Ideen und seines Systems — nicht. Der andere mißliche Umstand war eine Folge des ersten; der Minister war infolge der Arbeitsüberbürdung öfter und manchmal längere Zeit hindurch krank.

Nichtsdestoweniger hat Vater Hergenhahn in seiner überaus schwierigen Stellung geleistet, was ein Mensch und ein Mann des Volkes leisten konnte, und ein unbefangener Geschichtschreiber muß die Vorwürfe, die von beiden Seiten, von der reaktionären und der republikanischen Partei, gegen ihn erhoben wurden, zurückweisen.

Führen wir uns zur Beurteilung des Mannes im ganzen auch sein Lebensbild im ganzen in großen Zügen vor, auch wenn wir damit etwas vorausgreifen.

August Hergenhahn wurde am 16. April 1804 zu Usingen geboren, als Sohn des dortigen fürstlichen Amtmanns. Frühe

Digitized by Google

verlor er beide Eltern, und eine Tante, Frau Böhnig zu Idstein, eine hochgebildete Frau, die später nach Wiesbaden zog und dort ein Mädcheninstitut gründete, nahm sich des verwaisten Knaben an und erzog ihn mit mütterlicher Sorgfalt. Er besuchte das alte Gymnasium zu Idstein unter Direktor Snell seit 1812, ging

August Hergenhahn.

1817 mit der Schule nach Weilburg über und wurde von dort, achtzehn Jahre alt, 1821 zur Universität entlassen. Er studierte zu Heidelberg und Göttingen. An beiden Universitäten beherrschten damals, wie wir wissen, die freiheitlichen Ideen die Gemüter Jungdeutschlands, und die gerade ergangenen Karlsbader Beschlüsse, die jene Ideen bekämpfen sollten, konnten ihre Zwecke nur äußer-

Digitized by Google

lich, also unvollkommen erreichen. Auch der junge Hergenhahn wurde der Freiheit gewonnen. Er war sehr fleißig. Nach sechssemestrigem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften machte er 1824 sein nassauisches Staatsexamen mit solchem Erfolge, daß er alsbald eine Anstellung als Prokurator beim Hofgerichte zu Wiesbaden erhielt. Er verheiratete sich 1829 mit Pauline Sulzer aus Magdeburg. Als 1832 die Wiesbadener, zur Strafe dafür, daß sie fortschrittlich gewählt hatten, ihr Hofgericht verloren, siedelte Hergenhahn mit diesem nach Usingen über. Allein die gerade damals erneut einsetzende Reaktion verleidete ihm den Staatsdienst; er schied aus letzterem aus und ließ sich als Privatanwalt in Wiesbaden nieder. Von hier aus trat er insgeheim mit den badischen Freiheitsmännern, die er bereits bei seinem Aufenthalte in Heidelberg kennen gelernt hatte, in innigere Verbindung, namentlich mit den verabschiedeten Professoren Karl Theodor Welcker und Karl v. Rotteck, sowie mit Adam v. Itzstein. Zwei Jahre nach dem Tode Herzog Wilhelms, 1841, da auch mit dem Thronwechsel in Preußen eine neue Ära zu beginnen schien, wurde Hergenhahn wieder Staatsbeamter, und zwar Prokurator am Oberappellationsgericht zu Wiesbaden, als welcher er die Revolution siegreich durchführen half.

Am 16. April 1848 zum Ministerpräsident berufen, verblieb er in dieser Stellung bis zum 11. Juni 1849, also knapp vierzehn Monate. Man wählte ihn, wie erwähnt, auch als Abgeordneten zum deutschen Parlament. Er sah indes bald ein, daß der weiteren freiheitlichen Entwickelung in Nassau der Hemmschuh angelegt werden sollte und wollte hierin ebenso wenig mitthun als den republikanischen Extravaganzen Vorschub leisten. Da er sich auf niemanden mehr verlassen konnte, erbat er seine Entlassung, und der Landesherr ließ ihn als verbraucht fallen. Doch blieb er Parlaments-Abgeordneter und erhielt vom Herzoge, wie etwa heutzutage die preußischen Exminister, seinen Versorgungsposten, indem er zum Oberappellationsgerichtsrat und Generalstaatsprokurator ernannt wurde. Nach der Auflösung des Frankfurter Parlaments sah ihn dasjenige zu Erfurt unter seinen Mitgliedern, und auch im nassauischen Landtage erschallte noch eine Zeitlang seine Stimme im Sinne freiheitlicher Entwickelung der Volksrechte. Der Landesherr blieb seinem früheren Minister die fünfziger Jahre hindurch gewogen;

Digitized by Google

noch 1860 erfolgte seine Ernennung zum Direktor des Hof- und Appellationsgerichtes zu Dillenburg; 1861 kam er in gleicher Stellung an dasjenige zu Wiesbaden. Mit diesem Jahre aber setzte bekanntlich, dem nassauischen Staate zum Unheil, die Reaktion schärfer denn je ein. Der Freiheitsmann, der nicht schweigen konnte, war ihr blutig verhaßt, und diesen Haß dokumentierte sie dadurch, daß sie den hohen Staatsbeamten 1864 durch Ernennung zum Landesbankdirektor degradierte.

Doch Zeiten und Geschicke wechseln. Das Kriegsglück von 1866 entschied gegen Nassau, das an Preußen annektiert wurde. Der schon alternde zurückgesetzte Volksmann wurde von König Wilhelm zum Leiter des Gesamtministeriums und speziell der Justizabteilung, zum zweiten Male also zur höchsten Stellung in Nassau, berufen, aber unter anderen Verhältnissen. Zum zweiten Male auch gehörte er einem konstituierenden deutschen Parlamente an, aus welchem der norddeutsche Reichstag, der Vorläufer des deutschen, erwuchs. Nach der Neuordnung der Dinge in seiner engeren Heimat zog sich Hergenhahn 1867 aus dem politischen Leben ganz zurück auf den Posten eines Präsidenten des Hof- und Appellationsgerichts, später (nach der Umgestaltung des Justizwesens) ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Wiesbaden. Er erlebte die Freude, die Seinen wohlversorgt, seinen ältesten Sohn, August Hergenhahn, sogar in der Stelle eines Polizeipräsidenten zu Frankfurt zu sehen; dann starb er nach langem Krankenlager an einem schmerzhaften Herzleiden, am 29. Dezember 1874. Am Neujahrstage fand die Beerdigung Vater Hergenhahns unter überaus großer Beteiligung zu Wiesbaden statt.

Der nassauische Märzminister war ein Mann von glänzenden Gaben. Ein gutes Gedächtnis, ein rasches Auffassungsvermögen, ein sicher orientierender Blick, eine klare Darstellungsweise, eine unverwüstliche Arbeitskraft neben gediegener allseitiger Bildung und reicher praktischer Erfahrung waren ihm eigen. Religiös-sittlicher Sinn und seltene Herzensgüte zierten ihn. Letztere sprach auch aus dem offenen, milden Antlitze, das von starkem Haupthaare und einem kurzen Halskranzbarte umrahmt war. So lebt im Andenken seiner Zeitgenossen und im Bilde Vater Hergenhahn fort, und dies Andenken bleibt in Ehren.

Digitized by Google

XIII. Der erste badische Feldzug.

Minister Hergenhahn hatte noch am Tage seiner Ernennung eine traurige Pflicht zu erfüllen. Er mußte gemäß Bundesbeschlusses das nassauische Truppenkontigent zu den Waffen rufen, welches den Einfall bewaffneter Freischaren aus Frankreich und der Schweiz über den Rhein nach Baden abwehren helfen sollte. Das trug ihm schon von vornherein die Mißbilligung der republikanischen Partei ein. Die Sache war aber so gekommen.

Nicht zufrieden mit den Beschlüssen des Vorparlaments, das der Mehrheit nach die deutsche Frage auf konstitutionellem Wege lösen wollte, traten die radikalen Abgeordneten unter Führung von Dr. Friedrich Hecker und Dr. Gustav von Struve aus, insurgierten den badischen Kreis Konstanz, proklamierten die Republik und riefen das deutsche Volk zum Kampfe mit den Waffen auf, während Georg Herwegh mit einer „deutschen Flüchtlingslegion" von Straßburg aus sich in Bewegung setzte. Das geschah seit dem 12. April. Es war ein toller Streich, selbst von allen besonnenen Demokraten als solcher beklagt und mißbilligt. Da der Bundestag und der Fünfziger-Ausschuß des Vorparlaments eine allgemeine Revolution befürchteten, so ließen sie das achte Bundesarmeecorps unter dem Befehle des Generals von Gagern, eines Bruders des hessischen Ministers, mobilisieren und forderten auch andere Bundesstaaten zur Reichshilfe auf. So wurden denn auch die beiden nassauischen Infanterie-Regimenter, ein Teil der Artillerie und der Pioniere mobil gemacht. Die Truppen waren am 19. April marschbereit. Das I. Regiment, zwei Bataillone und eine Compagnie des leichten Bataillons, stand unter dem Kommando des Obersten Keim, das II. Regiment, zwei Bataillone und eine Compagnie des leichten Bataillons, unter Oberstleutnant Gerau, die Artillerie (eine Batterie) unter Hauptmann Müller; Brigadechef wurde, zunächst interimistisch, Oberst Alefeld. Es meldete sich eine große Anzahl Freiwilliger, besonders viele junge Leute, auch Achtzehnjährige; anderseits versuchten einzelne Republikaner, die Ausrückenden zum Widerstande aufzureizen, was aber nicht gelang.

Am Gründonnerstage, dem 20. April, an selben Tage, an dem die Freischaren unter Führung Heckers im Gefechte bei Kandern, in welchem General Gagern fiel — daß er meuchlings erschossen worden

Digitized by Google

sei, ist längst als historisch unbegründet erwiesen — zersprengt wurden, ging zunächst das 2. Bataillon II. Regiments per Eisenbahn nach Mannheim ab; die anderen Truppenteile folgten. Am Ostersonntage waren sie in Heidelberg und Mannheim vollzählig beisammen; in Heidelberg wurden sie besonders wohl aufgenommen und gut verpflegt. Ruhe gab es indes nicht lange; noch am Nachmittage des ersten Ostertages (23. April) ging das 1. Bataillon II. Regiments auf der Eisenbahn über Karlsruhe nach Freiburg ab, in langer, vorsichtiger Fahrt.

Die Freischärler hatten sich dieser schönen Stadt, die damals noch ihre Festungswerke besaß, bemächtigt und die geringe Besatzung verdrängt. Sie setzten sich aus etwa 3000 mit Sensen und Gewehren bewaffneten Abenteurern, Proletariern und Bauern zusammen und hatten sich einen „General" in dem Studenten Langsdorff gegeben, der aber gar kein militärisches Talent besaß. Das war am Tage vor Ostern geschehen, und die Freiburger gerieten in großen Schrecken ob der „Einquartierung", zumal unter den am meisten hasselierenden und bramarbasierenden fremden Abenteurern nur wenige „Gutedel" gewesen sein mögen. Doch sollte der Terrorismus nicht lange dauern, obwohl die Insurgenten alle Thore und anderen Zugänge verbarrikadiert und fünf mit Kartätschen und gehacktem Blei bediente Geschütze aufgepflanzt hatten.

Am Ostermontage (24. April), in aller Frühe, kam Oberstleutnant Gerau mit dem Bataillon vor Freiburg an. Da alles ruhig blieb, glaubte man nassauischerseits, daß es zu keinem Kampfe kommen würde; ein Offiziersbursche ritt sogar nach der Stadt, um dem Pferde seines Herrn ein neues Hufeisen aufschlagen zu lassen. Als er ans Thor kam, rissen ihn die Wachen der Aufständischen von dem Tiere, führten letzteres im Triumph in die Stadt, ließen ihn selbst aber laufen. Daraufhin sandte man eine Lokomotive an den badischen General Hoffmann ab mit der Meldung, daß der Feind die Stadt besetzt habe. Zwei Stunden später kamen auf der Bahn zwei hessische Bataillone und ein badisches nebst zwei Schwadronen und vier Geschützen unter dem General selbst an, der den Oberbefehl übernahm. Die vier Bataillone umringten sofort die Stadt, und die badische Artillerie fuhr gegen die Barrikaden auf.

Nachdem die ausschwärmenden Züge Feuer bekommen hatten, fingen die Geschütze an, gegen die zehn Fuß hohen Barrikaden zu

Digitized by Google

spielen. Diese waren bald zusammengeschossen, und nun begann der Sturm auf die Thore. Einige Compagnieen Badener gingen gegen das Predigerthor vor; ihnen folgte das nassauische Bataillon unter Oberstleutnant Gerau und Major Weber. Nassauische Freiwillige, die, etwa 200 an der Zahl, das letztere begleiteten, tiraillierten und scheuchten die Freischärler aus den Gärten vorm Thore auf. Von diesem aus aber erhielten die Badener Kartätschenlagen und stoben auseinander; da drangen die Nassauer mit dem Bajonett und schlagenden Trommlern vor. Der Fall einiger der Ihren versetzte sie in äußerste Wut, und nach erbittertem Kampfe mit den Sensenmännern erstürmten sie die Barrikade und das Thor, wobei sie zwei Kanonen und eine Fahne eroberten. Es blieb tot Soldat Michel; der Leutnant Eyring, Sergeant Ernst, sowie Korporal Best wurden schwer, sechs andere leicht verwundet.*) Da nun gleichzeitig auch das hessische Bataillon durchs Breisacher Thor eindrang, so warfen sich die Insurgenten in die Flucht, und nach einem kurzen, heftigen Straßenkampfe eilten sie zur Stadt hinaus dem Schwarzwalde zu, sodaß nach 12 Uhr mittags Freiburg in den Händen der Bundestruppen war. Eine Kolonne Freischärler, geführt von dem zum General avancierten Leutnant Sigel, einem hochbegabten Militär, kam zu spät zum Entsatze. Als sie die Dreisambrücke überschreiten wollte, schlugen die Pelotonsalven der Truppen in ihre Reihen, sodaß sie Hals über Kopf das Weite suchte. Etwa 200 Insurgenten wurden gefangen und entwaffnet; der nassauische Offizier fand sein Pferd wieder. Langsdorff, der Münsterturm-General genannt, weil er von diesem Turme aus den Kampf geleitet hatte, war mit den anderen entwischt.

Die Freiburger, die während des Gefechtes sich angstvoll versteckt hatten, kamen nun allgemach hervor, und die Bundestruppen fanden die allerbeste Aufnahme. Die Nassauer blieben einige Zeit in der Stadt einquartiert; nachdem aber das 2. Bataillon II. Regiments unter Major Weiz nachgekommen war, rückten sie nach Offenburg und Achern ab. Nach der Niederlage und Zersprengung der deutschen Legion unter Herwegh bei Dossenbach, am 27. April, befürchtete man eine Insurgierung des Schwarzwaldes. Der badische Oberst v. Gayling übernahm deshalb den

*) Eyring ist später gestorben.

Digitized by Google

Oberbefehl über das Beobachtungskorps von Kehl, zu welchem auch die Nassauer gehörten. Am 1. Mai machte Major Weiz mit seinem Bataillon einen dreitägigen Streifzug über Appenweier und Offenburg in den Schwarzwald und wieder zurück, am 4. Mai Major Weber von Achern aus mit dem seinen einen ebensolchen ins Kinzigthal. Man stieß auf keinen Feind, sondern wurde im Gegenteil von den Schwarzwäldern gut aufgenommen. Am 5. Mai wurden die Trophäen von Freiburg nach Karlsruhe gebracht, wobei die Nassauer in der Deputation durch einen Leutnant und zwölf Mann vertreten waren.

Das II. Regiment lag bis zum 20. Mai in der dortigen Gegend. Der Oberstabsarzt Dr. Ebhardt hatte zu Offenburg ein Aufnahmehospital errichtet; aber der Gesundheitszustand der Truppen war infolge der guten Verpflegung so ausgezeichnet, daß kaum mehr als ein Dutzend ernstlicher Erkrankungen vorkamen. Um die Mitte des Juni rückte das Regiment wieder in Wiesbaden ein.

Unterdes hatte das I. Regiment unter Oberst Keim mit der Artillerie und den Pionieren in Mannheim gelegen, in der Kaserne und im Schlosse einquartiert. Die „Mannemer" waren großenteils, nicht nur im Proletariat, sondern auch in den Mittelklassen republikanisch gesinnt und verstanden sich, wie sich später beim badischen Militär-Aufstande zeigte, trefflich aufs Überreden. So ließen sie denn auch gegen unsere nassauischen Soldaten, nachdem der erste Versuch rascher Überrumpelung mißglückt war, stärkere Verführungskünste spielen. Bier ist in der Brauerstadt Mannheim in Hülle und Fülle zu haben; das sollte seine Wirkung erweisen, und überdies gedachte man mit Hilfe der Weiblichkeit auf die „Tyrannensöldlinge" einzuwirken. Man ging so weit, förmlich Dirnen für die Soldaten zu mieten. Aber bei unseren derben Bauernburschen von der Höhe und vom Westerwald (einen ausgenommen, der die Republik proklamierte, aber sofort dingfest gemacht wurde) verfing so 'was nicht, und als die Aufwiegler dies merkten, schlug ihr Benehmen schon nach ein paar Tagen plötzlich ins Gegenteil um.

Am Abend des 25. April wurde ein Soldat vor der Kaserne von einem mit einem Dolche bewaffneten Individuum angefallen. Daraufhin erließ die Mannschaft des Regiments eine Proklamation,

Digitized by Google

in welcher sie scharf und schneidig verlangte, daß man sie in Ruhe lasse; sie sei nicht nach Mannheim gekommen, um Bürgerblut zu vergießen, aber auch nicht, um sich belästigen oder gar bedrohen zu lassen, und wenn solches nochmals vorkäme, würde sie sich schon zu schützen wissen. Das nahm das Bürger-Freicorps, aus Sensenmännern bestehend, als Herausforderung an. Am 26. April wurden einzelne Soldaten überall angefallen, und schließlich kam es zwischen einer Anzahl von ihnen und den Sensenmännern auf der Straße zum Handgemenge, wobei sie durch die Überzahl in die Kaserne zurückgedrängt wurden. Nun geriet die ganze revolutionäre Partei in Aufregung. Die Sturmglocken läuteten, Generalmarsch wurde geschlagen, die Bürgerwehr zog auf, und der bestürzte Stadtrat forderte selbst den Abzug der Truppen. Oberst Keim, der mit seinen Leuten ganz gern die Stadt, die sich so betrug, verlassen hätte, erklärte sich damit einverstanden, daß eine Deputation, die in diesem Sinne sprechen sollte, nach Karlsruhe abgesandt werde. Unterdes war aber schon unter fortdauerndem Sturmglockengeläute und Trommelwirbel das Sensenmännercorps nach der Rheinbrücke gezogen, wo ein nassauischer Posten von 16 Mann stand. Die wenigen Leute konnten dem Anprall der Masse nicht widerstehen, sie zogen sich auf die Brücke zurück und retirierten dann noch weiter, unterwegs eine — übrigens unschädliche — Salve abgebend. Das Gewehrgeknatter wurde das Zeichen zum Barrikadenbau, der alsbald überall begann. Ein junges Mädchen, eine schwarz-rot-goldene Fahne in der Hand, leitete ihn an der Rheinbrücke, die man zugleich abführen wollte. Denn drüben in Ludwigshafen lag bairisches Militär, das auch sofort sich zusammenzog und mit den Aufständischen einen lebhaften Kugelwechsel begann. Es gab Tote und Verwundete auf beiden Seiten; als aber die Baiern sich schon zur Attaque auf die Barrikade anschickten, trieben plötzlich die mittleren Joche der Brücke stromab; — die Verbindung war unterbrochen. Die Insurgenten kehrten triumphierend zur Stadt zurück, das Mädchen von Orleans, ich wollte sagen von Mannheim, das zu einer ganz unverdienten Glorie gekommen ist, mit der Fahne an der Spitze. Oberst Keim ließ sich indes, obwohl er seine Truppen in der Kaserne konsigniert hatte, auf einen voraussichtlich erfolglosen Straßenkampf trotz aller Herausforderungen vernünftiger Weise nicht ein.

Digitized by Google

Wenn aber die „Mannemer" geglaubt hatten, der Großherzog und sein Kriegsminister würden ihnen die verhaßten Grünröcke ohne weiteres vom Halse schaffen, damit sie ihre Republik angenehm und ungeniert proklamieren könnten, so täuschten sie sich. Es ward im Gegenteil am 1. Mai die Garnison verstärkt und über die Stadt der Belagerungszustand verhängt; 7000 Mann Militär waren zuletzt zusammengezogen. Da sank den Radauschlägern der Mut bedeutend, und die ruhigen und besonnenen Elemente bekamen wieder die Oberhand. Es kamen keine Zwischenfälle mehr vor, und als die Nassauer im Juni abzogen, waren sie mit den Einwohnern sozusagen gute Freunde geworden.

XIV. Die Schülerbewegung.

Es ist ganz natürlich, daß die große Bewegung von 1848, welche die Gemüter der Erwachsenen so mächtig ergriff, auch in den Köpfen der noch nicht Ausgewachsenen (geistig und körperlich zu verstehen) ganz entsprechend spukte. Wie dort, so zeitigten auch hier die Ereignisse ihre gescheiten und dummen Streiche. An den nassauischen höheren Schulen äußerte sich indes die „Revolution" höchstens in einigen halb ängstlichen Demonstrationen, deren Teilnehmer hernach fürchterlich vor dem Bakel zitterten. In Wiesbaden, dem Hauptherde der Bewegung, ereignete sich zweierlei, das zur Charakteristik der Zeit hier Erwähnung finden soll.

Es war in der Nacht vom 8. zum 9. April, da entstand in der Stadt ein mörderischer Spektakel, der sogar die Bürgerwehr unter die Waffen trieb. Auf dem Geisberg sollten die Republikaner à la Hecker zum Kampfe gegen die Fürstentyrannei aufgerufen haben. Schon befürchtete man alle Greuel der socialen Revolution, da wurden die Gemüter durch die Kunde beruhigt, es sei nur einem mißliebigen Lehrer am landwirtschaftlichen Institut (damals Staatsanstalt) ein Pereat und einem beliebten ein Vivat gebracht worden. Die Nachricht fand am folgenden Tage in der „Freien Zeitung" ihre Bestätigung durch die Schüler selbst, die großartig erklärten, die Ausrufung der Republik habe ihnen durchaus fern gelegen, sie

Digitized by Google

hätten nur gegen das Verbleiben des besagten Lehrers, der unfähig für sein Amt sei, protestieren wollen. Der also Angerempelte beging die Unklugheit, zu reagieren, und es entwickelte sich daraus ein Zeitungsgeplänkel, das nicht zu seinen Gunsten endete.

Vier Wochen später machten die Pennäler von sich reden. Sie, „die vom Gelehrten-Gymnasium" — wie die komische Bezeichnung lautete, die sie sich übrigens sehr gern gefallen ließen — waren die eigentlichen Hochschüler der Residenz. Das Realgymnasium besaß nämlich damals als neue Schulart noch wenig Ruf, und die Höhere Töchterschule — auch so eine verkehrte Benennung, die aber heute noch gäng und gäbe ist — lag noch in den Wickeln; eine Realschule von modernem Typus gab's noch gar nicht. Also am 6. Mai thaten die Gymnasiasten ihren großen coup. Sie, d. h. die Schüler der Sekunda und Prima, richteten eine pathetische Petition an das Ministerium Hergenhahn, in der sie um Umgestaltung der bestehenden Schulverhältnisse baten. Die Petition ist s. Z. gewissermaßen als komischer Ausklang zur Halbhundertjahrfeier des humanistischen Gymnasiums mehrfach wörtlich veröffentlicht worden; von einer Wiederholung sehe ich daher hier ab. Nur beleuchten möchte ich die einzelnen Punkte, und zwar aus dem Grunde, weil man bisher über das merkwürdige Skriptum nur geuzt und geulkt hat. Als „höherer Schulbub'" haben wir alle einmal wenigstens einen dummen Streich gemacht, wenn wir auch heute über das Gernegroßthun mancher Pennäler und „akademischen Bürger" lächeln. In der Wiesbadener Gymnasiasten-Petition von 1848 war aber neben viel hellem Blödsinn auch viel blutig Wahres, für manche Schulmeister von damals (und heute?) Beherzigenswertes enthalten. Wieviel von der richtigen Erkenntnis auf das Konto der Schülergehirne kommt, weiß ich nicht; es scheint mir, als hätten mitunter weisere Leute für die sechzehn- bis achtzehnjährigen Knaben gedacht. — Also was wollten die letzteren?

Sie meinten, eine Reorganisation des ganzen, besonders des Gymnasial-Schulwesens sei notwendig geworden und hatten — ich glossiere — damit nicht unrecht, denn die Schule verlangt mindestens alle drittehalb Jahrzehnte durchgreifende Reformen. Sie meinten weiter, auch die Stimme der Schüler müßte dabei gehört werden, — eine relativ nicht ganz unbillige Forderung. Sie beriefen sich endlich auf den Erfolg der Bittschriften der Schüler anderer

Digitized by Google

Gymnasien und erklärten dabei bescheiden, daß sie nur ihre Ansichten darlegen wollten. Nach diesem Präludium gingen sie dann im einzelnen vor.

I. Die Gymnasien, wie sie sind, sind nur Unterrichts- und keine Erziehungsanstalten. Bei Anstellung der Lehrer wird nur auf Kenntnisse, nicht auf die Fähigkeit zu erziehen gesehen; das moralische Beispiel mancher Lehrer ist nicht das beste. Das Recht der Eltern, die Kinder (Schüler) zu erziehen, darf diesen nicht entzogen und von der Schule allein in Anspruch genommen werden, namentlich nicht das Recht der Bildung in moralischer und religiöser Hinsicht. Die Schüler dürfen nicht gegen den Willen der Eltern einem rationalistischen Philologen ganz anvertraut werden, obschon den Lehrern das Recht bleibt, durch den Unterricht auf den Charakter der Zöglinge zu wirken. Aus diesem Grunde sind die Schulgesetze in folgenden Punkten abzuändern: 1. Die Regelung des Verhältnisses der Schüler zu ihren Hausleuten ist Sache der Eltern; die Lehrer können nur beratend mitwirken. 2. Der Lehrer hat über die Art des An- und Verkaufs von Büchern keine Oberaufsicht zu führen. (Aha!) 3. Für jede Schulversäumnis genügt eine Bescheinigung der Eltern oder deren Stellvertreter, in glaubwürdigen Fällen einfache Anzeige. 4. Der Schüler soll an dem Tage, an dem er eine Stunde versäumt hat, auch wieder ausgehen dürfen; Eltern und Pfleger sollen die zu häufigen Versäumnisse verhüten. 5. Es soll keine Stunde abends bestimmt sein, zu der der Schüler zu Hause sein muß. (Aha!) 6. Ebenso wenig hat der Schüler Anzeige zu machen, wenn er auf mehr als einen halben freien Tag das Haus verläßt. 7. Der Besuch von Wirtshäusern und anderen Vergnügungsorten, sowie das Tabakrauchen ist nicht verboten. (Des Pudels Kern, doch mit dem Zusatz, daß im Falle Mißbrauchs der Erlaubnis die „Einzelnen" darin beschränkt oder ihrer für verlustig erklärt werden könnten.) 8. Die Beschränkung in Beziehung auf auffallende Tracht und Kleidung fällt fort. (Ob denn die Schüler damals gigerlhaft oder theatralisch gekleidet einhergingen? Solche Individuen überläßt man wohl am besten der allgemeinen Lächerlichkeit.) 9. Kein Zwang zum Kirchenbesuch seitens der Schule. 10. Der Religionsunterricht muß für die Schüler der beiden oberen Klassen freigegeben werden, da er erfahrungsgemäß nur nachteilig gewirkt hat. (Vgl. die Klagen über Rationalismus.

Digitized by Google

Man berief sich auf das Gesetz, nach welchem niemand mehr nach vollendetem sechzehnten Lebensjahre zum Besuche des öffentlichen Religionsunterrichts genötigt werden könne.)

II. Die Lehrer sollen die Schüler anständig behandeln (noblesse de l'âme oblige!); obgleich sich dies von selbst versteht, müßte — „unserer Ansicht nach" — noch besonderes darüber bestimmt werden. 11. Die Schüler der beiden obersten Klassen müssen mit „Sie" angeredet werden (ist diskutierbar), und der Lehrer darf weder Schimpfworte gebrauchen, noch sich thätlich an ihnen vergreifen. (Es wurde mitunter noch stramm gewichst und geschmiert in den Oberklassen.) 12. Jedem Schüler, der sich ungerecht behandelt glaubt, steht das Recht zu, sich vor der Konferenz zu rechtfertigen, seine Meinung frei auszusprechen und Zeugen mitzubringen. (Hat bereits der alte Humanist Trotzendorf in anderer Form erlaubt.)

III. Der bestehende Lehrplan ist unhaltbar; soviel wir davon verstehen, glauben wir (doch nett bescheiden!), daß folgendes festzuhalten ist. 13. Das Maturitätsexamen, das nur dem Mißtrauen (wessen?) gegen die Lehrer seine Entstehung verdankt, und aus dem selten ein richtiges Urteil über die Reife eines Schülers hervorgehen kann (?oder!) ꝛc., ist zu verwerfen. (Des Pudels zweiter Kern.) 14. Der zweijährige Kursus in Prima, als zu kostspielig für die Schüler, werde abgeschafft. 15. Die Privatarbeiten sollen durch Neigung und Anlage der Schüler bestimmt werden; der Lehrer kann nur raten, aber nicht befehlen. (Diskutierbar.) 16. Die Lehrstunden in Prima müssen so gelegt werden, daß die Nachmittagsstunden zu Privatarbeiten (gemeint sind Privatstudien) frei bleiben. (Diskutierbar, wenn der Zweck erfüllt wird.) 17. Die Unterrichtszeit für die alten Sprachen muß beschränkt und dafür mehr auf Geschichte, Mathematik und Naturwissenschaften verwandt werden. (In neuerer Zeit redet man von ähnlichen Dingen.) 18. Ebenso sollen die ausfallenden Religionsstunden, vielleicht die eine auf Geschichte, die andere auf freie deutsche Vorträge verwandt werden. 19. Der deutsche Unterricht in den drei oberen Klassen soll von einem und demselben Lehrer erteilt werden. (Mit dem Deutschen scheint es schlecht bestellt gewesen zu sein.) 20. Die Turnstunden sollen nach Wunsch der Gymnasiasten gelegt werden. 21. Der Anteil an den Turnübungen sei für die beiden oberen Klassen freiwillig. (O Vater Jahn!) 22. In Bezug auf

Digitized by Google

das Direktorium des Gymnasiums und den Regierungsreferenten für das höhere Schulwesen möge man nur der öffentlichen Meinung Gehör leihen.

Zum Schlusse wurde nochmals bemerkt, „daß die gewünschten Änderungen nur als Ansicht gelten könnten", wie sich darin „auch nur Wünsche aussprächen"; doch wurde gebeten, womöglich Artikel 1 bis 16 und 18 bis 21 unverweilt zu bewilligen, die übrigen (17 und 22) bei der später vorzunehmenden Reorganisation, „soviel die Ansicht der Petenten dabei richtig sei", zu berücksichtigen.

Die Petition wurde bald im ganzen Lande bekannt, und auch die Schüler anderer Lehranstalten brachten ihre „Wünsche" vor, sodaß das Ministerium ein ganz nettes Material zur „Schulreform" zusammenbekam. Allein das kam alles ad acta; man prüfte „oben" die „Ansichten" nicht und willfahrte ihnen nicht, „soweit sie richtig waren". Dagegen nahmen ein paar witzige Leute die Angelegenheit von der satirischen Seite und richteten in einem anderen Blatte anonym eine Aufforderung an die sechs- bis zehnjährigen Schüler, ebenfalls eine Petition beim Ministerium einzureichen, deren abgedruckter Inhalt natürlich jene erste Eingabe persiflierte. Wie schon gesagt, ist die letztere nicht so ohne weiteres zu verspotten; aber die Hintermänner, die hinter den Schülern ohne Zweifel steckten, hätten besser gethan, statt diese vorzuschieben, selbst hervorzutreten.

Die Schüler der oberen Klassen des Gymnasiums und Realgymnasiums haben übrigens als Bürgergardisten ganz wacker ihre Schuldigkeit gethan. Sie bildeten die XVI. Compagnie der Bürgerwehr unter dem Gymnasialprimaner „Hauptmann" Musset. Der erste Zug hatte zum Führer Westermann I., und zu diesem Zuge gehörten vom Gymnasium: Bender, Presber, Helfenstein, Erlenmeyer, Kunz I., v. Gilsa, Hergenhahn, Kunz II., Conrady, Raht, Dresel, Hoppe, Burkard, Sartorius, v. Franque, Dieffenbach, vom Realgymnasium: Müller, Scholz, Haas und v. Dungern (20 Mann). Der zweite Zug, kommandiert von v. d. Nahmer I., bestand aus den Gymnasiasten Semler, Westermann II., Vollpracht, Künkler, Taubert, Gärtner, Leyendecker I., Schindling, Rein, Bannmann, Brück, Travers, Hill, Krug, Senfft und den Realgymnasiasten v. d. Nahmer II., Stiel, Leyendecker II., Schneider und Zollmann (ebenfalls 20 Mann). Manche von diesen damals jugendlich Begeisterten befinden sich als hochachtbare Herren noch in

Digitized by Google

Amt und Würden, andere im wohlverdienten Ruhestand, noch andere deckt der Rasen seit längerer oder kürzerer Zeit. Aber wenn von der Geschichte der Wiesbadener Bewegung anno 1848 die Rede ist, darf man auch der Schüler nicht vergessen, deren Rolle an ihrem Teil durchaus keine ganz unrühmliche gewesen ist.

XV. Der neue Landtag (die Volkskammer).

Die Zeit nahte nunmehr heran, daß sowohl der neue Landtag als auch das Nationalparlament zusammentreten sollte. Die Wahlmänner (Urwähler) wurden für beide Vertretungen gemeinsam gewählt, am 18. April 1848. Dann fanden zuerst die Deputiertenwahlen zum Parlament in Frankfurt statt, am 25. April. Es gingen aus den Urnen hervor die Namen: Prokurator Schenck von Dillenburg, Geh. Legationsrat von Gagern, Konrektor Schulz, Regierungsrat Schepp, Regierungsrat Hehner und Präsident Hergenhahn. Die Deputiertenwahlen für den nassauischen Landtag fanden am 1. Mai statt. Es wurden 41 Abgeordnete gewählt; von diesen waren Pfarrer 3, Professoren 2, bei den Ämtern Angestellte 5, Advokaten 6, Militärs 1, Schultheißen 5, Gutsbesitzer und Bauern 11, Gewerbetreibende 8. Somit standen 17 Staatsdiener 24 Bauern und Gewerbetreibenden gegenüber. Das Verhältnis verschob sich bald darauf noch mehr zu Gunsten der ersteren, da verschiedene der letzteren wegen der langen Dauer der Tagung, um ihre Arbeit daheim nicht zu schädigen, austraten und fast nur durch Staatsdiener ersetzt wurden.

Die Wahlen hatten nach dem neuen Wahlgesetz vom 5. April ohne Census stattgefunden (wie unsere Reichstagswahlen), nur, wie erwähnt, indirekt. Das war gewiß ein bedeutender Fortschritt gegen den bisherigen Wahlmodus. Über dessen Unvernünftigkeit giebt ein zeitgenössischer Darsteller folgenden Bericht: „Bei den Grundbesitzern gab nur ein Census von 7 Gulden Steuer im Simpel ein Wahlrecht und von 21 Gulden das Recht, zur zweiten Kammer gewählt zu werden. Nach der letzten Liste von 1846 waren nun hiernach unter 28 Ämtern deren 20, in welchen nicht

Digitized by Google

die vorgeschriebene Anzahl von Kandidaten zu finden war, und unter diesen 28 Ämtern sogar 12, in welchen auch nicht ein Kandidat von 21 Gulden Steuer ansässig, sodaß sich im ganzen Herzogtum nur 73 Wahlkandidaten befanden und man sich genötigt sah, diese Zahl durch unter den Census gegriffene Ergänzungen noch einigermaßen zu erhöhen." Auf solche Weise kam also die vormärzliche „Volksvertretung" zusammen. Kein Wunder, daß man eben im Volke für diese „Vertretung" dankte.

Karl Philipp Hehner.
Nach einer Photogravüre aus späterer Zeit.

Die Wahlen waren im allgemeinen ziemlich glatt verlaufen. Das Parteigetriebe hatte zwar seine Wogen hoch schlagen lassen, und in Wort und Schrift waren Orangeblaue und Rote scharf aufeinander losgegangen; doch kamen größere Unruhen nirgends vor. Den Orangeblauen verblieb der Sieg; Konservative und Konstitutionelle waren zusammen gegangen und hatten in diesem Falle meist liberale Beamte gewählt. Der neue Landtag, aus nur einer Versammlung bestehend, nannte sich die Volkskammer;

Digitized by Google

man wollte durch diesen neuen Namen die alten Benennungen ganz aus der Welt schaffen. Aber der Name Landtag ist doch geläufig geblieben.

Am 18. Mai sollte das deutsche Parlament in Frankfurt, am 22. Mai die nassauische Volkskammer in Wiesbaden zusammentreten. Am Abende des 17. Mai flammten auf den Höhen ringsum mächtige Freudenfeuer; sie leuchteten eine neue Ära in der Geschichte des deutschen Volkes ein. „Flamme empor!" Was wahr ist, bleibt unverbrüchlich wahr: 1848 war die notwendige und natürliche Vergeltung für 1815, und ohne ein 1848 hätte es kein 1866 und 1870 gegeben. Der Jubel der Bevölkerung an jenem Abend läßt sich begreifen; es war die Feier des Völkerfrühlings, die das nassauische, das deutsche Land beging.

Dann nahte der 22. Mai, der Tag der feierlichen Eröffnung der Volkskammer. Bereits am frühen Morgen war ganz Wiesbaden auf den Beinen, und auch vom Lande waren Tausende hereingeströmt. Die Bürgerwehr rückte aus und bildete vom herzoglichen Schlosse bis zum Regierungsgebäude in der Bahnhofstraße Spalier. Die Mitglieder der neuen Kammer erschienen nach und nach und wurden von den Zuschauern lebhaft begrüßt. Über eins waren die Wiesbadener erstaunt. Bisher waren sie gewohnt gewesen, die „Landstandsherrn", wenn es Bürger oder Bauern waren, in kurzen Hosen, Wadenstrümpfen und Schnallenschuhen, wenn es Würdenträger waren, in zweierlei militärischem Tuch oder in bunten, gestickten Galakleidern anlangen zu sehen. Nichts von dem mehr; die Abgeordneten trugen sich alle gleich: schwarzen Frackanzug mit weißer Binde. Auch dieses äußere Moment konnte als ein Zeichen der errungenen neuen Gleichheit gelten.

Dagegen erfolgte die Auffahrt des Herzogs in der Staatskarosse mit demselben Pomp wie früher. Der Landesherr, der mit brausenden Hochs empfangen wurde und mit etwas blassem Antlitz lebhaft dankte, wollte durch das gewohnte Schauspiel darthun, erstens, daß er sich seiner hohen Stellung, die durch die jüngsten Ereignisse nicht erschüttert worden war, wohl bewußt bliebe, und zweitens, daß er durch sein glanzvolles Auftreten den neuen Landtag ebenso zu ehren gewillt sei wie den alten.

Die denkwürdige Eröffnungsrede, die Herzog Adolf, vorm Throne stehend, verlas, lautete folgendermaßen:

Digitized by Google

„Meine Herren und lieben Stände!

Ich heiße Sie willkommen in Ihrem neuen Berufe. Ein verjüngtes Leben ist aufgegangen über unserem Vaterlande. Ich schließe mich ihm an mit vollem Herzen. Mein Ziel ist wie das Ihrige, die größtmöglichste Verwirklichung der Freiheit und Wohlfahrt der Einzelnen wie der Gesamtheit. Lassen Sie uns nach diesem Ziele streben mit aller Entschiedenheit, mit Wahrheit, aber auch mit klarer Erkenntnis dessen, was wahre Freiheit ist. Meine Herren und lieben Stände! Was ich in dem mit meinem Volke geschlossenen neuen Bunde am 4. März dieses Jahres übernommen, soll, so viel an mir liegt, ohne jeden rückhaltigen Gedanken zur vollen Entwickelung kommen. Die Volksbewaffnung ist in ihrer Organisation begriffen. Eine Kommission, aus der Volkswehr selbst gebildet, ist mit deren möglichster Beschleunigung beschäftigt. Das provisorische Wehrgesetz wird Ihnen zur Prüfung vorgelegt werden. Die Preßfreiheit besteht in vollem Maße, ebenso das Recht der freien Vereinigung. Das Militär hat den Eid auf die Verfassung geleistet; es ist fortan vor Gott verpflichtet, zu deren Aufrechterhaltung mitzuwirken.

Ich habe angeordnet, daß Ihnen sämtliche auf die Domänen bezüglichen Dokumente und Akten vorgelegt und alle Aufschlüsse, die Sie wünschen, gegeben werden sollen. Die Frage, die wiederholt den Frieden dieses Landes störte (!), wird auf diesem Wege zur Lösung kommen. Ein Gesetzentwurf zu einer freien, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruhenden Gemeindeordnung wird Ihnen vorgelegt werden. Ihrer Zustimmung im voraus gewiß, habe ich die letzten Reste der Feudallasten, die Jagdfronen, — in Bezug auf die Domänen ohne Entschädigung — aufgehoben; ein Gesetzentwurf zur Aufhebung des Jagdregals ist bereits veröffentlicht, und zur Beseitigung der Bannrechte sind Einleitungen getroffen worden. Dem in der Arbeit befindlichen Entwurf zu einer neuen Verwaltungs-Organisation soll das Prinzip der möglichsten Vereinfachung und der vollständigen Trennung der Justiz von der Verwaltung zu Grunde liegen, welche letztere durch einen frei gewählten Beirat aus den Bürgern eine volkstümliche Grundlage erhalten wird.

Die Rechtsprechung wird öffentlich und mündlich sein, und Schwurgerichte werden in Strafsachen eine weitere Garantie der

Digitized by Google

unabhängigen Justiz gewähren. Auch darüber wird Ihnen ein Gesetzvorschlag vorgelegt werden. Eine der Anforderungen der Gerechtigkeit gegen die Gesamtheit des Volkes entsprechende billige Ablösung des Zehnten wird Gegenstand Ihrer Thätigkeit sein müssen. Zum Schutz und zur Förderung der Interessen der arbeitenden Klassen, zu welchem Zweck eine besondere Kommission ernannt werden wird, werden Ihnen Maßregeln vorgeschlagen werden. Das auf die gegenwärtige Verwaltungsorganisation gegründete Budget wird Ihnen zur Prüfung übergeben werden. Die Verbesserung des Steuersystems zum Zweck der möglichst gerechten Verteilung der Staatslasten nach Verhältnis des Einkommens wird Gegenstand Ihrer Untersuchung sein.

Es ist mein inniger Wunsch, daß unser deutsches Vaterland zu nationaler Einheit gelange und dadurch in Macht und Größe wachse. Zu diesem Zweck ist gegenwärtig die konstituierende Nationalversammlung in Frankfurt vereinigt. Hoffen wir, daß es ihr gelingen werde, den rechten Weg zu jenem großen Ziele zu finden. Ich lade Sie ein, Ihre Arbeiten zu beginnen. Möchten dieselben zum Heile des Landes gereichen, damit noch die späte Zukunft segnend auf die Zeit zurückblicke, in welcher der Grundstein zum Aufbau des neuen Staates gelegt worden ist."

Die Thronrede bedeutete die vollständige Kapitulation des alten Systems vor den Forderungen des Volkes. Daß die Domänenfrage eine Frage genannt wird, die „wiederholt den Frieden des Landes störte", ist ein Zugeständnis, das sich z. B. Herzog Wilhelm, der nach seinem eigenen Ausdruck nicht „verliebt in das Institut der Stände" war, nie hätte abringen lassen. Aber die Verhältnisse hatten sich eben seit Herzog Wilhelms Tode ganz bedeutend geändert; sie waren stärker als die Menschen, auch als die Fürsten.

Die Abgeordneten nahmen die Ansprache des Herzogs beifällig auf. Präsident Hergenhahn verlas hierauf die Eidesformel, wies auf deren Bedeutung hin und vereidigte die Mitglieder der Reihe nach.

In der zweiten Sitzung wurde das Präsidium gewählt. Die Mehrheit der Stimmen fiel auf Prokurator Schenck von Dillenburg als Präsidenten und Professor Bellinger und Prokurator von Schütz als Sekretäre. An Stelle Schencks trat später Wirth.

Digitized by Google

Bei der Beratung der Dankesadresse in einer der folgenden Sitzungen hub ein kleiner Streit über die Formel der Unterschrift an. Sollte man nach vormärzlichem Stil „treuunterthänigst", oder nach neuem, freiheitlichem „ehrerbietigst" schreiben? Man entschied sich schließlich für erstere und „verharrte in tiefer Ehrfurcht treu unterthänig" wie bisher. Warum auch nicht? Erst später wurde man noch etwas radikaler und strich u. a. die Formel „von Gottes Gnaden". (S. Kapitel XXII.) Die Adresse gab besonders der Freude darüber Ausdruck, daß der Herzog „sich der Ausführung jener freien Institutionen, auf deren vollständigster Durchführung sich das Glück und die Zukunft des Landes gründe, ohne jeden rückhaltigen Gedanken (s. d. Worte der Thronrede) hingegeben habe" und erkannte im übrigen den Wert des schon Erreichten und des noch in Aussicht Gestellten an. Das Vertrauen auf das Wort des Landesvaters war fest gegründet bei der Versammlung; einen spanischen oder neapolitanischen Ferdinand besorgte man nicht vor sich zu haben, der mit Bajonetten und Bomben beschworene Verträge durchlöcherte.

Der Herzog nahm die ihm von sechs Deputierten überbrachte Adresse freundlichst auf. Das Sicherheitskomitee in Wiesbaden löste sich auf; seinem Beispiele folgten die Komitees an den meisten anderen Orten. Der Landtag begann seine Verhandlungen, und aller Ohren lauschten auf ihn. Aber es ging langsam voran. Viel wurde zwar gesprochen, doch kam wenig dabei heraus. Wie im Frankfurter Parlament krankten auch die Mitglieder der nassauischen Volkskammer am Sprechübel. Es waren zuviel „Gestudierte" darin, wie jener Bauer sagte, die das Wort führten. Die Resultate erfahren wir später.

XVI. Die Fahnenweihe der Wiesbadener Nationalgarde.

Der zweite Pfingsttag des Jahres 1848, der 12. Juni, sollte für Wiesbaden ein besonderer Festtag werden. Es fand nämlich an ihm die feierliche Fahnenweihe der Bürgerwehr statt. Gewiß

Anmerkung zu XVI. Es gilt hier bezüglich dasselbe, was in der Fußnote zu Kapitel X gesagt ist.

Digitized by Google

werden viele Wiesbadener, die den Tag erlebten, nicht zum wenigsten die Damen, die als junge Mädchen oder Frauen die Paniere sticken halfen, mit einer gewissen wehmütigen Stimmung an jenen Akt zurückdenken. Wie viel Begeisterung damals, — wie viel Enttäuschung nachher, — wie anders die Entwickelung der Dinge, — aber wie gut, daß die Entwickelung so erfolgte, wie sie erfolgt ist!

Es war um halb elf Uhr vormittags, nach Beendigung des Hauptgottesdienstes, als die gesamte Nationalgarde (1500 Mann) sich auf ihren Alarmplätzen sammelte und nach dem Kurhausplatze abrückte. (Dieser Platz hatte damals, da noch kein Blumengarten bestand, eine bedeutend größere Ausdehnung als heute.) Die Mannschaft bildete ein nach dem Kurhause offenes Viereck; jede der drei Seiten wurde von einem Bataillon eingenommen. Kurz nach 11 Uhr traten die Mitglieder des Stadtvorstandes mit den Fahnen aus dem Kurhause, begleitet von einer Anzahl weißgekleideter, mit Eichenkränzen geschmückter junger Damen, denen die evangelischen Geistlichen im Ornat folgten. Gleichzeitig ritt hoch zu Roß, in voller Uniform Herzog Adolf in das Karree, begrüßt von dem lauten Hoch der präsentierenden Bürgerwehr, während die Musik das „Heil, unserm Herzog Heil!" intonierte. Darauf sang der in dem Viereck aufgestellte Chor das vom Theaterregisseur Dr. F. Meyer gedichtete, von E. Kunz, dem Sohne des früheren Mädchenlehrers, komponierte Fahnenlied. Der Text lautete:

Die Freiheit naht, sie sprengt der Knechtschaft Bande,
Die Nacht der Trübsal flieht in raschem Lauf,
Wie Donner Gottes rollt's durch alle Lande,
Und stark in Waffen steht der Bürger auf.
Durch Nacht zum Licht zu schreiten,
Zu kämpfen und zu streiten,
Sei unser Ziel, sei unser Streben hier,
Drum führen Schwarz als erste Farbe wir.

Der Morgen tagt, der jungen Freiheit Morgen,
Rot flammt er auf im deutschen Vaterland;
Sein lichter Strahl verscheuchet alle Sorgen,
Und deutsche Männer reichen sich die Hand.
Er kommt mit seinem Segen;
Wir jauchzen ihm entgegen.
Der Freiheit Morgenrot, es bricht herein,
Darum soll Rot die zweite Farbe sein.

Digitized by Google

Wie durch die Nacht durchs Morgenrot die Sonne
In ihrem Glanz der Welt entgegenlacht,
So strahlt auf uns herab von ihrem Throne
Die Freiheit jetzt, gestützt auf Volkes Macht.
Laßt Jubellieder klingen,
Hell durch die Lüfte dringen.
Die Freiheit strahlt im gold'nen Sonnenschein,
Darum soll Gold die dritte Farbe sein.

Und daß für Weib und Kind und Herd wir streiten,
Den Kampf nicht schen'n, wenn Ehre ihn gebeut,
Das soll die schwarz-rot-gold'ne Fahne deuten,
Die uns der deutschen Frauen Hand geweiht.
So nehmen wir die Spenden
Aus deutscher Jungfrau'n Händen,
Und unser Dank dafür sei unser Schwur:
Wir steh'n und fallen mit der Fahne nur!

So soll die schwarz-rot-gold'ne Fahne wehen,
So weit der deutsche Bürger Waffen trägt,
Und zu der Fahne soll der Bürger stehen,
Wo immer sich ein Feind der Freiheit regt.
Der Tag, der sie errungen,
Vom Eichenkranz umschlungen,
Zeigt er sich uns, er mahnt uns: Habet acht,
Und haltet fest stets, was ich Euch gebracht!

Das Lied war, wie man bemerken wird, im Versmaße des Preußenliedes gedichtet; Text und Melodie aber lauteten doch anders.

Die drei Fahnen, für jedes Bataillon eine, waren, wie gesagt, von den Frauen und Mädchen Wiesbadens gestiftet und auch gestickt worden. Zu der Stiftung hatte bereits um die Mitte des März ein Komitee, bestehend aus den Damen Apollonia Kompf, Susanna Stumpf, Klementine Beyerle, Luise Kreis, Regina Duensing, Adolfine Zais, Elise Cron, Katharine Altstätter, Christiane Balzer, Marie Letzerich, Margarethe Bücher, Luise Kimmel, Lisette Zollmann, Katharina Bertram, Anna Kompf, Babette Stumpf, Marie Kreis, Jenny Kreis und Philippine Bücher, aufgefordert. Die Anfertigung zog sich indes so lange hinaus, weil alles ein Stückchen sticken wollte. Die Größe der Fahnen, die im städtischen Archiv aufbewahrt werden, war 1,60 : 1,50 Meter; sie bestanden ganz aus feiner Seide. Eigentümlich war die Farbenstellung: Schwarz, Gelb, Rot (Karmin), sodaß also das Gelb (Gold), zugleich die breiteste Bahn (65 cm), in die Mitte kam. Das geschah wohl

Digitized by Google

deshalb, weil man in dem Gelb die Stickerei anbringen wollte. Diese zeigte auf der Vorderseite den alten schwarzen, doppelköpfigen Reichsadler mit weit ausgeschlagenen Flügeln, der im Herzschilde auf blauem Grunde den goldenen nassauischen Herzogslöwen, von sieben goldenen Schindeln umgeben, führte. Auf der Rückseite war eingestickt: Stadt Wiesbaden, den 4. März 1848, und diese Schrift war umgeben von einem prachtvoll ausgeführten Eichenkranze (vgl. obigen Liedtext, letzte Strophe). Lange orange-blaue Schleifen wallten neben den Fahnentüchern hernieder, die mit Riemen an den 3 Meter hohen, oben mit dem aus einer messingenen Tulpe aufsteigenden, gleichfalls massiv messingenen Wiesbadener Wappenschilde (drei Lilien, damaliges Wappen) mit der Mauerkrone gezierten Fahnenstangen befestigt waren. Zu den Fahnen gehörten schwarze, lederne Bandeliere.

Sobald die Fahnen in das Viereck gebracht worden waren, stieg Herzog Adolf vom Pferde und gab damit das Zeichen zur Überreichung. Frau Jenny Habel sprach die Wehrmannschaft auf folgende Weise an: „Deutsche Männer, Bürger von Wiesbaden! Eine neue Zeit ist gekommen und damit neue Verhältnisse. Was vor kurzem den meisten unmöglich, vielen wenigstens noch in weiter Ferne zu liegen schien, das ist wie durch einen Zauberschlag zur Wirklichkeit geworden. Wie es aber schon bei unsern Vorvätern Sitte war, daß nur der freie Mann die Waffen trug, zum Unterschiede von dem unfreien, so sind auch dem freigewordenen deutschen Volke die Waffen in die Hände gegeben: zu verteidigen das Vaterland, zu beschützen das Haus, zu erhalten Ordnung und Recht, zu bewachen das heiligste Gut, die Freiheit. Deutsche Männer, Bürger von Wiesbaden! Ich sehe Euch hier im Schmucke der Freiheit gegenwärtig, eine kampfgerüstete Schar, bereit, selbst jeden Augenblick gegen den Feind zu ziehen, wenn die Pflicht es erheischt. Aber noch fehlen Euch die Zeichen, an denen der Krieger die Genossen im Kampfe wiedererkennt; noch wehen nicht die lustigen Fahnen in Eurer Mitte, das heilige Panier, das zu Ehre und Ruhm in den Schlachten führt. Ein Vorrecht der Frauen ist es bis jetzt gewesen, dieses heilige Panier der Ehre, der Tapferkeit und der Treue den Kriegern in die Hände zu geben. Von diesem Recht haben auch wir Frauen und Jungfrauen von Wiesbaden Gebrauch gemacht, und mit eigener Hand die Fahnen für Euch gearbeitet,

Digitized by Google

die Euch, wenn es nötig ist, auch auf dem Wege der ernsten und gefahrbringenden Pflicht vorangetragen werden. Können Frauen auch nicht für die höchsten Güter auf Erden kämpfen, so fehlt ihnen doch nicht der hohe Mut, die Begeisterung und die Vaterlandsliebe. Wehrmänner! Unsere Aufgabe ist vollendet. Ihr sehet hier die Fahnen, Ihr hört sie laut im Winde rauschen, als wollten sie Euch ihr Willkommen darbringen. So nehmet sie denn aus unseren Händen in Empfang, und möge stets nur Ruhm und Ehre die Bahn bezeichnen, auf der sie Euch als Leitstern voranwandeln!"

Darauf überreichten mit kurzen Worten Fräulein Filius, Fräulein Thon und Fräulein Berlé die schönen Fahnen den drei Bataillonen. Im Namen der Mannschaft antwortete Wehrmann Accessist Braun (Dr. Karl Braun-Wiesbaden): „Mitbürgerinnen! Deutsche Frauen und Jungfrauen! Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen der ganzen Wehrmannschaft zu danken. Die Frauen und Jungfrauen haben hiermit lautes Zeugnis abgelegt, daß auch sie an unserer nationalen Erhebung den freundlichsten Anteil nehmen, daß sie wenn auch nicht leiblich, doch geistig mit uns in Reih und Glied stehen, daß sie, wenn auch nicht Mitkämpfende, dann doch Mitstrebende von uns sind. Das aber giebt erst dem Manne den wahren und nachhaltigen Mannesmut, wenn er weiß, daß er handelt in Übereinstimmung mit den Edelsten seines Volkes, daß die Herzen seiner Lieben demselben Ziele zuschlagen wie das seinige. Sie haben uns Fahnen und Feldzeichen übergeben, wie sie früher den tapferen Rittern nach beendigtem Turnier und erfochtenem Siege von edler Frauenhand überreicht wurden. Wir haben zwar noch keine Siege erfochten. Sie überreichen uns die Fahnen vor dem Kampfe; aber wir wollen zeigen, daß wir derselben wert sind. Die Gelegenheit wird kommen. Es wird an Kampf nicht fehlen in einer Zeit wie die unsrige, wo der Geist der Weltgeschichte wieder einmal sichtbar und hörbar über die wankende und zitternde Erde schreitet. Wir werden die Größe und Freiheit unseres deutschen Vaterlandes nicht wie eine lustige Bescheerung auf dem Weihnachtstischchen finden, — nein, wir werden, bevor wir das gelobte Land sehen, noch durch die Wüste wandern müssen. Aber wir werden kein Opfer scheuen. Wir werden alle Kräfte des Geistes, der Arbeit und des Kapitals bereitwillig auf den Altar des Vaterlandes niederlegen. Unter Euern Fahnen werden wir kämpfen

Digitized by Google

mit dem Wahlspruch: Alles für Deutschland und alles für Nassau, alles fürs Vaterland und alles für die Heimat! Euere frommen Wünsche werden uns begleiten, für Euch werden unsere Herzen schlagen im Augenblick der Gefahr, und — sei es auch mitten im Kampf — wir bringen den edlen Frauen und Jungfrauen Wiesbadens ein donnerndes Hoch!"

Ein brausendes Hoch erscholl aus den Reihen der Bürgerwehr, und ihm folgte die Absingung des Liedes vom deutschen Vaterland von Arndt nach der Reichardtschen Komposition. Der Herzog bestieg wieder sein Pferd und hielt eine kurze, aber schwungvolle Ansprache, in der er u. a. sagte, er freue sich, daß unter der Wiesbadener Bürgerwehr ein guter Geist, der Geist der Ordnung herrsche, sodaß er sich unter allen Umständen auf sie verlassen könne; er versicherte ferner, daß er sich der freiheitlichen Entwickelung rückhaltlos anschließen werde. Nach einem Hoch auf den Landesherrn ritt dieser zu den Damen hinüber, worauf die Nationalgarde defilierte und nach ihren Alarmplätzen abrückte, wo die Auflösung erfolgte.

Die Nachfeier fand am Nachmittage auf dem Neroberg statt. Dorthin zog um 3 Uhr die Bürgerwehr, bis auf zwei Compagnieen waffenlos, in militärischer Ordnung mit Musik und Fahnen aus; in gleicher Weise folgten die Turner und die Gesangvereine. Bis abends 8 Uhr vergnügte man sich auf der Höhe mit Musik, Gesang, Tanz, Turnübungen; auch politische Reden wurden gehalten. Alles verlief glatt und ohne Ruhestörung, vielmehr waren alle von größter Eintracht beseelt. Sogar die Gegensätze von Rot und Orangeblau wurden an dem Freudentage wenig laut.

Gewiß ist viel Pathos bei der Feier verbraucht worden, und die Überschätzung der Einrichtung der Volkswehr hat es hauptsächlich mit sich gebracht, daß die einst so vergötterten Seidenpaniere nunmehr kaum gekannte historische Reminiscenzen sind und als Seltenheit aufbewahrt werden. Aber der Kern der Meinungen und Absichten der Achtundvierziger war gut, und wenn der gute Wille auch die Kraft überstieg —: es genügt, in großen Dingen gewollt zu haben, sagt der Lateiner.

Digitized by Google

XVII. Die schwülen Junitage.

Es war keine angenehme Zeit für das Nassauer Ländchen, die Zeit um die Sommersonnenwende. Mit der zunehmenden Temperatur stieg auch die Hitze in den Köpfen, und mancherlei Umstände steigerten diese Hitze noch künstlich. Da tagte im nahen Frankfurt das deutsche Parlament und brachte keine vernünftigen, praktischen, zweckdienlichen Beschlüsse zu Stande; da tagte in Wiesbaden selbst der nassauische Landtag und erging sich in Zänkereien über wertlose sogenannte „Fragen", während man überall im Volke Thaten erwartete. Kein Wunder, wenn da vielen Leuten die Geduld riß und es in manchen klaren Köpfen Durcheinander gab. Daß die Parteien einander vorwarfen, die Gegner seien an dem unfruchtbaren Treiben schuld, läßt sich begreifen, und daß die Erbitterung dadurch stieg, nicht minder. Der tertius gaudens waren die Reaktionäre, die im Stillen denken mochten: Reibt Euch nur gegenseitig auf; wir werden dann schneller wieder obenauf kommen. Aber auch mancher fortschrittlich gesinnte Mann hat damals an der glorreichen Märzerrungenschaft fast Überdruß bekommen.

Am 21. Mai und an den folgenden Tagen gab's drüben in der Nachbarstadt Mainz gewaltigen Rumor. Wegen eines lumpigen Bierbankradaus fielen bewaffnete Mainzer Bürger über vereinzelte preußische Soldaten her, brachten sechs um und verwundeten mehr als zwanzig andere, was die Erklärung des Belagerungszustandes und die Entwaffnung der Bürgerwehr durch den Gouverneur v. Hüser zur Folge hatte. Der Vorgang machte wie in ganz Deutschland, so namentlich in Nassau peinliches Aufsehen und verstärkte die Reihen der Unzufriedenen. Man mutete der Regierung zu, die unbeliebten Preußen aus Mainz hinauswerfen zu helfen und nahm am 22. Mai eine vom Regierungsaccessisten Braun verfaßte Resolution an.*) Da ein solcher Schwabenstreich selbstverständlich unterblieb, so knurrte und murrte man gegen Hergenhahn, den man „lau" und „servil" nannte.

*) Der Belagerungszustand wurde auf Vorstellung des Parlaments aufgehoben, dafür rückte zu der preußischen Besatzung noch österreichische als Verstärkung ein.

Digitized by Google

Die Parteien der Linken veranstalteten am 31. Mai in den „Vier Jahreszeiten" eine große Kundgebung gegen den einst gefeierten „ami du peuple". Hunderte unterschrieben das Tadelsvotum gegen ihn. Da fühlten sich denn die Orangeblauen veranlaßt, ebenfalls sich zu äußern. Unterm 10. Juni erließen sie eine Proklamation an das nassauische Volk, in welcher sie zur Unterstützung des angefeindeten Ministeriums und der Regierung aufforderten, so lange diese ihrem Programm vom März, zu dem sie sich ja bereits als Partei bekannt hatten, treu blieben. Es bildete sich der „Verein für Freiheit, Gesetz und Ordnung" zu Wiesbaden, dem andere an verschiedenen Orten des Landes nachfolgten. Ersterer hielt seine Versammlungen im „Nonnenhof" ab.

Dadurch wurde natürlich wieder der Gegensatz der Parteien verschärft. Es kam so weit, daß, wenn wir einem allerdings nicht neutralen Darsteller (Riehl) glauben sollen, „sich ein Bürgerzwist entfaltete, der den Freund vom Freunde, den Vater vom Sohne trennte und ganze Familien entzweite", daß ferner „mancher Republikaner einem Konstitutionellen seine Tochter so wenig zur Frau gegeben hätte, als der alte Jude einem unbeschnittenen heidnischen Hunde die seinige".

Die republikanische Partei lief nun förmlich Sturm gegen die Gegner und gegen das Ministerium. Dem Ministerpräsidenten war in dem oben genannten Tadelsvotum namentlich zum Vorwurf gemacht worden, daß er in einer der ersten Kammersitzungen dem Antrage des Abgeordneten Lang auf Beschränkung des Einflusses der Regierungskommissars auf die Sitzungen entgegengetreten sei. Für den Antrag waren bei der Abstimmung nur fünf Mitglieder eingetreten (Lang, Müller II, Hehner, Wenkenbach I und v. Gödecke); doch diese fünf wurden nun Gegenstand der Verherrlichung durch die Republikaner. Aus allen Landesteilen gingen ihnen Zuschriften zu, die ihr Verhalten billigten; in vielen Volksversammlungen feierte man sie als die einzig wirklichen Vertreter der Volksmeinung und des Volkswillens. Noch verstärkt wurde diese Stimmung durch das große Meeting, das die Abgeordneten des linken Flügels der Nationalversammlung zu Frankfurt: Bamberger, Fröbel, Ludolph, Raveaux, Zimmermann und Zitz am 11. Juni auf der Höhe von Hochheim abhielten und das von zehntausend Nassauern, Pfälzern,

Digitized by Google

Darm- und Kurhessen besucht war. Zum ersten Male hörte man hier, daß sich die Mitglieder des Parlaments gegen dieses selbst wandten, vernahm wiederum, daß die Volkssouveränität als die oberste Richterin zu betrachten sei und daß dem souveränen Volke das Vetorecht bezüglich der Parlamentsbeschlüsse zustehe. Das war der republikanischen Partei ein Ohrenschmaus, und es gefiel auch der Menge, wenngleich die meisten die Bedeutung des Gesagten und die Inhaltsschwere des Verlangten kaum voll begriffen. Der böse Feind aber hatte dabei wiederum Hand im Spiele. Während nämlich die Manifestanten zu Hochheim also in Volkssouveränität und gutem Weine schwelgten, krachten im nicht allzufernen Offenbach die Schüsse des hessischen Militärs unter friedliche Bürger, ohne daß man recht wußte, warum. Doch trug am folgenden Tage das Volk den Sieg davon, indem die Bürgerwehr den Abzug der Soldaten nach Darmstadt ohne weiteres Blutvergießen erzwang.

Auch auf das nassauische Militär suchte die Partei der Linken gewinnend einzuwirken. Es hatten nämlich von Mannheim aus seinerzeit sämtliche Offiziere des I. Regiments und der Artillerie das Generalkommando um Auszahlung der sogenannten entrée en campagne (d. h. Vergütung für besondere Auslagen beim Auszug ins Feld) ersucht. Darauf war ihnen durch den Generalstabschef Oberstleutnant v. Reichenau der Bescheid geworden, daß, da die bezüglichen Bestimmungen des Generalbefehls außer acht gelassen worden seien, die Eingabe zurückfolge; die Bitte könne in geeigneter Form vorgebracht, der Ton müsse mindestens als unpassend bezeichnet werden. Nun stellten neun Mitglieder der Volkskammer den Antrag, den Oberstleutnant v. Reichenau des Dienstes zu entsetzen und die Untersuchung gegen ihn einzuleiten. Abgeordneter v. Gödecke legte dar, daß das Versammlungs- und Petitionsrecht auch für das Militär Gültigkeit habe; der Regierungskommissar bestritt dies, und offenbar hatte der Generalstabschef sich einer so harten Behandlung nicht schuldig gemacht. Man sah auch ein, daß dies nicht der Fall war, und verwies die Sache an eine Kommission, womit sie vorerst aus der Welt geschafft erschien.

Acht Tage darauf, am 17. und 18. Juni, kehrten die Soldaten aus dem Feldzuge nach der Hauptstadt zurück; am letztgenannten Tage — dem Waterlootage — war große Feier, verbunden mit Fahnenweihe der Bürgerwehr zu Biebrich-Mosbach, welcher der Herzog

Digitized by Google

anwohnte. In Wiesbaden empfing man die heimkehrenden Krieger mit Freuden; der badische Feldzug war nicht populär gewesen, aber man feierte doch die wackeren Leute, die so mannhaft die alte nassauische Soldatenehre nach jeder Seite hin gewahrt hatten. Freilich fiel ein kleiner Tropfen Wermuts in den Freudenbecher durch das allzuschneidige Betragen eines höheren Offiziers, das bei Gelegenheit des stürmischen Andrängens der Menge zum Kasernenhofe in wenig genehmer Weise bemerkt wurde. Doch auch dies Intermezzo ging vorüber, ohne sonst noch unangenehmere Zwischenfälle hervorzurufen.

Daß in der Residenz die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten blieb, war hauptsächlich der Thätigkeit der Bürgerwehr zu verdanken. Die schwülen Junitage hindurch bewies sie sich als gut diszipliniertes Institut, was wiederum besonders der Umsicht des Kommandanten Gödecke zuzuschreiben war. Die drei Bataillone hatten unterdes auch ihre Führer (Majore) gewählt; das 1. befehligte der bisherige Oberleutnant Malm, das 2. der seitherige Oberleutnant Stamm, das 3. der Hofrat Reck; später das 1. Dr. Huth, das 2. Reck, das 3. Schellenberg. Der Kapellmeister Forcit vom herzoglichen Theater hatte aus Mitgliedern seines Orchesters ein Musikkorps gebildet, das vortrefflich geschult war. Die Exerzierübungen der 1500 Mann starken Volkswehr fanden fortan allein auf dem Wiesbadener „Marsfelde", dem Kurhausplatze, statt, und zwar Mittwochs abends und Sonntags morgens. Doch kamen zu diesen Übungen nicht alle Wehrmänner zusammen. Diejenigen, die sich mit Landwirtschaft befaßten — damals ein sehr großer Teil der Einheimischen —, waren im Sommer von den Mittwochsexerzitien, die Gewerbetreibenden, die sich die Pflege des menschlichen Korpus innen und außen zur Aufgabe machten: Bäcker, Metzger, Barbiere, Badmeister u. a. von den Sonntagsexerzitien dispensiert; man holte das Versäumte dann zu gelegenerer Zeit nach. Das Zeichen für die Wehrmannschaft bildete die Fahne auf dem Uhrturm, und man konstruierte damals in der Bürgerschaft das Verschen:

Hängt die Fahne nach dem Graben,
Muß man blanke Waffen haben.
Wird sie nach dem Markt sich neigen,
Müssen wir im Marsch uns zeigen.

Digitized by Google

Wenn sie nach der Neugaß blickt,
Muß der Wehrmann exerzieren.
Wenn sie nach der Juchhe*) blickt,
Dann wird gar nicht ausgerückt.

Stets große Sorge machte die Uniformierung und einheitliche Bewaffnung der Wehrmänner. Eine solche hätte man gar zu gern durchgeführt; die Nationalgardisten wollten zwar kein Militär, aber sie wollten doch militärisch gekleidet und gerüstet sein. Die Bekleidungsfrage blieb lange schweben; endlich entschied man sich dahin, sich der Uniform des Linienmilitärs möglichst zu nähern. Der Rock des Wehrmanns: dunkelgrün mit Schößen, zwei Reihen gelber Knöpfe auf der Brust, nach dem Schoße hin zusammenlaufend, Umlegekragen und Ärmelaufschläge, letztere mit zwei kleinen metallenen Knöpfen. Die Beinkleider: grau, ohne Stege. Kopfbedeckung: schwarzer Filzhut mit Krempe, an der Seite aufgeschlagen, mit ledernem Sturmbande, deutscher Kokarde mit nassauischer Schleife und Compagniennummer. Schwarze Halsbinde. Für die Posten überdies lange graue Mäntel. Ausrüstung: Gewehr oder Pike, Patrontasche mit Gürtel aus schwarzlackiertem Leder. Die Kosten für die Uniformierung betrugen, da lokalpatriotische Lieferanten nicht das „Äußerste" nahmen, für den Mann 25 Gulden, eine für den Unbemittelten immerhin hohe Summe. Die Offiziere erließen daher einen Aufruf in den Blättern, wobei sie zur Subskription für die mit Glücksgütern weniger Gesegneten aufforderten. Es war dies gewiß eine gerechtfertigte und notwendige Maßregel, aber einen guten Eindruck machte sie im Publikum nicht. Die allseitige Uniformierung sollte bis zum 16. September 1848 beendet sein, ist es aber nie geworden; sie blieb, wie so vieles in dem bewegten Jahre, als halbe Maßregel auf dem Papiere stehen. Ebenso ging es mit der Bewaffnung; ein einheitliches Kaliber der Gewehre konnte nicht eingeführt werden, und die Pikenmänner stellten stets ihr ganz beträchtliches Kontingent.

Die politischen Parteigegensätze hatten bisan in den Reihen der Wehrmänner geschwiegen; die Disziplin behielt unterm Gewehr die Oberhand. Noch einige Wochen, und auch hier machten die Leidenschaften in elementarem Ausbruche sich geltend.

*) Juchhe = der Michelsberg, wo auf der Höhe vorm Stumpfen Thore ein Bürger namens Juch sich angebaut hatte, — daher Juch-Höh', verdreht in Juchhe.

Digitized by Google

XVIII. Der republikanische Putsch zu Wiesbaden.

Am 29. Juni 1848 war von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. der Erzherzog Johann von Österreich zum interimistischen Reichsoberhaupt, zum unverantwortlichen Reichsverweser — der Volkswitz sagte: unverantwortlichen Reichsverwüster — erwählt worden. Es erregte die Unverantwortlichkeit in vielen Kreisen heftigen Widerspruch, namentlich unter den demokratisch Gesinnten in ganz Deutschland. Auch in Nassau war man darüber ungehalten; hier war nun auch gerade noch ein anderer Umstand hinzugekommen, der die Gemüter erhitzte. Der Regierungskommissar Werren hatte in der Kammersitzung vom 6. Juli verlauten lassen, daß der Regierung das Bestätigungsrecht zu den Kammerbeschlüssen zustehe, und Ministerpräsident Hergenhahn hatte diese Auffassung verteidigt. Die Linke, die hierin eine Rückkehr zur reaktionären Zeit sah, brauste gewaltig darüber auf; mit Mühe gelang es den Gemäßigten, einen argen Sturm zu beschwören, dadurch, daß man der Regierung je nach den Umständen ein bedingtes Veto (Einspruchsrecht) zuerkannte. Aber das Mißtrauen war doch nun einmal erwacht, und als die Angelegenheit in die Öffentlichkeit drang, da begann man wie gegen den unverantwortlichen Reichsverweser, so auch gegen die, wie es hieß, in anderer Beziehung „unverantwortliche" Regierung zu murren. Auch die Presse nahm Partei für und wider. Der Redakteur der „Nassauischen Zeitung", Braun, stand links, der der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung", Dr. Riehl, rechts, der der „Freien Zeitung", Dr. Möller, in der Mitte. Braun und Riehl gerieten dermaßen aneinander, daß ersterer den letzteren forderte. Riehl antwortete, daß er das Duell als Überbleibsel aus der Zopfzeit betrachte, und denunzierte Braun wegen Herausforderung zum Zweikampf, was ihm indes sogar von den Gemäßigten vielfach verübelt wurde. Die Bürgerschaft riß unterdessen vollständig in zwei Parteien auseinander, und diesmal ging der Riß auch durch die Bürgerwehr im Dienste. Denn als am 10. Juli eine öffentliche Feier wegen der Reichsverweserwahl mit offiziellem militärischen und civilen Pomp auf dem Kurhausplatze stattfand, wobei der Herzog, Präsident Hergenhahn, Kammervorsitzender Wirth und Kirchenrat Schulz Ansprachen hielten, fehlte eine große Anzahl der Wehrmänner in Reih' und Glied, was man

Digitized by Google

schon mit Unruhe bemerkte. Desto besuchter war die von Dr. Graefe und Genossen auf den 12. Juli in die „Schöne Aussicht“ (heute Römersaal) an der Dotzheimerstraße — damals das einzige Haus dort hinaus — einberufene Volksversammlung, die sich einhellig für die Verwandlung Deutschlands in eine Republik aussprach und gegen das Vetorecht der Regierung Einspruch erhob. Am Tage darauf trat der Turnverein Wiesbaden ersterem Beschlusse bei, und am 15. Juli wurden in einer zweiten Versammlung die Statuten der zu gründenden demokratischen Gesellschaft entworfen und ein geharnischter Protest gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers mit vier- bis fünfhundert Unterschriften nach Frankfurt an die Nationalversammlung abgesandt. Die Proklamationen des Reichsverwesers riß man von den Straßenecken und verhöhnte sie. Der Zündstoff war gehäuft; es fehlte nur der kleine Funke, um die Explosion zu verursachen.

Am 16. Juli, einem Sonntage, war des Nachmittags der Arbeiterverein, den der Ingenieur und Wehrhauptmann Dietz begründet hatte und der der Träger der republikanischen Propaganda war, in seinem Vereinslokale, der Wirtschaft von Hahn (an Stelle des alten, jetzt niedergelegten Paulinenstifts) versammelt. Eine Anzahl Mitglieder, die zugleich Artilleristen waren, beklagten sich hier, daß das Militärgericht über sechsundzwanzig ihrer Kameraden wegen Fehlens beim Appell zu harte Strafen verhängt hätte. Die Versammlung erhitzte sich darüber, namentlich auch, weil der Artillerieoberst v. Hadeln bei der republikanischen Partei nicht sehr beliebt war. Man ordnete Böhning, Dietz und Graefe ab, die den Oberst bitten sollten, das Urteil aufzuheben. Der letztere, den die drei in der Rheinstraße trafen, erklärte, dazu sei er allein nicht im stande; das sei Sache des Gerichtes. Die Abordnung begab sich darauf nach dem Nerothale, unterwegs begegneten sie einer größeren Deputation, die von den Hitzköpfen aus der Versammlung nachgeschickt worden war, da jene drei diesen zu lange blieben. Man kehrte in das Vereinslokal zurück, und von da zog dann die Menge nach der Stadt heim.

Damit wäre die Sache nun wahrscheinlich erledigt gewesen, wenn nicht die sogenannte Ordnungspartei einen Fehler begangen hätte. Böhning hatte nämlich dem Oberst v. Hadeln gegenüber drohend geäußert, wenn er ihrem Wunsche nicht nachkomme, würden

Digitized by Google

sie mit mehreren Hunderten wiedererscheinen und dessen Erfüllung erzwingen. Diese vielleicht gar nicht so blutig ernst gemeinte Drohung und der bald darauf etwas tumultuarische Heimzug der Republikaner veranlaßte den Oberst, dem Stadtamtmann Reichmann Meldung von einer bevorstehenden „Revolution" zu machen. Letzterer, ein etwas ängstlicher Mann, berichtete an den Oberst der Bürgerwehr weiter, und dieser ließ — Generalmarsch schlagen. Am Uhrturm, nach dem Graben zu, erschien die rote Fahne, und die Wehrmänner rannten nach ihren Sammelplätzen. Das I.

Oswald Dietz.
Nach einem Ölbilde aus späterer Zeit.

Bataillon unter Major Malm nahm Aufstellung auf dem Friedrichsplatze (heute Schillerplatz), die 1. Compagnie unter Hauptmann Dietz vorauf, die 2. und 3. dahinter; die 4. that gerade Wachedienste. Es war schon die Dämmerung eingetreten, da nahte Oberst Goedecke in voller Uniform und in Begleitung des Stadtamtmanns und forderte dem Hauptmann Dietz den Degen ab, zugleich die Verhaftung von Böhning und Graefe verkündend. Ein wilder Tumult entstand. Die Maßregel der Arretierung kam so plötzlich, und niemand wußte warum. Deshalb widersetzte sich die 1.

Digitized by Google

Compagnie, welcher man den beliebten Hauptmann von der Front wegnehmen wollte, unter Verwünschungen und Drohungen offen gegen den Oberst, der der Polizei Handhabe geleistet hätte, und die 2. und 3. Compagnie schlossen sich ihr an. Goedecke, erbittert, wandte sich hierauf die Friedrichstraße zurück und holte Abteilungen des II. Bataillons im Geschwindmarsche herbei. Er nannte die drei ersten Compagnieen Meuterer, forderte die Niederlegung der Waffen und ließ, als dies nicht erfolgte, seine Leute das Bajonett fällen. Da luden einige drüben, und es flogen die Kolben an die Wangen; im Handumdrehen hätten Bürger auf Bürger geschossen, wenn nicht Besonnene sich dazwischen geworfen und das Blutvergießen verhindert hätten. Dietz und die beiden andern erklärten, sich zwar nicht der Polizei, wohl aber dem Gerichte zum Verhör stellen zu wollen, und damit mußten sich Kommandant und Amtmann begnügen. Die Wehrmannschaft ging hierauf auseinander.

Da die Maßregel der Verhaftung der drei allseits als ganz unnütz und vielleicht kaum gerechtfertigt erschien, so wurde sie von der republikanischen Partei umso mehr ausgebeutet, um die Gemüter gegen das herrschende System aufzubringen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die aufrührerischen Elemente die Angelegenheit benutzten, um einen Putsch in Scene zu setzen. An eine regelrechte, lange vorbereitete Verschwörung zu glauben, erscheint mir nach sorgfältiger Prüfung der Berichte und Thatsachen unmöglich. Aber daß, wie gesagt, die Revolutionäre den Umstand sich zu nutze machten, daß sich die öffentliche Gewalt schwach gezeigt hatte, ist sicher. Zudem war der Herzog nicht anwesend; er weilte seit einigen Tagen in Weilburg, wo er der Fahnenweihe beiwohnen wollte.

Die Regierung aber schien es denn auch gerade darauf anzulegen, noch mehr Wirren hervorzurufen. Am 17. Juli früh morgens wurden an den Straßenecken vom Stadtamtmann unterzeichnete Plakate angeklebt, in denen die Mannschaft der drei ersten Compagnieen aufgefordert wurde, die Waffen abzuliefern. Man wollte eine „Reinigung der Tenne", eine „Scheidung der Böcke von den Schafen" vornehmen. Zaghaft kam etwa ein halbes Hundert Wehrmänner zum Rathause, wo der Stadtvorstand „in permanenter Ängstlichkeit", wie es hieß, versammelt war, und gab, verhöhnt von der angesammelten Menge, die Gewehre ab. Die Mehrzahl trotzte. Als um Mittag noch kein bedeutender Erfolg

Digitized by Google

erzielt war, forderte der Oberst Goedecke nochmals gütlich zur Abgabe der Waffen auf und verlängerte die Frist bis drei Uhr. Die Mannschaft ordnete eine Deputation aus je zwei Wehrmännern der drei Compagnieen an Minister Hergenhahn ab, um den Widerruf der Maßregel zu erlangen. Als diese nichts erreichte, traten sämtliche Offiziere der Nationalgarde zusammen und erklärten durch die Abgesandten Major Malm, Hauptleute Krempel und Dr. Zais, daß das Disziplinargericht einberufen worden sei und über die Waffenniederlegungsfrage verhandeln werde, womit sich der Minister einstweilen zufrieden gab. Der Termin der Ablieferung wurde also abermals verschoben.

Unterdes waren die drei Compagnieen im „Schützenhof", wo auch das Gericht zusammentrat, versammelt. Die Stimmung war furchtbar gereizt. Ein Bürger, der zur Ablieferung der Waffen mahnte, empfing eine gehörige Tracht Prügel; auch der Abgeordnete Lang, der, selbst der Linken angehörig, zu Versöhnlichkeit mahnte, richtete nichts aus. Man erwartete gespannt den Ausgang des Verhörs, das sich auf dem nahen Kriminalgerichte vollzog. Dietz und Graefe hatten sich, ihrem Ehrenworte gemäß, gestellt, Böhning dagegen nicht. Ein vierter, ein Knecht, der Tags zuvor zu Pferde die Bauern der umherliegenden Dörfer zu bewaffneter Hilfe aufgefordert hatte, wurde zwar von der Bürgerwehr gefänglich eingebracht, aber auf dem Wege zum Kriminalgefängnisse seiner Eskorte durch eine aufgeregte Menge entrissen. Als die Nachricht davon und von dem Aufschub der Waffenablieferung im „Schützenhof" bekannt wurde, der natürlich auch von außen förmlich belagert wurde, als ferner Dietz und Graefe immer noch nicht — wie versprochen — losgegeben waren, da geriet der ganze Haufe in Gärung. „Wir müssen sie wiederhaben; sie sollen heraus!" hieß es ringsum.

Alsbald bewegte sich eine wilde, tobende Masse, mit allen möglichen Waffen, darunter Äxte und Karste, versehen, den Michelsberg hinauf zum Kriminalgerichtsgebäude (heute Polizeigefängnis). Dicht daneben lag die Pfaffenmühle, deren Rad der vorüberfließende Dendelbach trieb, und die der Mutter des inhaftierten Oswald Dietz gehörte; der zweite Sohn, August Dietz, hatte damals das Geschäft übernommen. Frau Dietz und ihre Töchter konnten sich den ganzen Tumult nicht erklären und schwebten in furchtbarer Angst. Inzwischen

Digitized by Google

fuhr der oberste Inquirent, Kriminalrichter Zinn, ein pflichttreuer Beamter, in der langweiligen altnassauischen Procedur des Verhörs fort, bis der Lärm immer tosender wurde. Schon versuchte man das Gefängnisthor zu stürmen, was aber nicht gelang. Da schlugen einige mit Äxten eine der Thüren ein, und nun flutete die ganze Masse in das Innere des Hauses, die Wachen zurückdrängend.

Kriminalrichter Zinn, der einen solchen Ausbruch der Leidenschaft nicht erwartet hatte, auch keinen anderen Ausweg sah, rief aus dem Fenster, man möge doch einhalten, er würde die beiden Gewünschten freigeben. Gleich darauf erschienen letztere im Thor, und kaum traten sie auf die Straße hinaus, da wurden sie von Dutzenden von Händen auf dienstwillige Schultern gehoben und unter lautem Jubel die Straße hinab- und weiter durch die Stadt getragen, bis man zuletzt vor dem Ministergebäude Halt machte. Man rief nach Hergenhahn unter Schimpfworten und Drohungen — unsaubere Elemente hatten sich der Menge natürlich wieder beigemischt —; allein der Minister erschien nicht. Der Lärm wurde immer stärker; man spektakelte wie am 4. März vor dem Schlosse, mit dem Unterschiede, daß der damals Gefeierte heute der Geschmähte war. Doch war die gesamte Demonstration viel ungefährlicherer Art. Das Polizeiamt ersuchte den Oberst der Bürgergarde, einzuschreiten; doch dieser war nicht mehr so übereifrig wie am Tage vorher und erklärte, ein Eingreifen seiner Leute würde nur die Erregung vermehren und am Ende zu Blutvergießen führen. Da nahm man seine Zuflucht zum Militär: plötzlich marschierten zwei Compagnieen Grünröcke die Friedrichstraße hinab und besetzten das Regierungsgebäude. Das wirkte wie eine kalte Douche auf die erhitzten Gemüter; die Menge nahm ihre beiden Befreiten in die Mitte und zog hinaus ins Nerothal, wo sie sich ihres Sieges freute. Als die Dunkelheit herannahte, setzte sich der Zug wieder nach der Stadt — die Wirtschaft von Hahn war damals das einzige Gebäude jenseits der Röderstraße — in Bewegung. Rote Federn an den Schlapphüten, sangen die Männer das bekannte Heckerlied mit dem veränderten Refrain:

Hecker, Struve, Zitz und Blum,
Bringt die Fürsten und Pfaffen um
Und, was gar nicht schaden kann,
Auch den Vater Hergenhahn.

Digitized by Google

Es war aber nicht so blutdürstig gemeint; denn man weiß ja, wie die große Menge leicht mit dem Mundwerk, aber schwer mit der Hand zu thaten geht. Die meisten Radaumacher kehrten heim und schliefen ihren Freiheits- und Bierrausch ruhig aus, in dem Bewußtsein, daß die „Revolution" gesiegt habe. Auffallend still war's in der Nacht. Die Wachen der Bürgerwehr patrouillierten durch die Straßen und hielten die Kanonen in der Artilleriekaserne unter Aufsicht, fingen auch ein paar von außen Gekommene, die nach Oswald Dietz fragten, ab und steckten sie ein. Aber im allgemeinen hatten die meisten Bürger das Gefühl, die Sache sei nun abgemacht, und wahrscheinlich wäre sie das auch gewesen, wenn —, nun, wenn nicht eben sich etwas Neues und allen Unerwartetes ereignet hätte.

XIX. Das Ende der Bewegung und der Ausgang der Führer.

Der Morgen des 18. Juli — der „Achtzehnte" hat ja seine Bedeutung in der Weltgeschichte — graute kaum, da rannten einige Frühaufsteher durch die Straßen der Stadt und riefen: „Militär kommt! Mainzer Soldaten kommen!"

Und so war es! Über den Mosbacher Berg rückten ein Bataillon österreichischer Weißröcke und ein Bataillon preußischer Pickelhauben vom 38. Infanterieregiment, dazu einige Schwadronen preußischer Dragoner und eine österreichische Batterie von vier Geschützen unter dem Kommando des preußischen Oberstleutnants v. Brandenstein. Mit gedämpften Rttt, rttt! marschierte das Fußvolk, die Gewehre scharf geladen; vorsichtig lugten die Reiter aus, ob keine verdächtigen Gestalten zu schauen seien, keine Barrikaden sich irgendwo erhöben. Die Mitteilungen der nassauischen Regierung — denn diese hatte die „Reichstruppen" in der Stille requiriert — mochten in Mainz den Anschein erweckt haben, daß zu Wiesbaden ein kleiner Straßenkampf bevorstände. Aber nichts von all dem Gefährlichen zeigte sich. Statt Pflastersteine aufeinander zu türmen, erhoben sich die meisten Residenzler erst aus den Federn. Da besetzten denn die Soldaten im Umsehen still

Digitized by Google

alle Straßenausgänge und Plätze, stellten die Kanonen — Kanoniere mit brennenden Lunten dabei — auf dem Kurhausplatze auf, und die Dragoner wandten sich hinaus ins Nerothal.

Der Schrecken fuhr in die harmlose Bürgerschaft. Man fürchtete Repressalien seitens der Regierungsgewalt; denn diese fühlte sich unter dem Schutze von zweitausend Bajonetten wieder sicherer. Es erfolgte zunächst der Befehl an die gesamte Bürgerwehr, die Waffen abzuliefern, und nun wagte kein Mensch mehr, Widerstand zu leisten. Nach der Reorganisation, hieß es, sollten die Waffen wieder ausgegeben werden. Dann ging es ans Verhaften, und nun zeigte es sich, daß viele Maulhelden vom Tage vorher nicht mehr zu finden waren. Aber auch Böhning, Dietz und Graefe wurden vermißt; es wird ihnen indes wohl niemand übel nehmen, daß sie sich nicht einem Kriegsgerichte ohne weiteres auslieferten. Eine Anzahl anderer an dem Krawall Beteiligter wurde festgenommen.

Die Erbitterung darüber, daß Minister Hergenhahn die Reichsgewalt in Frankfurt angegangen hatte, Militär gegen Bürger — es war das erste Mal, daß die neue Regierung des Reiches eine Militärexekution dekretierte — marschieren zu lassen, machte sich in vielen Vorwürfen Luft. Man fragte, ob nicht das nassauische, wenn auch schwache Bataillon, das damals allein in Wiesbaden lag, genügt hätte. Auch in der Kammer interpellierte die Linke deswegen. Der Minister verteidigte sich, und seine Rede schien so zu überzeugen, daß, als der Abgeordnete Leisler nach längerer, dem Vorredner zustimmender Ausführung ersuchte, die Kammer möge durch Erheben von den Sitzen der Regierung ihre Anerkennung kund thun, sämtliche Mitglieder bis auf drei dieser Aufforderung nachkamen. Das Ministerium hatte somit einen unbestreitbaren Erfolg zu verzeichnen.

Die Österreicher und Preußen blieben fünf Tage in der Stadt. Am ersten Tage biwakierten sie auf den Straßen; dann nahmen die Bürger die Soldaten auf obrigkeitliche Aufforderung hin in die Häuser zur Einquartierung auf. Sie betrugen sich sehr gut und wurden gut aufgenommen. Namentlich die Österreicher fanden viel Sympathie, und wenn abends die tschechische Besatzung der Geschütze vorm Kurhaus ihre heimischen Weisen ertönen ließ, strömte die Menge hinaus, als ob Kurhaus-Konzert wäre. Die Kur selbst litt keine Unterbrechung und Benachteiligung; die Fremden sahen

Digitized by Google

das Ganze mehr als ein kleines Manöver an. Die Partei der Linken drängte jedoch immerfort, die Truppen zu entfernen, und so marschierte denn am 23. Juli der größte Teil und am 25. der Rest der Soldaten ab. Auf der Mainzer Brücke noch ließen sie das gastliche Wiesbaden hoch leben, und der Oberkommandierende bedankte sich öffentlich in den Blättern für die gute Aufnahme, welche die Truppen gefunden hatten.

Die Reorganisation der Bürgerwehr vollzog sich rasch. Bereits am Sonntag den 23. Juli hatten die Compagnieen bis auf die drei ersten ihre Gewehre wieder erhalten, damit sie an Herzogs Geburtstag, der an diesem Tage (einen Tag früher, weil Sonntag) gefeiert wurde, stattlich paradieren konnten. Alle Verdächtigen und Beargwohnten hatte man ausgeschieden, „dispensiert", wie es hieß; um die Gründe zur Dispensation war man nicht sehr verlegen. So wurde u. a. der Buchhändler und Verleger der „Freien Zeitung", Fischer, wegen Kurzsichtigkeit (!) ausgeschieden, was die Bürgerschaft später dadurch beantwortete, daß sie ihn zum Bürgermeister machte. Am 31. Juli bekamen auch die 2. und 3. Compagnie ihre Waffen zurück; die 1. wurde ganz umgebildet. Oberst Goedecke, dem die Ereignisse über den Kopf gewachsen waren, trat zurück, und seine Stelle ward vom seitherigen Major Malm eingenommen.

So endete der „Aufstand zu Wiesbaden", wie der Reichskriegsminister v. Peucker, der auf die angebliche „Niederwerfung" stolz war, den harmlosen Putsch zu nennen beliebte. Aber was wurde aus den Führern der Bewegung, oder vielmehr jenen, um die sie sich gedreht hatte? Wir nehmen die Mitteilung darüber voraus.

Nur einer, Dr. Friedrich Graefe, hielt sich eine Zeitlang verborgen und blieb unbehelligt. Es scheint, daß man den in der Bürgerschaft beliebten Arzt nicht belästigen wollte, um nicht neue öffentliche Skandale zu provozieren. Erst später, als die Reaktion einsetzte, suchte man ihm den Prozeß zu machen; doch kam er, wie man zu sagen pflegt, mit einem blauen Auge davon. Er blieb hinfort allem politischen Treiben fern und widmete sich nur seinem Studium und der Erziehung seiner Kinder. Daneben praktizierte er in alter Weise privatim, uneigennützig und starb zu Wiesbaden am 6. Dezember 1878; alle öffentlichen Auszeichnungen hat er abgelehnt. Seine Freunde und Verehrer stifteten dem Verstorbenen ein Grabdenkmal mit seiner Büste in Bronze.

Digitized by Google

Oswald Dietz begab sich nach seiner Befreiung von Wiesbaden nach Idstein. Dort berief er mit einem Dutzend anderer Flüchtlinge eine Versammlung von Städtern und Landleuten ein und suchte diese zu einem Zuge gegen Wiesbaden zu bereden, um die Reichstruppen zu vertreiben. Ein thörichtes Unterfangen des heißblütigen Mannes! Allein die Bauern, vorsichtig, erkundigten sich nach den Verhältnissen in der Residenz und — blieben daheim. Nun wandte sich Dietz nach dem Goldenen Grund, um dort seine Idee zu verwirklichen; aber auch hier hatte er keinen Erfolg. Es wurde ihm bald klar, daß alles aus sei. Zugleich hefteten sich die Häscher an seine Fersen; denn wenn die Regierung geneigt war, ihm sein Auftreten am 16. und 17. Juli zu verzeihen, die Aufwiegelungsversuche, die auch seine besonneneren Verehrer, ja seine eigene Familie lebhaft bedauerten, konnte sie ihm nicht ungestraft hingehen lassen. Ein Müller bei Camberg verbarg den Geächteten eine Zeitlang. Dann gelang es ihm, verkleidet und heimlich, rheinaufwärts nach (dem damals noch französischen) Straßburg zu entkommen, trotzdem in Kehl nassauischerseits auf ihn gefahndet wurde. Er hatte kurz vor dieser Stadt ein Schiff bestiegen und war hinübergefahren. — Eine Zeit lang blieb er in Frankreich; als aber der badische Aufstand ausbrach — im Frühjahr von 1849 —, trat er in die Reihen der Freiwilligen ein und kämpfte bis zuletzt für die verlorene Sache tapfer mit. Es gelang ihm hierauf, wiederum nach Straßburg zu entkommen; doch sollte er hier mit den übrigen Geflüchteten auf Befehl des der Revolution feindlichen Prinz-Präsidenten Louis Napoleon Bonaparte ins Innere transportiert werden. Um diesem Schicksal zu entgehen, begab er sich nach London, wo er dem freiheitlichen Komitee angehörte, das sich aus den flüchtigen Männern der Revolution gebildet hatte, und wo er bis 1852 weilte. Dann, als er den Sieg der Reaktion sah, begab er sich nach Amerika, dort seine Kenntnisse im Ingenieurfache verwertend. Die Heimkehr blieb ihm unter nassauischer Regierung abgeschnitten. Als später seine betagte Mutter bat, ihren Sohn nur noch einmal daheim sehen zu dürfen, schlug der Herzog das von den Abgeordneten Dr. Braun und Dr. Lang schriftlich und mündlich unterstützte Gesuch rund ab. Das verbitterte den Mann, der doch gewiß längst seine jugendliche Thorheit bereut hatte, derart, daß er trotz der Bitten seiner Verwandten auch nachher, als er längst amnestiert war, nicht

Digitized by Google

mehr in sein Vaterland zurückkehrte. Als müder Greis ist er am 9. März 1898, fünfzig Jahre nach jenen Ereignissen, die ihm Heimat und Familie raubten, zu Cincinnati gestorben, bis zum letzten Atemzuge freiheitlich gesinnt.

Georg Böhning, der alte Revoluzer und Freischärler, sollte kein so ruhiges Ende nehmen. Er war ebenfalls glücklich aus Nassau entkommen und hatte sich nach Straßburg gerettet. Gustav v. Struve beredete ihn zur Teilnahme an dem Septemberputsch von 1848, der mit dem Scharmützel von Staufen so kläglich endete und dem Urheber die Gefangenschaft brachte. (S. Kapitel XXIV.) Darauf begab sich Böhning nach der Schweiz und zettelte dort und im französischen Elsaß von Ort zu Ort, bis ihn der Schall der Revolutionstrommel gleich seinem Freunde Dietz im Frühjahre von 1849 wieder nach Baden rief. Er bildete an der schweizerischen Grenze die sogenannte Flüchtlingslegion, die sich aus Geächteten aller Herren Länder zusammensetzte, unter denen sich auch viel Gesindel befand. Sich selbst ernannte er zum Oberst seiner Schar, und an ihrer Spitze ritt er in dem bekannten, früher einmal (in Kapitel XI) beschriebenen Anzuge, mit breiter schwarz-rot-goldner Feldbinde, auf einem Braunen, der aus dem großherzoglichen Marstall zu Karlsruhe gestammt haben soll, würdevoll einher.

Der neunundvierziger Aufstand war aber doch ernsthafter als die vorjährige „Struvelpeterei", wie man jenen Putsch spöttisch nannte. Es wurde mit den Reichstruppen, die bekanntlich der Prinz von Preußen (später Kaiser Wilhelm) befehligte, wochenlang erbittert gekämpft, bis die Freischaren endlich zersprengt waren, flüchteten oder sich in die Festung Rastatt warfen. Die letztere Thorheit beging auch der alte Böhning, der tapfer gestritten hatte, wo nur die Gewehre knatterten. Er wußte bald, daß seine Rolle ausgespielt war, und daß es ihm ans Leben ging. Deshalb widersetzte er sich im Kriegsrate der Übergabe der Festung bis aufs äußerste, und als er zuletzt doch überstimmt wurde, da sank er erst in sich zusammen, griff dann mit beiden Händen an sein Haupt und wankte aus dem Zimmer hinaus. Am 23. Juli 1849 kapitulierte Rastatt; die Besatzung rückte aus und streckte die Waffen. Auf Böhning konzentrierte sich der besondere Haß der Soldaten, die bei seiner Abführung in die Kasematten nur mit Mühe von Thätlichkeiten gegen ihn abgehalten werden konnten.

Digitized by Google

Das Schicksal der Rastatter Gefangenen ist bekannt; es war dasjenige aller bewaffnet niedergeworfenen Revolutionäre: Kerker und Tod. Böhning wurde schwach; er stellte in den Verhören durch Leugnen alle Anklagen in Abrede, er meldete sich krank —, aber es half ihm doch nichts, und auch sein Verteidiger, Rechtsanwalt Reeh aus Offenburg, vermochte ihn nicht zu retten. Am 16. August verurteilte ihn das Kriegsgericht einstimmig nach kurzer Beratung zum Tode durch Pulver und Blei, was er gefaßt aufnahm. Seine Bitte um Aufschub der Exekution, um seine Frau, die Gefährtin so mancher seiner Irrfahrten, noch einmal zu sehen, wurde ihm nicht bewilligt. Dagegen sandte man ihm einen evangelischen Geistlichen, dessen Beistand er aber abwies, weil er „im reinen mit seinem Gott" sei. Am 17. August 1849, morgens um 4 Uhr, wurde er geweckt, kleidete sich an und zündete sich die unentbehrliche Cigarre an, die er erst auf dem Richtplatze fortschleuderte. Auf diesem angekommen, stellte er sich hoch aufgerichtet hin und kreuzte die Arme auf dem Rücken, die Binde abweisend. Ein Fluch über seine Richter kam noch von seinen Lippen, dann stürzte er, von mehreren Kugeln getroffen, tot zu Boden —, ein beklagenswertes Opfer irregegangener Meinung seiner Zeit.

XX. Die Julitage auf dem Lande; Pfarrer und Lehrer.

Die Hauptstadt Wiesbaden war es indessen nicht allein, die Krawalle durchzumachen hatten. Auch auf dem Lande oder, wie der Berliner sagt, „in der Provinz" verursachte die auf die schwülen Junitage folgende noch ärgere Hitze manche ernsthafte Explosion. Rot und orangeblau Gefärbte schlugen heftig aufeinander los, und zwar ist dies mehrmals in buchstäblicher Weise geschehen.

Die meisten Wirren wurden verursacht durch das beanspruchte Vetorecht der Regierung und die Zehntablösungsfrage. Auf letztere kommen wir später noch einmal zurück; ersteres war nach den erregten Auftritten in der Kammer gar nicht mehr angeschnitten

Digitized by Google

worden, um keinen weiteren Streit hervorzurufen. Doch zitterte die Erregung darüber unter den Demokraten im Lande noch lange nach. Anderseits suchte die „Gesellschaft für Ordnung, Freiheit und Recht“ Stimmung zu machen gegen diejenigen Mitglieder der Linken, so ihr mißliebig waren. Auf dem Westerwalde, zu Höhn, veranstalteten am 29. Juni die Heuler (Orangeblauen) eine Volksversammlung, um die Entfernung des liberalen Abgeordneten Hehner zu beantragen. Auf dieses hin machten sich an 800 mit Knüppeln bewaffnete Wühler (Rote) auf den Weg, um sich an den Gegnern ein kleines Westerwälder Dreschvergnügen zu leisten. Glücklicherweise wurde die Schlägerei dadurch verhindert, daß die Versammlung nicht abgehalten ward. Die Roheit würde ansonst ihren Triumph gefeiert haben.

Sie feierte ihn bald darauf anderswo. Bekanntlich hatten die Turnvereine, wie im übrigen Deutschland, so auch in Nassau Stellung zur Politik genommen. Eine Reihe von ihnen hatte sich, wie der Wiesbadener Verein, für die demokratische Partei erklärt und Anschluß an Hanau, den Vorort des demokratischen Turnerbundes, genommen. Nun war u. a. der freisinnige Diezer Turnverein der orangeblauen Gegenpartei ein Dorn im Auge, und da diese für den Höhner Tag ihre Revanche haben wollte, so beschloß sie einen Gewaltstreich, zugleich um sich dem Herzoge, der in der Nähe, zu Oraniensteín weilte, angenehm zu machen. Zur Ausführung dieses „Unternehmens“ mietete man 30 bis 40 handfeste Lahnschifferknechte und Sackträger, die dann zuvor ihren Mut durch den Genuß von Feuerwasser noch bedeutend hoben. Am 8. Juli abends saßen die Turner zu Diez ahnungslos auf ihrer Kneipe, als plötzlich die orangeblauen Hilfstruppen anrückten und einen furchtbaren Lärm begannen. Die jungen Leute, zumeist Angestellte, wollten entfliehen, wurden aber teils eingefangen, teils in das Wirtshaus zurückgetrieben. Diejenigen, deren die Rotte habhaft werden konnte, warf man nach furchtbarer Zerprügelung ohne weiteres in die Lahn, aus der sie sich glücklicherweise durch Schwimmen retteten. Die anderen, etwa 20, wurden förmlich belagert und — bombardiert, wozu man ganze Steinladungen in Wagen vorm Hause aufgefahren hatte. Andern Tags begann das Flüchten der Turner nach Limburg; aber wehe dem, den die orangeblaue Leibgarde erwischte. Letzere zog dann am Nachmittag,

Digitized by Google

mit Äxten bewaffnet, zum Turnplatze und schlug dort alle Geräte, und was sonst vorhanden war, kurz und klein. Da erst schritt die Bürgerwehr ein und nahm Verhaftungen vor. Daß die Orangeblauen, die dem Pöbel eingeredet hatten, die demokratischen Umtriebe seien Schuld an der Brotlosigkeit, Exzesse in solchem Maße beabsichtigt hatten, glaube ich nicht; doch wurden sie die gerufenen Geister nicht los. Auch dem Herzog war der Auftritt so peinlich, daß er schleunigst nach Wiesbaden abreiste.

Die Turner antworteten auf jene Provokation äußerst würdig durch eine Gegendemonstration, die, recht friedlicher Art, die Gegner tief beschämte. Am 23./24. Juli, also vierzehn Tage nach den Diezer Vorgängen, hielten sie zu Limburg den nassauischen Turnertag ab, der von einigen zwanzig Vereinen aus dem Lande und von den Frankfurter Turnern besucht war. August Ravenstein, der Frankfurter Turnvater, später Gründer des Feldberghauses, des Taunusklubs und des Deutschen Touristen-Verbandes, ein Sportsmann von echtem Schrot und Korn, leitete die Turnübungen und Wettspiele. Der alte Jahn gab seine Zustimmung durch ein Schreiben zu erkennen, mahnte aber väterlich von allen unbesonnenen Streichen ab. Er wußte von den Folgen solcher aus der Zeit seiner Gefängnishaft in Spandau u. a. O. zu erzählen.

Zu Ellfeld hatten es die demokratischen Turner auf den Geistlichen Rat Schütz abgesehen, der seinerseits wieder eine starke Anhängerschaft besaß. In der Nacht vom 15. zum 16. Juli kam es zu einem solchen Krawall zwischen beiden Parteien, daß es schien, als ob sich in der alten Rheingauer Residenz eine Barrikadenschlacht im kleinen entwickelt habe. Der Zwist tobte sich dabei ganz gehörig aus.

Am 25. Juli ereignete sich auch in Dillenburg ein Exceß. Der Prokurator Winter beschimpfte die nassauische Fahne und insultierte den Bürgerwehrmajor May, der ihn darob zur Rede gestellt hatte, auf offener Straße. May aber nahm den Angreifer fest und setzte ihn ins Amtsgefängnis. Auf das hin sammelte sich die Dillenburger Bürgerschaft, holte Winter aus dem Gewahrsam und spedierte ihn über die Grenze der städtischen Gemarkung. Somit erwiesen sich die Bewohner der Geburtsstadt des großen Oraniers als gut orangeblau.

Die Zehntablösungsfrage veranlaßte am 10. Juli die Volksversammlung zu Lindenholzhausen bei Limburg, die von einem

Digitized by Google

Dutzend nassauischer Schultheißen, unter dem Vorsitze des Prokurators Winter von Limburg, veranstaltet war und zu der an 200 Gemeinden etwa 500 Abgesandte geschickt hatten. Man kam hier überein, gegen diejenigen Abgeordneten entschieden aufzutreten, die den Zehnten nicht unentgeltlich aufgehoben wissen wollten, und stellte das Prinzip einer gerechteren Verteilung der Steuern, namentlich durch progressive Einkommensteuer, auf. Freilich mußte es bei dieser moralischen Demonstration verbleiben.

Recht unangenehm war die allgemeine Unsicherheit, die sich gerade im Monat Juli im nassauischen Ländchen bemerkbar machte. Die Bürgerwehr hatte daheim genug zu thun und war dazu nicht einmal durchgängig ordentlich bewaffnet. Als die Limburger Wehrmannschaft eine „militärische Promenade" nach Diez und Oranienstein zum Herzoge machte, waren die meisten Gardisten nur mit Stöcken bewaffnet. Und vier Wochen später hatte, als ein Dutzend Gemeinden zu Balduinstein ein „Feldlager" veranstalteten, die Hälfte der „Bewaffneten" nur Lanzen oder Holzgewehre. Dagegen befand sich mancher gute Schießprügel in Händen, in die er nicht gehörte; namentlich in den Wäldern „über der Höhe" trieb sich viel freches Wilderer- und anderes Diebszeug umher. Der bedeutendste Eclat, der den Spitzbuben gelang, war der folgende. Am 18. Juli rumpelte die alte Thurn- und Taxische Postkutsche, Eilwagen genannt, über die Köln-Frankfurter Chaussee durch die unheimliche Waldgegend zwischen Esch und Glashütten, als plötzlich vier Kerle mit geschwärzten Gesichtern den Pferden in die Zügel fielen, dem Postillon die gespannten Büchsen vor die Nase hielten, den Wagen seines wertvollen Inhalts, 6000 Thaler, die in drei Fäßchen enthalten und für Frankfurter Banken bestimmt waren, beraubten und dann Postillon und Wagen also erleichtert weiterfahren ließen. Aber schon bald darauf wurden die Thäter — sie waren aus Esch und sogleich vom Postillon erkannt worden — dingfest gemacht; auch das Geld wurde größtenteils wiedererlangt. Die Diebe erhielten dann später je zwölf Jahre Zuchthaus. Es erinnerte dieser Vorfall lebhaft an die Zeiten der seligen adeligen Herren vom Stegreif, die ja an derselben Stelle mit Vorliebe ihrem „ritterlichen Gewerbe" obzuliegen pflegten.

Das erschien aber doch für den Ordnungsstaat Nassau ein starkes Stück. Nun wurde allenthalben der Bürgerwehr zur Aufgabe

Digitized by Google

gemacht, Streifzüge zu unternehmen, wie es ehemals zu Schinderhannes' Zeiten geschehen war. Anfangs wollten die Wehrmänner nicht so recht d'ran; als sich aber herausstellte, daß die Streifzüge sich in angenehme Landpartieen verwandeln ließen, da fanden sich viele Widerstrebende gerne dazu bereit. Namentlich im Runkelischen klagten die Frauen gar sehr darüber, daß ihre Männer so oft die Langhecke absuchen müßten und dabei so viel Geld für „Äbbelwein un Worscht un Käs" verbranchten. Übrigens hatte aber die Sache doch auch ihr Gutes, und von einem weiteren Exceß wurde nichts vernommen.

Daß in manchen Orten auch die Unvernunft stark arbeitete, läßt sich denken. Die Möglichkeit, Subhastationen vorzunehmen, war in vielen Dörfern ganz benommen; derartige Akte verhinderte einfach das „sonveräne" Volk. Aber auch das kam vor, daß bei Holzversteigerungen die Gemeindemitglieder mit tüchtigen Knüppeln bewaffnet erschienen. Warum? Nun, man drohte jeden Fremden, der die Preise höher treiben wollte, entsprechend tüchtig durchzuwalken. Als ob man nicht den hoch getriebenen Preis auf jenem hätte hängen lassen können zum Vorteil der Gemeindekasse. Die unvernünftigen Bauern erreichten dadurch, daß Liebhaber ungegerbter Felle den Auktionen fern blieben und sie ihr Holz behielten —, allerdings! —

Ein anderes Bild. Pfarrer und Lehrer des Landes waren mehr oder minder an der Verwirklichung der Bestrebungen der Bewegung beteiligt, d. h. manche unter ersteren evangelischer Konfession. Wie in unserem ersten Kapitel gesagt wurde, war man in der vormärzlichen Zeit in Nassau auf bestem Wege, das episkopale System in unsere Landeskirche einzuführen. Solches verträgt aber der wahre Protestantismus nicht; dieser verlangt vielmehr Fortschritt, Entwickelung, und es gab genug evangelische Geistliche, die solchen Gedanken laut aussprachen. Es wurden auch nach obrigkeitlicher Anordnung vom 2. Mai bez. 16. Juni genug Synoden im Lande abgehalten, Anträge formuliert und Wünsche aufgesetzt für eine neu zu ediereude Kirchenverfassung. Vor allem strebte man nach Selbständigmachung des kirchlichen Lebens von der bureaukratischen Centralregierung in der Residenz, welchem Verlangen aber erst in späterer Zeit einigermaßen Rechnung getragen wurde. Zufriedener war die katholische Kirche, die seit

Digitized by Google

der Errichtung des Bistums Limburg von der Staats- und Regierungsgewalt fast eximiert erschien. Aber auch sie hatte ihre Wünsche, die Bischof Blum schon bei seinem Antritte bestimmt gestellt hatte und die er dann mit Zähigkeit zeitlebens verfochten hat: die Aufhebung des Simultanschulwesens und die Unterwerfung der Schule unter die Kirche. Eine Reihe ultramontaner Heißsporne benutzte die Zeit der Umwälzung, um für den Plan Propaganda zu machen. Da die katholischen Lehrer damals meist noch auf dem Boden des Simultaneums standen, so gab es an nicht wenigen Orten — ich erinnere nur an ein Städtchen südöstlich vom Feldberg, an der homburgischen Grenze — große Reibereien zwischen Pfarrer und Schullehrer, wobei die Gemeinde in zwei Fraktionen auseinanderriß. Die ultramontane Partei hielt es öffentlich klüglich mit der „Gesellschaft für Ordnung, Freiheit und Recht"; auch der damals begründete „Nassauische Zuschauer", das Organ jener Partei, begann den Kampf gegen den Fortschritt mit regem Eifer.

Dagegen traten die evangelischen Pfarrer, wie gesagt, vielfältig für den Fortschritt ein und fanden dabei Unterstützung der Lehrer. So wirkte im Weilthale der Pfarrer Snell von Langenbach im Verein mit dem Lehrer Schauß von Wolfenhausen unermüdlich, nicht aufreizend, sondern aufklärend, trotz aller Belästigungen, die ihm deswegen zu teil wurden. Snell war auch ständiger Mitarbeiter der „Freien Zeitung", für die er die Artikel „Von der Weil" schrieb.

Die Volksschullehrer hielten am 25. Mai zu Oranienstein und dann gemeinsam mit den Lehrern der höheren Schulen auf Pfingsten (am 14. und 15. Juni) zu Wiesbaden eine Versammlung ab. Die Forderungen, die hier aufgestellt wurden, sind die alten berechtigten, heute noch zum Teil unerfüllten gewesen: Reform des Lehrplans (Aufnahme von Turnen, vaterländischer Geschichte, Litteratur, Verfassungs- und Gesetzeskunde); allgemeine Volksschule bis zum zehnten Lebensjahre; systematischer Aufbau der Mittelschulen (Volks- und Bürgerschulen, Pädagogien und Progymnasien), Gymnasien (Human- und Realgymnasien) und Fachschulen (Seminar, Ackerbau-, Naturwissenschaftliche, Militär- und Gewerbeschule) auf die Volksschule; Aufhebung der Ausschließlichkeit der geistlichen Aufsicht und Ersetzung der Schulinspektoren durch einen mehrgliedrigen Kreisschulrat. Ein allgemeines Schulblatt für das

Digitized by Google

Herzogtum Nassau wurde begründet und dessen Redaktion einer Kommission (Professor Dr. Firnhaber, Dr. Casselmann und Lehrer Schmitt) übertragen; es erschien bei Kreidel. (Bemerkt soll werden, daß gleichzeitig auch die „Nassauische Zeitung" ein „Allgemeines Kirchen- und Schulblatt" als Beiblatt brachte.) Auch die materielle Besserstellung der Lehrer wurde verlangt.

Die Lage des Lehrerstandes war nämlich keine beneidenswerte. Namentlich die Volksschullehrer litten mitunter die bittersten Entbehrungen. Mit hundert, wenn es hoch kam, anderthalbhundert Gulden wurde so ein armer Schulmeister angestellt und blieb auf diesem Gehalte Jahre lang. Alte Lehrer erzählten Wunderdinge aus jenen Zeiten, wie sie sich durchbrachten. Dabei der fortwährende bureaukratische Druck. Die Lehrer an höheren Schulen standen sich ebenfalls, wie man zu sagen pflegt, knapp, doch immerhin noch besser als ihre Volksschulkollegen. Aber auch sie hatten durch die Bureaukraten in der Schulleitung manches zu leiden, und ihr Wirken war behindert und eingezwängt in starre Formen. Alle Schuld an den Mißständen warf man auf den Schulreferenten Regierungsrat Dr. Seebode; ein förmlicher Haß gegen den Mann griff in allen Lehrerkreisen Platz. Man haßte das System in dessen Träger; denn Seebode für seine Person ist viel besser als sein Ruf gewesen. Als die Forderungen der Volksschullehrer, die sie gestellt hatten, keine Berücksichtigung zu erfahren schienen, erhob sich allerorts der Ruf: Seebode fort! Auf Antrag einer großen Anzahl Mandanten forderte der Abgeordnete Justi-Idstein der auch warm für Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer eintrat, in der Kammer die Entlassung des verhaßten Schulrats, welchem Verlangen aber nicht Folge gegeben wurde. Die spätere Zeit ergab, daß Seebode sich sehr gut zu den Lehrern zu stellen wußte; er veranlaßte eine Reihe höchst nützlicher Reformen, er übernahm sogar die Redaktion des oben erwähnten Vereinsorgans, des „Nassauischen Schulblatts", und ist auch später der Stifter des nach ihm benannten Fonds zur Prämiierung pädagogischer Preisarbeiten geworden.

Nun, es war eben das Jahr Achtundvierzig, in welchem Ereignisse und Personen mit verschiedenem, von dem gewöhnlichen ganz verschiedenem Maßstabe gemessen werden müssen.

Digitized by Google

XXI. Die nordische Heerfahrt.

Schleswig-Holstein, meerumschlungen,
Deutscher Sitte hohe Wacht,
Wahre treu, was schwer errungen,
Bis ein schön'rer Morgen tagt.
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

Klingen diese Verse nicht wie die eines Märchens aus alten Zeiten? Als Kinder haben wir sie singen hören, selber nachgesungen, namentlich den Refrain, wobei der Sinn und die Aussprache des „stammverwandt" meist besondere Schwierigkeiten machte. Die Jugend von heute kennt das Lied, das einst sozusagen deutsche Nationalhymne war, nicht mehr. Die politischen Lieder haben eben ihre Zeit.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier die Entstehung und Bedeutung der schleswig-holsteinischen Erhebung vorzuführen; wenige Sätze müssen genügen. Der Dänenkönig wollte die meerumschlungenen beiden Herzogtümer, die er als deutscher Bundesfürst regierte, seinem Staate ganz einverleiben, wenigstens sollte das mit Schleswig geschehen. Die Schleswig-Holsteiner aber wollten Deutsche bleiben und erhoben sich. Der Deutsche Bund, vor allem der Großstaat Preußen, lieh ihnen seine Unterstützung; der Oberfeldherr des aus einem preußischen und dem X. Bundescorps bestehenden Bundesheeres, General v. Wrangel, warf die Dänen nach der Schlacht bei Schleswig (23. IV. 1848) aus dem Lande hinaus. Als er aber nach Jütland einrückte, legte sich die europäische Diplomatie ins Mittel und verhunzte alle Erfolge des schneidigen „Generals Druff", wie der alte Feldherr hieß, gründlich. Die siegreichen Truppen, denen sich Scharen von Freiwilligen angeschlossen hatten — preußische Garden und deutsche Insurgenten kämpften hier nebeneinander — mußten zurück, und die Dänen drangen wieder vor. Zur See waren diese offenbar obenauf; ihre Kriegsschiffe fingen Dutzende mangels einer Flotte ungeschützter deutscher Kauffahrer weg, die dann öffentlich versteigert wurden.

Die Begeisterung für die Freiheit der Meerumschlungenen fing, der elenden Kriegsführung halber, schon an nachzulassen, als der Bund sich aufraffte und die Mobilmachung eines Teils des

Digitized by Google

IX. Armeecorps (Sachsen, Nassauer, Frankfurter) zur Verstärkung des Bundesheeres befahl. So wurden denn in Nassau das erste Bataillon jedes der beiden Regimenter, vier leichte Compagnieen und die Artillerie auf Kriegsfuß gesetzt. Es waren unterdes in den höheren Kommandostellen Verschiebungen eingetreten. Oberst Alefeld war zum Generalmajor, Oberstleutnant Gerau zum Oberst, die Majore Hergenhahn und Weiz waren zu Oberstleutnants befördert, Major Weber dagegen pensioniert worden. Der Brigadestab unter Generalmajor Alefeld rückte mit aus; das Kommando erhielt Oberstleutnant von Reichenau, dessen Anklage (s. Kapitel XVII) die Kammer verworfen hatte. Das gab wieder Gelegenheit zu murren; doch fragte man nichts danach, und die Ernennung dieses schneidigen Offiziers ist auch nicht nachteilig gewesen.

Am 12. August wurden die Truppen zu Biebrich auf Dampfern eingeschifft und fuhren rheinab. Die Nassauer genossen dabei die Ausschmückung der Städte und Dörfer am Strande mit, die sich zu Ehren des Reichsverwesers und des Königs von Preußen wegen deren Teilnahme an der sechshundertsten Jahresfeier der Gründung des Kölner Domes (14. August) vollzog.*) Unterwegs wurden sie durch heraneilende Nachen mit Lebensmitteln und Wein reichlich versehen, sodaß die Heerfahrt sich recht vergnüglich anließ. In Koblenz besuchte die preußische Generalität die Schiffe, eine ungeheure Volksmenge drängte sich jubelnd am Ufer, die Fahnen wehten, die Festungskanonen machten bum, bum, — kurz, es war eine große Herrlichkeit. In Neuwied begrüßte die Krieger das Fürstenpaar vom Balkon des Schlosses. Von dieser hohen Stufe ging's aber wie auf dem Rhein abwärts. Am Abend des 12. August kam man in dem überfüllten Köln an, wo zwar die Herren Offiziere bei ihren preußischen Kollegen gute Aufnahme fanden, die Soldaten jedoch bei dem furchtbaren Menschenandrang als ziemlich unbequeme deutsche Brüder behandelt wurden. Am 13. gelangten die Nassauer nach Düsseldorf; hier aber waren sie kaum einquartiert, als es — wer kennt die Ursache! — zwischen preußischem Militär und Bürgern zum Krawall kam. Man sagt, die dort nicht beliebten Preußen seien eifersüchtig auf den guten Empfang der Nassauer gewesen und

*) Erzherzog Johann kam mit der Bahn von Frankfurt nach Biebrich, wurde dort vom Herzog empfangen und fuhr auf dem „Schiller" rheinab.

Digitized by Google

hätten den Rumor angefangen. Es gab ein Handgemenge, Hauen, Stechen, Schießen, Tote und Verwundete, Generalmarsch des Militärs und der Bürgerwehr, bis endlich die Vernunft siegte und die Soldaten in die Kasernen zurückgezogen wurden. Die Nassauer wurden per Eisenbahn verladen und kamen am Abend nach Minden, marschierten sodann nach Bückeburg, wo sie übernachteten. Am 14. fuhren sie per Bahn nach Harburg, von da auf zwei Dampfern über die Elbe nach Altona, wo sie einen Tag rasteten und es bei den Bürgern gut hatten.

Aber über eines wunderten sich die Weithergekommenen, darüber nämlich, daß man in Altona gar nicht so sehr von der meerumschlungenen Freiheit begeistert war, sondern im Gegenteil wünschte, daß der Krieg aus sei. Die dänische Zwingherrschaft hatte damals sich noch nicht so fühlbar gemacht. Von Altona ging die Reise am 16. auf der Bahn nach Rendsburg weiter. Rendsburg war eine alte, starke, rings von den Wassern der Eider umspülte Festung, die damals von Militär vollgepfropft war und in der es also kein Halten gab. Da hieß es denn bivouakieren und von nun an, Gewehr über, in das schleswigische Gebiet hineinmarschieren. Es war gerade kein angenehmer Marsch über die öde Heide hin, wo nur da und dort die roten Dächer der Gehöfte aus der Ebene — und nichts als Ebene — auftauchen, wo rechts und links das Meer so nahe ist und der Himmel wie eine große blaue, über einen grünen Teller gestülpte Glocke aussieht. Nun erblickten unsere Grünröcke auch das Kriegsleben in seiner, wenngleich ziemlich unblutigen Gestalt: die Truppen von etlichen zehn deutschen Bundesstaaten, in ihren verschiedenen, dem Geschmacke ihres Dynasten zusagenden Uniformen, die kolossale Bagage, Lastfuhrwerke, Lazarettwagen, Fouragezüge und Gefangenentransporte. Es schien unseren Leuten schier, als ob mehr Soldaten als Einwohner in Meerumschlungien vorhanden seien.

Alsbald gab es auch Gelegenheit zur Klage. Die Soldaten marschierten guten Mutes mit dem schweren Affen auf dem Rücken und dem umgestülpten Melkeimer — der übrigens als Magazin für Tabak, Wurst, Käse ꝛc. diente — auf dem Kopfe durch Sand und Gestrüpp, doch als sie „kamen ins Quartier, da ließen die Köpfe sie hangen". Kein Platz! Die Offiziere fanden welchen allezeit, aber die Gemeinen lagen im Dorfe Kropp eine Compagnie

Digitized by Google

in drei Häusern. Die schleswigischen Bauern thaten in Beziehung auf Quartier, was sie vermochten, aber nicht mehr, und das nahm ihnen niemand übel. Dagegen verpflegten sie die Leute vortrefflich. Zwar die Rheingauer spieen den Trank, den man ihnen als Wein vorsetzte, wieder aus, und die Städter kauten lange an dem harten Schwarzbrot herum. Aber Kartoffeln und merkwürdigerweise Kaffee, Thee und Zucker bekamen namentlich die Westerwälder besser als daheim, und die Bauern versicherten, es mache ihnen Spaß, die deutschen Brüder, „wo dat nich anders geiht", noch ein ganzes Jahr bei sich zu beherbergen; Not sollten sie im Essen und Trinken nicht leiden. Dabei hatten die Braven aber schon vier Monate lang große Einquartierungslast getragen.

Es war in Kropp, wo die Nassauer ein Bekannter, der Reichskommissar Max v. Gagern, überholte. Er reiste zum General v. Wrangel ins Hauptquartier. Sehr erstaunt waren Offiziere und Mannschaften, daß der Kommissar zu Waffenstillstandsverhandlungen abgesandt sei. Einstweilen glaubte man nicht recht daran und marschierte, Gewehr über, weiter. Am 17. gelangten die Truppen nach Schleswig an der Schlei, wo die Wasser der breiten Schlauchmündung dieses Flusses beim Ostwind unter der Ostseeströmung rückwärts zu treiben scheinen. Die Hauptstadt bereitete den deutschen Kriegern einen jubelnden Empfang, den letzten. Denn als am 19. die Nassauer über die Walstatt von Schleswig weiter zogen und in Flensburg einrückten, fanden sie auf einmal, daß die Mienen der Landesbewohner unsympathisch wurden, und hörten auch zum ersten Mal fremde Laute; die Leute beliebten in dänischer Zunge, oder in einem schrecklichen Kauderwelsch zu reden. Flensburg mit seiner wunderschönen Lage an der Flensburger Föhrde ist Handelsstadt; seine Handelsinteressen sind mit denen Dänemarks verknüpft, weil die Handelswege dorthin weisen; viel Dänenblut ist's, das in seiner Bewohner Adern rollt. Als ich vor elf Jahren dort war, waren fast alle Aufschriften an den Kaufhäusern dänisch, die Leute redeten meist dänisch, im Hafen lagen die dänischen Kauffahrer mit der Kreuzflagge, dem Danebrog; und heute sollen noch viele Sympathieen dem Inselreiche zuneigen. Nördlich von Flensburg, bis zur Grenze, wird's wieder deutscher.

Die Nassauer trafen in Flensburg je ein Bataillon Weimarer und Frankfurter, mit denen sie am 22., als alle angekommen waren,

Digitized by Google

zu einer kombinirten Brigade vereinigt wurden, deren Kommando Generalmajor Alefeld übernahm. Der Oberbefehl über das gesamte Corps wurde dem hannoverischen General v. Halkett übertragen, der die übrigen Bundestruppen, außer den preußischen, von Anfang an befehligt hatte. Er war ein alter Waterlookämpfer, der die nassauische Tapferkeit aus jener Schlacht noch im Gedächtnisse hatte. Die Nassauer thaten sich auch darauf zu gut, und manch einer führte in seinem Tornister Zeitungsausschnitte mit guten und schlechten Gedichten mit, in denen sie angesungen worden waren. Weimarer und Frankfurter vertrugen sich ganz gut mit den neuen Kameraden; besonders den Frankfurter „Märweln" war es angenehm, sich mit Gefährten zu unterhalten, die wie sie ein Verständnis für die Wehmut über das Fehlen eines gediegenen „Äbbelwei" besaßen. Die Truppen mußten sich seit dem Ausmarsche aus der Stadt Schleswig selbst verpflegen. Die Ration pro Mann und Tag betrug 2 Pfund Brot, $^1/_4$ Pfund Reis, $^3/_4$ Pfund Fleisch mit Salz und $^1/_8$ Quart Schnaps.

Am 23. bezog die Brigade Vorposten nördlich von Flensburg, im Sundewitt, bei Atzebüll, Alnoer und Gravenstein und auf den Düppeler Höhen, der grünen Insel Alsen gegenüber, um die „Danskes" von Überfällen, in denen sie so großartig waren, abzuhalten. Allein so sehr man auch nach den „Krebsen", wie man die Dänen wegen ihrer roten Uniformen, die sie damals noch trugen, nannte, eifrig ausschaute, sie kamen „nich' ran". Die höhnenden Gesichter der Einwohner ärgerten unsere Leute; sie vernahmen statt des „God bye!" womit sich die Schleswiger verabschiedet hatten, manch unterdrücktes „Den Düvel achter jn!"; sie sahen wie die Lauenburger Rekruten heimtransportiert wurden, weil sie nicht gegen die Dänen kämpfen wollten. Und dieses Land sollte man befreien, das nicht befreit sein wollte! Die Leute begannen, wie ein Briefschreiber sagt, auf das meerumschlungene Land und Lied zu pfeifen.

General v. Wrangel hielt am 24. August Parade über die Brigade im Sundewitt ab, lobte ihre Haltung und sagte, er freue sich, neue deutsche Brüder unter seinem Oberbefehl begrüßen zu können, die er seinen anderen Soldatenkindern gleich halten wolle. Ein Hurra, wie es die „Berliner Garde" nicht besser hätte produzieren können, antwortete ihm. Den Soldaten gefiel

Digitized by Google

der alte „General Druff“, der in einer gewissen Weise an den alten „Marschall Pascholl“, Blücher, erinnerte. Sein jugendliches Alter, die stramme Haltung, das Wettergesicht mit den blauen Augen und dem ganz kurzen, aber breit ausgekämmten Schnurrbart imponierte. Zudem war der Sieg bei Schleswig noch in frischem Andenken, und man strebte, ihn zu wiederholen. Dazu war man ja hergekommen. Obwohl es vergeblich gelang, eines Dänen ansichtig zu werden, wurde doch allenthalben auf das „Druff“ gewartet.

Da, zwei Tage nach jener Parade, am 26. August, wurde der elende Waffenstillstand zu Malmö erst von Preußen, nach ohnmächtigen Wutausbrüchen der Patrioten dann auch vom Reichsparlament abgeschlossen. Mit hängenden Ohren zogen die deutschen Truppen aus Schleswig nach Holstein zurück, langsam, so langsam, daß die Nassauer erst am 17. September in Altona ankamen. Mißmutig, ja zornig, ließen sie sich wieder heimverpacken. Das war die achtundvierziger Heerfahrt nach Schleswig-Holstein.

XXII. Die erste Periode der Volkskammer.

Es wird nunmehr Zeit, einen Überblick über die Thätigkeit des nassauischen Landtags (der Volkskammer) zu werfen, die dieser während des Sommers entfaltete. Wir haben schon mehrfach gehört, daß sie keine besonders fruchtbare war, indem manche Verschleppung, insbesondere durch oft nichtssagende Interpellationen und kleinliche Zänkerei, stattfand. Auch spielten sich die öffentlichen Vorgänge oft genug in den Verhandlungen ab. Die Protokolle der Volkskammer durchzugehen, ist mitunter von tödlicher Langeweile und wenig erbaulich. Wenn man die Lapidarsprache mancher französischen, italienischen oder spanischen Abgeordneten von heute bestaunt, so braucht man nur einige Sitzungsberichte der nassauischen Volkskammer zu lesen, um gewahr zu werden, daß auch unsere Volksvertreter nicht gewohnt waren, sich mit Höflichkeits-Confetti zu bewerfen. Aber trotz alledem ist doch wieder bei den Verhandlungen, wenn auch langsam, manches Wertvolle herausgekommen.

Digitized by Google

Selbstverständlich mußte man sich zur Hauptaufgabe die Regelung des Finanzwesens machen. „Sparen, Herr Minister, sparen!“ Diesen Ruf von heute konnten auch Präsident Hergenhahn und Genossen oft genug vernehmen. Als das neue Staatsbudget vorgelegt wurde, gab sich die Kammer mit einer wahren Wollust ans Streichen des sogenannten „Aufwandes“, und es hätte nicht viel gefehlt, so hätte man in den Staatsbeamtenbureaux keine Schreibsachen mehr gehabt, weil dieser Ausgabeposten besonders „gekürzt“ wurde. So war denn schließlich durch Knipsen hier und da eine ansehnliche Summe heruntergebracht; allein nun zeigte es sich, daß auf der anderen Seite dieser oder jener Abgeordnete Spezialwünsche seines Kreises vorzubringen hatte, die meist auch berücksichtigt wurden. So gingen die hier abgesparten Gelder dort wieder drauf, und mit den finanziellen Errungenschaften war es nichts. Doch tröstete man sich, daß die Ausgaben eine gerechtere und zweckentsprechendere Verteilung gefunden hätten.

Die Einnahmen indes wurden durch eine wichtige Maßregel vermehrt. Am 26. Juli beschloß die Kammer, die Einkünfte der als Staatseigentum erklärten Domänen der Landessteuerkasse zufließen zu lassen; über die Verwendung jener Intraden sollte jedesmal seitens der Kammer Beschluß gefaßt werden. Das war ein großer Fortschritt. Aber von einer Reform des Steuerwesens war vorläufig nicht die Rede. Die progressive Einkommenbesteuerung auf Grund der Selbsteinschätzung, wie sie der Finanzreformer Miquel bei uns durchführte, fand damals nicht nur vielen Widerspruch, nein, die Idee wurde durch die „Nass. Allg. Ztg.“ damals wie später (s. Kapitel XXVIII) geradezu als Utopie erklärt. Ebenso wurde der sehr diskutierbare Gedanke einer Luxussteuer „naiv“ gefunden, und man war der wunderlichen Ansicht, „daß man viel eher denjenigen besteuern müsse, der keinen Luxus treibe, als den Reichen, der sich zum Vorteil der Armen durch Luxus ruinieren wolle“. Als ob jemals das Geld ruinierter Reicher in die Taschen der Armen gelangt wäre! Die doch sehr beschränkt bourgeoise Denkungsart geht aus diesem Ausspruche zur Evidenz hervor.

Außer mit finanziellen Reformmaßnahmen in der Theorie ging man auch praktisch vor. Es war ein schreiendes Bedürfnis, dem daniederliegenden Gewerbewesen aufzuhelfen. Man wollte

Digitized by Google

ein neues Kreditinstitut zu diesem Zwecke schaffen, kam aber davon ab, da die Meinungen über die Beschaffung der Fonds dazu dermaßen auseinander gingen, daß kein Projekt darauf zu bauen war. Es war daher ein ebenso vernünftiger wie glücklicher Gedanke, die Einrichtung der Landeskreditkasse in einer jenen Anforderungen dienlichen Weise umzugestalten, wie unterm 5. Juli der Anfang gemacht wurde. Durch diese Reform entstand allgemach die „Nassauische Landesbank", jedenfalls eine der segensreichsten Schöpfungen des bewegten Jahres. Man ließ es übrigens damit nicht genug sein. Dem Übel mußte nachgespürt und seiner Abhilfe nachgesonnen werden. Diese Aufgabe sollte, wie die Regierung schon am 1. Mai verfügt hatte, eine von der Kammer gewählte, aus Gewerbsleuten bestehende Centralkommission erfüllen, die durch Spezialkommissäre im ganzen Lande Prüfungen und Erhebungen anstellte. Wo sich die Notwendigkeit ergab, daß Geldunterstützungen zu machen seien, hatte die Kommission die Gewährung von Darlehen aus der Kreditkasse zu vermitteln. Zum ersten Mal wurde hier vom bureaukratischen System abgegangen.

Eine andere praktische Maßnahme war die Aufhebung der Polizeiverordnungen wegen der Lebensmittelteuerung aus den beiden vorhergehenden Jahren. Diese betrafen besonders das Verbot des Verkaufs von Früchten auf dem Halme und von noch in der Erde befindlichen Kartoffeln, das in Zeiten der Teuerung vielleicht angebracht war, unter den gegenwärtigen Verhältnissen jedoch nur hemmend und nachteilig wirken konnte.

Direkte Geldunterstützungen wurden von der Kammer bewilligt für solche Gegenden des Landes, in denen ein ausgesprochener Notstand herrschte. Es waren das besonders verschiedene Teile des Westerwaldes und der Gegend nördlich vom Feldberge. Auf dem Westerwald war die Teuerung in den vorhergegangenen Jahren am stärksten verspürt worden, da die Kartoffelernte daselbst fast völlig mißraten, d. h. spärlich ausgefallen war. Einzelne Gemeinden hatten alles Abbringliche zu Geld machen müssen, um teure Lebensmittel von anderswoher sich zu beschaffen. Hier konnte nicht anders abgeholfen werden, als durch direkte Geldzahlungen oder durch Beschäftigung der Beschäftigungslosen bei öffentlichen Arbeiten. Das ist denn auch in reichem Maße, namentlich durch Straßenbauten, geschehen. Bezahlte Straßenbauarbeit bedeutete etwas

Digitized by Google

Neues, da bisan bekanntlich noch der Chausseebau Fronarbeit gewesen war. Am Nordhange des Feldbergs waren es namentlich die sogenannten hassenheimischen Dörfer Reifenberg, Seelenberg, Arnoldshain und Schmitten, deren Lage bedauernswert erschien. Wir werden Genaues darüber in Kapitel XXV erfahren. Hier sei nur die Bemerkung gemacht, daß durch das Aufkommen der Maschinen die Nagelschmiede-Industrie, die jene Dörfer fast ausschließlich betrieben, zu Grunde gerichtet wurde, und daß der in München lebende Standesherr, der Graf Hugo von Waldbott-Bassenheim, wohl seine Rechte in der unglücklichen Herrschaft Reifenberg wahrnahm, aber für das Elend seiner armen Unterthanen blind und taub blieb. Die Kammer, die ihn vergebens anbohrte, mußte schließlich die Sache der Unterstützung selbst in die Hand nehmen und auf Staatskosten den Dörfern Zuschüsse leisten und Verdienst verschaffen.

Auch der Not der Volksschullehrer sollte abgeholfen werden. Sie hatten ja treulich, gleich den niederen Beamten, das alte System untergraben und stürzen helfen; das wollte man belohnen. Die Kammer bewilligte auf Justis Antrag (s. Kapitel XXII) unterm 12. Juli zu diesem Zwecke bar 25,000 Gulden als außerordentlichen Zuschuß und glaubte damit etwas Bedeutendes geleistet zu haben. An sich lautete die Summe auch sehr hoch; aber als man an die Verteilung ging, da kamen auf den Kopf durchschnittlich noch keine dreißig Gulden. Die Lehrer mußten noch drei Jahre warten, bis man ihre Verhältnisse einigermaßen verbesserte und auch ein Pensionsgesetz erließ.

Schließlich wurde den Gemeinden durch das Jagdgesetz vom 15. Juli eine neue Einnahmequelle eröffnet. Bereits im März wurden bekanntlich die Jagdfronen aufgehoben, und man deutete den späteren Verzicht auf das Jagdregal an. In der Zwischenzeit, bis zur gesetzlichen Regelung der Angelegenheit, war aber derart gewildert worden, daß man nur mit Schrecken an die Folgen dieses Treibens denken konnte. Die hohen Herren namentlich, die gesonnen waren, das Weidwerk weiter zu üben, wenn auch künftig gegen Abgabe, sahen deshalb gern die Überweisung des Jagrechts an die Gemeinden, nur damit diese aus Gründen des eigenen Vorteils der ferneren Wildausrottung steuerten. Diese Überweisung erfolgte denn auch durch das obengenannte Gesetz in der Weise, daß den

Digitized by Google

Gemeinden das Recht zugesprochen wurde, die Jagd auf den Grundstücken ihrer Gemarkung, mit Ausnahme der eingefriedigten, auf denen dem Besitzer das Jagdrecht zustand, zu verpachten. Niemand durfte hinfort ohne Jagdpaß die Jagd ausüben. Der Paß wurde gegen Entrichtung von vier Gulden Gebühr an die Staatskasse vom Ortsvorstand ausgestellt und galt fürs ganze Herzogtum; Minderjährige, unter Kuratel Stehende, mit schweren Vorstrafen Belegte durften, letztere fünf Jahre lang nach Ablauf der Strafzeit, keine Pässe erhalten. Der Pächter oder Eigentümer eines offenen Grundstücks konnte fortan das Wild von diesem vertreiben oder abhalten; etwaiger Jagdschaden mußte durch den Jagdpächter, in dessen Unvermögensfalle durch die Gemeinde ersetzt werden. Wilderei wurde nach wie vor mit schweren Strafen belegt; doch durfte der Förster bezw. Jagdaufseher nur in Fällen der Notwehr von der Schießwaffe Gebrauch machen. Ein Ausführungsgesetz regelte die Bestimmungen noch im einzelnen. Es muß als Merkwürdigkeit bezeichnet werden, daß die meisten Gemeinden nun, nachdem das Jagdrecht Gemeinderecht geworden war, die im März fortgejagten Förster wieder holten und als ihre eigenen Beamten anstellten. Wenn man den früheren Förster nicht wieder nahm, so griff man sich den nächsten, der zu haben war; der andere fand dann anderswo Unterkunft. Somit erledigte sich die Sorge der Kammer um Wiederanstellung jener Beamten meist von selbst.

Nahm schon durch dieses Gesetz die Regierung zugleich Gelegenheit, die Gemeinden zur Steuerung öffentlicher Unregelmäßigkeiten heranzuziehen, so ist dies auch noch auf andere Weise erfolgt. An demselben 15. Juli, an welchem er das Jagdgesetz unterzeichnete, setzte Herzog Adolf auch die Feder unter das bereits am 5. Mai erlassene Edikt über den Schadenersatz bei Zusammenrottungen, das die Kammer nun zum Gesetz erhoben hatte. Demnach sollten hinfort Gemeinden bei vorkommenden Störungen der gesetzlichen Ordnung, die durch kräftiges Zusammenwirken der Gemeindeeinwohner hätten verhütet oder unterdrückt werden können, für die Vergütung der durch solche Exceße verursachten Beschädigungen haftbar seien. Waren die Verbrecher nicht Gemeindemitglieder, oder waren letztere nicht imstande, das Verbrechen zu verhindern, so fiel die Verpflichtung zum Schadenersatz fort. Die Gemeindebürger, aus deren Mitte die Teilnehmer an dem in einer anderen

Digitized by Google

Gemeinde verübten Verbrechen kamen, waren nur dann zum Schadenersatz verpflichtet, wenn jene in einer solchen Zahl und auf eine solche Weise sich aus der Gemeinde entfernt hatten, daß ihre verbrecherische Absicht zu erkennen und nicht zu verhindern war. Über Verbindlichkeit und Höhe des Schadenersatzes hatten die Gerichte zu entscheiden; die festgesetzte Entschädigungssumme wurde bei keiner anderweitigen Vereinbarung durch eine zum Teil nach Köpfen, zum Teil nach dem Steuerkapital zu machende Umlage gedeckt.

Karl Braun.

Friedrich Lang.

Nach Bildern aus späterer Zeit.

Aus dem Vorhergegangenen leuchtet hervor, daß die Thätigkeit der neuen Volkskammer in deren erster Periode sehr die materiellen Interessen des Landes bevorzugte, und es läßt sich das leicht begründen und billigen. Aber nicht zu billigen ist die Art und Weise, wie man die geistigen Interessen behandelte oder vielmehr mißhandelte. Unstreitig hat hier die Linke, die sich doch sonst als Vertreterin des Fortschritts, also auch der Wissenschaft — denn Wissenschaft ist Fortschritt — aufspielte, sich recht gefühllos benommen, vielleicht nur deshalb, weil die betreffenden Anträge von Mitgliedern der Gegenpartei kamen. Was sonst in Sachen der Kunst, namentlich über die Weiterführung des Theaters zu Wiesbaden, in der Kammer „hin- und hergehandelt" wurde, hören wir später. (S. Kapitel XXVI.) Es sei hier dagegen darauf hingewiesen, daß am 6. Juli

Digitized by Google

der Abgeordnete Dr. Fresenius, damals schon eine Berühmtheit in seinem Fache, den Antrag stellte, eine naturwissenschaftliche Akademie in Nassau zu gründen.*) Welchen Nutzen eine solche Anstalt, beispielsweise in Wiesbaden errichtet, mit tüchtigen Lehrkräften versehen, mit Staatsunterstützung ausgestattet, dem Lande gebracht hätte, sieht heute wohl jedermann ein. Damals wies man mit Majorität den Antrag rundweg ab. Der Abgeordnete Hehner (nicht der Regierungsrat) trug sogar spottweise auf Errichtung einer Universität in Rennerod (!) an. Es ist kaum glaublich, wie Leute, die akademisch gebildet sein wollten, so geringschätzend über die Wissenschaft sprechen konnten. Aber Fresenius war eben, trotzdem er seinerzeit die Streichung der Bezeichnung „von Gottes Gnaden" beantragt hatte, Mitglied der orangeblauen Partei und deshalb den Gegnern mit allem, was von ihm ausging, nicht genehm. Auch sonst trat oft eine wunderliche Auffassung zu Tage. So meinte der Abgeordnete Lang einmal, es sei nicht unumgänglich nötig, daß Nassau drei Gymnasien (Weilburg, Wiesbaden, Hadamar) besitze; die Nassauer könnten auch die Anstalten der Nachbarstaaten besuchen, das sei der Verbreitung des deutschen Einheitsgedankens sehr förderlich. Nehmen wir an, daß Lang damit nicht etwa wirklich der Aufhebung einer oder mehrerer nassauischer Gymnasien das Wort reden, sondern nur darthun wollte, man möge in Bezug auf das Gymnasialstudium nicht partikularistischen Tendenzen huldigen. Dagegen fiel später anderseits (8. Oktober) durch die Aufhebung des Staatsvertrags mit Hannover, wodurch Göttingen zur nassauischen Landesuniversität erklärt worden war, und (5. Oktober) mit dem Großherzogtum Hessen, wonach katholische Theologie Studierende nach Gießen verwiesen wurden, ein Hemmnis fort; der nassauische Student konnte sich, ohne der Stipendienvergünstigung verlustig zu gehen, eine deutsche Akademie wählen, welche er wollte.

Das waren die Ergebnisse der ersten Landtagsperiode von 1848; es hätte, wie man sieht, viel mehr geleistet werden können, aber es ist doch auch wiederum manches geleistet worden.

*) Fresenius hatte bekanntlich kurz zuvor seine private akademische Lehranstalt begründet.

Digitized by Google

XXIII. Die Nassauer und der Frankfurter Aufstand.

Die Kunde vom Abschlusse des Waffenstillstandes von Malmö mit dessen Einzelheiten verbreitete sich erst allmählich in Deutschland, rief deshalb aber eine um so nachhaltigere Erbitterung hervor. Die Reichstruppen wurden aus dem befreiten Lande zurückgezogen, Schleswig unter die Verwaltung einer preußisch-dänischen Kommission gestellt, die schleswig-holsteinischen Truppen getrennt und zu Polizei- und Nachtwächterdiensten verwendet. Wofür war all das deutsche Blut geflossen, alle Begeisterung verbraucht? Noch hoffte man, daß, wenn auch Preußen zugleich im Namen des Reichs jene schmählichen Bedingungen eingegangen war, das Parlament in Frankfurt den Waffenstillstand verwerfen würde. An Hunderten von Orten wurden Volksversammlungen abgehalten und Proteste vorbereitet oder abgesendet. Auch das nassauische Ländchen that das Seine. So hielt u. a. der Bürgerverein an der unteren Weil unter seinen Leitern Snell und Schauß am 10. September eine Versammlung auf der Elendsmühle bei Winden ab, an der 2000 Menschen aus der Umgegend teilnahmen, und ließ eine Protestschrift gegen die Schmach von Malmö nach Frankfurt abgehen. Allerorts harrte man gespannt, was die Volksvertreter in der Paulskirche beschließen würden. In der „Reichshauptstadt" Frankfurt selbst waren die Gemüter auf's äußerste erregt; auch hier ließ man eine Adresse an die Nationalversammlung abgehen.

Da geschah das Unerwartete. Am 16. September erkannte die Versammlung mit 257 gegen 236 Stimmen den Waffenstillstand von Malmö an. Das ging wie ein Lauffeuer durch die nassauischen Gaue, und bei den hitzigen Gemütern schlug es ein. Man goß heimlich da und dort, besonders in Weilburg und Umgebung, Kugeln und beredete sich ebenso heimlich zu bewaffnetem Zuge gegen Frankfurt, um das Parlament, „die Halunkenversammlung", auseinander zu sprengen. Auch wegen eines anderen Beschlusses war man letzterem nicht grün, nämlich weil es eine Vermehrung der Reichskriegsmacht um das Doppelte beschlossen hatte. Eine große Volksversammlung zu Weilburg, am 16. September, schickte auch deshalb eine Protestschrift nach Frankfurt ab. Viele Nassauer, Städter und Bauern, begaben sich, überdies schon vor dem 16., aufs Geratewohl dorthin. Andere machten sich um

Digitized by Google

dieselbe Zeit auf den Weg nach Darmstadt, wo am 17. September die Liberalen dem als Märtyrer seiner freien Ueberzeugung in der Reaktionszeit gestorbenen Rektor Weidig ein Grabmal setzten und eine glänzende Gedenkfeier veranstalteten, wobei der Justizrat Buchner von Darmstadt und der Kollektor Kuhl von Butzbach freiheitliche Reden schwangen. Auch war es unterwegs bekannt geworden, daß am selben Tage — der 17. war ein Sonntag — die demokratische Partei in Frankfurt auf der Pfingstweide ein Monstre-Meeting abhalten wollte. Kurz, es war eine Aufregung, ein Zug nach Süden, nach Frankfurt hin, ein unbestimmtes Drängen, mehr zu erfahren, Gewißheit statt der beunruhigenden Ungewißheit über das, was die nächste Zeit mit sich bringen sollte, zu erlangen. So kam es denn, wie gesagt, daß am 16., 17. und 18. September die aus dem Nassauischen nach Frankfurt führenden Straßen von Wiesbaden, aus dem Lorsbacher Grunde, von Königstein, aus dem Urseler Thale von Menschen wimmelten; auch die Taunusbahn beförderte viele dahin. Es war eine kleine Völkerwanderung, doch bedeutender als vier Monate vorher, da das deutsche Parlament eröffnet wurde.

Aber diejenigen, die am 18. nachmittags ihren Weg nach der Reichsstadt fürbaß zogen, machten unterwegs plötzlich Halt und lauschten. Ein dumpfes, rollendes Getöse drang aus der Gegend von Frankfurt herüber, das den Boden leicht erzittern machte. Das waren Kanonenschläge! Und die von der Höhe kamen, sahen auch über die Straßen Frankfurts dichte Wolken hinziehen. Das war Pulverrauch! Unzweifelhaft: — in Frankfurt wurde gekämpft.

Ja, es wurde gekämpft, — und es war merkwürdigerweise wieder einmal der „Achtzehnte", der Geschichte machte. Das war so gekommen.

Als die Nationalversammlung den Waffenstillstand von Malmö anerkannt hatte, war in die demokratische Partei, die dagegen gestimmt hatte, ein furchtbarer Zorn gefahren. Man wollte mit Gewalt das Parlament auseinandersprengen, an das Volk appellieren und Neuwahlen erzwingen, bei denen man eine demokratische Mehrheit zu erlangen hoffte. Die Exaltados waren gewillt, mit den Waffen in der Hand ihren Willen durchzusetzen, und wußten sich der teilweisen Unterstützung der Massen gewiß. Es lag kein vorbereitender Plan vor, man hoffte, die plötzliche, allgemeine Eruption würde alles mitreißen.

Digitized by Google

Als am 16. (Samstag) die Nachricht von dem erwähnten Beschlusse des Parlaments sich in der Stadt verbreitete, barst der Unwille gegen die Mitglieder, die für jenen Beschluß gestimmt hatten, in Beschimpfungen und Thätlichkeiten aus. Eine erregte Volksmenge wälzte sich zur „Westendhalle", dem gewöhnlichen Versammlungslokal der Abgeordneten, fand aber glücklicherweise niemanden dort vor, außer dem Turnvater Jahn. Der Alte, der ganz konservativ geworden war, wurde von der wilden Schar verfolgt und konnte sich nur dadurch retten, daß er sich unter einem Tische verkroch, wo man ihn nicht bemerkte. Der Reichsminister des Äußeren, Heckscher, dagegen wurde, als man ihm auf der Straße begegnete, thätlich mißhandelt und floh zum Taunusthore hinaus auf der Landstraße nach Höchst weiter. Als er dort erkannt und es bekannt ward, daß er für den Waffenstillstand gesprochen hatte, wurde ihm ebenfalls übel mitgespielt. Die demokratische Linke versammelte sich und berief für den morgigen Sonntag, wie schon erwähnt, eine große Zusammenkunft auf die Pfingstweide ein.

Es war eine kolossale Demonstration, ein mass-meeting von 20 000 Personen aus Frankfurt und Umgebung, unter denen sich auch Tausende von Nassauern befanden. Karl Vogt, Simon von Trier, Zitz und der alte Schlöffel waren die hauptsächlichsten Redner; bekannt ist der Ausspruch von Zitz geworden: „Jetzt wollen wir Fraktur sprechen!" Die Frakturisprache bestand darin, daß die Versammlung den Beschluß faßte, die Nationalversammlung zu ersuchen, jene 257, die für den Waffenstillstand gestimmt hatten, als Verräter am deutschen Volke, an deutscher Freiheit und Ehre zu erklären und dann diesen Parlamentsbeschluß dem deutschen Volke mitzuteilen. Ein Brausen und ein Wogen ging über die Stadt dahin, daß es den Volksvertretern bange wurde und sie heimlich, nächtig, ihre Gegenmaßregeln trafen.

Als am andern Morgen, am 18., die Deputation des Meetings dessen Petition nach der Paulskirche bringen wollte, fand sie diese und ihre Umgebung von einem Bataillon Preußen besetzt. Dieses, sowie ein Bataillon Österreicher war während der Nacht von Mainz herüberbeordert worden und in aller Stille eingerückt.

Eine ungeheure Wut bemächtigte sich der Menge, die der Deputation nachdrängte; man wollte den Abgesandten mit Gewalt durch das Militär Bahn brechen, doch dieses trieb die Masse mit

Digitized by Google

gefälltem Bajonett zurück. Da zerstreute sich letztere in die Straßen mit dem aus ähnlichen Vorfällen bekannten Rufe: „Verrat! Auf die Barrikaden!“ Und alsbald begann der Barrikadenbau, u. a. auf der Zeil beim „Türkenschuß“, bei der Mündung der Allerheiligengasse, in der Schnur- und Döngesgasse, in der Hasen- und Fahrgasse und am Römerberg, wo man die Buden — es war Messezeit — zusammenriß und die Trümmer verwandte. Ein bestimmter Plan in der Anlage der Barrikaden bestand nicht; nur war man bestrebt, die eigentliche Altstadt gegen das Militär abzusperren, weshalb man auch an der Sachsenhäuser Brücke, der damals einzigen Straßenbrücke, eine mächtige Barrikade errichtete.

Alle Einzelheiten des bewegten Tages zu schildern, würde den Rahmen unserer Betrachtung überschreiten. Das Eigentümliche bei der Sache war, daß das Militär die Barrikadenbauer ruhig gewähren ließ, und daß trotz des mehrmals gewirbelten Generalmarsches die Bürgerwehr nicht erschien. Erst nachdem die Sitzung des Parlaments geschlossen worden war, gegen 2 Uhr, begannen die Truppen den Angriff, die Preußen auf der Zeil, die Österreicher in der Schnur- und Döngesgasse. Um 3 Uhr langten mit der Bahn zwei Bataillone Hessen von Darmstadt an und gingen, das eine am Maine entlang gegen die Brücke, das andere über den Roßmarkt gegen die Zeil zum Sturme vor; vom Bornheimer Thore griff eine Abteilung Kurhessen in den Kampf ein. Nun begann ein anderthalbstündiges Gewehrgeknatter; eine Anzahl Barrikaden wurde genommen, andere widerstanden lebhaft, bis um $4\frac{1}{2}$ Uhr durch Vermittelung mehrerer Mitglieder der Linken eine Waffenruhe eintrat, die bis gegen 6 Uhr dauerte. Nachdem unterdes eine Batterie hessischer Artillerie und überdies Verstärkung an Infanterie von Mainz und Darmstadt angekommen war, forderte man zur Räumung der Barrikaden auf. Als dem Befehl nicht Folge geleistet wurde, donnerten die Kanonen und schlugen die Kartätschen prasselnd gegen die Steinwälle und in die Häuser. Der Kampf tobte heftig vier Stunden, bis um 10 Uhr abends alle Barrikaden von den Truppen erstürmt waren; die letzte, welche fiel, war die in der Schnurgasse errichtete. Während des Kampfes geschah es, daß vorm Friedberger Thore die beiden Parlamentsmitglieder General v. Auerswald und Fürst v. Lichnowsky auf einem Spazierritte von einem wilden Haufen angefallen und er-

Digitized by Google

schossen wurden, eine unselige, abscheuliche That, die von der Reaktion der gesamten Demokratie aufs Conto gesetzt wurde. Selbstverständlich begann nun unterm Schutze des Belagerungszustandes am 19. und an den folgenden Tagen das Verhaften und Einstecken, bis die Vernunft Halt gebot. Von den Aufständischen waren einige dreißig, von den Truppen viel mehr, darunter eine Anzahl Offiziere, gefallen.

Auf den Barrikaden haben auch Nassauer gestanden, und auf das Rollen des Kanonendonners hin machten sich vollends Scharen von gut bewaffneten Gebirglern auf, um gegen das Parlament zu ziehen. Es sollte indes hier neben soviel tragischen Episoden auch an humorvollen nicht fehlen. Als die bäuerlichen Hülfstruppen, so wird erzählt, ans Bockenheimer Thor kamen, forderte ihnen die Wache die Gewehre ab, welchem Befehle die überraschten und führerlosen Ländler arglos Folge leisteten. Als sie nun weiter in die Stadt kamen, stießen sie auf Militär, und dieses drängte sie ohne weiteres zum Thore zurück. Hier verlangten sie ihre Waffen wieder; doch die Soldaten lachten sie aus und trieben und stießen die wehrlosen Haufen zum Thore hinaus, daß sie also bekümmert in die Heimat zurückkehrten.

Aber auch aus den Städtchen und Dörfern der Mainebene und aus der ferneren Gegend über der Höhe kamen, teilweise noch am 19. von Weilburg her, Trupps herangezogen. Sie hörten indessen unterwegs schon durch Usinger Turner von dem Schicksale des Aufstandes und lenkten ganz sachte wieder um, wollten auch nachher „nichts gemacht" haben, wie die Schulkinder sagen. Doch kam das dicke Ende nach; niedergeworfenen Revolutionären ist nur in wenigen Ausnahmen (schweizerischer Sonderbundskrieg und amerikanischer Secessionskrieg) etwas geschenkt worden.

Am 23. September ließ der Reichskriegsminister 1100 Mann preußischer „Reichsexekutionstruppen", Infanterie und Artillerie, und 150 darmhessische Chevauxlegers in Höchst einrücken und die Bürgerwehr entwaffnen wegen der Unhöflichkeiten, die dort gegen den Reichsminister Heckscher verübt worden waren. Als die Soldaten bald wieder abrückten, glaubten die Höchster mit ihren guten mitabgeführten Gewehren auch die lästigen Pickelhauben los zu sein. Statt dessen aber kamen zum Ersatz 500 andere als Strafeinquartierung, und diese blieben dort, und so sehr die Städtler

Digitized by Google

schrieen, es wurde ihnen keine Erleichterung zu teil. Des öfteren wurde in der nassauischen Volkskammer deswegen interpelliert; es half nichts.

Um dieselbe Zeit wurden auch die übrigen Orte um die Reichshauptstadt herum, die „verdächtig" waren, bis weit hinaus ins Gebirge und in die Wetterau mit Einquartierung bedacht und für ihre Unbesonnenheit lange und hart gezüchtigt. Wenn man die Berichte aus jener Zeit liest, dann kann man keine Sympathie mehr für das Frankfurter Parlament hegen. Diese Schwätzer und Windfahnen verfolgten, im Besitze der Gewalt, mit bitterem Hasse diejenigen, die ihnen seinerzeit die Möglichkeit gewährt hatten, in diese Gewalt zu kommen. Die Bewegung im Volke für die ihren Feinden ausgelieferten Schleswig-Holsteiner ist vom Parlamente, das doch gerade die Rechte der letzteren vertreten sollte, brutal unterdrückt, ausgerottet worden.

XXIV. Der zweite badische Feldzug.

Als unsere braven Bataillone aus Schleswig-Holstein heimkehrten, waren die Frankfurter Kartätschenschüsse längst verhallt. Am 22. September langten die Truppen in Köln an und hörten hier zu ihrem Erstaunen, was daheim in Frankfurt vorgegangen war, was in der Hauptstadt des neuen „deutschen Reiches", unter den Augen des Parlaments sich abgespielt hatte. Auch in Köln gärte es gewaltig. Die große Stadt war damals, aus den Zeiten des seligen Krummstabes her, noch sehr Proletarierstadt und viel Abhub niederrheinischen brotlosen, aber auch faulen Janhagels in ihr vorhanden. Das Aufblühen Kölns und seine Wohlhabenheit datiert erst seit den letzten fünfzig Jahren, welche Thatsache wohl niemand bestreiten wird. Gerade in jenen Tagen nun, da die Nassauer nach der Stadt mit dem ewigen Dom kamen, bereiteten sich dort allerhand Dinge vor, die auf einen revolutionären Putsch schließen ließen. Die Demokraten hielten eifrig Versammlungen ab und suchten auch die Soldaten auf ihre Seite zu ziehen. Es wurden Flugblätter ausgeteilt, in denen man über

Digitized by Google

die „wahre bürgerliche Stellung des Militärs“ handelte, und wirklich ließ sich eine Anzahl Soldaten des 1. Bataillons I. Regiments, wie sich später zeigte, für den revolutionären Gedanken gewinnen. Dagegen blieb das 1. Bataillon II. Regiments geschlossen den demokratischen Werbungen fremd, was man dann wieder die Mannschaften fühlen ließ, indem man sie schlecht verpflegte.

Übrigens rückten die Truppen bereits am 23. wieder aus. Schon zwei Tage darauf ging's in Köln los. Die Regierung hatte von dem drohenden Putsch Wind bekommen, die Volksversammlung auf dem Altmarkt verboten und ließ nun die vier Häupter der demokratischen Partei, darunter den Gerichtsreferendar Dr. Becker, der „rote Becker“ geheißen (später lange Jahre Oberbürgermeister von Köln), verhaften. Darüber brach der Unwille aus. Die Versammlung fand doch statt; dann erhoben sich überall Barrikaden, und die Bürgerwehr trat zum Teil zu den Aufständischen über. Aber der Gouverneur, Generalmajor Kaiser, ein besonnener Mann, ließ nicht gleich mit Kartätschen bedienen. Es gelang ihm, auf gütlichem Wege zu erreichen, daß Ruhe eintrat und die Barrikaden ohne Blutvergießen wieder entfernt wurden. Ein großes Glück; denn ein Aufstand in Köln mit Straßenkampf hätte leicht eine Insurrektion des gesamten Niederrheins herbeiführen können.

Die Nassauer befanden sich unterdes schon auf dem Heimmarsche. Dieser ging über den Westerwald, wo damals die Heuler und Wühler in so hellem Kampfe miteinander lagen. Es war eine eigentümliche Stimmung, in die sich unsere Truppen versetzt fühlten. Unterwegs hatten sie bereits vernommen, daß sie nicht in ihre Quartiere, sondern direkt weiter nach Baden befördert werden sollten, wo ein neuer Aufstand ausgebrochen wäre. Kamen sie nun durch eine Ortschaft, deren Einwohner heulerisch gesinnt und denen — nach einer Zuschrift, die seinerzeit nach Wiesbaden ergangen war — die Julikrawalle als „ein wahrer Ekel“ erschienen waren, sodaß sie die Residenz im Wiederholungsfalle mit „Tellergleichmachen“ bedroht hatten: dann wurden die Durchmarschierenden ermuntert und aufgereizt, allen „roten Schuften“ droben in Baden die Hälse abzuschneiden. Rückten sie aber durch Gegenden, wo die Wühler die Oberhand hatten, dann wurden sie mit allen möglichen Verwünschungen bedacht, wenn sie sich gegen die „Freiheitskämpfer“

Digitized by Google

gebrauchen ließen. Mißmutig und unzufrieden rückten die Bataillone am 25. und 26. September in Wiesbaden ein.

Sie empfingen denn auch wirklich dort den Befehl, nach zweitägigem Aufenthalt ins badische Land abzurücken. Da brach der Unwille los. Ein Teil des 1. Bataillons I. Regiments knurrte und murrte über diese „Hinundherschlepperei für nichts und wieder nichts". Es war ja in der That auch bisan weiter nichts als ein nutzloses Aufregen und Müdemachen der Leute gewesen, wie es ähnlich achtzehn Jahre später im Mainfeldzuge sich wiederholte. Zudem war man auch mit dem Befehlshaber unzufrieden. Man wollte durchaus den Oberst Gerau zum Führer haben. So gab es denn verschiedentlich Zusammenrottungen; man ließ Gerau und Hecker hochleben und prügelte sogar einen mißliebigen Offizier durch. Als es dann ans Ausrücken ging, versagte das Bataillon dem Befehl, zu marschieren. Da machte die Oberleitung kurzen Prozeß; sie griff die Anstifter der Meuterei heraus, um sie dem Kriegsgerichte zu übergeben. Die Disziplin war aber nun doch so stark, daß, als es nunmehr hieß: „Vorwärts, marsch!" niemand mehr muckte und die Verschiffung nach Baden glatt von statten ging. Zu einer eigentlichen Militärmeuterei ist es also gar nicht gekommen; doch vergrößerte das Gerücht nach außen hin die Wiesbadener Vorfälle bedeutend, und das hatte zur Folge, daß man militärischerseits den Nassauern nicht recht traute und sie in Reserve stellte. Der Ausmarsch von Wiesbaden fand am 28. und 29. September statt.

Nun, was war denn im badischen Oberlande wieder vorgegangen? Der hitzige Phrenolog und Vegetarianer Struve war durch die Frankfurter Ereignisse nicht gewitzigt worden. Er meinte im Gegenteil, die blutige Niederwerfung des Aufstandes hätte die Erbitterung der Gemüter ebenso gesteigert wie kurz vorher die Nachricht vom Abschlusse des Malmöer Waffenstillstandes, und füglich sei die Erbitterung auf dem Höhepunkt angelangt, sodaß ein regelrecht angelegter Putsch den allgemeinen Aufstand in Deutschland entflammen und die Proklamation der Republik zur Folge haben würde. So sammelte er denn insgeheim seine Getreuen um sich und brach am 21. September, just als die Nassauer in Köln waren, los. Von Basel aus überschritt er die badische Grenze und kam gegen Abend im Städtchen Lörrach an, wo ihm nach Verhaftung der Staatsbeamten die Bürgerschaft zufiel; zu-

Digitized by Google

gleich wurden von ihm alle öffentlichen Kassen mit Beschlag belegt. Aus den Fenstern des Rathauses hielt Struve eine Rede, in der er seinen Schritt begründete und die kolossale Zuversicht aussprach, daß nun überall in Deutschland die Republikaner losschlagen würden. Die provisorische Regierung, die sich daraufhin selbst einsetzte, bestand aus G. v. Struve als Präsident, K. Blind als Schriftführer und M. W. Löwenfeld als Kommandant des Hauptquartiers. Das erste republikanische Regierungsblatt enthielt die Motivierung der Erhebung, den Aufruf, die Waffen zu ergreifen und die Verfügung der Aufhebung aller „mittelalterlichen Lasten und Abgaben", an deren Stelle eine progressive Einkommensteuer treten sollte.

Die Aufhebung der Abgaben und Lasten leuchtete den Bauern ein. Der badische Oberrheinkreis, stets ein Herd der Unzufriedenheit, war rasch insurgiert. Eine große Zahl von Aufrührern strömte in das Hauptquartier zu Lörrach, und binnen kurzem sah sich Struve von einer starken bewaffneten Macht umgeben. Die Proklamation der deutschen Republik war merkwürdig rasch vor sich gegangen. Am 23. September brach man auf und kam über Kandern und Schliengen nach Müllheim, von dem der alte Hebel singt:

„I' Müllen uf der Post,
Tusigsappermost!"

Die Tusigsappermost-Republikaner aber ahnten nicht, wie nahe das Ende ihrer Herrlichkeit war.

Der Reichskriegsminister v. Peucker hatte kaum von dem Aufstande in Baden gehört, als er sofort die „Reichstruppen" in Bewegung setzte. Vom Bodensee her kamen Österreicher und Baiern, von Norden her Preußen und Darmhessen heran, und als Reserve wurden die Kontingente des IX. Armeecorps, darunter unsere Nassauer, aufgeboten. Man fürchtete, ganz Baden würde aufflammen und hielt vom badischen Militär nicht viel. Allein man hatte sich hierin doch verrechnet. Der badische General Hoffmann raffte zusammen, was er in und um Freiburg an Truppen hatte, und ging kühn auf die Aufständischen los. Am 24. September stieß er auf sie bei Staufen, in welchem Städtchen sie sich festgesetzt und verschanzt hatten. Die Regierungstruppen oder, wie die Republikaner sagten, „fürstlichen Söldner" waren in der Minderzahl, aber sie hatten eine Batterie. Binnen kurzem war

Digitized by Google

Staufen in Brand geschossen und die Schar der tapfer kämpfenden Insurgenten auseinandergesprengt. Als das die anderen in der Nähe befindlichen Haufen hörten, liefen sie auseinander; die Schopfheimer Bürgerwehr revoltierte und lieferte Struve und seine wackere Frau, Blind und Dusar, die ihnen in die Hände fielen, an den Amtmann von Säckingen aus. Damit war der verhöhnte Struveputsch oder die „Struvelpeterei" aus; so glatt wie die „deutsche Republik" begründet worden war, so prompt und glatt war sie auch wieder getilgt worden.

Unter den Teilnehmern der Erhebung hatten sich, wie beiläufig bemerkt werden soll, auch einige Nassauer befunden. Selbstverständlich war unser unruhiger Georg Böhning (s. Kapitel XIX.) dabei. Als er später darüber in Anklagezustand versetzt wurde, behauptete er, nur deswegen mit nach Lörrach gegangen zu sein, um seinen Freund Struve von unüberlegten Streichen abzuhalten (!).

Struve und seine übrigen Anhänger entgingen nur knapp den Standrechtschüssen; man verurteilte sie, da der Kriegszustand bei ihrer Gefangennahme noch nicht proklamiert war, nur zur Festungshaft und schleppte sie nach Rastatt ab. Der Freund Struves, Hecker, war, da er die Sache der deutschen Demokratie verloren gab, gerade in jenen Tagen, da der Aufstand versucht wurde, nach Amerika abgereist, was ihm von den Seinen sehr verübelt ward. Bekanntlich änderte man den Refrain des Heckerliedes damals also ab:

„Hecker, großer deutscher Mann,
Der für die Freiheit durchgeh'n kann."

Als die Nassauer nach Baden einrückten, wurde ihnen schon unweit der Grenze ein Stop! zugerufen. Sie kamen ins Quartier nach Heidelberg und Mannheim, also zu den alten Bekannten vom Frühjahre her. Um sie herum lagen ebenfalls „Reichstruppen" einquartiert: Preußen, Hessen, Württemberger, Frankfurter und andere. Die Aufgabe all dieses Militärs bestand darin, nichts zu thun, und die Einquartierung war auch unnötig; sie verursachte im Gegenteil nur Erbitterung unter der Bevölkerung und Ärger beim badischen Militär und hat viel zu der Annäherung beider und zur Erhebung im nächsten Frühjahre beigetragen.

Es kamen unter den Nassauern einzelne Unregelmäßigkeiten vor. Aus dem Gewirre der Berichte kann man nicht recht dahinter

Digitized by Google

kommen, was denn eigentlich zu Weinheim und Heidelberg vorgegangen ist. Es hieß, es habe ein Komplott bestanden, den Kommandeur und einige andere mißliebige Offiziere zu ermorden. Auch hätten sich die nassauischen Soldaten durch ihre Roheit bei den Einwohnern verhaßt gemacht. Die „Frankfurter Oberpostamtszeitung" und die „Deutsche Zeitung" brachten eine Menge derartiger Nachrichten, bis der Oberstleutnant v. Reichenau erstgenanntes Blatt nötigte, eine Zuschrift des badischen Oberamtes Heidelberg abzudrucken, in der gesagt wurde, daß das Betragen der Truppen den Behörden keinen Grund zu Klagen gegeben habe, und daß auch die Einwohner mit ihnen zufrieden seien. Dagegen steht anderseits wiederum fest, daß eine Anzahl (sechzehn) Soldaten wegen „revolutionärer Umtriebe", ob mit Recht oder Unrecht bleibt dahingestellt, nach Mannheim in Gewahrsam gebracht, aber nicht weiter kriegsrechtlich oder streng disziplinarisch behandelt wurde.

Es war gewiß keine angenehme Aufgabe für unsere Leute, auf fremdem Gebiete Polizeidienste zu leisten. Und doch wurden sie beinahe ein Vierteljahr dort festgehalten. Endlich, im Dezember, erfolgte der Befehl zum Abmarsche in die Heimat. Die beiden Bataillone kamen am 14. Dezember in Wiesbaden wieder an.

XXV. Die bassenheimischen Händel.

Überm Feldberg, im Amte Usingen, lag anno 1848 noch die Standesherrschaft des Grafen Hugo Waldbott von Bassenheim, ein Rest der 1806 eigentlich aufgehobenen Kleinstaaterei. Diese bestand hier insofern noch weiter fort, als der Graf, das Recht der sogenannten äußeren Regierung ausgenommen, alle anderen Rechte behalten hatte. Es gehörten zu der Standesherrschaft die Orte Cransberg, Pfaffenwiesbach, Wernborn, Seelenberg, Schmitten, Arnoldshain und Reifenberg, welch letzterer damals erst in Ober- und Niederreifenberg geschieden wurde. Allein die Lage der „Herrschaftlichen" war keineswegs beneidenswert. Der Grund und Boden: Wald, Wild, Wiesen, Wasser, Wege, Weizen, Wein, die berühmten nassauischen „sieben W", gehörte sozusagen dem Grafen, dessen Vor-

Digitized by Google

fahren den Unterthanen obendrein noch eine entsprechende Anzahl Abgaben auferlegt hatten. Die Leute, buchstäblich zu Hörigen herabgedrückt, nährten sich kümmerlich mit Nagelschmieden, Drahtflechten und mit Taglohnarbeiten. Dazu hatte ihnen das Hungerjahr 1847 noch hart zugesetzt. Der Herr Graf, ein noch ganz junger Mann, lebte dagegen schneidig und flott in München in angenehmen Liaisons und ließ weder in der Standesherrschaft sich sehen, noch auf der Herrschaftler Hilfeschrei etwas von sich hören.

Da hub der Märzsturm an; er fegte auch über die Höhe und blies die standesherrlichen Nichtrechte sammt den Rechten in alle Winde. Die Herrschaftlichen in allen Orten erhoben sich zugleich, jagten den gräflichen Oberförster Schott samt seinen Gehilfen fort, setzten die Entfernung der Schultheißen durch und begannen in Wald und Feld die bekannte Willkürherrschaft zu üben. Das mörderische Geknall unter die vierbeinigen Waldbewohner, ferner der Umstand, daß „verirrte" Kugeln auch manchem mißliebigen Beamten um die Ohren flogen, veranlaßte den nassauischen Amtmann zu Usingen, Militär zu requirieren; doch kam er in letzter Stunde davon zurück, zumal ihn die Regierung gleichzeitig auf die Verwendung der Bürgerwehr verwies. Die Bewohner von Schmitten sandten eine Deputation nach Wiesbaden und empfingen hier den Rat, sich in den Besitz des von ihnen angesprochenen gräflichen Waldes zu setzen. Das ließen sich die Dörfler nicht zweimal sagen; das Waldverwüsten begann immer stärker, und die Bürgerwehr weigerte sich zu marschieren. Der Amtmann wandte sich darauf an das Sicherheitskomitee zu Wiesbaden, und dieses beschloß, die Sache zu untersuchen.

Am 9. April machte sich eine Kommission des Komitees, J. G. Nuß, G. Thon, H. Born und C. Wörner, auf, um im Verein mit dem Justizrat Spieß zu Usingen Ordnung im Bassenheimischen zu schaffen. Das geschah merkwürdig leicht. Die Herrschaftlichen empfingen die Herren mit Jubel und fügten sich allen Anordnungen, nachdem sie gehört hatten, daß man wirklich einmal die Mißstände abstellen wollte. Das Protokoll, das die Kommission loco am 13. aufnahm, förderte denn auch Schreiendes zu Tage. Armut und Elend waren greulich. Das Handwerk lag danieder, da die Konkurrenz der Maschinen in den Fabriken es schon seit mehreren Jahren lähmte; der Ackerbau war wegen Mangels an

Digitized by Google

allen Mitteln unzureichend. Ein Nagelschmied verdiente bei täglich fünfzehnstündiger Arbeit höchstens achtzehn Kreuzer gegen das Doppelte vor noch einigen Jahren. In den Feldbergdörfern wohnten mehrere Familien in einer Stube: Vater, Mutter und Kinder hatten sich in einen Laubhaufen ein gemeinsames Bett, will sagen Nest, gewühlt. Aus Wernborn und Cransberg wanderten alljährlich Hunderte zerlumpter Menschen, meist Kinder, auf die Bettelfahrt nach Frankreich, England und Rußland. Die Leute glichen oft wandelnden Leichen, viele waren stumpfsinnig vor Hunger geworden. Dabei wurde dieses Proletariat noch ausgepreßt bis aufs Blut; die standesherrlichen Rechte wurden bis zur Ungebühr erweitert, durch vielfache Übergriffe war die Gemeindegerechtsame fast ganz aufgehoben. Die Kommission setzte nun die Forderungen der sieben Gemeinden einzeln auf und stellte es dem Grafen anheim, solche zu erfüllen oder einen unausbleiblichen Bauernkrieg zu gewärtigen. Wir fassen die Forderungen im allgemeinen folgendermaßen zusammen.

1. Überlassung der Jagd- und Fischereigerechtigkeit; 2. Abschaffung des Zehnten von den Bodenerzeugnissen und der Grundzinsen (Zinshafer zu Cransberg); 3. Beschränkung der standesherrlichen Schäfereien auf gräflichem Grundbesitze; 4. Wiedererlaubnis zum Vieheintrieb in die gräflichen Waldungen; 5. Einführung von vier bis fünf Holztagen im Monat (f. Lesholz, Erdstöcke und Moos) und ebenso Laubtagen; 6. Tausch eines Teiles des Waldes Kuhheide bei Cransberg gegen besseren Besitz (die Dörfler waren hier benachteiligt worden); 7. Rückersatz der bezahlten, aus 12600 Gulden zu Cransberg und 6000 zu Pfaffenwiesbach repartierten Kriegskosten; 8. Abtretung der Brandweiherwiese bei Cransberg und anderer Grundstücke (von diesen bezahlte die Gemeinde Steuern, sie waren ferner im Steuerkataster als Gemeindeeigentum eingetragen, oder die Ansprüche beruhten auf vorgelegten Urkunden); 9. Entschädigung wegen des seit neunzig Jahren bezahlten Pfarrzehntes nebst Zinsen zu Arnoldshain; 10. Überlassung gräflicher Grundstücke gegen billigen Preis an die Gemeinden.

Die Rechts- und Besitzlosigkeit der Herrschaftlichen geht aus diesen Forderungen zur Genüge hervor. Graf Hugo sandte auf den Hilferuf hin seine Domänenkanzleiräte Dr. C. Hellmuth und

Digitized by Google

K. Schauber zur Untersuchung ab. Diese erließen am 11. Mai von Usingen aus, wo sie sich wohlweislich fern vom Schuß niedergesetzt hatten, eine merkwürdige Proklamation an die gräflichen Unterthanen, von der man nicht weiß, ob sie ernst oder ironisch zu nehmen ist. Sie sprachen von Verstimmtsein über die Beschwerden, da doch der Herr Graf so viele Wohlthaten bisher erwiesen und so manche Gnadengesuche erledigt habe. Wenn er die jüngsten, von Drohungen begleiteten Forderungen nicht sogleich bewilligt habe, so sei das begründet; denn der Standesherr könne sich nicht zwingen lassen. Trotzdem sei er zu Zugeständnissen bereit, aber wohlverstanden: „in Gnaden". Es seien solche Verleihungen freie Akte, besonders da das nassauische Sicherheitsedikt vom 5. Mai (siehe Kapitel XXII.) Rebellion mit Strafe bedrohe, ein Zwang also an sich schon nicht stattfinden dürfe. Die Lage der Gemeinden, deren Bezeichnung „arme Nester" die Räte im Namen der Unterthanen „mit Entrüstung" zurückwiesen, sei nicht so elend, wie geschildert. Der Herr Graf beziehe doch nur 1500 Gulden jährlicher Rente (statt 30 000, wie angegeben) daher; er hege natürliches Wohlwollen gegen seine Unterthanen, werde sie noch heuer besuchen und die Übelstände, wo er könne, abstellen. Allerdings vermöge er das nicht völlig, namentlich die Fabrikkonkurrenz könne er nicht aus der Welt schaffen. Die Unterthanen möchten daher auch andere dargebotene Hände, vor allem die des gnädigen Landesherrn (d. h. des Herzogs von Nassau) ergreifen und —, „was sie mit gutem Gewissen, mit Arbeit und Gesinnungstüchtigkeit selbst vollbringen könnten, nicht von fremder Hilfe erwarten". Die gräfliche Behörde, gemeinsam mit der Deputation des Sicherheitskomitees, werde ihnen zu Usingen die Beschlüsse näher eröffnen. Diese Proklamation wurde in den sieben Orten angeschlagen.

Also machten sich die Abgeordneten sämtlicher Dörfer auf den Weg nach Usingen. Als sie dort ankamen, fanden sie die Kommission vor, bestehend aus dem Justizrat Spieß, den Komitemitgliedern Dr. Leisler sen., Dietrich und Thon, dem gräflichen Rentmeister Schauber und Oberförster Schott; — die beiden Herren Räte waren verduftet, über Homburg und München abgereist und kamen nicht wieder. Man verhandelte deshalb ohne sie. Die Wernborner zogen darauf zufrieden ab und ließen sogar ihren Grafen Hugo hochleben. Die Cransberger und Pfaffenwiesbacher

Digitized by Google

entfernten sich still. Die Bewohner der vier Gebirgsdörfer aber versagten die Unterschrift des Vertrags; sie bestanden auf ihren mitgebrachten Urkunden: — aut oder naut (was aber nicht lateinisch, sondern nassauisch ist, etwa hier = alles oder nichts)! Unter Trommelwirbel und im Schatten der schwarz-rot-goldenen Fahne marschierten sie auf den Marktplatz zu Usingen und proklamierten statt des Grafen Hugo den Herzog Adolf von Nassau zum alleinigen Herrn. Dann zogen sie heimwärts, und nun ging's los mit neuem Mord (an Wild) und Brand in den Wäldern, so daß binnen kurzem in den Forsten ein Schaden von fast 10 000 Gulden angerichtet war. Ein Versuch der bewaffneten Schmittener, den Oberförster Schott zu Reifenberg gefangen zu nehmen, wurde zwar abgewehrt, aber der Amtmann mußte wieder in Wiesbaden um Hilfe rufen.

Der Regierungsassessor Hendel erschien und bewilligte die Forderungen der Bauern, die an ihrem Laub-, Holz- und Weiderecht haften blieben, wie den Schmittenern im besonderen ihren Wald — im Namen des Grafen. Dessen nachträgliche Zustimmung hoffte man zu erlangen. Die Landesverwaltung ließ zudem die Landstraße von Königstein über die Höhe ausbauen, damit die Dörfler Beschäftigung fänden. Der nassauische Gewerbeverein endlich sandte den Mechanikus Braun und den Fabrikanten Röhr zu Wiesbaden ab, die gewerbliche Lage zu untersuchen. Man hoffte durch Lieferung von billigem Rohmaterial aus anzulegenden Eisenmagazinen und von Kohlen den Nagelschmieden aufzuhelfen.

Aber der Herr Graf, dem die Bewilligungen zu Ende des Mai zur Genehmigung nach München gesandt wurden, ließ nichts von sich hören. Die Bauern sahen sich gefoppt und brachten Klage über Klage beim Landtage ein. Auch die Presse bemächtigte sich der Angelegenheit, und das Sicherheitskomitee überließ das ganze Material der „Freien Zeitung" zur Veröffentlichung. Doch auch der Graf fand seine anonymen Verteidiger, von denen einer sogar behauptete, jener könne im „Hochgefühle der Entsagung ganz Europa zum Beispiel dienen". Es schien, als ob man in München die Sache gar nicht ernst nähme. Da begann man denn in der Volkskammer selbst „regierungsseitig" deutsch zu reden. Kam der Graf

Digitized by Google

nicht nach Nassau, so ging Assessor Hendel nach der Bajuwarenhauptstadt. Er brachte denn auch die Sache dort endlich zum Abschlusse in einer den Bauern günstigen Weise.

Allein das Langen und Bangen in schwebender Pein führte schließlich doch zu Excessen. Plötzlich verbreitete sich von Schmitten aus das Gerücht, der Graf habe alle Zugeständnisse abgelehnt oder zurückgenommen. Da barst denn der Zorn der Dörfler aus. Am 10., 11. und 12. Juni zog, was Beine hatte und Werkzeuge tragen konnte, hinaus in den beanspruchten Wald und schlug an 800 Eichenstämme nieder, zerkleinerte sie und fuhr sie heim. Nun erschien am 13. aber ebenso plötzlich ein Hauptmann mit einer halben Compagnie des I. Regiments und hinderte weitere Verwüstung. Es gelang ihm, die Excedenten ohne Blutvergießen zu zerstreuen und die ärgsten Krakeeler, die Anführer, zu verhaften. Bald darauf kehrte der Regierungskommissar Hendel zurück, verkündete den Schmittenern, daß ihnen 32 Morgen Wald und Triefschland zugestanden seien und daß auch der übrigen Dörfer Forderungen bewilligt worden wären.

Die Standesherrschaft verordnete erst am 30. August, nachdem sie die Bewegung gestillt glaubte, die Abfuhr des zu Schmitten aufgesetzten geschlagenen Holzes. Aber die Bauern wollten ihre Arbeit nicht umsonst gethan haben. Sie erklärten das Holz als ihr Eigentum und prügelten Förster und Fuhrleute einfach zum Dorfe hinaus. Abermals schritt das Militär ein und brachte die Bauern unblutig zur Ruhe. Es mußte bald darauf auch in Reifenberg einrücken, wo die Ärmsten der Armen nicht genug Streulaub bekommen haben wollten und den Schultheißen deshalb abgesetzt und durchgewalkt hatten. Der Graf, wahrscheinlich moralisch angerempelt, gab schließlich in der Hauptsache soweit nach, daß er den Schmittenern die geschlagenen 800 Stämme zum Preise von einem Gulden pro Stamm verkaufte. Am 10. September war alles ruhig geworden, das Militär, das in Usingen einquartiert gewesen war, zog heim, die Rädelsführer kamen mit gelinden Strafen davon. Die Exekutionskosten fielen, da in den Gebirgsdörfern nichts zu holen war, der Landessteuerkasse zur Last; man hatte sich also gewissermaßen selbst gestraft. Mit Neid mochte auch mancher arme Teufel auf die 48 Kreuzer Sold blicken, die der Krieger täglich erhielt, da er selbst doch nur ein Drittel davon verdiente.

Digitized by Google

Das waren die hassenheimischen Händel. Anno 1852 verkaufte der Graf die ganze Standesherrschaft an den Rentner Umber von Laubenheim für 348000 Gulden; dieser überließ sie 1857 für 440000 Gulden an die nassauische Domäne. Seitdem geschah privatim (die Gründerin der Handarbeitsschulen, Fräulein Seipp aus Frankfurt, ist rühmlichst zu erwähnen) und von Staats wegen mancherlei für die Feldbergdörfer, sodaß heute deren Lage bedeutend gebessert erscheint.

XXVI. Die Wiesbadener Theaterfrage in der Volkskammer.

Eine interessante Episode in den Verhandlungen des Landtags bildete die Behandlung der Wiesbadener Theaterfrage, auf die wir sowohl deshalb, weil sie zur Charakteristik der Zeitanschauungen beiträgt, als auch deshalb, weil unser Hoftheater heute besonders aller Augen auf sich lenkt, etwas näher eingehen wollen.

Bekanntlich war das Wiesbadener Theater anfangs Privatunternehmen, das vom Hofe Subvention empfing. So war es unter den Herzogen Friedrich August und Wilhelm gewesen. Das Theater hatte sich indes bald als unentbehrliche Zugabe zu den Kurvergnügungen erwiesen; seine Räume im „Schützenhof" waren nicht mehr ausreichend, und es mußte auf Neubau Bedacht genommen werden. Dieser kam anno 1825/27 derart zu Stande, daß der Herzog den Platz (im sogenannten Herrngarten) schenkte, die Stadt dagegen das Gebäude aufführte. Letzteres geschah mit einem Kostenaufwand von i. g. 218722 Gulden (371829 Mk.). Es war eine schwere Last für die Stadtverwaltung (Wiesbaden zählte damals 7000 Einwohner), zumal sie außer den jährlichen Zinsen von 11000 Gulden (18700 Mark) noch jährlich 800—1000 Gulden zu Unterhaltungen und Anschaffungen beisteuern mußte. Man suchte daher diese Last auf die Schultern des Landesherrn abzuladen, der dann auch die Billigkeit, mehr als bisher zur Unter-

Bemerkung. Vergl. hierzu die Abhandlung von Dr. Schroeter: Die Wiesbadener Theaterfrage im Jahre 1848. („Ann. d. Alt.-Ver.", Bd. XXVIII, 1896.)

Digitized by Google

haltung des Kunstinstituts beizutragen, anerkennen mochte. So wurde dann noch im Todesjahre Herzog Wilhelms, 1839, ein Ausgleich dahin erzielt, daß der neue Herzog Adolf das Theater als Hoftheater übernahm. Er zahlte als Subventionssumme aus eigenen Mitteln jährlich 50 000 Gulden (85 000 Mark) und ließ dafür die Verwaltung durch einen Hofbeamten versehen; die Stadt trug jährlich 500 Gulden (850 Mark) zur Unterhaltung der Dekorationen bei, besorgte aber auch die bauliche Instandhaltung noch außerdem.

Zu der Zeit, da dieser Vertrag zustande kam, war der Landesherr noch Eigentümer der Domänen. Da kam das Jahr 1848 und nötigte den Herzog, die letzteren als Landeseigentum zu erklären. Niemand dachte während der Märzbewegung daran, daß dies irgend Einfluß auf die Lage des Hoftheaters haben könnte. Umso schwerer wurde die überraschende Mitteilung des Herzogs empfunden, daß wegen des Ausfalls der Domänengelder leider seinerseits die Unterstützung des Theaters aufhören und dem Personal zu dem althergebrachten Termin, dem 1. September, und zwar in demselben Jahre gekündigt werden müsse. Es war ein Donnerschlag für Bürgerschaft, Stadtvorstand und Künstler zugleich. Die erstere erkannte sehr wohl den moralischen Schaden, der damit der aufblühenden Kurstadt zugefügt wurde; denn wenn die Residenz ihr Theater verlor — und der Fortbestand war doch nach Ausfall der Subvention unzweifelhaft in Frage gestellt —, so sank sie zu einer Stadt minderen Ranges herab. Der Stadtvorstand berechnete genau die materiellen Schäden. Es hatte die Stadt das Theater mit soviel Kostenaufwand erbaut und sollte es wieder aufgeben, nun, da es anfing, rentabel zu werden, nun, da der Fremdenzuzug sich mehrte, der Winteraufenthalt sich einzugewöhnen begann und die Geschäftsleute gut profitierten! Die Künstler endlich wurden sans façon auf die Straße gesetzt, während manche von ihnen seither hier ihre dauernde Versorgung hatten.

Daher vereinigten sich diese drei Faktoren zur Überreichung von Petitionen an den neuen Landtag, die Volkskammer. Diejenige des Stadtvorstandes legte das Gewicht auf die materielle Seite der Angelegenheit. Nach längerer Auseinandersetzung der Sachlage, wie solche sich entwickelt hatte, unter Darlegung der berechtigten Gründe ihrer Forderungen, die aus jener Entwickelung sich ergaben,

Digitized by Google

wurde auf die traurigen materiellen Schäden hingewiesen, die entstehen würden, wenn man das Theater eingehen lasse. Die Bürger, welche vom Theater lebten, Gewerbetreibende und Handwerker, würden brotlos und der Gemeindekasse zur Last fallen, eine Menge Wohnungen leer werden. Die Geschäftsleute berechneten ihren Ausfall durch den Wegzug der Künstler und das Wegbleiben theaterbesuchender Fremder zum mindesten auf 100 000 Gulden (170 000 Mark). Da nun die Stadt infolge ihrer 336 000 Gulden (571 200 Mark) betragenden Schuldenlast nicht imstande sei, eine so große Subventionssumme zu zahlen, so möge, hieß es, der Landtag diese in der Höhe von 45 000 Gulden (76 500 Mark) aus der Landessteuerkasse bewilligen.

Unzweifelhaft gingen die Petenten von der ganz richtigen Voraussetzung aus, daß, da nunmehr die Einnahmen der Domänen laut Kammerbeschluß in die Landessteuerkasse flossen, diese letztere auch die Unterstützung ebenso leisten könne, wie sie vordem der Herzog aus den Domäneneinkünften geleistet hatte. Sie sprachen das aber nicht so ganz direkt aus. Deutlicher und direkter that das die Petition der Bürgerschaft, die durchaus die ideale Seite der Angelegenheit betonte. Es hieß hier: Der Staat ist verpflichtet, das Theater im unmittelbaren Interesse der geistigen Kultur zu erhalten, da der Staat für die ästhetische, sittliche und nationale Bildung der Bürger zu sorgen hat und das Theater zu Wiesbaden eine in diesem Sinne fördernd wirkende Anstalt, zugleich die einzige Kunstanstalt in Nassau ist. Das Theater zu Wiesbaden muß also reorganisiert und einer entsprechenden künstlerischen Verwaltung unterstellt werden. Es muß ferner das Budget jährlich aufgestellt, der Volkskammer vorgelegt und von dieser verwilligt werden. Es mögen vorläufig auf ein Jahr (von September von 1848 bis September von 1849) 38 000 Gulden (64 600 Mk.) ausgeworfen werden.

Die Petition der Künstler vereinigte beide Propositionen in sich und vertrat ebenso die beiden Seiten des Erhaltungsgrundsatzes. Somit ergänzten sich die Eingaben harmonisch und konnten von der Volksvertretung nicht übergangen werden. Das wollte diese aber auch so wie so nicht; nur kam die Sache etwas spät zur Verhandlung. Dafür wurde sie wieder desto prompter erledigt.

Digitized by Google

Am 18. August 1848, also knapp vierzehn Tage vor dem Kündigungstermin, der über das Sein oder Nichtsein der Bühne entscheiden sollte — das arme Theaterpersonal mag Blut geschwitzt haben —, fand die erste Verhandlung statt. Das Referat im Petitionsausschusse hatte der Abgeordnete Kaplan Creutz übernommen, ein Mann, der ganz dazu paßte: wohlwollend, sach- und kunstverständig. Er erklärte, daß der Ausschuß die Gründe der Petenten im allgemeinen anerkenne, daß man aber vorerst noch der Regierung die Eingaben unterbreiten wolle, damit die Vorlagen geprüft und der Kammer geeignete Vorschläge gemacht würden. Eine Kommission wurde nun ernannt, und in deren Namen hielt am 24. August Creutz wiederum Vortrag.

In letzterem wurde ausgeführt, daß man gar nicht daran denken könne, der Stadt bei ihren sonstigen bereits sehr ansehnlichen Verpflichtungen auch noch die Unterhaltung des Theaters zuzumuten. Man habe überlegt, „ob nicht die Erhaltung der Bühne durch Heranziehung von benachbarten, als welche natürlich nur Mainz und Frankfurt in Betracht kommen könnten", möglich sei. Aber man sei wieder davon zurückgekommen, da man sich einerseits an die schlechten Erfahrungen erinnert habe, die seinerzeit bei der Verbindung der Mainzer und Wiesbadener Bühne gemacht worden seien, anderseits auch von der Verbindung mit Frankfurt sich keines Vorteils verhoffe. Auch sei man wieder nicht dafür, das Kunstinstitut zu einer Veranstaltung des Hofes zu machen. Folglich bleibe nichts anderes übrig, als das Land in Anspruch zu nehmen. Und dann brachte Creutz, unterstützt vom Abgeordneten Dr. Fresenius, den persönlichen Antrag ein, daß zunächst von der Kammer 32800 Gulden (55760 Mark) — auf soviel hatte man den notwendigsten Zuschuß taxiert — auf ein Jahr aus der Domänenkasse verwilligt würden.

Darüber erhob sich nun eine lange und erregte Debatte, die manche eigentümliche Anschauung zu Tage förderte. Der Abgeordnete Lang von der Linken polemisierte aufs heftigste gegen den Antrag, vielleicht bloß aus dem Grunde, weil er von Mitgliedern der Rechten ausging. Er wollte der Kammer das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Zuschüsse zu irgend einem Unternehmen zu leisten, das zur Hebung des Wohlstandes der Gemeinden beitrage, gewiß nicht absprechen. Es sei aber, betonte er weiter,

Digitized by Google

doch zu untersuchen, ob erstens die Stadt ein selbstständiges Theater nötig habe, und zweitens, ob das Theater im Interesse der Kunst nötig sei. Über erstere Frage ging er ziemlich kurz hinweg, über letztere äußerte er sich dahin, daß in unmittelbarer und größerer Entfernung von Wiesbaden, zu Mainz, Frankfurt, Homburg und — Koblenz (!), vier Theater vorhanden seien; außerdem aber könne der Kunstsinn auch auf andere Weise gepflegt werden. Also auch hier wieder ein ziemlich abfälliges Urteil, um nicht zu sagen eine Verachtung der Kunst, wie der Wissenschaft in der Gymnasienfrage.

Gustav Justi.

Dem Redner bangte nur vor den materiellen Ansprüchen, die sich bald auf mehr als 50000 Gulden steigern möchten. Er kam schließlich zu dem Vorschlage, die Verwaltung probeweise bis zum Schlusse des Jahres führen zu lassen, um zu sehen, ob das Unternehmen sich solchergestalt rentiere, und wollte zu dem Zweck 6000 bis 10000 Gulden (10—17000 Mk.) bewilligen.

Noch zwei andere hervorragende Redner der Linken äußerten sich. Abgeordneter Justi, der nicht so materiell dachte wie Lang, weil er neben seinen naturwissenschaftlichen Studien auch philosophische und schöngeistige trieb, war zwar auch etwas vor-

Digitized by Google

sichtig, wollte aber doch 10900 Gulden (18530 Mark) bis zum 1. Januar 1849 sofort bereitgestellt wissen. Abgeordneter Raht dagegen meinte, wenn die Stadt Wiesbaden soviel Vorteil vom Theater habe, so möge sie zu dessen Unterhaltung auch mehr beisteuern, und hielt es für bedenklich, das Theater zu einer Staatsanstalt zu machen. Er wollte auch nur 6000 Gulden (ca. 10000 Mark) bis zum Jahresschlusse genehmigen.

Der Abgeordnete Dr. Fresenius erhob sich dann noch einmal zu einer warmherzigen Verteidigung seines Antrags. Er führte aus, daß die Unterstützung des Theaters seitens des Staates aus Gründen der Klugheit, der Billigkeit und Gerechtigkeit erfolgen müsse: der Klugheit, weil man die Residenz in ihrem Ansehen nicht Schaden leiden lassen dürfe, da sonst das Land selbst Schaden leide; der Billigkeit, weil, wer die Domänen besitze, auch den aus deren Ertrag bisher geleisteten Beitrag ferner leisten müsse; der Gerechtigkeit, weil man die idealen Güter neben den materiellen zu pflegen habe. Die Abgeordneten Dr. Großmann und Bertram unterstützten den Antrag ebenfalls warm, und der Regierungskommissar Werren hatte die Zustimmung der Regierung schon vorher erklärt. Man schritt zur Abstimmung. Der Antrag Creutz-Fresenius wurde abgelehnt, derjenige von Justi — Bewilligung von 10900 Gulden bis zum Januar 1849 — mit großer Mehrheit angenommen, womit der dritte, von Raht, erledigt war.

Die freisinnige Presse stand unterdes nicht auf der Seite jener Mitglieder, die hier übel angebrachte Sparsamkeit walten lassen wollten. Der „Freien Zeitung“ gereicht es zur Ehre, in mehreren recht schönen Artikeln die Sache des Theaters und somit die Rechte der Kunst verständig und herzlich verfochten zu haben. Auch die „Nassauische Allgemeine Zeitung“ trat herzhaft dafür ein, und Riehl forderte zu recht starkem Theater-Abonnement auf, wie er anderseits seine dramaturgischen Vorschläge veröffentlichte. Der Druck, der damit auf die öffentliche Meinung ausgeübt wurde, pflanzte sich insofern auch auf die Kammermitglieder fort, als sie wenigstens den Vermittelungsvorschlag von Justi annahmen.

Nun übernahm eine gemischte Theaterkommission: anfangs Regierungsrat Werren, Abgeordneter Bertram, Stadtvorsteher Röhr und Zollmann, Professor Dr. Fresenius, Kollaborator Bogler und Redakteur Dr. Riehl, die Leitung an Stelle der alten „Kavaliers-

Digitized by Google

Intendanz"; es wurde, so gut es ging, weitergespielt. Bekanntlich fristete das Theater zu Wiesbaden acht Jahre hindurch auf diese Weise sein Dasein, nachdem schließlich doch noch ein Zuschuß von 33000 Gulden = 56100 Mk. jährlich (22000 von dem Lande und 11000 von der Stadt) seit dem Jahre 1850 durchgesetzt worden war. Die redliche Mühe der Folgezeit, die Bühne emporzubringen, sie namentlich von dem Thalias Tempel entweihenden Beiwerk (akrobatischen, gewöhnlichen mimischen und anderen Vorstellungen) zu befreien und nur rein Künstlerisches darzubieten, ist nicht zu verkennen. Dennoch wurde es von Einheimischen und Fremden als Wohlthat empfunden, daß endlich der Herzog das Theater wieder übernahm.

XXVII. Die Herbstaffairen auf dem Lande.

Als der Herbst herannahte, das letzte Dritteil des Jahres, da war die Bewegung, die zu Anfang des Frühlings die Hauptstadt so gewaltig aufgeregt hatte, in letzterer beinahe zur Ruhe gekommen. Aber auf dem Lande dauerte sie fort, ja begann sie sogar noch einmal stärker aufzuflackern. Der Grund dieser Erscheinung lag darin, daß den Bauern, mit Ausnahme der Bewohner der Mainebene in der Nähe der Reichshauptstadt, die Reaktion nicht so fühlbar gemacht worden war. Und doch ist es eigentümlich, daß die Lahnthaler und Westerwälder besonders, die teilweise die Julierexcesse in Wiesbaden so verurteilt hatten, nunmehr diejenigen waren, die am meisten von sich reden machten.

Die Verjagung der mißliebigen Schultheißen und deren Ersetzung durch Männer aus ihrer Mitte, die Nachgiebigkeit der Regierung in der Wald-, Jagd-, Fron- und Zehntfrage hob das Souveränetätsbewußtsein der Landbevölkerung ungeheuer, und das führte oft zu den wunderlichsten Vorkommnissen. Allerdings ist die Art, wie sich dann genanntes Bewußtsein in kraftgenialen Streichen äußerte, keineswegs stets typisch zu nennen. Gar leicht ließen sich aber reaktionäre Darsteller jener Ereignisse zu dieser Annahme verleiten.

Digitized by Google

Die Souveränetät des Volkes zeigte sich unter anderem in den geharnischten mündlichen, schriftlichen oder „handlichen" Maßregelungen mißliebiger Volksvertreter, die jetzt recht zahlreich wurden. Dem Abgeordneten und Parlamentsmitgliede Schepp z. B. wurden von seinen Wählern im Amte Langenschwalbach fortgesetzt seine reaktionären „Sünden" vorgehalten. Der Abgeordnete Zollmann soll von den seinen aus dem Amte Diez bei Kirberg sogar thätlich angegriffen worden sein, obwohl dann wieder behauptet wurde, er selbst habe die Sache übertrieben und sich auf die Rolle eines „nassauischen" Lichnowsky hinausgespielt. Dahingegen erhielten die „Volksmänner" Beweise der fortgesetzten Anhänglichkeit, so Raht und Hehner*) auf dem Westerwalde und Snell im Weilthale. Der Lehrer Rühl hatte mit einem bis dahin unerhörten Freimute gegen die Mängel im Schulwesen, namentlich in der Schulaufsicht, persönlich gegen Seebode und einige Geistliche losgezogen und war deshalb von Oberursel nach Camberg versetzt worden; er erhielt von der Regierung Maßregel über Maßregel und wurde auch verklagt. Als ihn das Usingener Hofgericht freisprach, wurde das Faktum von der demokratischen Partei als großer Sieg gefeiert. Auf der anderen, der orangeblauen Seite, fehlte es nicht an Gegendemonstrationen, die sich aber, von der blindwütigen Menge ausgeführt, meistens an die unrechte Adresse richteten. So fielen in Bleidenstadt die Gegner der Simultanschule über deren Anhänger her; diese zogen blank, die andern auch, und es kam zu einem regelrechten Religionsmessergefechte. Auch die Lahnschiffer regten sich wieder. Sie verlangten, daß den fremden Gewerkschaften mit eigenen Schiffen das Halsterwerk auf der Lahn durchaus verboten werde. Als man sich daran nicht kehrte, sägten sie nächtig bei Balduinstein einen Nachen der Firma Haniel und Huyssen entzwei und hielten an einem dunklen Dezemberabend bei Diez einen solchen der „Metallurgischen Gesellschaft" an, prügelten den Segelschiffer und setzten ihn fest. Den von Runkel herbeigeeilten Geschäftsführer Bernus, der vergeblich vom Amte Hilfe erbat, bleuten sie gleichfalls gründlich durch, und nur das Einschreiten einiger Bürger rettete den Mann vor Schlimmerem. Doch erlangte er eine Schutzwache für den Nachen, und durch Maßnahmen der Regierung wurde weiteren Excessen vorgebeugt.

*) Nicht zu verwechseln mit dem Parlamentsabgeordneten Hehner.

Digitized by Google

Der konstitutionellen Verbindung wurde von demokratischer Seite, nachdem der erste Versuch im Juli mißglückt war, im September eine andere entgegengesetzt, der „Verein für Wahrung der Volksrechte". Die Gegner nannten ihn Maulwurfsverein, von der wühlenden Beschäftigung dieses Tierchens, während die Maulwürfler der ihnen feindlichen Vereinigung den Namen Heioverein (s. Kapitel XI.) gaben. Heios und Maulwürfe befehdeten sich gewaltig in den Volksversammlungen, die meist unter freiem Himmel abgehalten wurden. Solche fanden statt auf dem Knoten bei Mengerskirchen, auf der Cramberger Heide, bei Wolfenhausen, Nastätten, Oranienstein, Katzenelnbogen und, wie wir schon von früher wissen, oftmals bei der Elendsmühle im Weilthale, wo Pfarrer Snell präsidierte. Meist unterlagen dabei die Heios; nur auf dem Knoten gelang es ihnen einmal, die Maulwürfe vermittelst handgreiflicher Mittel auseinander zu treiben. Beim zweiten Male aber marschierten die Geschlagenen in doppelten Reihen auf (Führer war Bürgerwehrmajor Wimpf aus Weilburg) und konnten nun ihre Absicht erreichen. Seitdem sah Weilburg, die zweite Residenz, eine fortwährende Fehde zwischen beiden Parteien, wie ehemals Wiesbaden.

Von heiofreundlicher Seite wird dann noch erzählt, daß die Gegner an zwei anderen Orten übel angekommen seien. Zu Mensfelden wären die Bauern bei der Ankunft der maulwürflichen Redner einfach auseinander gelaufen, und zu Edelsberg hätten die Dörfler diese mit Steinwürfen empfangen, so daß sie selbst Reißaus genommen hätten.

Die Versammlungen beschäftigten sich mit mancherlei, mit Abfassung von Protesten gegen Parlaments- und Kammerbeschlüsse, von Mißtrauensvoten gegen Abgeordnete, von Petitionen um politische Amnestierung, um Einrichtung von Geschworenengerichten, mit Debatten über Zehntablösung und progressive Einkommensteuer und mit Robert Blum, nicht dem lebenden, sondern dem toten.

Während nämlich in Nassau harmlos geheiot und revoluzt wurde, war's in Wien, das zuerst in die Revolutionstrompete gestoßen hatte, scharf hergegangen. Die wildeste Empörung durchbrauste im Oktober die Kaiserstadt und bemächtigte sich ihrer. Dagegen bot der österreichische Hof seinerseits alle slavischen Gutedel und Deutschfeinde zur Bekämpfung seiner Residenz auf. An

Digitized by Google

der Spitze der Horden stand der Feldmarschall Fürst von Windischgrätz, der am letzten Oktobertage nach viertägigem Bombardement und Blutwerk Wien eroberte und es teilweise plündern ließ. Die von den Reaktionären stets für notwendig gehaltenen Einkerkerungen und Erschießungen folgten ohne Unterschied der Person, und unter den Opfern des rücksichtslosen Siegers befand sich auch der Parlamentsabgeordnete Robert Blum, der am 9. November auf der Brigittenau den Tod durch Pulver und Blei fand.

Ein Schrei der Entrüstung ging durch ganz Deutschland, und sogar den Heios in Nassau flößte die That Besorgnis ein. Überall, Wiesbaden voran, wurden Totenfeiern für Robert Blum abgehalten, in allen Vereinen, in den verschiedensten Kirchengemeinden, in allen Volksversammlungen. Das Frankfurter Parlament hatte zwar die Meetings im Freien im Umkreise von zehn Stunden um die Reichshauptstadt verboten; aber man kümmerte sich nicht darum. Meilenweit marschierten die Leute zum Versammlungsorte, und trotz Schneesturm und Regen wurden die Zusammenkünfte abgehalten. Artikel und Gedichte in Zeitungen und Flugschriften erschienen in Menge. Fürst Windischgrätz war, wie in Deutschland überhaupt, auch in Nassau der bestgehaßte Mann, und Tausende verfluchten seinen Namen. Der Volkszorn erkannte sehr wohl den blutigen Hohn, der sich in der Hinrichtung Blums, des beliebtesten Volksmannes, gegen das Volk und seine Bestrebungen offenbarte. Man sah in Windischgrätz die Verkörperung der tückischen Reaktion, und aus dieser Stimmung heraus läßt es sich begreifen, daß der Zorngrimm der Leute einen Purzelbaum schlug, als sie auf der Versammlung zu Rastätten die steckbriefliche Verfolgung und auf jener bei der Elendsmühle die Reichsachterklärung des „Mörders" verlangten. Aber nicht nur mit dem Mundwerk, auch mit der That war man bei der Hand; für die Hinterbliebenen Blums kamen allein in Wiesbaden durch freiwillige Sammlungen an siebenhundert Gulden zusammen.

Um dieselbe Zeit fast, da die Blum-Erregung das Land aufwühlte, war auch die andere Hauptstadt Deutschlands, Berlin, wieder zur Ruhe gebracht worden, und zwar sänftiglich durch den General v. Wrangel, ohne daß es zum Blutvergießen gekommen wäre. Man hat von roter Seite her vielfach versucht, Wrangel

Digitized by Google

mit Windischgrätz zu parallelisieren; aber der alte, gemütliche Papa Druff war denn doch himmelweit von dem kalten und herzlosen Halbdeutschen verschieden.

Die tragischen Zwischenfälle im Auslande, wie man offiziell damals das nichtnassauische Deutschland bezeichnete, hielten unsere westerwälder Bauern nicht ab, zwischendurch ein bißchen Schalkskomödie zu treiben. Vorzugsweise im Ländchen der „blauen Husaren" (ehemals Kurtrierischen und Nassau-Hadamarischen) geschah dies. Zu Montabaur sollte Rekrutierung stattfinden, und die Gestellungspflichtigen waren auch alle eingetroffen. Allein ein großer Teil davon hatte sich zur Feier des Tages derart in Alkohol übernommen, daß absolut nichts mit ihm anzufangen war. Eine solenne Keilerei beschloß den Tag; aber am anderen trat auf obrigkeitlichen Befehl alles an, und das Geschäft ging glatt von statten. Leben und leben lassen, scheint hier sowohl für Kommission wie für Rekruten der Wahlspruch gewesen zu sein.

Es war aber auch da in der Nordwestecke wie in der bassenheimischen Südostecke zu Zeiten der Waldfrevel vom souveränen Volke für gesetzmäßig erklärt worden. So wird erzählt, daß bei den Kirchweihfesten folgende Sitte üblich geworden sei. Nach „Kerweschluß" rückten Frauen und Mädchen, mit Beilen und Holzsägen ausgerüstet, in den Wald, legten unter Sang und Spiel dem stärksten (nicht etwa dem faulsten) Baume die Axt an die Wurzel, fällten und zerkleinerten ihn und teilten den Erlös aus dem Klafterholze unter sich. Mancherorts trieben „Unternehmer", zu anderen Zeiten Hehler genannt, einen sehr gangbaren Handel nicht nur mit gefreveltem Brennholze, sondern auch mit daraus zurecht geschnittenen Brettern. Eine „Unternehmer-Gesellschaft" soll sogar die Herstellung einstöckiger Holzhäuser zum Preise von dreißig Gulden, Stück für Stück, offeriert haben. Das Brennholz wäre, heißt es weiter, so billig geworden, daß das beliebte Brennmaterial, die Braunkohle, gar nicht mehr begehrt worden sei, und viele Gruben seien deshalb eingegangen.

Ein viel besprochener Fall war der berühmte Fischzug, den am 26. Oktober das souveräne Volk zu Mengerskirchen verübte. Die Domänenbeamten wollten an dem Tage aus dem dortigen großen Weiher etwa fünfzig Centner säuberlich ausgesichte Karpfen und andere geschuppte Teichbewohner versteigern. Sie wunderten sich

Digitized by Google

über die große Menge der Steigerungslustigen, waren aber damit kaum zu Ende, als ein Schwarm der Gäste auf die Fischkasten fiel, sie, hast du nicht gesehen, entleerte und die zappelnden Insassen tags darauf auf eigene Faust und zum eigenen Nutzen selbst in der Umgegend versteigerte. Die Beamten dachten: „Was kann da sein?", notierten die Thatsache und schifften sich sogleich wieder ein. Soldateneinquartierung besorgte nachher das ihrige.

Das Gelungene an diesen Landpirateriestückchen war, daß die Leute sich in dem Glauben befanden, sie begingen keinen Diebstahl an fremdem Eigentume. Es war das naive L'Etat c'est moi, nur diesmal nicht vom absoluten Herrn König, sondern vom absoluten Herrn Volk gesprochen, das die Leute irreführte. Neben den „gesetzlichen" Irrtümern kamen aber gegen Ende des Jahres und noch zu Anfang des neuen auch manche „ungesetzliche" vor, verbrochen durch Landstreicher, einzeln oder par compagnie. Es war doch z. B. ein starkes Stück, das an den Postraub von Esch erinnerte, wenn eine Bande es unternehmen konnte, in dem hadamarischen Dorfe Dorndorf zwei 250 bezw. 180 Kilo schwere Glocken der Sankt Blasius-Kirche zu stehlen, eine andere, bei Camberg die Leiche des alten Waterlookämpfers General v. Kruse zu berauben.

All das sind recht unliebsame Äußerungen und Begleiterscheinungen der nassauischen Revolution gewesen, und die folgende Reaktion hat es genugsam verstanden, das Accidentielle als das Aktuelle hinzustellen.

XXVIII. Die zweite Periode des Landtags.

Bei der Betrachtung der ersten Periode der Verhandlungen des Landtags konnten wir konstatieren, daß sie nicht das zuwege brachte, was man zumeist erwartet hatte. Die zweite Periode erfüllte Hoffnungen und Wünsche besser. Sehen wir zu.

Die zunehmende Notlage des Gewerbestandes in den vierziger Jahren hatte zugleich eine Überhandnahme des Wuchers und viele Mißbräuche im Wechselgeschäfte zur Folge. Den schreienden

Digitized by Google

Übelständen entgegenzutreten, hatten sich bereits im Jahre zuvor zu Leipzig die Bundesstaaten größtenteils über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Wechselordnung geeinigt. Wie aber so viele bundesstaatliche Entwürfe war auch dieser einstweilen auf dem Papiere stehen geblieben. Nunmehr erhob man ihn nebst einer angefügten Wechselprozeßordnung unterm 25. X. 1848 in Nassau zum provisorischen Gesetz, „bis daß die zu erwartende deutsche Reichsgesetzgebung in Handels- und Wechselsachen in Wirksamkeit treten würde". Das ist damals noch nicht geschehen; aber die Grundzüge des Wechselgesetzes sind bis auf den heutigen Tag maßgebend geblieben.

Die ungleiche Verteilung der Steuerlast führte ferner zum Erlaß des von dem nassauischen Volke so sehr herbeigewünschten Einkommen- und Kapitaliensteuergesetzes vom 7. XI. 1848. Die Hauptbestimmungen des Einkommensteuergesetzes waren folgende. Alles reine Einkommen der Inländer und der im Herzogtume begüterten Deutschen und Ausländer, sowie der außerhalb des Herzogtums begüterten Nassauer wird einer in Stufen wachsenden Steuer unterworfen. Sie beginnt bei einem Einkommen von 250 Gulden für die Familie, von 150 Gulden für den Einzelnen; Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten und Waisenfonds, Staatskasse und Anstalten, die aus dieser Zuschüsse erhalten, sind steuerfrei. Der Steuerstufen sind zwölf; die erste umfaßt ein Einkommen von 250 bis 500 Gulden, die zwölfte ein solches von 8000 Gulden und darüber; der Steuersatz beträgt in zwölf Abstufungen $^1/_4$ bis 4 Procent. Ein jeder Steuerpflichtiger hat „mündlich oder schriftlich auf Ehre und Gewissen" der Schätzungskommission sein Einkommen anzugeben, worauf sein Steueransatz erfolgt. Außer der Schätzungsbehörde wird noch ein gewähltes Schwurgericht in jedem Amte als Appellationsinstanz errichtet und diesem eine besondere Instruktion erteilt. Das Kapitalien- oder Zinsrentensteuergesetz hatte die nachfolgenden Hauptbestimmungen. Alles rentierende bewegliche Vermögen wird einer direkten Besteuerung unterworfen, und zwar alle Kapitalien der nassauischen Inländer und im Inlande festgelegte Kapitalien auswärts wohnender Nassauer und anderer Deutscher. Fremde Ausländer waren nur mit ihrem im Herzogtume und in anderen Bundesstaaten angelegten Kapitalvermögen steuerpflichtig. Ausgenommen waren die Besitzer von Kapitalien unter 500 Gulden,

Digitized by Google

falls dieser Betrag ihr einziges Vermögen bildete, ferner die Wohlthätigkeits- und Sparkassenanstalten, die Staatskasse und die von ihr unterstützten öffentlichen Anstalten. Die Steuer betrug 3½ Prozent oder 2 Kreuzer vom Gulden. Die Erklärung über den Rentenertrag hatte vor dem Steuerkommissar zu erfolgen; höhere Instanzen waren die Generalsteuerdirektion und das Staatsministerium.

Es ist eigentümlich, daß besonders das Gesetz der progressiven Einkommensteuer von der orangeblauen Partei so verspottet und lächerlich gemacht wurde, trotzdem es doch die Regierung selbst eingebracht hatte. Riehl nennt es ein Machwerk, das der gesunden Vernunft widersprochen, eine nationalökonomische Wunderkur, die keinen Glauben verdient habe. Bestärkt wurde diese Auffassung durch die Thatsache, daß, als die Listen zur Selbsteinschätzung aufgelegt und die Termine verkündet wurden, niemand erschien und also eine allgemeine Steuerverweigerung eintrat. Die Staatsregierung und die Volksvertretung waren diesem Generalstreik gegenüber machtlos und hoben das Gesetz infolgedessen später selbst wieder auf.

Merkwürdig! Heute haben wir das Einkommensteuergesetz fast ganz in der Weise, wie es damals zur Ausführung kommen sollte; ein alter Achtundvierziger hat in Preußen die Idee seiner Sturmjahre zur Wirklichkeit werden lassen, in einer ruhigeren Zeit. Ach ja, wiederum ein Beweis, daß sich solche, von gescheiten Leuten für verrückt gehaltene Ideen wohl drücken, aber nicht unterdrücken lassen und im rechten Moment wieder oben auftauchen, dann aber als funkelneu und höchst vernünftig gelten. Und ein weiterer Beweis dafür, daß es oft gar nicht von Schaden gewesen ist, einmal achtundvierzig gespielt zu haben.

Die Beitreibung von ausgebliebenen Steuern wurde dem neuen Institut der Gerichtsvollzieher zugewiesen, das im übrigen als justizial bezeichnet und in den Dienst der Gerichtsbehörde gestellt wurde. Die Errichtung dieser Beamtenspecies und die Festsetzung der human gehaltenen Instruktionen erfolgte im Dezember. Die Vollstreckungsakte in Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit blieben nach wie vor den Bürgermeistern vorbehalten. (23. XII. 1848.)

Digitized by Google

Mit der Steuerreform hing der Erlaß des Zehntablösungsgesetzes zusammen, der am 24. Dezember 1848, gleichsam als Christkindchen den Bauern und Gewerbetreibenden auf den Bescheertisch gelegt wurde. Die Nöte und Anstrengungen aber, bis das geschehen konnte! Zu Anfang waren, im ersten Sturm der Leidenschaften, alle einig: Fort mit dem Zehnten und mit allen ähnlichen Abgaben! Besonders die Bauern schwärmten dafür. Dann kam das Nachdenken. Die Gewerbetreibenden regten sich; man wollte den Bauern, wie den Großgrundbesitzern nicht alles schenken, den Zehnten nicht verschleudern, wie es hieß. So drang man von dieser Seite auf entsprechende Ablösung, während die Bauern konsequent für unentgeltliche Abschaffung stimmten. Es wurde in der „Freien Zeitung" haarscharf bewiesen, daß, wenn man den Zehnten einfach aufhöbe, dreißig Standesherren (Fürsten, Grafen, Barone) je zwischen 47 832 und 994, zusammen 232 549 Gulden, andere reiche Gutsbesitzer zusammen 684 766 Gulden geschenkt erhielten, was im ganzen 917 315 Gulden ausmache; der Staat verliere elf Millionen, wofür künftig zwei Simpel Steuern mehr erhoben werden müßten. Es kam zu einem erbitterten Wort- und Schriftkampfe und infolgedessen zu einer grenzenlosen Anschauungsverwirrung, die von den roten und orangeblauen Agitatoren gleichmäßig schlau benutzt wurde. Es soll vorgekommen sein, daß in der Flut von Petitionen, die dem Landtag für und wider die Zehntablösung zugingen, Dutzende von denselben Namen auf beiden (!) gegnerischen Eingaben standen. Die Bauernfängerei soll weiter so plump betrieben worden sein, daß man lithographierte Petitionen umgehen ließ mit dem Versprechen, daß jeder Unterzeichner dreißig Kreuzer erhalte, was natürlich die Dummen sehr gereizt habe. Ich bemerke aber, daß diese Behauptung nur von orangeblauer Seite herrührt.

Nun, schließlich ist denn nach den allerhitzigsten Debatten, mancherlei Um- und Wiederummodelungen das Zehntgesetz mit merkwürdiger Schicksalsironie fast in der ursprünglichen Abfassung zur Verabschiedung gelangt. Aller noch bestehende Zehnte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde von Anfang des Jahres 1848 an abgelöst, durch Entrichtung der vierzehnfachen mittleren Summe des Reinertrags. Letzterer wurde durch Vereinbarung zwischen Berechtigten und Verpflichteten festgesetzt; kam diese Ver-

Digitized by Google

einbarung nicht zustande, so fand Taxation durch Sachverständige statt. Den Berechtigten wurde der sechzehnfache Betrag vergütet und der Ergänzungsbetrag aus der Staatskasse bezahlt. Der Verpflichtete konnte das Ablösungskapital dem Berechtigten sofort unmittelbar abtragen oder wurde auf die Darlehnserhebung bei der Landesbank zu 4 Prozent hingewiesen. Die auf dem Zehnten haftenden Lasten mußten gleichzeitig mit der Zehntablösung abgetragen werden. Als so das Gesetz endlich erschien, hatte der Kampf der Leidenschaften — „viel Lärm um nichts" — ausgetobt, und man nahm die endliche Schlichtung des Streites ruhig hin.

Die vielen unvorhergesehenen Lasten und außerordentlichen Ausgaben des bewegten Jahres machten die Erhebung einer Anleihe nötig, die am 12. XII. 1848 mit 1 200 000 Gulden ausgeschrieben wurde.

Die größte Errungenschaft der Periode aber war das Gemeindeverwaltungsgesetz vom 12. Dezember 1848, das auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung ruhte und über ein halbes Jahr lang eingehend diskutiert worden war. Die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten wurde dem Gemeinderat, die der freiwilligen Gerichtsbarkeit im besonderen dem Feldgerichte übertragen. An der Spitze beider Behörden stand der Bürgermeister. Bürgermeister, Gemeinderat und Feldgerichtsschöffen wurden nicht von der Regierung ernannt, sondern von der Gemeinde gewählt; der Wahlmodus wurde besonders bestimmt. Die Amtsdauer des Bürgermeisters wurde auf sechs, die der Gemeinderäte auf vier Jahre festgesetzt; Städte über zwölftausend Einwohner konnten einen zweiten Bürgermeister wählen, an den anderen Orten wurde ein Stellvertreter ernannt. Ebenso wurde ein Ratschreiber gewählt; er und der Bürgermeister wurden besoldet, die Gemeinderäte versahen ihren Dienst als Ehrenamt. Der Gemeinderat beriet über die Angelegenheiten der Gemeinde, verwaltete deren Vermögen und übte die Ortspolizei aus. Die Verhandlungen waren öffentlich. Als Gemeindevertretungsbehörde fungierte überdies an Orten mit mehr als zweitausend Einwohnern der Bürgerausschuß, der auf zwei Jahre gewählt wurde und sich jedes Jahr zur Hälfte seiner Mitglieder erneuerte. Die Zahl der letzteren betrug die sechsfache derjenigen des Gemeinderates. An das Gesetz ange-

Digitized by Google

schlossen waren die Bestimmungen über die Verwaltung des Gemeindevermögens und der Ortspolizei, über die Staatsaufsicht und über das Bürgerrecht und seine Erwerbung. Das Gesetz trat mit dem ersten Tage des neuen Jahres in Wirksamkeit.

Es war ein Triumph der Bourgeoisie, um einmal diesen terminus technicus zu gebrauchen, über die staatliche Bevormundung. Zweifellos hätten manche der Männer, welche die letztere vor dreißig Jahren noch für angebracht gehalten hatten, inzwischen längst die Hand zur Abänderung der alten Bestimmungen geboten. Aber sie waren bereits tot oder vor der Zeit zur Unthätigkeit verurteilt.

Mit diesen Gesetzen schloß die zweite Periode der Thätigkeit des Landtags ab. „Der Liebe Müh'", sagten die Unzufriedenen, hatte das Land binnen sieben Monaten etwa 70000 Gulden Diäten u. s. w. gekostet. Anschließend daran betrachten wir noch kurz die Arbeiten während des Jahres 1849. Obwohl diese Übersicht eigentlich über die Grenzen unserer Darstellung hinausgeht, gehört sie doch dazu. Die Kammer brachte zur Verabschiedung zunächst die Revision der Armenpflegebestimmungen (20. XII. 1848 bez. 8. III. 1849), der Pensionsgesetze für Civil- und Militärbeamte (8. II. 1849), des Gewerbegesetzes und der Erlasse über den Hausierhandel (3. bez. 5. IV. 1849). Neue Gesetze und Edikte betrafen die thatsächliche gänzliche Umgestaltung der seitherigen Landeskreditkasse zur Landesbank (16. II. bez. 14. IV. 1849); die Aufhebung des befreiten Gerichtsstandes (7. III. 1849), womit zugleich die Standesunterschiede beseitigt wurden; die Trennung der Justiz und Verwaltung bei den Ämtern (4. IV. 1849), wonach besondere Verwaltungsämter (Kreisämter) neben den Justizämtern (bisherigen Ämtern) eingerichtet wurden; die Ablösung der außer dem Zehnten noch bestehenden Grundabgaben und Gülten (14. IV. 1849); die Einführung des mündlichen und öffentlichen Gerichtsverfahrens mit Schwurgerichten, das so heiß ersehnt worden war, nebst einem Strafgesetzbuche (14. IV. 1849); die Reorganisation der Volkswehr, von der man nicht lassen zu können glaubte (8. VI. 1849), welch erstere aber nie zur Ausführung kam; endlich die Organisation der Centralgewalt, des Staatsministeriums und der damit zusammenhängenden obersten Regierungsbehörden nach einem mehr decentralistischen Prinzip innerhalb der Centralisation

Digitized by Google

(17. X. 1849), worin man ein weiteres Zeichen der Abweichung von bureaukratischen Pfaden erblicken konnte. Alle diese Neuerungen geschahen noch im Banne der großen Bewegung, nachdem diese sonst schon aufgehört hatte, in der Öffentlichkeit ihre Bedeutung zu äußern, und nachdem der Traum der deutschen Einheit schon fast zu Grabe getragen worden war.

Aber daß die Forderungen des Volkes durchdrangen und daß der Zeitgeist, will sagen, die fortschreitende Entwickelung, die Verwirklichung jener erzwang, das bezeugt doch, daß das Jahr 1848 keineswegs ein solches Jahr der Tollheit gewesen sein muß, als welches es so sehr viele gern hinstellen möchten.

XXIX. Die Führer der Fortschrittspartei.*)

Seinerzeit haben wir die Führer der radikalen demokratischen Partei außerhalb der Volkskammer kennen gelernt; nunmehr wollen wir eine Anzahl derjenigen des gemäßigten Fortschritts innerhalb letzterer uns vorführen. Wir heben die sechs bedeutendsten heraus und betrachten sie dem Alter nach.

Adolf Raht, geboren am 11. VI. 1789 zu Nassau, wo sein Vater nassauischer Amtmann mit dem Titel Justizrat war, verlebte seine Jugendzeit unter den Kriegsstürmen, die das Lahnthal durchbrausten. Bei der Beschießung des Städtchens durch die Franzosen, 1796, trafen zwei Kugeln das Amtshaus, die heute noch dort eingemauert zu sehen sind. In der Zeit, da das Herzogtum Nassau gebildet wurde, bezog Raht die Universitäten Heidelberg und Göttingen, um Rechts- und Staatswissenschaften zu studieren, erhielt 1810 nach bestandenem Examen die licentia practicandi und wurde dann als Amtsaccessist beim Amte zu Nassau angestellt. Anno 1815, als das Aufgebot gegen den wiedergekehrten Napoleon erging, trat er als Oberleutnant in das Landwehrbataillon ein und kämpfte bei Waterloo mit. Nach

*) Ich spreche an dieser Stelle den Herren Söhnen bezw. den Verwandten der hier biographisch angeführten Volksmänner für die entsprechenden Mitteilungen meinen verbindlichsten Dank aus.

Digitized by Google

seiner Rückkehr kam er als Regierungsassessor nach Wiesbaden, wo er bald Regierungsrat wurde; 1821 wurde er als Hofgerichtsrat ans dortige Hof- und Appellationsgericht versetzt und rückte 1824 zum Hofgerichtsdirektor auf. Anno 1830 kam er mit dem Titel Geheimer Rat in gleicher Eigenschaft (nachher als Präsident bezeichnet) an das Hof- und Appellationsgericht zu Dillenburg. Er war ein intimer Freund des hochverdienten Regierungspräsidenten v. Ibell, der ihn, als er in hessen-homburgischen Diensten stand, 1832 dem Fürsten von Waldeck auf dessen Anfragen als Reorganisator der Kammer- und Kassenverwaltung empfahl, als welcher Raht sich seiner schwierigen Aufgabe zu vollster Zufriedenheit seines Auftraggebers entledigte. Als nach den Märzereignissen von 1848 Minister von Dungern resignierte, wurde er, nachdem er im Januar bereits zum Mitgliede des Staatsrats ernannt worden war, bis zur Berufung Hergenhahns mit der provisorischen Leitung des Staatsministeriums und der Vorbereitung der neuen Gesetze betraut. Als Abgeordneter später in die Kammer gewählt, verfocht er als „alter Jurist von musterhaftem Fleiße, strenger Ordnungsliebe und zäher Ausdauer", wie sein Gegner Riehl sagt, die Volksrechte in gemäßigt fortschrittlichem Sinne, ein scharfer, zielbewußter Kritikus namentlich der Regierungsmaßregeln. Das zog ihm die Ungunst des Herzogs zu, der ihn nach Hergenhahn's Rücktritt, 1849, ohne Angabe der Gründe in den Ruhestand versetzte.*) Als seine Berufung hiergegen auf Grund der Reichsverfassung nichts fruchtete, verzichtete der hochverdiente Mann auf Wiedereintritt in den Staatsdienst überhaupt. Er starb am 26. XI. 1858.

Karl Philipp Hehner, geboren zu Mensfelden am 25. III. 1809, besuchte die Gymnasien zu Idstein und Weilburg, studierte Rechts- und Staatswissenschaften zu Heidelberg, Jena und Göttingen und wurde nach abgelegter Staatsprüfung 1830 als Amtsaccessist erst zu Selters, dann zu Hadamar angestellt. Die Teilnahme an einem Fackelzuge für ein liberales Mitglied der Landstände brachte ihm 1832 die Entlassung. Doch erhielt er zu Ende desselben

*) Der sogenannte Idsteiner Hochverratsprozeß, in den später Raht und die Folgenden (außer Hehner und Braun) verwickelt waren, endete bekanntlich mit Freisprechung aller Angeklagten.

Digitized by Google

Jahres wieder eine Stelle beim Amt zu Rennerod, von wo er nacheinander nach Wallmerod, Idstein und Usingen kam, an welch letzterem Orte er 1838 Hof- und Appellationsgerichtssekretär, bald nachher Assessor und endlich, 1843, Hofgerichtsrat wurde. Er rückte dann 1847 zum Regierungsrat in Wiesbaden auf und wurde als solcher im Frühling von 1848 von den Ämtern Usingen, Königstein, Idstein und Höchst in das deutsche Parlament gewählt. Mit regem Eifer vertrat er die Interessen des Volkes; sein angeborener Rechtssinn sträubte sich gegen jede Willkür, die in der Nationalversammlung den Volksrechten widerfuhr. Er hielt mit den letzten aus, bis die Versammlung zu Stuttgart gesprengt wurde. Zahlreich waren die Adressen, die ihm den Dank und das Vertrauen seiner Wähler bekundeten. Einen Beweis seiner Uneigennützigkeit gab er dadurch, daß er, als er mit seiner Familie zu Frankfurt wohnte, auf die Hälfte seines Gehaltes als Regierungsrat verzichtete. Nach Auflösung des Parlaments kam Hehner als Hofgerichtsrat nach Dillenburg, dann, 1851, infolge der Ungnade des Herzogs, als Amtmann nach Marienberg; 1854 wurde er sans façon pensioniert. Auf „Wohlverhalten" gestattete man ihm die private Advokatenpraxis zu Limburg und Wiesbaden und rehabilitierte ihn endlich 1860 als Hofgerichtsrat zu Wiesbaden; 1866, kurz vor Kriegsausbruch, wurde er Oberappellationsgerichtsrat daselbst. Als solcher erlebte er die Annexion, diente weiter und wurde 1879, bei der preußischen Justizorganisation, auf Ansuchen zur Disposition gestellt. Seine längere Zeit schon schwankende Gesundheit, die ihn auch genötigt hatte, das 1870 von der Stadt Wiesbaden zum Landtag erhaltene (fortschrittliche) Mandat niederzulegen, war schuld daran. Am 1. IV. 1880 starb er zu Wiesbaden, „als Mensch, als Familienhaupt, als unparteiischer Pfleger des Rechts und wohlwollender Beamter, als Mitglied der bürgerlichen und staatlichen Gesellschaft gleich ausgezeichnet".

Gustav Justi wurde geboren am 25. XI. 1810 als Sohn des Präsenzmeisters Justi zu Idstein. Er besuchte die Lateinschule daselbst, lernte seit 1825 Apotheker zu Nastätten und Langenschwalbach, studierte seit 1828 zu Marburg und Heidelberg besonders Naturwissenschaften und daneben Philosophie, und wurde nach bestandenem Staatsexamen Apothekergehilfe zu Michelbach, Wittlich,

Digitized by Google

Laasphe u. a. O. Anno 1837 begründete er ein Liqueurgeschäft zu Straßebersbach, das er 1840 nach Idstein verlegte. Hier trat er in regen Verkehr mit wissenschaftlich gebildeten Männern und trieb fleißig Hegelsche Philosophie (sogar auf seinen Geschäftsreisen, während er zu Pferde saß), verfaßte auch eine Schrift: „Der Unterschied der Persönlichkeit und Subjektivität", die bei Sauerländer in Frankfurt erschien. Diese Thätigkeit erkennt auch Riehl lobend an, indem er namentlich auf die Fürsorge Justis im Landtage für Wissenschaft und Kunst (s. Kapitel XXVI.) hinweist. Am 4. März 1848 führte Justi die Idsteiner und die Bauern der Umgegend nach Wiesbaden, wurde Vorsitzender des Sicherheitskomitees und Bürgerwehrkommandant zu Idstein, Mitglied des Gemeinderats, des Kreistags und Landtags. Von 1851 ab zog er sich vom politischen Leben mehr zurück, zumal auch im Jahre zuvor seine Gattin gestorben war. Er lebte fortan meist der Gemeinde und der Erziehung seines einzigen Sohnes; später trat er jedoch dem „Nationalverein" bei. Seinen Bemühungen hauptsächlich verdankt Idstein die Gründung der Real- und der Baugewerkschule, sowie des Vorschußvereins. Nach der Annexion trat er in den Kommunallandtag ein, wo er u. a. sechs verschiedenen Komissionen angehörte und mit Eifer für die Erhaltung der berechtigten nassauischen Eigentümlichkeiten eintrat, so sehr er im übrigen die Umgestaltung der politischen Dinge begrüßt hatte. Fast siebzig Jahre alt erkrankte der eifrige Mann während der Tagung des Kommunallandtags zu Wiesbaden an einer Lungenentzündung; sein Sohn, praktischer Arzt zu Idstein, brachte ihn nach Hause, wo er indes kurz darauf, am 31. III. 1879, starb. Seine dankbaren Mitbürger ehrten den Verstorbenen durch ein im Mai von 1880 enthülltes Denkmal vor dem Rathause zu Idstein, das die Erinnerung an den trotz seiner Schlichtheit im engeren Kreise so bedeutenden Mann wachhält.

Karl Braun, am 20. III. 1822 zu Hadamar geboren, besuchte das Gymnasium zu Weilburg, studierte zu Marburg und Göttingen Philologie und Rechtswissenschaft und trat nach bestandenem Examen 1844 in den nassauischen Staatsdienst ein. Er wurde Amtsaccessist in Dillenburg, dann in Selters, hierauf Regierungsaccessist zu Wiesbaden. Das Jahr 1848 fand in dem jungen sechsundzwanzigjährigen Mann einen eifrigen Verteidiger der Volks-

Digitized by Google

rechte; wir sind ihm früher verschiedentlich begegnet, u. a. als Gegner von Riehl in der Redaktion der kurzlebigen, von ihm begründeten „Nassauischen Zeitung". Auch wurde er zum Mitglied des Landtags gewählt. Anno 1849 wurde er als Amtsacceſſist nach Sankt Goarshausen, dann als Prokurator ans Hofgericht zu Dillenburg versetzt. Von 1855 bis 1867 war er dann Hofgerichtsprokurator zu Wiesbaden. Mit seinem Freunde Lang übernahm er die Leitung der fortschrittlichen Opposition im Landtag; als solcher bekämpfte er besonders das System Werren und als Mitglied des „Nationalvereins" die großdeutsche Politik der Regierung. Entschieden trat er für die deutsche Einheit unter Preußens Führung ein und widersetzte sich mit seiner Partei 1866 aufs äußerste der Mobilmachung gegen Preußen, bekanntlich ohne Erfolg. Nach der Annexion wurde er vom zweiten nassauischen Wahlkreise (Wiesbaden) in den norddeutschen Reichstag und ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt (1867 bis 1871) und trat in die nationalliberale Partei ein. Seit 1871, in welchem Jahre er dem fortschrittlichen Kandidaten unterlag, erhielt er seine Mandate von anderen Kreisen; doch trat er 1880 aus der nationalliberalen Partei aus und wandte sich 1884 den Freisinnigen zu. Aus Gesundheitsrücksichten zog er sich nach Freiburg in Baden zurück, wo er am 14. VII. 1893 starb. Er hatte in Wiesbaden das Haus Emserstraße 19 bewohnt. Braun war eine derbe, rücksichtslose Natur; er verfocht seine Ideeen mit unerbittlicher Konsequenz und beißender Satire in Wort und Schrift. Anno 1863 gründete er die „Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte", die dann das Organ der Freihandelsschule wurde, und redigierte sie später selbst. Als politischer, historischer und kulturhistorischer Schriftsteller (K. Braun-Wiesbaden) hat er sich durch zahlreiche Aufsätze und Werke einen Namen gemacht. Die nassauischen Zustände in der letzten Zeit des Herzogtums hat er besonders in den „Bildern aus der deutschen Kleinstaaterei" gegeißelt, sich aber von Einseitigkeit der Auffassung und Behandlung nicht frei gehalten.

Friedrich Lang, des Vorigen intimer Freund, wurde als Sohn eines Landwirts zu Langenschwalbach am 20. VI. 1822 geboren, besuchte die Gymnasien zu Kreuznach und Weilburg, seit 1840 die Universitäten zu Marburg und Göttingen, wo er Jura studierte;

Digitized by Google

1843 bestand er sein Staatsexamen. Von 1844 bis 1846 praktizierte er bei Prokurator Hergenhahn, wurde dann Amtsprokurator in Langenschwalbach, wo er auch politisch thätig war. Die im Auftrage nassauischer Landwirte 1847 verfaßte Petition gegen das Jagdrecht und andere Benachteiligungen des Volkes zog ihm eine Disziplinaruntersuchung zu; doch riß ihn der Märzsturm aus der Verlegenheit. Als Führer der demokratischen Partei im Landtage haben wir ihn kennen gelernt; er blieb dies auch in der Folgezeit, zog 1849 nach Wiesbaden, wo er das Haus Emserstraße 10 erbaute und später Hofgerichtsprokurator wurde. Seit 1861 übernahm er das Mandat von Wiesbaden für den Landtag. Anno 1859 erließ er mit Anderen das Manifest, in welchem Deutschland aufgefordert wurde, sich der militärischen und diplomatischen Führung Preußens zu unterstellen und zwischen Frankreich und Österreich (italienischer Krieg) schiedsrichterlich aufzutreten. Dies wurde der Anstoß zur Bildung des „Nationalvereins", den Lang gründen half und in dessen Ausschuß er gewählt wurde. Während der nassauischen Konfliktszeit zu Anfang der sechziger Jahre stand Lang an der Spitze der Opposition und in erbittertem Kampf gegen die Regierungsdirektoren Schepp und Werren, die Leiter der Regierungspolitik. Lebhaft unterstützt wurde er dabei, wie bemerkt, von seinem Freunde Braun. Er erlebte noch die Annexion, dann starb er an einem Herzschlage, erst vierundvierzig Jahre alt, am 22. XI. 1866. Lang besaß dieselben Charaktereigenschaften wie Braun, war mitunter noch impulsiver und leidenschaftlicher; doch klärten sich seine Ansichten, die er im Jahre Achtundvierzig als junger Stürmer und Dränger über Wissenschaft und Kunst gehegt hatte, später ab. Sein früher und schneller Tod erweckte vielseitigen Schmerz, wovon das Denkmal auf dem alten Kirchhofe zu Wiesbaden mit der trauernden Nassovia Kunde giebt.

Julius Oppermann, geboren am 9. VI. 1825 zu Diez, ist der dritte im Bunde der jüngeren Trias, die wir der älteren (Raht, Hehner, Justi) gegenüberstellen. Ein ungewöhnlich begabter junger Mann, besuchte er das Gymnasium zu Weilburg, dann die Universitäten Marburg, Bonn und Heidelberg, Jura studierend, bestand 1847, zweiundzwanzigjährig, mit Glanz das nassauische Staatsexamen und wurde Amtsacceßist zu Diez. Als Idealist und freiheitbegeisterter Mann, mit tiefen Kenntnissen eine ausge-

Digitized by Google

zeichnete Beredsamkeit verbindend, warf er sich in den Strudel der Ereignisse des bewegten Jahres. Seine Reden in den Volksversammlungen, die seine tiefinnerste Überzeugung ausströmten, gewannen ihm die Herzen der Hörer, trugen ihm aber auch eine Strafversetzung nach Wied-Selters ein. Er folgte ihr nicht, sondern trat aus dem Staatsdienste aus und übernahm nach Dr. Möllers Rücktritt die Redaktion der „Freien Zeitung", 1848—50. Die Reaktion zwang ihn indessen, diese aufzugeben; so zog er

Julius Oppermann.
Nach einer Bleistiftzeichnung des damals zwanzigjährigen Professors L. Knaus.

sich denn aus dem politischen Leben zurück und widmete sich der Erziehung seiner jüngeren Geschwister und dem eigenen Weiterstudium, um sich als Rechtsanwalt zu etablieren. Allein die Regierung verweigerte ihm unter passenden Vorwänden das zweite Examen, und so mußte sich Oppermann zu Limburg und Diez als Rechtsanwaltsgehilfe und Rechtskonsulent Jahre hinaus durchfristen. Erst 1863 übernahm er die Redaktion der „Elberfelder Zeitung", ging 1866 nach Berlin, wo er an verschiedenen liberalen Zeitungen

Digitized by Google

mitarbeitete, kaum das Notwendigste zu seinem Unterhalte erringend. Endlich erhielt er 1871 eine Stelle als Handelskammersekretär zu Wiesbaden, so daß er vor Not geschützt war und gleichzeitig auch seinem regen Wissensdrange durch Vorträge und historische Veröffentlichungen, wie schon vorher, jetzt noch besser Genüge leisten konnte. Aber die Hilfe kam zu spät. Oppermann hatte nicht nur sein ganzes Vermögen der Sache, der er diente, und der Ausbildung der Geschwister geopfert, er hatte sich auch durch seinen Pflichteifer und durch sein ununterbrochenes Arbeiten an sich und zu seinem Unterhalte vorzeitig zum kränkelnden Manne gemacht. Das Schicksal, das den hochbegabten, bis aufs Tüpfelchen konsequenten und bis zum Tode aufs Wort überzeugungstreuen Mann so bitter verfolgte, schien ihn auch noch durch die Krankheit (Fettsucht) höhnen zu wollen. Unter allgemeiner Trauer starb er am 1. Januar 1880, mitten in regem historisch-schriftstellerischen Schaffen. Ein schönes Grabdenkmal auf dem neuen Friedhofe zu Wiesbaden, im Juni von 1880 errichtet, gab Kunde von der Dankbarkeit und Verehrung seiner Mitbürger, die ihn über den Tod hinaus begleiteten.

Solches waren die Männer unserer engeren Heimat, die mit vielen anderen Gleichgesinnten ihre ganze Kraft einsetzten, um das Volk, um Deutschland zu dem Ziele führen zu helfen, das mit der Gründung des Reiches erreicht wurde.

XXX. Der Ausgang der Bewegung.

Die Ereignisse in Wien, wo die Volksbewegung durch Blut und Flammen erstickt wurde, und in Berlin, wo ebenfalls Bajonett und Säbel wieder zur Herrschaft kamen, übten auf die Bevölkerung ganz Deutschlands, also auch auf die Nassaus, einen nachhaltigen Eindruck aus. Der erste ohnmächtige Zorngrimm gegen Windischgrätz und die siegreiche Reaktion machte bald einer tiefen Niedergeschlagenheit Platz; die große Bewegung begann zu erlahmen.

Das Frankfurter Parlament, im Frühjahre berufen, um die Forderungen des Volkes zu verwirklichen, mußte im Herbst bereits ebenso wie die reaktionären Gewalten sich auf ein Militärregiment

Digitized by Google

stützen. Exekutionen durch „Reichstruppen“ fanden öfters statt, um jegliche „revolutionäre“, d. h. freiheitliche Regung zu unterdrücken. Höchst u. a. seufzte bis zum Frühjahre hinein unter Einquartierungslast. Allerorts wurde die Bürgerwehr umgangen, auf die Seite gedrängt, verächtlich behandelt. Daneben wurden die Volksversammlungen beschränkt oder unterdrückt, wo sich ein Vorwand dazu finden ließ; den Soldaten war die Teilnahme daran schon lange bei schwerer Strafe verboten worden. So hören wir denn bereits am Schlusse des Sturmjahres wenig mehr von der Thätigkeit der Volkswehr und den Volksversammlungen; erstere beschränkte sich auf Paradieren und militärische Spielereien, und die im vorletzten Kapitel erwähnte, im nächsten Frühjahre publizierte Neuorganisation wurde von der Regierung und vielleicht auch vom Volke selbst bloß als papierene Satire betrachtet.

Etwas mehr Leben kam wieder in die Massen, als infolge der neuen Gemeindeordnung allenthalben die Bürgermeisterwahlen stattfanden. Eine ganze Reihe von Orten wählte ohne weiteres fortschrittliche Männer; in andern erhob sich ein Kampf beider Parteien; zu Ruhestörungen kam es nirgends, aus Furcht vor den Bajonetten des Militärs. Zum Teil wählte man die früheren, verbliebenen oder selbstgesetzten Schultheißen zu Bürgermeistern, sofern man mit ihnen zufrieden war. So z. B. in Weilburg; anders in Wiesbaden. Dort stand der Kandidat der Fortschrittler, Buchhändler Fischer, jenem der Konservativ-Liberalen, Schultheißenadjunkt Weychardt, gegenüber. Am 11. I. 1849 siegte Fischer mit 1031 Stimmen gegen 597, die auf Weychardt fielen, während sich 51 zersplitterten; Glockengeläute begleitete hier wie an anderen Orten das Resultat des ersten Akts des freien Gemeindebürgertums. Und in der That konnte mit Recht durch dies Läuten der Eintritt einer neuen Zeit gefeiert werden.

Die Lage um die Jahreswende war im übrigen, namentlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht sonderlich rosig. Das Gewerbe und der Handel lagen danieder; die Unsicherheit der politischen Zustände, die Spannung auf das Kommende drückten und wirkten auf den Geldverkehr. Überall stockte es; der Bürger hielt die Hand auf dem Geldbeutel und drehte jeden Kreuzer, wie man sagt, dreimal, ehe er ihn ausgab. Die Zehntablösung kam ihm selbst doch recht wenig zugut, wie man allseits bald merkte.

Digitized by Google

Auch die Großindustriezweige litten. Der Fremdenzufluß zu den Bädern ließ nach, da die unsicheren Zustände sich nicht ändern wollten. Die Weine lagerten unverkäuflich in den Kellern. Besonders aber klagten die Eisenhüttenbesitzer über die auswärtige, d. h. außernassauische Konkurrenz, gegen die sie nicht aufkommen konnten. Die große Bewegung hatte nämlich auch die immer noch zum Teil bestehenden Zollschranken durchbrochen. Die nassauischen Hüttenbesitzer aber waren an die alte Weise des „einheimischen Verschleißes“ ihrer Produkte gewöhnt. Einer von ihnen, Lossen, verfaßte eine Broschüre: „Schutz der Eisenindustrie!“, und im Anschlusse daran wandten sich seine sämtlichen Berufsgenossen mit einer Petition an die Kammer, worin sie das gewöhnliche Abhilfsmittel, Schutzzoll, verlangten. Die Ausdehnung des Freihandels ist anfänglich allezeit und überall als Benachteiligung einzelner Kreise empfunden worden; sie läßt sich aber ebenso wenig eindämmen wie der Kulturfortschritt überhaupt. Lernt doch, Staatsmänner und Staatsbürger, von der Geschichte, lernt auf der einen und vergeßt auf der andern Seite!

Auch elementare Unfälle hatten einzelne Städte heimgesucht. Am 9. August brannten in Geisenheim neun Wohnhäuser, elf Scheuern und ein Backhaus ab; am 7./8. Oktober verzehrten in Caub die Flammen achtzehn Häuser; in Wiesbaden fiel am 2. Dezember das alte Heidnische Thor an der Kirchhofgasse und eine Scheuer daneben dem Feuer zum Opfer.

Um vieles behaglicher als die Städter fühlten sich die Bauern, aus dem einfachen Grunde, weil sie am meisten profitiert hatten. Wir wollen den ehrenvollen Ausdruck Bauer, dessen sich seine Träger oft ganz unnötigerweise schämen, durch den erweiterten Landbewohner ersetzen und zu den Landbewohnern auch die Bevölkerung der meisten Kleinstädte Nassaus zählen.

Diesen Landbewohnern war die Zehntablösung, wie erwähnt, am meisten zugut gekommen; trat, wie dies später geschah, auch noch die Befreiung von den anderen Gülten und Abgaben hinzu, so konnte man hoch zufrieden sein. Der, welcher der meisten Last entledigt ist, gewinnt natürlich am meisten. Die Landgemeinden hatten zudem ein gutes Jahr gehabt; ihre Feld- und Gartenfrucht ging flott ab, und ihren Holzvorrat hatten sie auf lange Zeit hinaus daheim. So schlief die Bewegung auch auf dem Lande allgemach

Digitized by Google

ein. Die Bauern fühlten sich nach wie vor als souveräne Herren der Lage. Das zeigte sich, als nach Neujahr die neubestellten Gerichtsvollzieher ihr Amt antreten wollten. Es war nämlich bisher so recht gemütlich zugegangen: der Amtmann oder Schultheiß procedierte zwar, citierte, verurteilte, strafte, mahnte, pfändete; aber niemand kümmerte sich darum oder leistete Folge. Nun kamen mit einem Male die Gerichtsvollzieher, um den Befehlen der Obrigkeit Nachdruck zu verschaffen. Das souveräne Landvolk, besonders auf dem Westerwalde (Ämter Weilburg, Runkel, Hadamar und Rennerod), nahm ihnen das übel. „Laßt sie nur kommen!" hieß es. Und als sie kamen, ging's ihnen schlecht. Riehl erzählt, daß man in Niederhadamar dem Exekutor das Gesicht schwarz gefärbt habe; in Fussingen riß man ihn an den Ohren und zerprügelte ihn, in Frickhofen jagte man ihn mit Steinwürfen aus dem Orte, und in Merenberg war man gar mit Äxten und Karsten hinter ihm her. Das neue Institut der Landjäger (Gendarmen) zeigte sich entweder ohnmächtig oder unzuverlässig; in Hadamar rebellierten sie sogar gegen den Amtmann. Da rückte denn Exekutionsmilitär ein, und nun bekamen die souveränen Westerwälder ein Ähnliches zu kosten wie die Mainländer, und mit der gemütlichen Anarchie war's aus.

So war also auch in Nassau die Militärgewalt allmählich, wie von selbst, oben aufgekommen, und unter ihrem Schutze begann schon zu Anfang des neuen Jahres die Reaktion sachte wieder einzusetzen. Das merkte man, als das Hofgericht zu Usingen — es war 1832 zur Strafe der liberalen Wiesbadener in den „Buchfinkenwinkel" verlegt worden, kam aber 1849 wieder nach der Hauptstadt zurück — nach alter geheimer Weise die Teilnehmer an dem Juliputsch (s. Kapitel XIX.) verurteilte: neun zu Korrektionshaus von sechs Monaten bis zu drei Jahren, zwei zu je drei, einen zu vier Jahren Zuchthaus. Bald darauf wurden die ebenso geheim vom Kriegsgericht zu schwerer Zuchthausstrafe verdonnerten „rebellischen" Soldaten (s. Kapitel XXIV.) nach Diez gebracht. Noch ein Vierteljahr vorher hätte man das nicht gewagt. Alles Pardonrufen und Petitionieren um politische Amnestie half nichts.

Aus unserer Betrachtung im vorletzten Kapitel ging hervor, daß zwar im Jahre 1849 die Gesetzgebung ihren Fortschritt nahm. Dem Herzog Adolf muß rühmend nachgesagt werden, daß er sein

Digitized by Google

Wort, das er an dem denkwürdigen 4. März gegeben hatte, hielt. Als jedoch mit dem Aufhören der Reichsverfassung und des Parlaments die alte Ordnung unter dem seligen Bundestage wieder hergestellt wurde, da ist auch er dem allgemeinen Umschwung gefolgt.

Aber doch hat das Jahr 1848 der nassauischen Bevölkerung große bleibende Vorteile gebracht. Betrachten wir in kurzem, wie die neun „Forderungen" oder die „zehn Gebote" erfüllt wurden. 1. Die allgemeine Volksbewaffnung wurde sofort gewährt; die Einrichtung schwand aber wieder dahin, als sie ihre Aufgabe, den Volkswillen zu unterstützen, erledigt hatte. Neben dem stehenden Heere war die Bürgermiliz ein Unding. 2. Die unbedingte Preßfreiheit konnte zwar in der Folge oft beschränkt, aber nicht mehr unterdrückt werden. 3. Die Einberufung eines deutschen Parlaments erfolgte; aber das Parlament selbst ist aus Gründen innerer und äußerer Natur an seinem eigenen Berufe gescheitert. 4. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung hatte an sich unter den bestehenden Verhältnissen nur zweifelhaften Wert; trotzdem war sie erfolgt. 5. Das Recht der freien Vereinigung blieb, obwohl zeitweilig arg beschnitten. 6. Die Öffentlichkeit, öffentliches, mündliches Verfahren mit Schwurgerichten wurde in 1849 gewährt und blieb erhalten. 7. Die Erklärung der Domänen als Staatseigentum unter Kontrolle der Verwaltung durch die Stände trat ein; es wurde aber die heikle Sache nicht präzis behandelt und definitiv erledigt; der alte Streit lohte wieder auf, bis er 1861 endlich seinen gesetzlichen Ausgleich fand. 8. Die sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist, erfolgte; aber die neue Volkskammer ging bereits nach drei Jahren ein, und die alte Ordnung trat wieder an ihre Stelle. 9. Die Beseitigung aller Beengungen der verfassungsgemäß zustehenden Religionsfreiheit wurde zugestanden und aufrecht erhalten; dazu gehörte auch die völlige Emanzipation der Juden und ihre Gleichstellung mit anderen Staatsbürgern. 10. Das Recht der freien Gemeindeverwaltung trat ein und blieb ungeschmälert bestehen. Dazu kam die Abschaffung der Fronen und mancherlei Lasten, einer Reihe von Standesvorrechten, was alles auch, ausgenommen das neue Jagdgesetz zu Gunsten der Gemeinden, in

Digitized by Google

Kraft blieb, wogegen die Trennung von Justiz und Verwaltung bei den Unterbehörden und die Decentralisation bei den Oberbehörden (in antibureaukratischem Sinne) wieder aufgehoben wurde.

Summa Summarum, das Jahr Achtundvierzig hat uns Nassauer also einen bedeutenden Schritt vorwärts gebracht, und was die Folgezeit von den Errungenschaften wieder zurückschraubte, hat die darauffolgende Zeit uns meist abermals wiedergegeben. Das sogenannte „tolle Jahr" war eben ein Glied in der langen Kette der Entwickelung, ein kurzes Glied zwar, aber ein umso dauerhafteres, die jüngste Vergangenheit an die ältere bindend. Was sonst sich in langen Perioden langsam und mählich bildete, das drang hier mit elementarer Gewalt, gleichsam eruptiv, empor, aus dem einfachen Grunde, weil kurzsichtige reaktionäre Staatsmänner der Metternichzeit es unternommen hatten, die Entwickelung wie in einen Papinschen Topf einzupressen.

Lehren und vergessen lassen soll uns das Jahr Achtundvierzig. Lehren, daß die Entwickelung der Ideen und der Weltordnung, in der sich die Ideen realisieren, nicht durch Menschen, durch Augenblicksgeschöpfe aufhalten läßt, daß jedes Sträuben gegen diese Entwickelung vergeblich, ja sündig ist, weil dann der gewaltsame Vorbruch aus der Hemmung traurige Begleiterscheinungen zeitigt, die aufs Haupt jener Reagierenden kommen. Vergessen lassen, daß diese Begleiterscheinungen auftraten — weil sie eben doch nicht das Eigentliche und Charakteristische der Bewegung waren und das Große und Gute nicht zu verdunkeln und zu verbergen vermochten —, damit man keinen Haß jenen Männern nachtrage, die bei manchen Fehlern und Übereilungen doch von ihrem mehr oder minder idealen Standpunkte aus das Beste gewollt haben.

So sollen Staatsmänner und Historiker das Jahr Achtundvierzig betrachten, dann vermögen sie leicht Schlüsse auf die künftige Entwickelung zu ziehen: nämlich daß letztere nach und nach sämtliche Reste der Barbarei der guten, d. h. bösen alten Zeit, auch die größten, Menschenmassenmord und Glaubensfanatismus, beseitigen wird, und daß sich groß und gewaltig dünkende Ohnmachtsmenschlein jenen natürlichen Lauf der Dinge dauernd nicht werden hemmen können.

Digitized by Google

Andere, Nassau betreffende Werke desselben Verfassers.

Karl von Ibell,
Lebensbild eines deutschen Staatsmannes.
Wiesbaden, C. W. Kreidel. Preis 4 Mark.

Geschichte der Stadt und Herrschaft Weilburg.
Weilburg, H. Diesterweg. Preis 3 Mark.

Der Unterricht am Gymnasium Augusteum zu Idstein.
(1569—1817.)
Wiesbaden, Gebr. Petmecky. Preis 1,80 Mark.

Sagen und Geschichten aus dem Nassauer Lande.
Wiesbaden, H. Staadt. Preis (geb.) 1,60 Mark.

Führer durch Nordost-Nassau (Weilburg und Umgebung).
Weilburg, H. Diesterweg. Preis 1,30 Mark.

Merenberg in der Geschichte.
Weilburg, H. Diesterweg. Preis 30 Pfg.

Die Stadt Wiesbaden und ihre Bewohner
zu Anfang unseres Jahrhunderts.
Wiesbaden, Lützenkirchen & Bröcking. Preis 1 Mark.

(Führer durch) **Langenschwalbach und Umgebung.**
(Führer durch) **Schlangenbad und Umgebung.**
Wiesbaden, Lützenkirchen & Bröcking. Preis je 50 Pfg.

Nassauer Erzählungen.
1/2. Die Tochter des Adepten.
3. Sirona.
4. Graf Balthasar.
5. Elslein von Caub.
Höchst am Main. W. Graf.

(Diese Sammlung wird fortgesetzt.)

Digitized by Google

Verlag von P. Plaum (vorm. Brems & Plaum), Wiesbaden.

Die Verwaltung der Landgemeinden in der Provinz Hessen-Nassau. Ein Hülfsbuch für Bürgermeister und sonstige Organe der Selbstverwaltung von F. v. Wickede, Landvogt a. D. Gr. 8°, 204 Seiten, gebunden Mk. 2,50.

Handbuch der Polizeiverwaltung für den Reg.-Bez. Wiesbaden von F. v. Wickede, Landvogt a. D. Lex.-8°. 566 S. In Calico-Einband Mk. 6.

Ergänzungsband zum Handbuch der Polizeiverwaltung für den Reg.-Bez. Wiesbaden, enthaltend die Polizeiverordnungen, welche in den Jahren 1894—1897 erlassen worden sind. Von F. v. Wickede, Landvogt a. D. Lex.-8°. 304 S. In Calico-Einband Mk. 3,50.

Handbuch der Polizeiverwaltung für den Reg.-Bez. Cassel von F. v. Wickede, Landvogt a. D. Lex.-8°. 765 S. In Calico-Einband Mk. 10.

Handbuch der Polizeiverwaltung für den Reg.-Bez. Posen von F. v. Wickede, Landvogt a. D. Lex.-8°. 495 S. In Calico-Einband Mk. 6.

Des Landmanns Ratgeber im Obstbau. Herausgegeben von Kreisobstbaulehrer Grobben, Wiesbaden. Gr. 8°, 105 Seiten, mit 47 Abbildungen, eleg. broschiert Mk. 1,50, kartonniert Mk. 1,70.

Steuererklärung und Vermögensanzeige, Berufung und Ermäßigung. Praktischer Ratgeber für Steuerpflichtige. Herausgegeben von den Kgl. Rentmeistern und Steuersekretären Kirchhoff und Moock in Wiesbaden. Folio, geheftet Mk. 2.

Die Revier-Einteilung der Stadt Wiesbaden, zusammengestellt von B. Bochwitz, Polizei-Kommissar. Kl. 8°, geh. 20 Pfg.

Feuerlösch-Polizeiverordnung für den Reg.-Bezirk Wiesbaden vom 1. VI. 1898. Kl. 8°, geh. 20 Pfg.

Kaminordnung vom 1. I. 1898. Kl. 8°, geh. 20 Pfg.

Polizeiverordnung, betr. die Rheinschifffahrt. Kl. 8°, geh. 50 Pfg.

Polizeiverordnung, betr. die Mainschifffahrt. Kl. 8°, geh. 35 Pfg.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 2044 010 408 433

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

CANCELLED

Digitized by Google